Bürger werden initiativ

–

Akteurssoziologische Hintergründe eines lokalen Protests aufgrund eines formalen und symbolischen Beteiligungsdefizits

Von der Philosophischen Fakultät
der Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie (Dr. phil.)
genehmigte Dissertation

von
Sebastian Krätzig, M.A.
geboren am 11.12.1985 in Hannover

2017

Referent:

Prof. Dr. Heiko Geiling

Institut für Politische Wissenschaft, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Korreferentin:

Prof. Dr. Christina von Haaren

Institut für Umweltplanung, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover

Tag der mündlichen Prüfung: 22.05.2017

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit untersucht lokale Beteiligungsdefizite und hieraus resultierende Proteste von Bürgerinnen und Bürgern insbesondere in ländlichen Räumen anhand eines Konfliktes um Massentierhaltung und Bauvorhaben in diesem Kontext. Sie möchte zu einem verbesserten Verständnis über Beteiligungsdefizite und ihre sozio-politischen Hintergründe beitragen. Ausgehend von der Betrachtung eines Einzelfalls der Ansiedlung eines Schlachthofs mit Erläuterung des Planverfahrens und des dazugehörigen Beteiligungs- und Entscheidungsprozesses wird der lokale Konflikt im Sinne einer politischen Soziologie analysiert, die die praxeologischen Bedingungen der handelnden Akteure und ihre relationalen Bezüge zu anderen Akteuren und sozialen Strukturen in den Blick rückt. Hierdurch können tiefliegende Grundannahmen und Überzeugungen verstanden werden, die sowohl die Protestpraxis als auch politische Erwartungen beeinflussen und jeweils in bestimmten sozialen Kontexten (Milieus) entstanden sind. Die Fallstudie dient als illustratives Beispiel, um zu zeigen, wie individuelle bzw. gruppenspezifische Belange in einem politischen Konflikt entstehen, wie abhängig diese von ihrem sozialen Kontext sind und welche Beteiligungswege (repräsentativ, informell, direkt) möglich sind, um mit ihnen angemessen umzugehen. Hierdurch wird Wissen generiert, um für einen adäquaten politischen Umgang mit diesen Belangen Empfehlungen aussprechen zu können.

Schlagworte: Lokale Beteiligungsdefizite, Bürgerinitiativen in ländlichen Räumen, Bauvorhaben im Kontext von Massentierhaltung

Abstract

The thesis at hand explores local deficits of participation and citizens' protests in rural areas based on a conflict about intensive livestock farming and planned constructions in that context. It aims at widening the comprehension about deficits of participation and its socio-political backgrounds. Starting with a single case of a slaughter house settlement among its planning process and the corresponding participation and decision-making processes, the local conflict is analysed using a concept of political sociology which takes into account the logic of praxis regarding the actors in charge and their relational interdependences from other actors and social structures. Thus it is possible to understand deeper basic assumptions and convictions created in specific social contexts (milieus) which are influencing both the protest and the political expectations. The case study is used as an illustrative example to show how individual or rather group-belonging concerns are created, to which extend they depend on their social context and which ways of participation (representative, informal, direct) are possible to deal with them accordingly. Thus knowledge is created to make recommendations for an adequate political handling of these concerns.

Keywords: Local deficits of participation, citizens' initiatives in rural areas, planned constructions in the context of intensive livestock farming

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen ..... - 6 -

Verzeichnis der Tabellen ..... - 7 -

Danksagung ..... - 9 -

1. Einleitung ..... - 11 -

2. Problemhintergrund, Forschungsstand, theoretische Einbettung der Operationalisierung sowie Vorgehen ..... - 15 -

2.1 Vorläufige Hypothese und Erkenntnisinteresse ..... - 25 -

2.2 Auswahl und Erläuterung der Fallstudie ..... - 26 -

2.3 Erläuterung des Planverfahrens mit gebundener Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz ..... - 29 -

2.4 Forschungsstand ..... - 37 -

2.4.1 Protest als Partizipation – Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen in ländlichen Räumen ..... - 38 -

2.4.2 Gesellschaftliche Akzeptanz der Massentierhaltung ..... - 56 -

2.5 Zur theoretischen Einbettung der Operationalisierung – Felder, soziale Milieus und soziale Praxis: Grundlagen einer Theorie der Praxis ..... - 58 -

2.6 Vorgehen und Methodik ..... - 80 -

2.6.1 Zur Methodik der qualitativen Sozialforschung und ihrer Anwendung ..... - 82 -

2.6.2 Das Leitfadeninterview als Erhebungsinstrument ..... - 89 -

2.6.3 Auswahl der Gesprächspersonen: Übersicht und Reflexion ..... - 98 -

3. Vorstudie: Feldzugang zur Fallstudie über den Beteiligungs- und Entscheidungsprozess ..... - 101 -

3.1 Politische Begründungen zur Vorhaben-Umsetzung und Sichtweisen auf den Konflikt: Begründungen des Bürgermeisters ..... - 102 -

3.2 Stellenwert von Bürgerinitiativen für die Bürgerbeteiligung: Vergleich mit dem kontrastierenden Fall Bernburg ..... - 115 -

3.3 Fazit der Vorstudie und Weiterentwicklung der Hypothese und Fragestellung ..... - 121 -

4. Hauptstudie: Akteurssoziologischer und praxeologischer Feldzugang zum Protest der Bürgerinitiative und ihrer Einzelakteure ..... - 131 -

4.1 Die Feldanalyse des lokalen Konflikts – symbolisches Beteiligungsdefizit aufgrund symbolischer Dominanz der lokalen Politik? ..... - 132 -

4.2 Konstruktion des lokalen politischen Feldes mit den wesentlichen Akteursgruppen ..... - 146 -

4.3 Engagiert gegen Massentierhaltung: Einblick in die Protestpraxis der Bürgerinitiative anhand einiger Einzelakteure ..... - 152 -

4.3.1 Barbara – Lokaler Protest, überregionale Vernetzung und globaler Nachhaltigkeitsdiskurs ..... - 152 -

4.3.2 Cornelia – Tierrecht und Campaigning ..... - 156 -

4.3.3 Herbert – Misstrauen und Auseinandersetzungen über Aktivismus ..... - 160 -

4.3.4 Ralf – Lokale und globale Verantwortung durch kritisches Denken ..... - 163 -

4.3.5 Doris – Lokale Nachhaltigkeit und Emanzipation ..... - 166 -

4.4 Das kollektive Handeln der Bürgerinitiative als Ausdruck kollektiver Identität? ..... - 170 -

4.5 Die Akteure hinter der Bürgerinitiative – Analyse der sozio-politischen Hintergründe des Engagements ..... - 188 -

4.5.1 Bestimmung der Herkunftsmilieus der Akteure ..... - 189 -

4.5.2 Handeln hat Geschichte: Wie die Protestpraxis der Akteure mit ihren Erfahrungen, Vorstellungen und sozialen Voraussetzungen zusammenhängt ..... - 197 -

4.5.3 Erkenntnisse über die mitgebrachten Erwartungen an das politische Feld und ihr Wirken als Illusio in der untersuchten Bürgerinitiative ..... - 232 -

4.6 Positionierung der Einzelakteure aus der BI im analysierten lokalen politischen Feld ..... - 240 -

4.7 Fazit – Protest mit vielschichtigen individuellen Hintergründen, Erwartungen und Konsequenzen ..... - 251 -

5. Diskussion der Ergebnisse: Möglichkeiten einer Konfliktbearbeitung bei lokalen Beteiligungsdefiziten in der repräsentativen Demokratie ..... - 255 -

5.1 Zwei Konzepte: Repräsentative Rekonfliktivierung und lokale Bürgerdemokratie ..... - 258 -

5.2 Vor- und Nachteile der beiden Konzepte und die Möglichkeit der direkten Demokratie ..... - 263 -

5.3 Möglichkeiten einer Übertragung der diskutierten Konzepte in eine instrumentelle Umsetzung ..... - 269 -

6. Schlussbetrachtung – Öffnende oder beharrende Kräfte lokaler Demokratie? - 280 -

7. Literaturverzeichnis .....- 286 -

Anhang A: Leitfäden für die Interviews .....- 303 -

Anhang B: Sozialdatenbogen mit gesellschaftspolitischer Statement-Batterie ....- 308 -

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Protest und repräsentative Entscheidungsprozesse. ..... - 39 -

Abbildung 2: Kontinuum von urbanem und ländlichem Raum. ..... - 42 -

Abbildung 3: Partizipationsformen im Spannungsfeld zwischen „invented space“ und „invited space“. ..... - 50 -

Abbildung 4: Heuristik zum politischen Feld ..... - 74 -

Abbildung 5: Das Milieumodell für die Bundesrepublik Deutschland. ..... - 78 -

Abbildung 6: Analyse-Rahmen für Governance in der Nutztierhaltung ..... - 123 -

Abbildung 7: Das lokale politische Feld des hier untersuchten Protests gegen den Schlachthof und die Massentierhaltung mit den relevanten Akteursgruppen. ..... - 149 -

Abbildung 8: Herkunft einer Erwartung an ein Feld und ihr Wirken im Feld als Illusio auf Grundlage von Habitus und Milieuherkunft. ..... - 189 -

Abbildung 9: Milieuverortung der interviewten Einzelakteure im sozialen Raum der Bundesrepublik Deutschland. ..... - 195 -

Abbildung 10: Herkunft von Illusio ..... - 233 -

Abbildung 11: Das lokale politische Feld mit positionierten Einzelakteuren in der BI während des Protests. ..... - 242 -

Abbildung 12: Die Positionierung der Einzelakteure nach dem Scheitern des lokalen Protests gegen den Schlachthof ..... - 243 -

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1: Unterscheidung zwischen übergreifend und begrenzt agierenden Bürgerinitiativen ..... - 54 -

Tabelle 2: Verwendetes Kategoriensystem zur Auswertung und Interpretation des empirischen Materials. ..... - 88 -

Tabelle 3: Übersicht über die interviewten Akteure aus der Bürgerinitiative gegen die Massentierhaltung und den Bürgermeister der betroffenen Kommune. ..... - 98 -

Danksagung

Die vorliegende Arbeit ist in einem Zeitraum von sechs Jahren entstanden und hat dabei viele unterschiedliche Phasen durchlaufen. In all diesen Phasen haben ganz unterschiedliche Menschen durch Diskussionen und Ratschläge Einfluss auf das Entstehen dieser Arbeit genommen.

Zuerst möchte ich Prof. Dr. Heiko Geiling als Betreuer dieser Arbeit herzlich für seine lange Anteilnahme an ihr danken. Nicht nur der erste Impuls kam von ihm, sondern auch zahlreiche weitere in vielen Gesprächen und Colloquien. Ebenso möchte ich Prof. Dr. Christina von Haaren danken, die mich zur ‚Halbzeit' der Entstehungszeit dieser Arbeit sehr herzlich am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover aufgenommen hat. Ihre Hinweise haben den inhaltlichen Horizont dieser Arbeit wesentlich erweitert.

Die einzelnen Schwerpunkte dieser Arbeit wurden von vielen Menschen mitgeprägt. Dr. Frank Scholles hat nicht nur einmal mit Rat und Tat zur Seite gestanden, um Fragen rund um Plan- und Genehmigungsverfahren zu erläutern und zu klären. Meine gute Freundin und Kollegin Romina Ranke hat in unzähligen Café-Diskussionen den Fortschritt der Arbeit begleitet und wertvolle Anregungen vermittelt. Heidrun Schneider, Mark Kleemann-Göhring sowie allen weiteren Mitgliedern des regionalen Kolloquiums „Habitus- und Milieuforschung" aus Hannover möchte ich danken für die lange und schöne Interpretationsarbeit am empirischen Interviewmaterial und die Diskussionen darüber hinaus. Für die kritische Diskussion einzelner Teile der Arbeit möchte ich zudem Dr. Max Reinhardt, Bernd Theunert sowie Jana Bosse danken.

Darüber hinaus bedanke ich mich für die Diskussionen auf der ESA Midterm Conference 2015 in Madrid, im Kolloquium „Politik von unten" des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin und während des Workshops des AK Umwelt+Protest 2016, der ebenfalls im Rahmen des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung in Berlin organisiert wurde. Außerdem danke ich dem TRUST-Doktorandenkolloquium der Leibniz Universität Hannover, hier insbesondere Dr. Theresa Becker, sowie meinen zahlreichen und sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen am Institut für Umweltplanung. Besonderer Dank gilt hier der Abteilung Raumordnung und Regionalentwicklung für die inhaltliche Vernetzung. Für freundliche Kommentare und Hinweise möchte ich zudem Prof. Dr. Bettina Oppermann und Prof. Karen Beckwith danken.

Mein Dank gilt ebenso allen Interviewpartnern. Ohne ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit wären die qualitativen empirischen Studien nicht durchführbar gewesen.

Eine solche Arbeit entsteht natürlich nicht nur als wissenschaftliches Werk, sondern ist über lange Zeit ein ständiger Begleiter des alltäglichen Lebens. In

diesem herrscht manchmal auch Unruhe und Zweifel, weshalb Geborgenheit und Unterstützung in der Familie und im Freundeskreis besonders wichtig sind und mir über manche Krise hinweggeholfen haben. Daher möchte ich hier ganz besonders meinen Eltern sowie meinem Bruder danken, die mich auch in schwierigen Zeiten immer aufgefangen und die schönen Momente mit mir geteilt haben.

Hannover im November 2016
Sebastian Krätzig

1. Einleitung

Die vorliegende Arbeit möchte zu einem verbesserten Verständnis über lokale Beteiligungsdefizite und hieraus resultierende Proteste von Bürgerinnen und Bürgern insbesondere in ländlichen Räumen beitragen. Beteiligungsdefizite entstehen, wenn spezifische Beteiligungswünsche aus der Bevölkerung im Rahmen politischer Konflikte aus unterschiedlichen Gründen nicht in Beteiligungsprozessen aufgenommen werden sollen oder können. Ein solcher Konflikt ist um die Massentierhaltung und Bauvorhaben in diesem Kontext entbrannt. Insbesondere in ländlichen Räumen im Norden und Osten Deutschlands verzeichnet die Massentierhaltung seit Mitte der 2000er Jahre enorme Zuwächse (vgl. Fleischatlas 2016: 8 ff.). Parallel hierzu gerät sie in Teilen der Bevölkerung zunehmend in die Kritik (vgl. Spiller et al. 2015: 28 f.; Schwerin 2014a: 1; Gerlach/Spiller 2008: 490), sei es aufgrund von Fleischskandalen, Antibiotikamissbrauch bei der Aufzucht der Tiere aufgrund ihrer schlechten Haltungsbedingungen, negativen Auswirkungen auf Natur und Umwelt oder schlechten Arbeitsbedingungen in fleischverarbeitenden Betrieben.

Um ein exemplarisches lokalpolitisches Beteiligungsdefizit hinsichtlich dessen sozio-politischer Bedingungen auszuleuchten, wurde eine konflikthafte Ansiedlung eines fleischverarbeitenden Betriebes ausgewählt, die mit Massentierhaltung in ländlichen Räumen in Verbindung steht. Hierfür müssen auf der einen Seite die Plan-, Genehmigungs- und Beteiligungsverfahren, auf der anderen Seite die lokalen Proteste der Bevölkerung in den Blick genommen werden.

Hierfür wird ein sozialwissenschaftliches Instrumentarium eingesetzt und in der Anwendung weiterentwickelt, das insbesondere den sozialen Kontext der protestierenden Bürgerinnen und Bürger einbezieht. Anhand einer illustrativen Akteursperspektive auf eine exemplarische Bürgerinitiative gegen einen Schlachthof und die Massentierhaltung (im Folgenden als BI abgekürzt) soll der tiefe Einblick in die akteurssoziologischen Hintergründe dieses Protests gelingen und die Frage beantwortet werden, wie mit solchen lokalen Beteiligungsdefiziten adäquat politisch umgegangen werden kann und welches

Wissen hierfür benötigt wird. Hierfür wurden exemplarisch mehrere Akteure dieser BI interviewt.

Die Arbeit besitzt zwei Forschungsschwerpunkte:

(1) Für die Darstellung des Problemhintergrundes und die Formulierung einer vorläufigen Hypothese wird zunächst eine Analyse des Plan- und Genehmigungsverfahrens rund um die Ansiedlung des fleischverarbeitenden Betriebes durchgeführt. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob im untersuchten Fall der starke Konfliktcharakter anhand der plan- und genehmigungsrechtlichen Bedingungen erklärt werden kann. Es wird die Hypothese aufgestellt, dass aufgrund der weitreichenden Auswirkungen der Massentierhaltung die Plan- und Genehmigungspraxis zur Ansiedlung des Betriebes dem Beteiligungswunsch von Teilen der Bevölkerung nicht gerecht wird, so dass ein Beteiligungsdefizit entsteht. Viele Beteiligungswünsche richten sich auf diese überlokalen Auswirkungen, die in der Plan- und Genehmigungspraxis nicht berücksichtigt werden. Darauf aufbauend wird in einer Vorstudie der Feldzugang zum Untersuchungsgegenstand über den Beteiligungs- und Entscheidungsprozess hinsichtlich der Ansiedlung hergestellt. Im Zentrum der Vorstudie stehen die politische Entscheidungsbegründung, die durch ein Interview mit dem verantwortlichen Bürgermeister der in der Fallstudie betroffenen Kommune erläutert wird, sowie ein Vergleich dieses Falles und seines Beteiligungskontextes mit einem anderen vergleichbaren Fall, um den Stellenwert der Partizipationsform Bürgerinitiative und generell mögliche Beteiligungswege in einem solchen Kontext besser einordnen zu können.

(2) Die Hauptstudie widmet sich anschließend der Erforschung des lokalen Konflikts und der Protestpraxis der BI im Sinne einer politischen Soziologie, die die praxeologischen Bedingungen der handelnden Akteure und ihre relationalen Bezüge zu anderen Akteuren und sozialen Strukturen in den Blick rückt. Hierdurch sollen tiefliegende Grundannahmen und Überzeugungen verstanden werden, die sowohl die Protestpraxis als auch politische Erwartungen beeinflussen und jeweils in bestimmten sozialen Kontexten entstanden sind. Durch einen feldtheoretischen Zugang wird zunächst der

lokale Konflikt in seiner Dynamik und Machtstruktur analysiert. Hierauf aufbauend rückt die Seite der protestierenden Bürgerinnen und Bürger in den Vordergrund, deren Protestpraxis sowohl als kollektive Handlungsform (mithilfe von theoretischen Konzepten der sozialen Bewegungsforschung) als auch in Anwendung der praxeologischen Perspektive auf Ebene der interviewten Einzelakteure und ihrer sozialen Relationen analysiert wird. Um hierbei nicht vordergründigen Erklärungsmustern wie vermeintlichen Egoismen aufzusitzen, wird eine mehrschichtige, interpretatorische und an empirisch umfangreichen Forschungsarbeiten angelehnte Methodik eingesetzt.

Dieses Forschungsvorhaben basiert auf einer qualitativen Einzelfallstudie und nutzt die Methoden der qualitativen Interviews und hermeneutischen Inhaltsanalyse, aber auch weitere Zugänge:

- Qualitative halbstandardisierte Interviews mit Vertretern der Bürgerinitiative
- Interviews mit Vertretern der Stadtverwaltungen (Bürgermeister, Wirtschaftsdezernent eines Vergleichsfalls)
- Dokumentenanalysen zum Plan- und Genehmigungsverfahren, Konfliktverlauf und zur Medienberichterstattung
- Expertenkonsultation zum Plan- und Genehmigungsverfahren (Frank Scholles – Institut für Umweltplanung, Leibniz Universität Hannover)

Die gewonnen Erkenntnisse der Untersuchung werden abschließend im Kontext der Frage diskutiert, wie solche Konflikte in Formen lokaler Demokratie eingebettet werden könnten und welche instrumentellen Möglichkeiten bestehen, um solche lokalen Beteiligungsdefizite zu bearbeiten. Zwei Reformansätze zur (lokalen) Demokratie werden herausgegriffen, die an der Art und Weise politischer Repräsentation ansetzen: Das Konzept der repräsentativen Rekonfliktivierung, mit der auf der Angebotsseite der politischen Repräsentation mehr echte politische Alternativen geschaffen werden sollen, und das Konzept lokaler Bürgerdemokratie, die die institutionelle Politik für eine demokratische Kultur mit mehr informeller Beteiligung öffnen möchte. Darüber hinaus wird die Möglichkeit der direkten

Demokratie diskutiert. Mit Blick auf eine instrumentelle Umsetzung wird abschließend auf drei Konzepte eingegangen: kooperative Demokratie, Bürgerpanels und das Mehrstufige Dialogische Verfahren. Ergänzend werden die Möglichkeiten eines Beteiligungs-Scopings als sozialsensitives Instrumentarium und eines Raumordnungsverfahrens als skalensensitives Instrumentarium mit Blick auf die untersuchte Fallstudie kritisch reflektiert.

2. Problemhintergrund, Forschungsstand, theoretische Einbettung der Operationalisierung sowie Vorgehen

Um den öffentlichen Raum in Stadt und Land, um Ressourcennutzung und um Natur- und Umweltschutz herrschen weiterhin gesellschaftliche Auseinandersetzungen, die zuweilen in politische Konflikte münden. Dies hängt mit der grundlegenden Kopplung von sozialen Beziehungen bzw. Hierarchien und der Aneignung physischen Raumes zusammen. Der physische Raum ist sozial distribuiert, da es in einer hierarchisierten Gesellschaft keinen Raum gibt, der nicht ebenso hierarchisiert ist (vgl. Bourdieu 1991a: 26 f.). Anders ausgedrückt herrschen weitreichende Interessenkonflikte um die Nutzung des knappen Raumangebots vor.

Die meisten Bau- und Infrastrukturmaßnahmen sind nicht leicht revidierbar bzw. korrigierbar und immer muss für sie etwas Vorhandenes weichen. In den ländlichen Räumen ist zwar auf den ersten Blick viel Fläche vorhanden, aber hier müssen oft andere Nutzungen oder allgemeiner „die Natur“ – Biodiversität, Landschaft, Ressourcen- bzw. Ökosystemleistungsdargebot – weichen (vgl. Hacke 2011: 90 f.; von Haaren et al. 2016a: 17 ff.). Die Themenpalette der Auseinandersetzungen in ländlichen Räumen um Landnutzungen reicht von Massentierhaltung und Gentechnik in der Landwirtschaft über „Fracking“, Kohleabbau, Endlagerung von Atommüll und anderer schädlicher Stoffe, Projekten der Energiewende wie Biogas- und Windkraftanlagen sowie neuen Stromtrassen bis zu Verkehrsinfrastrukturvorhaben. Konflikte entstehen, wenn Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, dass alternative Interessen und Belange durch eine zu stark hierarchisierte Aneignung von Flächen, d. h. ohne egalitäre Abwägungsprozesse, nicht berücksichtigt werden.

Ressourcen, die insbesondere in urbanen Räumen oder auf dem globalen Weltmarkt in großer Anzahl und Menge gebraucht werden, sollen verstärkt in den ländlichen Räumen unter Einsatz von immer weniger Menschen und immer größeren Flächen erzeugt werden. Dies ist z.B. bei Fleisch und Energie der Fall. Im Kontext der Massentierhaltung wird bei einigen Entscheidungsträgern ländlicher Gemeinden davon ausgegangen, dass der

großen Nachfrage aus urbanen Lebensräumen nur noch mit Massentierhaltung zu begegnen sei. Dies ist oftmals verbunden mit einer lokalen ökonomischen Erwägung, dass in vielen ländlichen Regionen Massentierhaltung als einzige Entwicklungsmöglichkeit gesehen wird. So wird die Massentierhaltung als Notwendigkeit der Nahrungsmittelproduktion und als ein Beitrag zur Erhaltung landwirtschaftlicher Betriebe und Entwicklung von Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen von vielen lokalen Entscheidungsträgern befürwortet. Dabei sind die Betroffenen dieser Leistungserbringung – in Form der betroffenen ländlichen Räume und ihrer Bevölkerung – nicht unbedingt deren Nutznießer, da die negativen Effekte in den ländlichen Räumen verbleiben und dort von der Allgemeinheit getragen werden müssen[1], während die Produkte an anderer Ort und Stelle (urbane Räume oder Export) konsumiert werden.

Renn beschreibt eine solche Konstellation für dichtbesiedelte urbane Räume, deren Problemcharakter zwischen Betroffenen und Nutznießern aber grundsätzlich auch für ländliche Räume zutreffen kann:

> „In einer zunehmend dichteren Besiedlung und Vernetzung sind Risiken und Nutzen von Planungsvorhaben nicht gleich verteilt. In der Regel fällt der Nutzen bei einer Menge meist anonymer Konsumenten oder Produzenten an, während überwiegend die Standortbevölkerung das Risiko trägt. Dies führt zu wahrgenommenen Verletzungen des Fairness-Prinzips. Warum soll ein Teil der Bürgerschaft Nachteile in Kauf nehmen, wenn überwiegend andere von dem Nutzen profitieren?“ (Renn 2013: 71)

Aufgrund solcher Konstellationen werden von verschiedenen Nutzungsalternativen oftmals unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen angesprochen, was die Konkurrenzen um die Nutzung der Flächen noch verstärken kann (vgl. Feindt 2010: 268 f.): Sollen z.B. günstige Nahrungsmittel

[1] Die Frage wird drückender, wem die Kosten dieser Entwicklungen aufgebürdet werden. Denn die Beeinträchtigung von Ökosystemen, deren Leistungen kostenlos genutzt werden können (bspw. Reinigungsleistungen von Böden und Fließgewässern), führt dazu, dass externe Kosten entstehen, die von der Allgemeinheit und nicht von den Verursachern getragen werden (vgl. von Haaren et al. 2016a: 17, 19), wodurch es zu einer Verantwortungslosigkeit im Umgang mit diesen Leistungen kommt. Feindt spricht in diesem Zusammenhang davon, dass sich der Druck zur Internalisierung externer Umweltkosten in der Agrarpolitik weiter erhöhen wird (vgl. Feindt 2010: 282).

erzeugt werden oder will man eine vielfältige Erholungslandschaft erhalten (vgl. von Haaren et al. 2016a: 17)? Die jeweilige lokale Politik ist oftmals von höheren politischen Ebenen und bedeutenden wirtschaftlichen Interessen beeinflusst (Verflechtung von Entscheidungsebenen durch Kofinanzierungsmodelle), während die direkte Betroffenheit von Menschen durch zum Teil erhebliche Umweltauswirkungen (vgl. Feindt 2010: 269 f.; SRU 2015: 19; siehe detaillierter unten) vor Ort entsteht und ggf. nicht vollständig kompensiert wird. Zusätzlich sind raumintensive Projekte und Formen der Landnutzung Teil verschiedener gesellschaftspolitischer Konfliktlinien – insbesondere des modernisierten Stadt-Land-Konflikts (die teilmodernisierte „Provinz" begehrt gegen urbane Einflüsse auf, aber ökologische Lebensstile gewinnen auch in progressiven urbanen Milieus immer stärker an Einfluss[2]) und des Konflikts zwischen materiellen und postmateriellen Werten (Produktion und Wirtschaftswachstum vs. Erholungswerte und Ökologie).

In diesem Zusammenhang ist seit einigen Jahren zu beobachten, dass die Aufmerksamkeit für das Thema Massentierhaltung und Ernährung in der Bevölkerung gewachsen ist. Gerade in betroffenen ländlichen Räumen ist der Widerstand gegen Projekte der Massentierhaltung deutlich vernehmbar gestiegen (vgl. Spiller et al. 2015: 29; Schlecht et al. 2010: 335, 337 ff.). Parallel dazu gibt es in den Medien zahlreiche Fernsehberichte und Dokumentationen über das Thema[3] sowie umfangreiche Informationskampagnen sowohl von Umweltschutzorganisationen (vgl. Fleischatlas 2013, 2014, 2016) als auch von Seiten der Nahrungsmittelindustrie[4]. Akut wird die Berichterstattung zudem bei hin und wieder bekannt werdenden Fleischskandalen oder Tierseuchen.

[2] Ein plakatives Beispiel für den Ausdruck ökologischer und nachhaltiger Lebensstile im Handeln urbaner Milieus ist die „Urban Gardening/Agriculture"-Bewegung (vgl. Sondermann 2014: 16 ff.; Merkel 2012: 692).

[3] Beispielhaft sei hier die sehr sehenswerte zweiteilige ZDF-Dokumentation „2.500 Küken für Dirk Steffens" und „Steffens und die Macht der Verbraucher" (30.9./7.10.2014) genannt.

[4] Bspw. sind der Deutsche Bauernverband, der Deutsche Raiffeisenverband, der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft, der Verband der Fleischwirtschaft, der Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie und die Handelsvereinigung für Marktwirtschaft Gesellschafter der „Gesellschaft zur Förderung des Tierwohls in der Nutztierhaltung", die seit Januar 2015 eine umfangreiche Kampagne durchführt:

In der vorliegenden Arbeit steht ein spezifischer Landnutzungskonflikt am Beispiel eines fleischverarbeitenden Betriebes der Massentierhaltung – ein Großschlachthof – im Fokus. Solche Schlachthöfe haben oft eine Signalwirkung für weitere Ansiedlungen von Mastanlagen in ihrer Umgebung bis zu einem Radius von ca. 100 km. Daher ergibt sich ein direkter Zusammenhang zwischen Schlachthöfen und der Entwicklung von Massentierhaltung in ländlichen Räumen. Im Fokus steht daher zwar ein Konflikt rund um die Ansiedlung eines Schlachthofes im Sinne einer Industrieanlage, aber thematisch ist es hauptsächlich die Massentierhaltung, die den Konflikt insbesondere aus Sicht der Protestierenden prägt.

Landnutzungskonflikte werden insbesondere auf lokaler Ebene anhand inkompatibler Landnutzungen oder inkompatibler Nutzungsinteressen festgemacht:

> „[A] land-use conflict occurs whenever land-use stakeholders (=conflict parties) have incompatible interests related to certain land-use units (=geographical component). The incompatible interest result from negative effects (=conflict issues) emitted by the land-use unit under question." (von der Dunk et al. 2011: 149)

Die zitierte schweizerische Studie hat sechs zentrale Typen von Landnutzungskonflikten ausgemacht: Lärmbelastung, visuelle Beeinträchtigung, Gesundheitsgefahren, Naturschutzbelange, Erhaltung des Status quo und Veränderungen der Nachbarschaft (vgl. ebd.: 151 f.). Für den hier untersuchten Fall des Schlachthofbaus im Kontext der industriellen Massentierhaltung treffen je nach individueller Betroffenheitsperspektive alle Typen mehr oder weniger zu.

Warum ist Massentierhaltung in einigen Regionen Deutschlands, bspw. im „nordwestdeutschen Veredelungscluster" (Spiller et al. 2015: 29), so ein großes politisches und (land-)wirtschaftliches Thema? Die hohe Exportnachfrage hat zu einem enormen Anstieg der Fleischproduktion in Deutschland geführt:

---

http://initiative-tierwohl.de/. Es werden konkrete Projekte zur Verbesserung des Tierwohls gefördert, um der Kritik an der industriellen Tierhaltung entgegen zu wirken.

> „[D]ie Exportnachfrage […ist] ein wesentlicher Treiber für die gesamte Erzeugung von Fleisch- und Wurstwaren und von Milchprodukten […]. Die Exporte von Fleisch stiegen zwischen dem Jahr 2000 und 2013 um das Zweieinhalbfache, die der Wurstwaren verdreifachten sich“ (Statistisches Bundesamt 2015: 9).

Die Erzeugung von Geflügel und Schweinen für den Export stieg im genannten Zeitraum sogar um das dreieinhalbfache an. Aber auch der inländische Markt für Geflügel und Schwein ist stark gewachsen. Die höchste Zuwachsrate insgesamt ist bei Geflügel zu verzeichnen: Von rund 900.000 t im Jahr 2000 auf rund 1.700.000 t im Jahr 2013. Davon gingen 2013 mit rund 490.000 t 28,6 % in den Export. Im Jahr 2000 waren es allerdings nur 11,7 %. Bei Schweinen macht die Steigerungsrate in der gesamten Produktion in diesem Zeitraum geringere 29,1 % aus, allerdings gingen hier im Jahr 2013 44,6 % in den Export, während es 2000 nur 12,3 % waren. In absoluten Zahlen ausgedrückt, wird der Exportzuwachs erst richtig deutlich: Während im Jahr 2000 rund 480.000 t Schweinefleisch in den Export gingen, waren es im Jahr 2013 rund 2.200.000 t (vgl. ebd.).

Für diese massenhafte Fleischproduktion werden große Mengen an Ressourcen aufgebracht. Die Produktion verbraucht Unmengen an Futtermitteln und belastet damit die Böden. Führende ökologische Landwirtschaftsexperten wie Hans R. Herren fordern daher einen besseren Bodenschutz:

> „Die Leute kennen nicht die Konsequenzen von billiger Nahrung. […] Sie wissen nicht, was das mit der eigenen Gesundheit und der Umwelt zu tun hat. […] Sie müssen verstehen, was das Problem mit dem billigen und schlechten Essen ist.“[5]

Insbesondere die Geflügel- und Schweinefleischproduktion fällt durch einen wachsenden Importbedarf an Futtermitteln auf:

[5] http://www.klimaretter.info/ernaehrung/hintergrund/17760-qprivatinteressen-verhindern-bodenschutzq, zuletzt abgerufen am 12.03.2016. In diesem Zusammenhang spricht die Bundesumwelt- und -bauministerin Hendricks von „offensichtlichen Fehlentwicklungen in der konventionellen Landwirtschaft“ (http://www.taz.de/!5326738/, zuletzt abgerufen am 30.08.2016).

> „Das Futter für […] Schweine und Geflügel […] hat einen höheren Anteil am Flächenverbrauch als am Futteraufkommen, da das für die Schweine und Geflügelhaltung verfütterte Kraftfutter anders zusammengesetzt ist, als das Futter für die anderen Tierarten und überwiegend aus Importen stammt. Kraftfutter wird dort oftmals in extensivem Ackerbau erzeugt und hat daher einen höheren Flächenverbrauch als die inländischen Futtermittel.“ (Statistisches Bundesamt 2015: 7 f.)

Der Import dieser Futtermittel erzeugt nicht nur einen höheren Transportaufwand, sondern auch einen höheren Flächenverbrauch und zusätzlich eine Belastung für den Stickstoffkreislauf.

Dass Bürger sich gegen Vorhaben wehren, die eine ganze Reihe an Auswirkungen mit sich bringen (auf Lebensqualität, Umwelt- und Naturschutz, Immobilienwerte, Gemeinwohl etc.), deren Sinnhaftigkeit aber nicht zweifelsfrei belegt ist, wird in Bürgerbeteiligungsverfahren zu öffentlichen Vorhaben – bspw. zum Ausbau der Stromtrassen im Rahmen der Energiewende – häufiger thematisiert (vgl. Ewen 2013: 336). Im Vergleich hierzu gewinnen Ansiedlungsvorhaben im Zusammenhang mit Massentierhaltung zusätzlich an Brisanz, da sie als private Investitionsprojekte – Schlachthöfe wie auch Mastställe – keiner öffentlichen Planung im Sinne eines Planfeststellungsverfahrens unterworfen sind, die ihre Raumbedeutsamkeit anerkennt und ein Abwägungsgebot mit Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit enthält. Sie unterliegen einem reinen Plan- und Genehmigungsverfahren, das die Raumbedeutsamkeit nicht in den Fokus rücken kann (siehe Erläuterungen unten). Dies stellt im untersuchten Fall einer Schlachtanlage aber ein gravierendes Problem dar, da die Auswirkungen solcher Anlagen weit über die direkte Umgebung hinausgehen und somit eine Raumbedeutsamkeit und mit ihr eine Bedeutung für einen größeren Bevölkerungskreis erlangen.

Lokales Beteiligungsdefizit und „Problem of scale“:

Liegen solche gerade geschilderte Konstellationen vor, entstehen lokale Beteiligungsdefizite. Bei Protesten gegen entsprechende Vorhaben wird oft nicht nur auf direkte lokale Auswirkungen abgehoben, sondern es werden – wie häufig im Naturschutzbereich – normative Stellvertreterkonflikte ausgefochten. Es geht also nicht nur z.B. um Geruchsproblematiken einer Anlage, sondern um allgemeine Tier- und Umweltschutzargumente, die generelle Rolle der Landwirtschaft und ihre Subventionierung. Bürgerinitiativen sehen sich dadurch aber häufig mit dem Vorwurf konfrontiert, dass sie ihre vermeintlich auf direkter Betroffenheit gründende Ablehnung mittels globaler Fragestellungen verschleiern würden. Daher würden auch über die formalen Verfahren hinausgehende Partizipationsangebote auf lokaler Ebene nicht zielführend sein (vgl. Gerlach/Spiller 2008: 490 ff.), da weder die Plan- und Genehmigungsverfahren hierfür ausgelegt sind, noch seien die globalen Fragestellungen der Gegner auf lokaler Ebene politisch adressierbar.

Dabei wird allerdings übersehen, dass durch die Massentierhaltung skalenübergreifende Effekte auftreten, die auf lokaler Ebene ausgelöst werden, aber durch kumulative Verkettungen überregionale bis hin zu transnationale Auswirkungen haben (vgl. allgemein zu skalenübergreifenden Effekten Albert et al. 2015). Raumstrukturelle Erwägungen muss die Bauleitplanung nach §1 Baugesetzbuch (BauGB) sehr wohl berücksichtigen. Dies betrifft z.B. das Entstehen von Mastställen im überregionalen Umkreis eines Schlachthofs weit über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg, die negative Belastung des Grundwassers/von Fließgewässern über lokale Standorte hinaus oder die negative Beeinträchtigung von Nahrungsmittelmärkten in Entwicklungsländern durch den hohen Futtermittelbedarf und den Export billigen Fleisches. Bei all dem gibt es lokale Ursachen, die vor Ort durch Bürgerinitiativen aufgegriffen werden, aber in den Plan- und Genehmigungsverfahren und von Entscheidungsträgern keine oder zu wenig Berücksichtigung finden (können).

Ansiedlungsvorhaben im Rahmen der Massentierhaltung werden aber häufig vor Ort ohne solche globale Fragestellungen und skalenübergreifenden Effekte

analysiert und politisch diskutiert. Solche Effekte sowie die Proteste der Bevölkerung gegen ihre Verursacher stoßen auf ein Beteiligungsdefizit, da die vorgesehenen formellen Beteiligungen innerhalb der Planaufstellungen mit reinen Genehmigungsverfahren hierfür überhaupt nicht ausgelegt sind. Es herrscht ein sog. „Problem of scale“ vor, da die Verfahren den tatsächlichen räumlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen nicht gerecht werden (vgl. Moss/Newig 2010: 2).

Insbesondere die Belastung von Gewässern gilt als negative Umweltauswirkung, da es zu bedrohlich steigenden Stickstoffbelastungen des Grund- und Oberflächenwassers sowie der Luft in Regionen kommt, die einen hohen Anteil an Produktionsbetrieben der Massentierhaltung aufweisen wie bspw. das Emsland im Westen Niedersachsens (vgl. Spiller et al. 2015: 26). Durch den Import von Futtermitteln wird auch im Futter gebundener Stickstoff importiert. Dieser bleibt dann im Wirtschaftsdünger, bspw. Hühnermist, enthalten und landet im regionalen Stickstoffkreislauf. Die hohen Mengen an Wirtschaftsdünger können aber vor Ort gar nicht sinnvoll für den Futtermittelanbau verwendet werden, da die Futtermittel- und Tierproduktion weitgehend entkoppelt sind (vgl. SRU 2015: 187). Wird der Wirtschaftsdünger vor Ort auf die Böden ausgebracht, kommt es zu Auswaschungen von Stickstoff aus den Böden in die Gewässer. Außerdem werden aus dem Dünger entsprechend stickstoffverbindungshaltige Gase in die Luft freigesetzt (vgl. ebd.: 181). Stickstoffverbindungen in der Luft führen zu gesundheitsschädlichem Feinstaub und bodennaher Ozonbildung, und Stickstoffverbindungen im Wasser oder in der Nahrung stehen in Verdacht, krebserregend zu sein. Zudem führen Stickstoffverbindungen zu Schäden an der Ozonschicht und tragen zum Klimawandel bei (vgl. ebd.: 19).

Auf Grundlage dieser Betrachtung ergibt sich für den hier untersuchten Fall folgende Konstellation an lokalen Konfliktthemen mit zum Teil skalenübergreifenden Auswirkungen: Lärmbelastung (durch den gesteigerten Transportverkehr), visuelle Beeinträchtigung (durch den großen industriellen Bau des Schlachthofs), Gesundheits- und Umweltgefahren (durch Stickstoffbelastungen, die mögliche Belastung des Abwassers mit Antibiotika und die Verbreitung von Krankheitserregern), Naturschutzbelange (hoher

Trinkwasserverbrauch des Schlachthofs, übermäßiger Einsatz von Dünger auf umliegende Felder von Mastbetrieben und hohe Bodenbelastung durch Futtermittelanbau), Geruchsbelastung (durch Schlachthof, aber auch durch Mastställe) und die Schmutzbelastung der Luft (Staub aus den Mastställen).

Es wird deutlich, dass es sich bei der Frage der Ansiedlung einer großen Schlachtanlage nicht um ein rein privates Anliegen eines Investors handeln kann, wenn die Auswirkungen ernsthaft berücksichtigt und in eine Abwägung einbezogen werden würden. Die Öffentlichkeit sollte daher das Recht haben, sich in eine Abwägung transparent und entscheidungsrelevant einbringen zu können (über indirekte Beteiligungsmöglichkeiten der repräsentativen Demokratie) oder sich an der Entscheidung, ob eine solche Anlage angesiedelt werden soll, direkt zu beteiligen (über direkte Demokratie).

Solche politischen Abwägungs- und Aushandlungsprozesse mit Öffentlichkeitsbeteiligung sind in der Regel nur in öffentlichen Planungsverfahren wie Raumordnungs- oder Planfeststellungsverfahren implementiert. Diese Beteiligungen sind wenn nicht konfliktarm, so zumindest alltäglicher geworden – auch wenn sie bislang nur mangelhaft eingeführt sind (vgl. Nanz 2016: V) und es wie im Fall „Stuttgart 21“ immer wieder markante Negativbeispiele gibt (vgl. Rucht 2012; Schünemann/Zilles 2015; Tenz 2011). Doch mit Blick auf reine Plan- und Genehmigungsverfahren sieht die Realität anders aus. Der Staat hat sich durch Planfeststellungsverfahren für raumbedeutsame Großprojekte wie bspw. Eisenbahn- und Luftverkehrsanlagen oder Endlagerstätten an Abwägungsprozesse gebunden, die für den Bau von Industrieanlagen nicht gelten. Der Wirtschaft werden mehr Freiräume zugesprochen. Hieran für besonders kritische Branchen und Vorhaben etwas zu ändern, stellt sich als schwieriger politischer Prozess heraus. Nach Expertenmeinung handelt es sich bei der gebundenen Genehmigung um eine „heilige Kuh“, die von entsprechenden Lobbyverbänden (BDI, VDI etc.) verteidigt wird (vgl. Summerer 1992: 367; Cupei 1994: 32; Scholles 1997: 28). Dies liegt auch an der eingeschränkten Rolle von Planung in der Gesellschaft an sich:

„Planung als Handlungsinstrument des Staates ist in bezug auf die Zulassung von Risiken lediglich partiell rechtlich verankert worden. Das liegt zum einen daran, daß Planung in unserer Gesellschaftsordnung von vornherein nur auf raumbedeutsame Vorhaben (meist des Staates: Fachplanungsrecht) beschränkt war, bei Technikentwicklung, Anlagenbau, Stoff- und Produktentwicklung hingegen [...] keine Rolle spielte.“ (Köck 1993: 135)

2.1 Vorläufige Hypothese und Erkenntnisinteresse

Meine vorläufige *Hypothese* lautet, dass aufgrund des Genehmigungsrechts für Vorhaben der fleischverarbeitenden Industrie, die im Kontext der Massentierhaltung stehen, Beteiligungsdefizite entstehen. Sie resultieren aus der ungenügenden Passung des Plan- und Genehmigungsverfahrens mit den skalenübergreifenden Auswirkungen der Vorhaben, zu denen Teile der Bevölkerung adäquat beteiligt werden möchten. Aufgrund dieser Defizite können individuelle bzw. gruppenspezifische Belange dieses Teils der Bevölkerung weder rechtlich noch politisch eine Berücksichtigung im Plan- und Genehmigungsverfahren finden.

Mein *Erkenntnisinteresse* richtet sich auf eine zu untersuchende Bürgerinitiative, die ein Produkt eines solchen Beteiligungsdefizits ist. Sie soll als illustratives Beispiel dienen, um zu zeigen, wie solche individuellen bzw. gruppenspezifischen Belange entstehen, wie abhängig sie von ihrem sozialen Kontext sind und welche Beteiligungswege (repräsentativ, informell, direkt) möglich sind, um mit ihnen angemessen umzugehen. Welches Wissen wird benötigt, um für einen adäquaten politischen Umgang mit diesen Belangen Empfehlungen aussprechen zu können?

2.2 Auswahl und Erläuterung der Fallstudie

Für die Auswahl der Fallstudie dieser Arbeit wurde nach einem Beteiligungsdefizit gesucht, das einen Konflikt mit Teilen der Bevölkerung und den Protest einer Bürgerinitiative provozierte. Hierfür wurde nach einer Bürgerinitiative gesucht, die sich durch ein Engagement in einem ländlichen Raum auszeichnet, da die ländlichen Räume eine partizipatorische und protestorientierte Entwicklung nachzuvollziehen scheinen, die in Städten bereits ab den 1960er und 1970er Jahren stattgefunden hat (vgl. Othengrafen/Sondermann 2015: 7). Hieran haben soziale Mobilität, Modernisierungstendenzen und Ausdifferenzierungen der ländlichen Bevölkerung einen bedeutenden Anteil (vgl. Segert/Zierke 2004: 17; Laschewski/Neu 2004: 5; siehe weitere Erläuterungen in Kapitel 2.4.1).

Im Kontext des Konflikts rund um die Massentierhaltung wurden mehrere solcher Bürgerinitiativen gefunden, unter anderem in Niedersachsen. Aus forschungspraktischen Gründen wurde eine niedersächsische Initiative ausgewählt, die zum Zeitpunkt der Auswahl noch sehr aktiv war. Zum Feldeinstieg wurde in diesem ausgewählten lokalen Konflikt um ein Bauvorhaben im Kontext der Massentierhaltung eine Vorstudie durchgeführt. Diese hatte zum Zweck, die lokalen Bedingungen des Konflikts zunächst oberflächlich auszuleuchten: Worum wurde der Konflikt geführt und wie verlief er?

Der Konfliktanlass der ausgewählten Fallstudie ist eine Schlachtanlage, die in einer ländlichen Region gebaut wurde, die zuvor bereits durch Großprojekte geprägt war. Aus mehreren Interviews mit Akteuren dieser BI sowie mit dem Bürgermeister der betroffenen Kommune wird deutlich, dass die Bevölkerung offenbar an solche Großprojekte gewöhnt ist und es in Teilen der Bevölkerung einen Wunsch nach weiteren Arbeitsplätzen gibt. Dieser Wunsch ist bedingt durch die Strukturschwäche der betroffenen ländlichen Region.

Dennoch formierte sich aus Teilen der Bevölkerung schnell Widerstand gegen das Projekt einer neuen Schlachtanlage, da durch sie ein weiteres Wachstum der agrarindustriellen Branche mit Massentierhaltung in der umgebenden Region befürchtet wurde. Ein solches sollte aus Sicht dieses Teils der Bevölkerung verhindert werden. Anwohner der direkt betroffenen Ortschaft

gründeten somit als Träger dieses Widerstands eine BI gegen den Bau des Schlachthofs, sobald sie merkten, dass sie nicht ausreichend an der Abwägung und Entscheidung über das Vorhaben beteiligt wurden. Diese BI und ihr Protest scheiterten letztlich, da sie ihr Ziel der Verhinderung des Baus nicht erreichten. Zwar hatten sie ein Bürgerbegehren angestrebt, das sich gegen finanzielle Zuwendungen der Gemeinde an den Investor richten sollte, aber es stellte sich als gegenstandslos heraus, da es die Gemeinde vermieden hatte, solche Zuwendungen zu leisten. Gegen die Ansiedlung an sich konnte kein direktes Begehren gestartet werden, da es sich um eine private Fläche handelte, die an den Investor verkauft wurde.

Der Beratungs- und Entscheidungsprozess in der Kommunalpolitik zur Änderung des Flächennutzungsplans und zur Aufstellung eines Bebauungsplans wurde zudem sehr schnell durchgeführt, um dem Investor eine politische Unterstützung zukommen zu lassen. Fast alle Ratsmitglieder stimmten für den Bau. Ihre Entscheidung fußte auf den Argumenten, dass die Ansiedlung eines solch großen Gewerbes für ihren Ort Arbeitsplätze und Gewerbesteuereinnahmen in überdurchschnittlicher Dimension einbringen würde. Daher wurden im formalen Beteiligungsprozess auch die meisten Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger von der breiten Mehrheit im Rat weggewogen.

Bei der Kommunalwahl 2011, die in den unmittelbaren Zeitraum der Auseinandersetzung fiel, trat eine der Sprecherinnen der BI zusammen mit einigen Aktiven als eigenständige Wählerinitiative an, verbunden mit dem expliziten Ziel, den bereits genehmigten Schlachthof im Falle einer Wahl doch noch zu verhindern. Diese Kandidaturen erfolgten aber nicht im Einklang mit der Mehrheit der Sprecherinnen und Sprecher der BI, so dass die BI die Wählerinitiative nicht offiziell unterstützte. Dies wurde mit dem Argument begründet, dass die BI Unterstützer aus verschiedenen Parteien habe und man nicht durch eine eigene Wahlteilnahme die eigene Überparteilichkeit aufgeben wollte. Es kam zu einer deutlichen Niederlage der Wählerinitiative, so dass CDU und SPD weiterhin die große Mehrheit im Rat stellten. Beide Parteien unterstützten das Projekt ausdrücklich und so wurde ihr Sieg sowohl von den

Unterstützern der Ansiedlung als auch von den Akteuren der BI als deutliches Votum der Mehrheit der Bürger zugunsten des Schlachthofs interpretiert.

Trotz des Scheiterns hat sich der Protest durch die BI verstetigt, indem sich die Akteure für ihr Engagement neue Ziele gesucht haben und sich nicht mehr nur auf die lokale Ebene beschränken. Sie möchten Massentierhaltung in ihrer gesamten Region und darüber hinaus bekämpfen. Hieraus resultiert ein gewachsener Anspruch hinsichtlich eines generellen gesellschaftlichen Wandels in Konsum-, Wachstums- und Nachhaltigkeitsfragen und eine nun mehrjährige Aktivität[6] der BI. Dieser Prozess der Verstetigung umfasst dabei verschiedene Ereignisse, die als Etappen des Scheiterns, hierauf folgende Bewältigungsstrategien im Umgang mit dem Scheitern und daraus resultierende Anstöße zu Veränderungen gedeutet werden können. Die BI hat sich durch überregionale Netzwerkbildung verstetigt und organisatorisch erweitert. Sie unterhält zahlreiche Kontakte und Verbindungen zur überregionalen Bewegung gegen Massentierhaltung.

Als Massenbewegung kann sie aber nur losgelöst von ihrem konkreten lokalen Anliegen im Verbund mit Organisationen wie z.B. dem BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) oder der AbL (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft) auftreten, etwa bei überregional organisierten Demonstrationen des Bündnisses „Wir haben es satt!“.[7] Die BI vertritt dabei eine sehr ausdifferenzierte Zielsetzung. Ihre Akteure sprechen eine breite Palette an Themen an, wie ich in der Hauptstudie zeigen werde (siehe Kapitel 4 und insbesondere 4.5.2).

[6] Aufgrund der Anonymisierung keine exakte Angabe
[7] Diese Bündnisse sind möglich, da sich insbesondere auch die Umweltverbände Protestformen angenähert haben (vgl. Rucht 2011: 74 f., 79).

2.3 Erläuterung des Planverfahrens mit gebundener Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz

Zur Untermauerung meiner oben formulierten Hypothese wird nun das Planverfahren mit gebundener Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz für die ausgewählte Fallstudie näher erläutert. Das Planverfahren und die Zulassung des Vorhabens umfassten die folgenden Schritte:

1. Änderung des Flächennutzungsplanes mit Umweltprüfung
2. Aufstellung eines Bebauungsplanes mit Umweltprüfung
3. Zulassung nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) mit Umweltverträglichkeitsprüfung

Die Schritte werden für den konkreten Fall nacheinander erläutert. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach der Beteiligung der Bevölkerung insbesondere in Hinblick auf die Abwägung überlokaler Auswirkungen des Vorhabens bzw. nach einer generellen Abwägung dieser Auswirkungen.

(1) Zunächst musste im Rahmen des Planverfahrens der Flächennutzungsplan (F-Plan) für die betroffene Fläche der neuen Nutzung durch das Vorhaben des Schlachthofes angepasst werden. Innerhalb dieses Planänderungsverfahrens ist die Öffentlichkeitsbeteiligung obligatorisch. Das Ergebnis dieser Öffentlichkeitsbeteiligung zur Änderung des F-Planes verdeutlicht die Schwierigkeit der Bürger, für ihre Anliegen die richtige Beteiligungsebene zu finden, da ihre 43 Stellungnahmen größtenteils das Vorhaben an sich zur Disposition stellten und sie mit diesem Anliegen im Verfahren der Flächennutzungsplanänderung kein Gehör finden konnten. Die Frage nach der generellen Ansiedlung des Vorhabens konnte im Änderungsverfahren des F-Planes gar nicht erörtert werden, da die Ansiedlung an sich gar nicht Gegenstand dieses Verfahrens war. Mit einem F-Plan wird grundsätzlich nur die Art der Flächennutzung geregelt, also ob es sich bspw. um ein Wohngebiet, ein Gewerbegebiet oder um eine Ackerfläche handelt. In diesem Fall ging es um eine Umwidmung von einer Ackerfläche in eine Gewerbefläche. Daher waren die entsprechenden Stellungnahmen der Bürger nicht relevant.

Einwendungen gegen das konkrete Bauvorhaben konnten nur im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG eingebracht werden.

Das Planungsbüro, das für die fachlichen Bearbeitung hinzugezogen worden war, begründete seine Abwägungsempfehlung über diese Stellungnahmen in der Ratssitzung der Gemeinde dementsprechend: „[…] dass die Bürger den Bau des [Schlachthofs] eher grundsätzlich in Frage gestellt hätten, so dass die Stellungnahmen weitestgehend nicht berücksichtigt werden konnten." (Niederschrift Ratssitzung Gemeinde[8]) Der Rat folgte dieser Empfehlung mit einem deutlichen Abstimmungsergebnis von 17 Ja- und 2 Nein-Stimmen. Der Bürgermeister schildert diese Abwägung des Rates folgendermaßen:

> *„Dann sind diese ganzen Stellungnahmen, die zwar umfänglich waren, aber im Wesentlichen inhaltsgleich, die sind dann natürlich aufbereitet worden, dem Rat vorgestellt worden und der Rat hat sich mit diesen Anregungen, Hinweisen, Stellungnahmen dann eben beschäftigt und hat sie abgewogen. In der Ratssitzung […] haben wir dann die Einwendungen – im Wesentlichen waren es Einwendungen aus der Bürgerschaft, die sich gegen die Ansiedlung gerichtet haben – im Wesentlichen weggewogen, so nennt sich das Ganze eben. Also man musste sich damit beschäftigen, aber in der Abwägung sind wir eben zu dem Ergebnis gekommen, sie sind nicht relevant, haben keinen Einfluss auf die Planung." (Interviewaussage des Bürgermeisters)*

Fragen nach den Umweltauswirkungen der angestrebten Flächennutzung, gegen die sich ein Großteil der Einwendungen inhaltlich richtete, werden im Verfahren der F-Plan-Änderung in einer Umweltprüfung behandelt. Die Ergebnisse dieser Prüfung werden in einem entsprechenden Umweltbericht festgehalten und veröffentlicht (vgl. Scholles 2008: 110). Der Umweltbericht im untersuchten Fall greift allerdings über den konkreten Standort hinausgehende Umweltbelange nicht auf, da im Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) keine enthalten seien. Es gibt weder im RROP „spezifische umweltschutzbezogene Darstellungen" oder „Vorrang-

[8] Aufgrund der Anonymisierung werden in diesem Abschnitt und auch später keine exakten Quellenangaben zu den Protokollen, Plan- und Genehmigungsdokumenten sowie sonstigen relevanten Dokumenten gemacht.

oder Vorsorgegebiete“ für die betroffene Fläche, noch sind „für den konkreten Planbereich derzeit im LRP […, Landschaftsrahmenplan, S.K.] spezifische Umweltschutzziele dargestellt bzw. formuliert. […] Ein Landschaftsplan mit örtlichen Zielsetzungen aus der Sicht von Naturschutz und Landschaftspflege liegt für die Gemeinde […] derzeit nicht vor.“ (Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans). In Details zu den lokalen Umweltbelangen verweist der Umweltbericht auf die Umweltprüfung zur Bebauungsplanaufstellung (vgl. ebd., im Folgenden als zweiter Schritt dargestellt). Der F-Plan ist damit zwar den direkt auf den spezifischen Standort bezogenen Zielen der Raumordnung angepasst, lässt aber alle weitergehenden Ziele einer strategischen Raumplanung, die erhebliche überörtliche Auswirkungen berücksichtigen müsste (vgl. ML Niedersachsen 2015), außen vor.

(2) Im zweiten Schritt, der Aufstellung des Bebauungsplanes (B-Plan), wurde eine weitere Umweltprüfung über die lokalen Umweltbelange durchgeführt, die stärker ins Detail geht. Diese Prüfungsergebnisse wurden auch in der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) im Rahmen der abschließenden Genehmigung des Vorhabens (dritter Schritt) aufgegriffen. Die Betrachtungsebene ist wiederum nur sehr eng an den lokalen Standort des Vorhabens angepasst: „Zur Abschätzung der von dem geplanten Schlachtbetrieb ausgehenden Emissionen und der Wirkungen für das Schutzgut Mensch wurde ein Radius von 1.000 m um die Anlage betrachtet.“ (Genehmigungsbescheid) In der Bewertung werden keine negativen Auswirkungen für diesen Radius festgestellt:

> „Betriebsbedingte, erheblich nachteilige Beeinträchtigungen insbesondere des Menschen durch Lärm und Luftschadstoffe sind bei genehmigungskonformer Ausführung des Vorhabens nicht zu erwarten. Das gleiche gilt für relevante bzw. erhebliche Auswirkungen auf die übrigen Schutzgüter - z.B. Boden, Wasser, Pflanzen und Tiere, Landschaft, Sach- und Kulturgüter. […] Im Hinblick auf eine wirksame Umweltvorsorge sind auch Wechselwirkungen zwischen den Umwelteinflüssen zu ermitteln und medienübergreifend zu beurteilen.

> Für das beantragte Projekt ist jedoch kein sich verstärkendes Zusammenwirken nachteiliger Umweltfaktoren erkennbar.“ (Genehmigungsbescheid)

Zur B-Plan-Aufstellung, die parallel zur F-Plan-Änderung stattfand, wurde ebenfalls eine obligatorische Bürgerbeteiligung durchgeführt, die im Wesentlichen zur F-Plan-Änderung inhaltsgleiche Stellungnahmen der Bürger zur Folge hatte. Größere umweltrelevante Zusammenhänge wie die Bedeutung einer sich ausbreitenden Massentierhaltung in der Region für die Nitratbelastung des Grundwassers, die von den einwendenden Bürgern hier angemahnt wurden, wurden in der B-Plan-Aufstellung und deren Umweltprüfung nicht betrachtet.

Ein Zusammenhang zu raumstrukturellen überörtlichen Folgewirkungen der Ansiedlung des Schlachthofs hinsichtlich der Ansiedlung von Mastställen wird allerdings in der entsprechenden Begründung zur Aufstellung des B-Planes – und nur dort – hergestellt. Es wird explizit dargestellt, dass der Bau des Schlachthofs „erhebliche Auswirkungen über die Gemeinde hinaus haben wird“ (Begründung Aufstellung Bebauungsplan), da in einem Umkreis von bis zu 100 km Mastställe benötigt werden. Genau auf diesen Umstand weist auch kritisch eine weiter entfernt liegenden Gemeinde als Stellungnahme im Änderungsverfahren des F-Planes hin: „[…] mangels geeigneter Steuerungsmöglichkeiten für privilegierte landwirtschaftliche Vorhaben [können] eine ungewünschte Zersiedlung der Landschaft und Konflikte bei der Entwicklung anderweitiger Nutzungsarten nicht von vorn herein ausgeschlossen werden“ (Niederschrift Ratssitzung Gemeinde). Diese Gemeinde sieht sich also durch die Ansiedlung eines Schlachthofs in einer Entfernung unter 100 km vor die Herausforderung gestellt, mögliche Flächenkonkurrenzen zwischen Maststallansiedlungen und anderen Nutzungen zu moderieren, ohne aufgrund des privilegierten landwirtschaftlichen Bauens im Außenbereich tatsächliche Steuerungsmöglichkeiten zu besitzen. Sie empfiehlt daher, „dass sich interessierte Investoren rechtzeitig mit der örtlich zuständigen Gemeinde abstimmen, um den Standort analysieren und im Zweifelsfall im beiderseitigen Interesse verbessern zu können.“ (ebd.)

Der Zusammenhang zu überörtlichen und sogar überregionalen Auswirkungen der Ansiedlung eines Schlachthofes ist daher allen Verfahrensbeteiligten offensichtlich. Er wird in der Begründung des Aufstellungsbeschlusses des B-Planes deutlich angesprochen, mit Bezug auf das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen aber nicht hinsichtlich von Umweltbelangen, sondern hinsichtlich von wirtschaftlichen Entwicklungszielen: „Das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2008 fordert, dass in allen Teilräumen des Landes eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und der Beschäftigung erreicht werden soll. Insbesondere die ländlichen Regionen sollen in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Niedersächsischen Wirtschaft beizutragen. Diesen Forderungen wird hier in besonderem Maße entsprochen, da die Investitionen in den geplanten Schlachtbetrieb, aber insbesondere auch der notwendigen Zulieferbetriebe in der Nahrungsmittel produzierenden Landwirtschaft dem ländlichen Raum zugutekommen.“ (Begründung Aufstellung Bebauungsplan) Überregionale wirtschaftliche Auswirkungen des Vorhabens werden mit Bezug auf die Mastbetriebe daher explizit hergestellt.

Diese höhere Skalenebene hätte aber bei der Aufstellung des B-Planes durch die Gemeinde auch mit Blick auf sekundäre Umweltauswirkungen in eine Abwägung einfließen müssen, da sich der B-Plan an Ziele der Raumordnung und eine nachhaltige Entwicklung anpassen muss (vgl. §1 Abs. 4 und 5 BauGB). Es stellt sich die Frage, warum dies die Gemeinde versäumt bzw. unterlassen hat.

(3) Nach den Planänderungs- und Planaufstellungsverfahren fand drittens ein Genehmigungsverfahren nach BImSchG statt. Dabei handelt es sich um ein selbstständiges Zulassungsverfahren, das projektbezogen für Industrieanlagen zusätzlich zur Baugenehmigung durchgeführt werden muss. Sowohl Baugenehmigungen als auch immissionsschutzrechtliche Zulassung sind sog. „gebundene Genehmigungen“ im Sinne von Kontrollerlaubnissen, die im Gegensatz zu Planfeststellungen kein Ermessen der Zulassungsbehörde einschließen, „sondern sie [die Zulassungsbehörde, S.K.] muss genehmigen, wenn alle Zulassungsstandards eingehalten sind“ (Scholles 2008: 104). Ein

bedeutender Unterschied in der Anwendung einer solchen Genehmigung und einer Planfeststellung liegt darin, dass es sich bei dem Schlachthof um ein privatwirtschaftliches Investitionsprojekt handelt und nicht um eine öffentlich-rechtliche Planung. Viele öffentlich-rechtliche Vorhaben unterliegen bei der Planfeststellung dem Abwägungsgebot: „Infolgedessen wird ein Planungsermessen eingeräumt, bei dem private und öffentliche Belange durch Abwägung zum Ausgleich zu bringen und erforderlichenfalls zu überwinden sind“ (ebd.: 100). Dies findet bei der Baugenehmigung und der immissionsschutzrechtlichen Zulassung nicht statt. Durch die gebundene Genehmigung muss die Gemeinde die Baugenehmigung bzw. das staatliche Gewerbeaufsichtsamt die immissionsschutzrechtliche Zulassung erteilen, wenn alle Bedingungen – wie in diesem Fall nach dem Baugesetzbuch und der Landesbauordnung bzw. nach dem BImSchG – erfüllt sind.

Gegen diese Zulassung durch das Gewerbeaufsichtsamt hatte der NABU eine Klage vor dem Verwaltungsgericht eingereicht. Die BI unterstütze diese Klage und erhoffte sich einen nachträglichen Entzug der Betriebszulassung. Der NABU argumentierte, dass die Immissionsprognose unzureichend sei und es Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung gebe. Zudem seien die Umweltprüfungen unzureichend gewesen und der Tierschutz sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die Klage ist erfolglos geblieben, da alle inhaltlichen Klagepunkte vom Gericht zurückgewiesen wurden (vgl. Urteilsbegründung).

Die rein projektbezogene Genehmigung mit UVP lässt im hier untersuchten Fall zwar eine Abwägung über einzelne Umweltauswirkungen, die über den direkten Standort hinausgehen, zu, aber überregionale und vor allem kumulierende Auswirkungen der Ansiedlung eines verarbeitenden Betriebes der Massentierhaltung konnten hier mangels diesbezüglicher gesetzlicher Zulassungsvoraussetzung nicht mehr berücksichtigt werden. Dies gibt auch der Bürgermeister zu bedenken, wenn er anerkennt, dass es natürlich eine Verbindung zwischen entstehenden Mastställen und dem Schlachthof gibt. So wird die überregionale Raumbedeutsamkeit zwar theoretisch anerkannt, aber sie besitzt keine Relevanz für die Genehmigung:

> „Wie mehrere Einwendungsführer zwar vorgetragen haben, handele es sich aufgrund der geplanten Schlachtkapazität nach § 3 Nr. 6 ROG um ein raumbedeutsames Vorhaben, durch das die räumliche Entwicklung des Gebietes beeinflusst würde. Die Ansiedlung des Schlachtbetriebes könne nicht als isolierte Planungsmaßnahme betrachtet werden. Die Frage nach der Herkunft des Schlachtmaterials und der damit verbundene Bau von Hunderten neuer Mastställe in der Region mit sämtlichen Auswirkungen müsse berücksichtigt werden. Die Vielzahl der verschiedenen Wechselwirkungen von Emissionen aus der Schlachtanlage und aus den neu zu errichtenden Mastställen aus der Umgebung sei zu Unrecht ungeprüft geblieben. […] Es kann allerdings dahingestellt bleiben, ob der Schlachthof raumbedeutsam ist oder nicht. […] Insgesamt ist festzustellen, dass die von den Einwendungsführern durchaus nachvollziehbar dargelegten strukturpolitischen Erwägungen sich der Beurteilung im Rahmen des hier ausschließlich anzuwendenden Genehmigungsrechtes nach BImSchG entziehen.“ (Genehmigungsbescheid)

Die Argumentation ist an dieser Stelle korrekt. Das Vorhaben musste daher genehmigt werden, wenn alle genehmigungsrechtlichen Bedingungen erfüllt sind, ohne raumbedeutsame Auswirkungen in diesem letzten Verfahrensschritt noch in eine Abwägung einbeziehen zu können. Die „strukturpolitischen Erwägungen“ hätten aber schon vorher, nämlich bei der Aufstellung des B-Planes, durch die Gemeinde auch mit Blick auf sekundäre Umweltauswirkungen stattfinden müssen.

Es fand nur eine Abwägung über alternative Standorte statt. Bei der F-Plan-Änderung und der Aufstellung des B-Planes konnte nur über mögliche alternative Standorte innerhalb der betroffenen Gemeinde befunden werden (vgl. Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans). Ein alternativer Standort innerhalb des Gemeindegebiets, der weiter entfernt von der Siedlungsbebauung und näher an den wichtigen Verkehrsanbindungen gelegen wäre, wird in der Begründung zur Aufstellung des Bebauungsplanes verworfen, da eine Zersiedlung der Landschaft vermieden werden soll (vgl.

Begründung Aufstellung Bebauungsplan). Im Genehmigungsverfahren wurde über alternative Standorte im Landkreis abgewogen. Dort heißt es:

> „Die Vorhabenträgerin hat überzeugend dargelegt, dass im Bereich des Landkreises […] aus unternehmenswirtschaftlichen Erfordernissen heraus nur der Standort [der Gemeinde, S.K.] die betrieblichen Bedingungen für einen Schlachthof der vorgesehenen Größenordnung erfüllt. Im hiesigen Planungsraum konnten trotz intensiver Recherche keine alternativen Vorhabenstandorte gefunden werden." (Genehmigungsbescheid)

Ein anderer Standort hätte allerdings die grundlegende Problematik einer solchen Ansiedlung nicht gelöst.

Abschließend kann festgehalten werden, dass es sich bei dem hier untersuchten Plan- und Genehmigungsverfahren um ein grundsätzliches Missverhältnis zwischen der Anwendung dieser Verfahren und den Auswirkungen der Ansiedlung eines Projekts der Massentierhaltung handelt. Politische Abwägungsspielräume, die bestanden hätten, um diese raumstrukturellen Auswirkungen angemessen in den Blick zu nehmen und entsprechende Einwände und Belange von Teilen der Bevölkerung im Verfahren zu repräsentieren, wurden nicht genutzt.

2.4 Forschungsstand

Die gesellschaftlichen Entwicklungen um Partizipation an politisch-administrativen Planungs- und Entscheidungsprozessen und entsprechende Proteste und Konflikte, die aus Defiziten einer Berücksichtigung in oder eines Zugangs zu diesen Prozessen entstehen, lassen sich durch den Begriff der „Misstrauensgesellschaft“ zunächst allgemein plakativ veranschaulichen:

> „Auf der einen Seite schwinden gesellschaftliche Integrationskräfte von Parteien, Verbänden und Kirchen, auf der anderen Seite entwickelt sich anscheinend eine rege Zivilgesellschaft mit postkonventionellen Partizipationsformen, um Einfluss auf Politik und Gesellschaft zu nehmen. Irgendwo dazwischen finden wir auch viel ziellosen Verdruss einer typischen Misstrauensgesellschaft.“ (Walter 2013: 8)

Mit „postkonventionellen Partizipationsformen“ sind hier solche Beteiligungsformen gemeint, die nicht an institutionalisierte bzw. formalisierte Verfahren der repräsentativen Demokratie geknüpft sind. Hierzu zählen neben der Teilnahme z.B. an Demonstrationen, Mahnwachen, Besetzungen oder Blockaden eben auch assoziative Formen zur Partizipation in gesellschaftspolitischen Fragen, die nicht auf eine konventionelle Form wie die Teilnahme an Wahlen oder Abstimmungen abzielen (vgl. Hoecker 2006: 9 ff.). Solche assoziativen Formen können bspw. Bürgerinitiativen sein, die jedoch häufig – sofern sie auf konkrete Entscheidungsprozesse ausgerichtet sind – ebenfalls auf die Beeinflussung repräsentativer Strukturen abzielen. Auch informelle Demokratieformen, die auf informelle Verfahren der Bürgerbeteiligung setzen, bspw. mittels Bürgerforen oder Planungszellen (siehe hierzu Kapitel 5.3), gehören zu den postkonventionellen Formen.

Mit Bezug auf das Anwachsen solcher unkonventionellen Partizipationsformen (vgl. Roth 2011a: 95 f.; Holtmann 2015: 65) kann die Beschreibung einer „Misstrauensgesellschaft“ aber auch positiv gewendet werden, wie dies mit dem Begriff der „Bewegungsgesellschaft“ versucht wird (vgl. Roth 2011a: 95 f.; Ullrich 2015: 9). „Soziale Bewegungen sind in dieser [Bewegungsgesellschaft] ein fest etabliertes und weit verbreitetes Phänomen

geworden; Proteste gibt es (fast) allerorten und zu (fast) allen Themen." (Ullrich 2015: 9)

Zunächst wird im Folgenden der Forschungsstand zu Protesten als Partizipationsform im Kontext von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen dargestellt, wobei der Fokus insbesondere auf ländliche Räume ausgerichtet wird. Im Zuge dessen wird die Frage behandelt, wie die Partizipationsform der Bürgerinitiativen definiert und in Konzepten wie der „Bewegungsgesellschaft" verortet werden kann.

Anschließend wird der im Problemhintergrund geschilderte Kontext um die Auseinandersetzung um Massentierhaltung und ihre Bauvorhaben noch um Fragen der gesellschaftlichen Akzeptanz ergänzt, zu der auch die Auseinandersetzung um Tierschutz und Tierrecht gehört. Diese Ebene gesellschaftlicher Konflikte hat Relevanz für den Protest der BI und die spätere Interpretation des empirischen Materials, da sich die Akteure der BI explizit und implizit auf diese Konfliktlinien beziehen.

2.4.1 Protest als Partizipation – Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen in ländlichen Räumen

Proteste von Bürgerinitiativen oder sozialen Bewegungen können als Interessenartikulation aus einer Position der Marginalität oder als soziales Frühwarnsystem für Probleme in der Gesellschaft beschrieben werden (vgl. Ullrich 2015: 12 f.). Ein Protest will demzufolge appellierend auf Unmut über wahrgenommene oder gefühlte gesellschaftliche Missstände hinweisen. Sind diese Missstände bei nicht allzu abstrakten oder fernen Themen Gegenstand konkreter repräsentativer Entscheidungsprozesse, kann sich der Protest explizit auf diese Entscheidungen und die entsprechenden Akteure beziehen. Dieser Appell wird an die Öffentlichkeit und/oder die Politik gerichtet. In einem darauf aufbauenden Schritt können Bürgerinitiativen und Bewegungen entstehen, die auf der einen Seite Menschen über mutmaßliche Missstände informieren, sie an diesbezüglichen Themen interessieren und für politische Handlungen motivieren, und die auf der anderen Seite Alternativen einfordern oder selbst entwickeln. Mit diesen Alternativen können sie wiederum die

allgemeine Öffentlichkeit konfrontieren und darauf hinwirken, dass diese in Entscheidungsprozesse der repräsentativen Politik einfließen (siehe Abbildung 1).

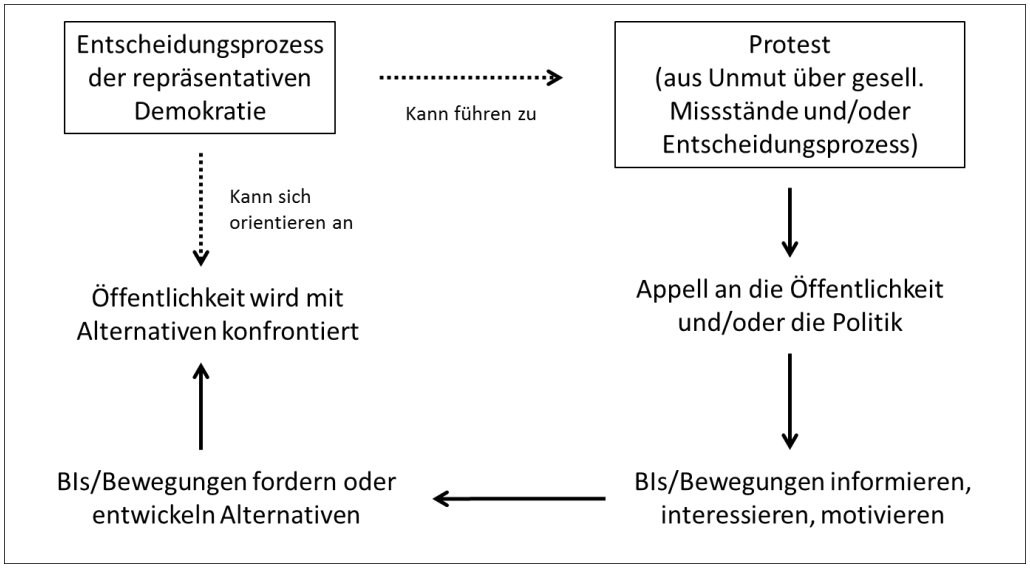


Abbildung 1: Protest und repräsentative Entscheidungsprozesse (eigene Darstellung).

Politische Entscheidungsträger sollen durch einen solchen Protest bzw. Engagement von Bürgerinitiativen oder Bewegungen wachgerüttelt und gleichsam zu öffentlichem Handeln bewegt oder sogar gezwungen werden. Im Idealfall geht es nicht um einen Selbstzweck einiger partikularer Bürgerinteressen, sondern um ein öffentliches Interesse, und eine gute Bürgerbeteiligung soll in diesem Sinne intelligentere, weniger kostspielige und gesellschaftlich breiter akzeptierte politische Entscheidungen herbeiführen (vgl. Roth 2011b: 84).

Auf den Landnutzungskonflikt Massentierhaltung und das durch die zugrundeliegenden Plan- und Genehmigungsverfahren bedingte Beteiligungsdefizit reagieren einige Teile der Bevölkerung, insbesondere wenn sie direkt betroffen sind oder aus (normativen) Einstellungen oder Interessen heraus agieren, mit einem solchen Widerspruch und Protest. Häufig fehlt es an politischer Sensibilität bei flächenbeanspruchenden Maßnahmen und Vorhaben gegenüber möglichen Betroffenen oder normativen Belangen, da insbesondere

kooperative und dialogisch orientierte Demokratieformen mangelhaft eingeführt sind (vgl. Nanz 2016: V; Alcántara et al. 2016: 10). Solche Formen setzen auf eine beitragende Rolle der Bürgerinnen und Bürger mittels direktdemokratischer oder informeller Formen, neuer regionaler politischer Öffentlichkeiten, neuer Arrangements zwischen lokalen Akteuren und Rathäusern und neuer Kooperationen wie regionalen Netzwerken. Hierfür bedarf es eines Partizipationsmanagements, das auch auf die Umsetzung von Beteiligungsrechten achtet, um bspw. sozial selektive Beteiligungsergebnisse zu korrigieren und sie einordnen zu können (vgl. Holtkamp/Bogumil/Kißler 2006: 11, 20).

Um eine entsprechende Sensibilität erreichen zu können, die für kooperative und dialogisch orientierte Demokratieformen notwendig ist, sollten im Sinne des kritischen Pragmatismus die sozialen Voraussetzungen in den ländlichen Räumen, die diese Konflikte und Proteste begleiten, in die Analyse einbezogen werden. Der kritische Pragmatismus ist ein planungstheoretischer Ansatz, der in planungs- und vorhabenbezogenen Konfliktsituationen darauf setzt, Konflikte zu akzeptieren und in die entsprechenden Verfahren zu integrieren. Dabei sollte die Entstehung von Konflikten und Diskursen nicht ausgeblendet werden, wie viele konsensorientierte Verfahren dies tun, sondern sie sollten auf die unterschiedlichen Interessen und Ziele und die dahinterliegenden sozialen Voraussetzungen zurückgeführt werden, aus denen sie resultieren (vgl. Othengrafen/Sondermann 2015: 18).

Mit Blick auf ländliche Räume, die von großen Infrastrukturvorhaben oder Landnutzungskonflikten wie der Massentierhaltung betroffen sind, entsteht eine Parallele zu dem, was in den Städten Bürgerinitiativen in den 1960er/1970er Jahren taten. Othengrafen/Sondermann sprechen mit Blick auf die damaligen Vorgänge bspw. im Frankfurter Westend von einer „Rückeroberung städtischer (Lebens-)Räume“ durch eben solche Initiativen (vgl. ebd.: 7). Diese These wird gestützt durch die soziodemografische Erkenntnis, dass in ländlichen Räumen nicht mehr die traditionelle ländliche Gesellschaft früherer Tage anzutreffen ist, da auch dort sozialer Wandel stattfindet. Träger dieses sozialen Wandels sind vermehrt modernisierte soziale Milieus, die ein stärkeres Engagement unabhängig von althergebrachten

dörflichen bzw. ländlichen Entscheidungswegen suchen. Vorher kanalisierte sich kommunales Bürgerengagement auch in seiner politischen Funktion vorwiegend in der klassischen Vereinsarbeit (vgl. Roth 1997: 436 ff.). Dort herrschten interne, exklusive, stark personalisierte und häufig verdeckte Konfliktlösungsebenen innerhalb der „Gemeinschaft“ vor (vgl. Schmidt 2011: 121, 123).

Parallel zu städtischen Räumen haben sich ländliche Räume durch den Wandel sozialer Lebensverhältnisse und der Mobilität urbaner sowie ländlicher Bevölkerungsgruppen sozialstrukturell immer weiter ausdifferenziert, so dass nicht mehr von einer traditionellen Gesellschaft auf dem Lande gesprochen werden kann und auch nicht mehr von einem einheitlichen ländlichen Raum. Segert/Zierke zeigen auf, dass ländliche Räume „ein reiches Spektrum an soziokulturellen Ressourcen“ bereithalten (Segert/Zierke 2004: 17). Hierdurch gewinnt der Befund an Geltungskraft, dass mittlerweile von einer modernisierten ländlichen Gesellschaft gesprochen werden sollte (vgl. Laschewski/Neu 2004: 5).

Die klassische Stadt-Land-Dichotomie, die mit Blick auf eine große wirtschaftliche und soziale Bedeutung der Landwirtschaft auf dem Land gegenüber einer geringeren gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeit und Bevölkerungsdichte als in der Stadt noch bis in die 1950er Jahre relativ homogene ländliche Räume charakterisierte, hat seitdem erheblich an Gewicht verloren und ist einer Vielfalt und Mischung an unterschiedlich ländlich und stärker städtisch geprägten Räumen gewichen (vgl. Weingarten/Schmidt 2016: 71; siehe Abbildung 2). In diesem Kontext gewinnen neue, flächenintensive Landnutzungsinteressen (ökonomische, ökologische, ästhetische) an Bedeutung und lassen eher Unterschiede zwischen verschiedenen ländlichen Räumen hervortreten (vgl. Laschewski/Neu 2004: 2 ff.; Hedberg/Carmo 2012: 2).

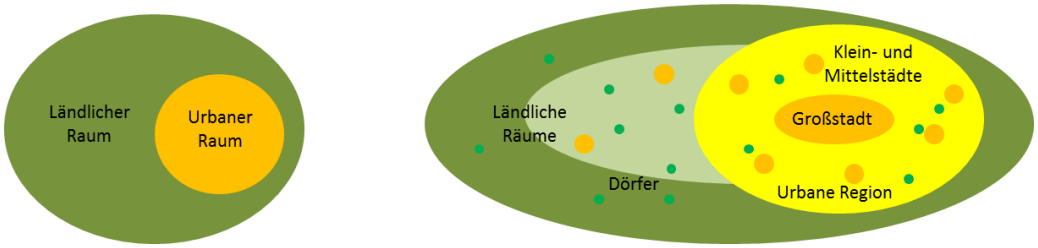


Abbildung 2: Statt eindeutig einen urbanen Raum von einem ländlichen Raum zu trennen (links), ist eher von einem Kontinuum von Abstufungen – Großstädte, urbane Regionen mit Klein- und Mittelstädten sowie Dörfern, ländliche Räume mit Klein- und Mittelstädten sowie Dörfern, ländliche Räume mit Dörfern – auszugehen (rechts) (eigene Darstellung, angelehnt an World Bank 2009: 51). Diese unterschiedlichen Räume stehen in jeweils verschiedenen Beziehungen zueinander.

Dieser sozialstrukturelle Wandel führt dazu, dass traditionelle Konfliktlösungsebenen innerhalb der örtlichen Gemeinschaften verlassen werden (vgl. Schmidt 2011: 123, 128 f.). Interne Abhängigkeitsstrukturen (z.B. zwischen Landwirten und Dorfgemeinschaft) sind heute nicht mehr in dem Maße vorhanden, wie sie früher häufig existierten (vgl. Gerlach/Spiller 2008: 490; Struff 1999). Neue lokale Konflikte suchen sich andere Wege wie Bürgerinitiativen, auch da ihre Akteure durch neue Werte und Einstellungen (z.B. aus dem globalen Nachhaltigkeitsdiskurs) beeinflusst werden (vgl. Gerlach/Spiller 2008: 491). Landnutzungsinteressen und die Kommunikation über Nutzungskonflikte sind von diesem Wandel ebenfalls betroffen. Je häufiger Nutzungsinteressen von außen in ländliche Räume eindringen, desto stärker kommunizieren betroffene bzw. interessierte Bürger über mögliche Nutzungskonflikte. Zum einen kommunizieren sie untereinander, aber auch mit den „Verursachern“ und Entscheidungsträgern.

Die Bewohner halten in solchen Konstellationen ortsfremden Investoren häufig ihre eigene lokale Zugehörigkeit entgegen, die sie mindestens zu einer gleichwertigen Beteiligung legitimiere (vgl. Marg et al. 2013: 108). Sie sehen sich als Teil einer lokalen sozialen Ordnung, wodurch sie direkt oder zumindest indirekt von Veränderungen in ihrem Lebensraum betroffen sein können, z.B. in Bezug auf Gesundheit, Sicherheit, Lebensqualität, Erholungsqualität, Preisentwicklung von Grundstücken, Image der Region etc. Ortsfremde Investoren sind in aller Regel dagegen von der lokalen sozialen Ordnung unabhängig.

Die im Hintergrund dieser Entwicklung liegenden Einstellungen der beteiligten Bürger sollten in den Blick genommen werden (vgl. Klecha et al. 2013: 17; Marg et al. 2013: 108, 115). Die Bewohner entwickeln z.B. Visionen von einer nachhaltigeren Zukunft vor Ort oder lassen eigene Gegengutachten zur Umweltverträglichkeit bestimmter Projekte anfertigen und nutzen sowohl die erdachten Alternativen wie auch die Gutachten als Argumentationsgrundlage im Rahmen ihres Engagements oder Protests, um Menschen zu informieren/interessieren/motivieren oder um auf Entscheidungsträger einzuwirken (siehe Abbildung 1).

Die empirischen Daten zum Umfang des Engagements in Bürgerinitiativen, die aus solchen Konstellationen entstehen, sind allerdings unzureichend und zum Teil widersprüchlich. Zwar wird häufig konstatiert, dass die Anzahl an Bürgerinitiativen ansteigt (vgl. Schneider-Wilkes 2001: 7; Kuhn 2011: 70), die Anzahl der schon einmal in dieser Form engagierten Bürger schwankt aber laut Allbus-Befragung: 1995 13 %, 2000 24 %, 2008 11,4 % (jeweils für Westdeutschland) (vgl. Holtkamp/Bogumil 2007: 546; Kuhn 2011: 70). Laut einer aktuelleren Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung für die gesamte Bundesrepublik haben 17,4 % der dort Befragten schon einmal in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet. Herausstechend ist dort insbesondere, dass weitere 54 % äußerten, dass sie sich eine Mitarbeit in einer Bürgerinitiative vorstellen können. Dies ist der höchste Wert in dieser Fragenkategorie nach der potentiellen Beteiligungsbereitschaft an verschiedenen Beteiligungsformen und liegt deutlich vor der Mitarbeit in einer Partei (10,7 % haben schon mitgearbeitet, weitere 24,7 % können sich dies vorstellen). Bei der tatsächlichen Beteiligung liegen genehmigte Demonstrationen (27,4 %, 44,5 %) und Unterschriftensammlungen (50,6 %, 42,4 %) allerdings weiter vorne (vgl. Klein 2014: 97). Auch bei jungen Menschen scheint ein Engagement in Bürgerinitiativen populärer als bspw. eine Mitarbeit in einer Partei. In der Shell-Jugendstudie 2015, in der Zwölf- bis Fünfundzwanzigjährige befragt wurden, geben 10 % an, dass sie bereits in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet hätten, während dies bei Parteien nur 4 % sagen (Shell-Jugendstudie 2015: 25; Osel 2015).

Die nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen, soziale Bewegungen, Protestinitiativen und Selbsthilfegruppen gelten schon länger als eigentlicher Wachstumsbereich politischer Partizipation, da dort seit den 1970er Jahren mehr Menschen aktiv seien als in den institutionalisierten Parteien, Verbänden oder Beiräten (vgl. Roth 1997: 436 ff.; Roth 2011a: 104). Zunächst als bürgerlich-moderates Gegenstück zur radikalen Außerparlamentarischen Opposition interpretiert und dann als „Landplage" verschrien, haben sich die Verwaltungen seit den 1980er Jahren an das regelmäßige Auftreten besonders von Bürgerinitiativen gewöhnt. Bei den Bürgern sei diese Form beliebt, da sie ein niedrigschwelliges Angebot der politischen Partizipation biete. Es bedarf nur eines punktuellen gemeinsamen Interesses, um sich zusammenzuschließen und eine gemeinsame Forderung zu formulieren. Dies könne weitgehend ohne parteipolitische oder weltanschauliche Orientierungen geschehen.

Die Partizipationsforschung zeigt über die empirischen Daten zum Engagement hinaus, dass die Bevölkerung generell Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle bei der Formulierung von Themen zumisst, die ihrer Meinung nach ansonsten zu wenig Aufmerksamkeit von Seiten der Politik erhalten. Darüber hinaus spricht sie ihnen einen wirkungsvollen Veränderungsdruck zu (vgl. Wolling/Bräuer 2011: 3).

Deutlich wird, dass insbesondere die Kommune als politischer Ort zu einem Experimentierfeld der Bürgerbeteiligung geworden ist, ohne dass bisher aber eine grundlegende Neugewichtung zwischen den verschiedenen Formen – repräsentativer, direktdemokratischer und nicht-institutionalisierter Beteiligung – zugelassen wurde. Ungünstiger gewordene Rahmenbedingungen (schwierige Finanzlage und stärkere Standortkonkurrenz der Kommunen) haben schon in den 1990er Jahren dazu geführt, dass der Verlust der Aufbruchsstimmung in der Beteiligungsdebatte der 1970er und 1980er Jahre konstatiert wurde (vgl. Roth 1997: 415 ff.). Es folgte eine eher zwiespältige Entwicklung der kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten mit vereinzelten Rückschritten (vgl. Alcántara et al. 2016: 9 ff.).

Experimentiert wurde in den vergangenen Jahrzehnten in der Kommunalpolitik in allen drei genannten Bereichen repräsentativer, direktdemokratischer und nicht-institutionalisierter Beteiligung (vgl. Roth 1997: 420 ff.). In der repräsentativen Politik wurden z.B. bei den Wahlen durch die Öffnung für unter 18-Jährige und EU-Ausländer, durch das Einführen des Panaschierens und Kumulierens und der Direktwahl des Bürgermeisters Innovationen eingeführt, auch wenn deren Gewinn unterschiedlich zu bewerten ist. So sei durch die Direktwahl des Bürgermeisters eher die kommunale Exekutive bzw. die Verwaltung gegenüber dem Rat gestärkt worden, was für die Bürgernähe nicht unbedingt zuträglich sein muss. Auf der anderen Seite sei auch ein tendenzielles Zurückgehen der Parteipolitisierung zu erkennen, da seit den 1990er Jahren eine verstärkte Revitalisierung der Wählergemeinschaften festzustellen ist und durch das angesprochene Panaschieren und Kumulieren der Einfluss der Wähler auf die Rangfolge der Mandatsträger gestärkt wurde. Weitere Innovationen sind die zahlreichen Beiräte und Instrumente wie Einwohnerfragestunden, Bürgerbefragungen und Einwohnerversammlungen.

Ein Spannungsverhältnis zwischen den repräsentativen und den nicht-institutionalisierten Formen wird bei den Beteiligungsrechten an Planungs- und Genehmigungsverfahren sichtbar, die „seit Beginn der 70er Jahre für einige wenige Politikbereiche“ (ebd.: 429) eingeführt wurden und oft von Bürgerinitiativen genutzt werden, um Planungen in ihrem Sinne zu beeinflussen:

> „Schon die intensive Nutzung der Beteiligungsrechte in Planungs- und Genehmigungsverfahren spricht dafür, sie nicht nur unter »Kosten des Rechtsstaats« zu verbuchen, sondern auch ihren Nutzen als demokratisches Beteiligungsangebot zu würdigen. Gerade weil sie eine Einfallschneise für weitergehende Partizipationsforderungen und Vetopositionen darstellen, sind sie bei den Planungsbehörden wenig beliebt.“ (ebd.: 430).

Bei den Formen der direkten Demokratie stehen Bürgerbegehren und Bürgerentscheide im Zentrum der Innovationen (vgl. ebd.: 430 ff.). Sie gelten aber nur als partielle Ergänzungen der repräsentativen Politik und sind oft nur

als Ausnahmeverfahren angelegt, da sie durch Quoren und thematische Beschränkungen reguliert sind. Sie seien daher keine machtvolle Alternative zur parlamentarischen Entscheidungsstruktur. Roth zufolge waren 60 Prozent aller Bürgerbegehren in Baden-Württemberg zwischen 1975 und 1991 darum bemüht, den Status quo bzgl. einer entsprechenden Situation baulicher oder sonstiger Natur beizubehalten (vgl. Roth 1997: 431). Außerdem konstatiert er, dass die direktdemokratischen Formen auf kommunaler Ebene zu einer Privilegierung der ohnehin privilegierten Interessen führen können, da sich kommunikativere und besser organisierte Gruppen und Schichten besser zur Geltung bringen könnten als andere (vgl. ebd.: 412; hierzu auch Merkel 2011). Auch gäbe es zum normativen Ideal, dass es zu einer gegenseitigen Durchdringung und Beeinflussung von Interessen, Bedürfnissen und Werten kommen soll, wenig positive Erkenntnisse. Ein weiterer Kritikpunkt, der häufig angesprochen wird, ist, dass direktdemokratische Prozesse zu einer unterkomplexen Darstellung der Thematik beitragen würden (vgl. Hummel 2014: 1).[9]

Erfahrungen mit direktdemokratischen Formen würden aber auch zeigen, dass einige klassische Klischees nicht zutreffen. So würde die Verantwortung des Rats nicht ausgehebelt und die Kommunalpolitik würde auch nicht durch Querulanten blockiert, sondern Bürgerbegehren seien eher sparsam benutzte Seismographen für die Stimmungslagen in der Bevölkerung (vgl. Roth 1997: 432).

Aus der Ambivalenz zwischen Beteiligungsansprüchen, tatsächlichem Engagement und (kommunal-)politischer Wirklichkeit wird deutlich, dass der Partizipation in Bürgerinitiativen eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, denn die politikwissenschaftliche Forschung hat sich seit Mitte der 1980er Jahre kaum noch mit der Rolle von Bürgerinitiativen insbesondere

[9] Im Fallbeispiel der Hauptstudie steht aber gerade der Vorwurf der BI an die Kommunalpolitik im Raum, die Debatte um den Schlachthof absichtlich thematisch verengt bzw. vereinfacht zu haben, nämlich auf die Argumentation der Steuereinnahmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ziel der BI war es dagegen, die Komplexität und weitreichenden Konsequenzen der Massentierhaltung in die Auseinandersetzung einzubringen. Daher kann bisweilen auch gegenüber der repräsentativen Politik der Vorwurf formuliert werden, dass sie Themen unterkomplex darstellt. Mittendorf stellt so auch fest, dass die Sachorientierung in direktdemokratischen Abstimmungen weit höher sei als bei repräsentativen Wahlen (vgl. Mittendorf 2009: 244 ff.).

in kommunalen Entscheidungsprozessen beschäftigt (vgl. Holtkamp/Bogumil 2007: 546). Erst in jüngster Zeit hat die Aufmerksamkeit für diese Partizipationsform insbesondere im Zuge von Konflikten im Rahmen von Infrastrukturprojekten der Energiewende wieder zugenommen (vgl. bspw. Marg et al. 2013; Becker et al. 2014). Großorganisationen wie Parteien und ihre Repräsentations- und Beteiligungsleistungen, auch auf lokaler Ebene, werden dagegen nach wie vor stark beforscht.[10] Insbesondere seit den emanzipatorischen Aufbrüchen der 1960er und 1970er Jahre, die mit dem Schlagwort von der „partizipatorischen Revolution" (vgl. Barnes/Kaase 1979; Kaase 1984; Vester et al. 2001: 79; Vester 2011: 148) zusammengefasst werden, haben sich politische Beteiligungswünsche aber immer neue Wege gesucht:

> „Der Veränderungsdruck hat sich über eine Generation hinweg aufgebaut. Soziale Bewegungen, Proteste und Bürgerinitiativen sind in den letzten Jahrzehnten zu einem selbstverständlichen Element in der politischen Kultur westlicher Demokratien geworden. Überwiegend sind die Beteiligungsenergien der Bürgerschaft in ihre Mobilisierungen, Initiativen und Projekte geflossen, die durch den Zuwachs an Bildung und disponibler Zeit freigesetzt wurden. Parteien, Gewerkschaften und Verbände haben als klassische Organisationen der Interessenvermittlung zumeist deutlich an Einfluss und Mitgliedern verloren. Mit Blick auf die Verschiebungen in den bevorzugten Formen der politischen Beteiligung (von »konventionellen« zu »unkonventionellen« Praktiken) ist es berechtigt, heute von »Bewegungsgesellschaften« zu sprechen. Jedenfalls sind gegenwärtig

[10] Über die „Krise der Volksparteien" und die Diversifizierung des deutschen Parteiensystems (vgl. Walter 2008; 2009; Geiling 2009; Reinhardt 2014), die „Parteiendemokratie" (vgl. Gabriel/Niedermayer/Stöss 2001; Wiesendahl 2013) und den „Parteienstaat" (vgl. Holtmann 2012) wird viel geforscht und insbesondere die Parteien und politischen Funktionsträger sind an einer Rückgewinnung verlorengegangener Stärke (bspw. an Mitgliedern und an Vertrauen in der Bevölkerung) sehr interessiert (vgl. bspw. Stegner 2011: 105 ff., 112 f.). Roth rät ihnen dagegen, dass sie „zu ihrer ursprünglich angedachten Rolle zurückfinden" sollen, und zwar „mit der notwendigen Bescheidenheit" (Roth 2011a: 28). Er verweist hierbei auf die in Art. 21 GG formulierte Mitwirkung bei der politischen Willensbildung des Volkes, was also explizit das Volk als eigenständigen Akteur mit impliziert, und grenzt sich somit gegen den „Alleinvertretungsanspruch" der Parteien ab (vgl. ebd.: 104).

> weit mehr Bürgerinnen und Bürger politisch engagiert, als dies in den 1950er und 1960er Jahren der Fall war.“ (Roth 2011a: 95 f.)

Die Relationen zwischen klassischen Großorganisationen wie Parteien auf der einen und Bewegungen bzw. Bürgerinitiativen auf der anderen Seite fasst Crouch (vgl. 2015: 15 f.) so zusammen: Die internen Prozesse von Parteien würden häufig als langweilig und von oben gesteuert wahrgenommen, während ihre Einflussmöglichkeiten auf das Regierungshandeln aufgrund externer (insbesondere ökonomischer) Rahmenbedingungen als gering eingeschätzt werden. Zudem seien Engagierte häufig nur an bestimmten Thematiken interessiert und nicht an der Gesamtprogrammatik von Parteien, oder keine Partei adressiert ein bestimmtes Thema. Dagegen argumentieren Verfechter der konventionellen Formen, dass die repräsentative parlamentarische Demokratie geschwächt wird durch Bewegungsengagement, das zulasten von konventionellen Formen geht. Die partikularen Einzelanliegen würden viele weitere Fragen ausklammern, ihre Engagementformen seien nicht sehr stetig und liefen außerdem Gefahr, von extremen Positionen übernommen zu werden.

Ähnlich wie Roth konstatiert Crouch an dieser Stelle, dass Bewegungsakteure heutzutage aber einige profunde Argumente auf ihrer Seite hätten: Die formale Politik sei immer stärker durch ökonomisch einflussreichen Lobbyismus beeinflusst und habe aufgrund ihrer nationalstaatlichen Verflechtung gegen die global agierenden Finanzmärkte kaum noch Durchsetzungsmacht. Bewegungsakteure sehen daher eine verbleibende Perspektive für sich darin, ihrerseits als „Pressure Groups“ die Politik durch Protest zu Zugeständnissen zu bewegen (vgl. ebd.).

Der Trend gehe daher in Richtung einer „Bewegungsgesellschaft“ (vgl. hierzu auch Ullrich 2015: 9), die allerdings nicht nur auf Protestformen setzt, sondern allgemein vermehrt informelle Beteiligungsstrukturen aufwertet. So wird z.B. auch im Bereich der Naturschutz- und Umweltplanung (hier bezogen auf die Biodiversitäts- und Wasserpolitik in Europa) die Rolle von Bürgerinitiativen als sehr wichtig für die generelle Bürgerbeteiligung eingestuft: „Unsere Fallstudien zeigen, dass es sowohl auf sozialer Ebene als auch für den Umweltschutz erfolgsversprechend sein kann, wenn formelle

Beteiligungsprozesse so gestaltet werden, dass informelle Netzwerke und lokale Bürgerinitiativen berücksichtigt werden.“ (Rauschmayer 2010: 27)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass das Konzept der politischen Beteiligung grundlegend überdacht werden sollte. Denn neben den genannten Tendenzen einer „Misstrauensgesellschaft“ oder „Bewegungsgesellschaft“ müssen noch Entwicklungen rund um Online-Partizipation, direkte Demokratie und deliberative Formen berücksichtigt werden. Kersting (vgl. 2015: 50 ff.) schlägt daher eine Re-Definition anhand des Spannungsfeldes „invented space“ und „invited space“ vor:

> „Instrumente im invented space sind solche, die ‚von unten‘, d. h. aus der Bevölkerung heraus entwickelt werden und hierüber eine höhere Autonomie und eine geringere Regulierung bzw. Formalisierung besitzen. Im Gegensatz dazu sind invited space-Instumente [solche], die von oben, d. h. von staatlichen Institutionen geplant werden und dem Bürger Partizipationsinstrumente an die Hand geben, häufig stark reguliert und zumeist verfasst sind.“ (Kersting 2015: 51)

Die verschiedenen Partizipationsformen können in einem solchen Spannungsfeld wie folgt verortet werden (siehe Abbildung 3):

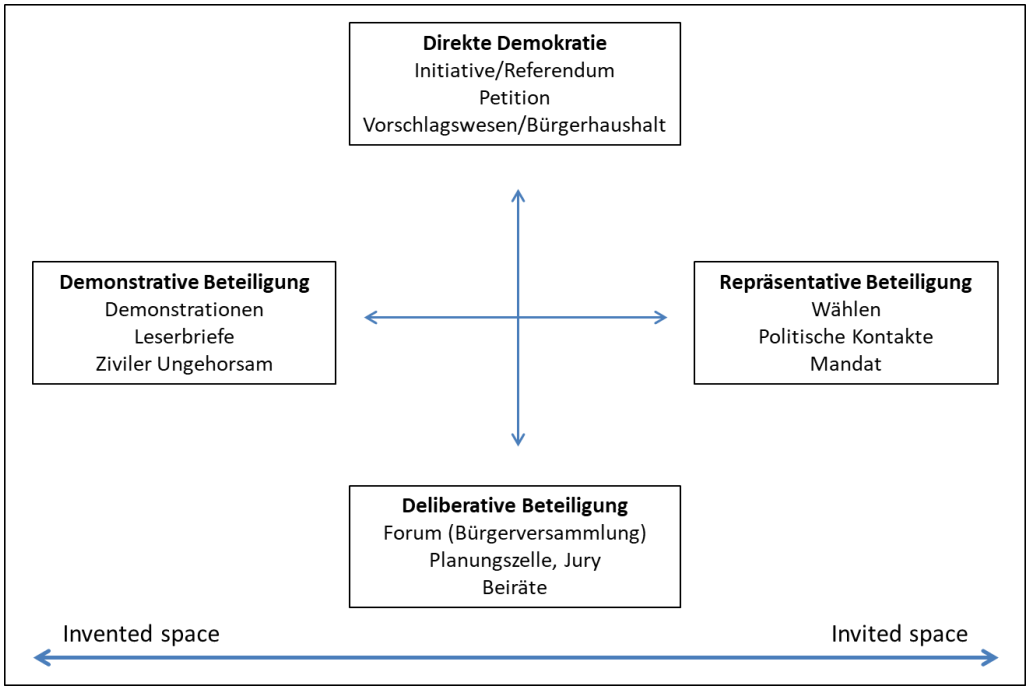


Abbildung 3: Partizipationsformen im Spannungsfeld zwischen „invented space“ und „invited space“ (eigene Darstellung, angelehnt an Kersting 2015: 52).

Wie kann die Partizipationsform der Bürgerinitiativen definiert werden?

Bürgerinitiativen arbeiten selbständig bottom-up. Sie greifen Themen, Expertisen und Argumentationsmuster aus z.B. Umweltdiskursen auf und verwenden diese zu ihren Zwecken im Sinne eines „lokalen bürgerschaftlichen Selbstbewusstseins“ (Roth 2011a: 139). Die Literatur über Bürgerinitiativen zeigt, dass mit ihrer Erforschung in den Sozialwissenschaften auf das Anwachsen neuer Partizipationsformen reagiert wurde, die ab den frühen 1970er Jahren auf sich aufmerksam machten. Dabei wurde schon früh über eine Abgrenzung zwischen Bürgerinitiativen und größeren Bewegungen diskutiert. Guggenberger spricht z.B. in einer frühen Studie von einer nur kleinen Anzahl Exklusivinteressen vertretender Bürgerinitiativen, während sich die großen umweltpolitischen und soziokulturellen Initiativen an Aufgaben von gesamtgesellschaftlichem Rang abarbeiten würden (vgl. Guggenberger 1984 [1978]: 182 f.). Diese größeren Initiativen, die Guggenberger ebenfalls als Bürgerinitiativen betitelt, wurden später überwiegend als soziale Bewegungen bezeichnet. Rucht bezeichnet in einer ähnlich frühen Studie Bürgerinitiativen als eher unkoordinierte „Ein-Punkt-Bewegungen“, denen ein verbindendes Problembewusstsein und eine entsprechende Ideologie wie z.B. der

Ökologiebewegung fehlen und die somit auf der Ebene vereinzelter, voneinander unabhängiger Initiativen verbleiben (vgl. Rucht 1982: 207, 213 f.).

Der aktuelle Stand der Forschung greift diese idealtypische Zweiteilung auf und bietet dahingehend zwei Forschungsrichtungen an. Die eine sieht die vereinzelten, voneinander unabhängigen Initiativen als lokale Selbsthilfeorganisationen an, die spontan ins Leben gerufen werden und zufällig, dynamisch, temporär und pragmatisch sind (vgl. ebd.: 227 ff.; Häußermann 2009: 190 ff.; van Dijk/van der Wulp 2010: 20). Hier scheinen sich die Thesen von der Kurzfristigkeit, Spontanität und der „Ein-Punkt-Bewegungen“ zu bestätigen. Diese Bedingungen sind häufig ein Startpunkt für Engagement bei solchen lokalen Protesten, bei denen kein verbindendes Problembewusstsein und keine gemeinsame Ideologie zu anderen Initiativen oder Bewegungen vorhanden sind, da der Protestkontext sehr lokal und thematisch begrenzt bleibt (vgl. Krätzig/Othengrafen/Sondermann 2014: 45 zu einem Engagement einer Pro- und einer Contra-Bürgerinitiative rund um die Planung einer lokalen Bustrasse).

Bleibt es bei einem kurzfristigen Engagement, das thematisch und räumlich begrenzt bleibt, können solche Bürgerinitiativen zum Typ der begrenzt agierenden Bürgerinitiativen gezählt werden. Hierunter fallen solche Bürgerinitiativen, die nur gegen jeweils sie lokal betreffende Planungen oder Vorhaben protestieren, ohne sich mit anderen Gruppen zu vernetzen oder sich auf andere Widerstände zu beziehen, und sich nach einem Erfolg oder einer Niederlage wieder demobilisieren. Für diese Form bietet sich auch eine Begrifflichkeit wie Selbstschutz- oder Abwehrinitiativen an, die z.B. eine Abwehrhaltung gegen Veränderungen in ihren Dörfern oder Ortsteilen formulieren und mobilisieren (vgl. Häußermann 2009: 190 ff.). In der angloamerikanischen Forschung wird hierbei von NIMBY- oder LULU-Phänomenen gesprochen, was Akronyme sind für „Not in my backyard“ und „Locally unwanted land use“ (vgl. Schively 2007). Allerdings sollten gerade diese Begrifflichkeiten mit Vorsicht verwendet werden, da sie das Vorurteil des grundsätzlich egoistischen Eigeninteresses und die Unterscheidung

zwischen ‚guter' und ‚schlechter' Beteiligung in sich tragen (vgl. Marg et al. 2013: 101, siehe für eine weitere Erläuterung Kapitel 5.2).

Eine zweite Forschungsrichtung bietet die Soziale Bewegungsforschung an, aus deren Perspektive hier die von Guggenberger und Rucht aufgeworfene Frage zu stellen ist, wann eine Bürgerinitiative zu einer sozialen Bewegung wird. Roth schreibt zur Definition von Bewegungen: „Von Bewegungen sprechen wir erst, wenn eine gewisse Kontinuität des Protestgeschehens besteht, das mit dem Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels verknüpft ist, also mehr darstellt als bloßes Neinsagen." (Roth 2011a: 99) Wie ich zeigen werde, kann auch die von mir in der Hauptstudie untersuchte BI durchaus als Teil einer sozialen Bewegung analysiert werden.

Denn als unkoordinierte „Ein-Punkt-Bewegungen" können Bürgerinitiativen nicht mehr pauschal charakterisiert werden, da ihr Engagement nicht mehr so oft wie früher nur auf dieser einen Ebene verbleibt. Die These von der Bürgerinitiativbewegung als eine „Ein-Punkt-Bewegung" muss daher eingeschränkt werden, denn auch die These von der engen zeitlichen Begrenztheit des Engagements in solchen Partizipationsformen verliert angesichts weitreichender Kooperationen und Vernetzungen an Bedeutung (vgl. bpb 2015). So werden bspw. die Bürgerinitiativen gegen Mastställe über das Bündnis „Bauernhöfe statt Agrarfabriken" untereinander vernetzt, obwohl sie primär nur gegen ein jeweils lokales Vorhaben gerichtet sind. Damit bestätigt sich die Tendenz zur überregionalen Kooperation: „Arbeiteten 1972 58% der Bürgerinitiativen noch völlig isoliert, ohne Beziehungen zu anderen Initiativen, so sind gegenwärtig nur noch 8% ohne solche Außenkontakte." (bpb 2015)

Teil einer sozialen Bewegung können vermutlich nur solche Bürgerinitiativen werden, die sich thematisch und räumlich breit genug aufstellen, um die nötigen Netzwerke für eine Mobilisierung in Form einer Bewegung zu knüpfen. Dies geschieht in der Regel erst, wenn die Themenpalette und damit auch Zielvorstellungen ausdifferenziert werden: „Nahezu 2/3 der aktuellen Umwelt-Bürgerinitiativen geben an, dass sie neben konkreten Einzelanliegen auch allgemeine Ziele verfolgen, so dass die These von der

Bürgerinitiativbewegung als einem ‚single-purpose-movement' eingeschränkt werden muss." (bpb 2015) Auf diese allgemeineren Ziele als Kernelement sozialer Bewegungen verweist auch Roth. Zusätzlich hebt er die aktive, progressive und selbstermächtigende Rolle hervor, die Bewegungen in der Gesellschaft spielen:

> „Soziale Bewegungen gelten insgesamt als wichtige Akteure moderner Gesellschaften, geradezu als Kennzeichen der »Moderne«, weil sie die Selbstkonstitution und Selbstgestaltung ins Zentrum rücken, das heißt die Fähigkeit einer Gesellschaft, sich selbst zu produzieren und sozialen Wandel aktiv zu gestalten." (Roth 2011a: 101)

Einige Initiativen gehen so weit, dass sie sich eine feste und auf Dauer angelegte Organisationsstruktur geben: „Für einen gewissen Institutionalisierungs- und Verstetigungstrend sprechen auch Formalisierungserscheinungen, denen man in der inneren Organisation (z.B. Vorstands- und Sprecherwahlen, feste Aufgabenverteilung) ebenso begegnet wie in der äußeren (z.B. zunehmende Organisation als eingetragener Verein)." (bpb 2015) Eine solche Institutionalisierung muss aber kein Argument für eine Verstetigung des Engagements sein. Es gibt viele Bürgerinitiativen, die lange aktiv sind, ohne bspw. einen Verein zu gründen.

Auf Grundlage dieser Überlegungen können folgende Idealtypen von Bürgerinitiativen unterschieden werden, die eine jeweils unterschiedliche Affinität haben dürften, Teil einer sozialen Bewegung zu werden:

Thematisch und räumlich übergreifend agierende Bürgerinitiativen (hohe Affinität, Teil einer sozialen Bewegung zu werden)	Breite Themenpalette, ausdifferenzierte Zielsetzung mit Anspruch auf sozialen Wandel, raumübergreifend, vernetzt mit anderen Initiativen oder Bewegungsakteuren, Prozess bzw. Geschichte verschiedener Etappen des Protests mit Erfolgen und Misserfolgen
Thematisch und räumlich begrenzt agierende Bürgerinitiativen (geringe Affinität, Teil einer sozialen Bewegung zu werden)	Begrenztes Thema, häufig nur ein konkretes Ziel, enger räumlicher Aktionsradius, keine Vernetzung mit anderen Initiativen oder Bewegungsakteuren, keine oder kaum Protestgeschichte

Tabelle 1: Unterscheidung zwischen übergreifend und begrenzt agierenden Bürgerinitiativen (eigene Darstellung).

Hierbei handelt es sich allerdings nicht um immer strikt voneinander unabhängig auftretende Typen. Einen Sonderfall stellen die gerade erwähnten Bürgerinitiativen gegen Maststallbauten dar, die sich schon bei Gründung als Teil der Bewegung gegen Massentierhaltung sehen können, wenn sie entsprechend durch das Bündnis „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ mit anderen Bürgerinitiativen vernetzt werden. Sie agieren zwar räumlich begrenzt, sind dabei dennoch Teil einer sozialen Bewegung und daher thematisch breiter aufgestellt. Und es ist nicht auszuschließen, dass sich Einzelakteure aus diesen Bürgerinitiativen durch die Vernetzung später weiterhin in der Bewegung engagieren, auch wenn der jeweilige Protest vor Ort gegenstandslos geworden ist.

Zudem ist von möglichen Entwicklungsprozessen von einem Typ zum anderen auszugehen, wenn, wie dies auch Roth beschreibt, eine eigene Agenda und ein Projekt zu einer Negativkoalition hinzukommen: „Dieses Projekt liegt nicht

immer von Anbeginn im Sinne einer gemeinsamen Agenda der Protestierenden auf der Hand, sondern entwickelt sich oft erst in und mit den Mobilisierungen selbst.“ (Roth 2011a: 102) Viele Bürgerinitiativen fangen vermutlich erst als spontan organisierte Protestgruppen mit thematischer und räumlicher Begrenztheit an und entwickeln sich durch äußere Umstände oder innere Prozesse im Laufe eines Protests hin zu einer thematisch und räumlich übergreifenden Initiative.

So können kontinuierlich agierende Bürgerinitiativen am deutlichsten von allen Bürgerinitiativen als Form politischen Handelns und Lernens gelten und als Ort des Protests, um verfasste Institutionen zur Aufmerksamkeit zu zwingen. Für die dort engagierten Menschen sind sie oftmals eine Erweiterung des personalen politischen Aktionsradius, da solche Bürgerinitiativen ein Raum für politische Laien darstellen, die trotz ihrer Nichtzugehörigkeit zum etablierten politischen Feld einen politischen Handlungswunsch besitzen (vgl. Trumann 2010: 29 ff.). Auch Beckwith betont diese politischen Gewinne für die Akteure solcher Gruppen:

> „Those whose community celebrates their valiant efforts, even in failure, learn that their actions were vindicated and valued, and come away, even in loss, not just with the political resources of activist experience but with the belief that they could possibly try again, under different circumstances or on different issues“ (Beckwith 2016: 63).

Die für die Hauptstudie ausgewählte BI gegen Massentierhaltung bestätigt die beiden dargestellten Befunde der thematischen und räumlichen Ausdifferenzierung sowie Erweiterung. Sie begann als spontan auftretende Abwehrinitiative vor Ort, die sich dann mit einem Fokus auf die gesamte Region breiter aufgestellt hat. Hierzu hat die Erkenntnis beigetragen, dass es sich bei solchen lokalen Konflikten um Bauvorhaben der Massentierhaltung häufig um Auseinandersetzungen handelt, die im Kern den regionalen Stellenwert der industriellen Tierhaltung betreffen (vgl. Spiller et al. 2015: 29).

2.4.2 Gesellschaftliche Akzeptanz der Massentierhaltung

In der agrarökonomischen Forschungslandschaft wird ein zunehmendes Akzeptanzproblem von Stallbauten und allgemeiner für landwirtschaftliche Investitionsvorhaben konstatiert (vgl. Gerlach/Spiller 2008: 490). In der Nutztierbiologie wird unter dem Stichwort der Nutztierhaltung in der Industriegesellschaft von der „[…] abnehmenden öffentlichen Akzeptanz der Nutztierhaltung selbst und zunehmend unsicherer werdender förder- und ordnungspolitischer Rahmenbedingungen […]“ (Schwerin 2014a: 1) gesprochen. Gemeint ist in der Regel die Intensiv- oder umgangssprachlich Massentierhaltung. Schwerin merkt an, dass die „[…] Nutztierhaltung von morgen […] nur im gesellschaftlichen Dialog unter Mitwirkung von berufsständischen Organisationen sowie Tier- und Umweltschutzverbänden zu gestalten [ist]“ und „Tierwohl und Tiergesundheit müssen zu einem akzeptierten Leitbild einer nachhaltigen Nutztierhaltung werden.“ (Schwerin 2014b: 18) Außerdem sei eine nachhaltige Veränderung von Konsummustern in Anbetracht prognostizierter zukünftiger globaler Engpässe bei der Bereitstellung tierischer Nahrungsmittel ein Weg, um die hohe Flächen- und Ressourcenbeanspruchung zu verringern (vgl. ebd.: 43).

Dennoch wird dort die Ideologisierung des Themas im politischen Feld insbesondere durch die Partei Die Grünen wie auch die unsicheren Rahmenbedingungen für die Industrie kritisiert, die zu unsicheren Gewinnen der Nutztierindustrie führen würden. Bei den unsicherer werdenden Rahmenbedingungen wird insbesondere das Verbandsklagerecht genannt, das es anerkannten Tierschutz- oder Umweltverbänden ermöglicht, relevante Entscheidungen von Behörden gerichtlich überprüfen zu lassen (vgl. ebd.: 15 ff.). Darüber hinaus gab es in den vergangenen Jahren auch rechtliche Änderungen, bspw. im Baurecht, die zu höheren Anforderungen (Luftfilterung, Prüfung auf Bioaerosolbelastungen) an Maststallbauten geführt haben, wodurch die Wachstumsdynamik in den Jahren zwischen 2012 und 2015 gebremst worden sei (vgl. Spiller et al. 2015: 26).

Ein weiterer Kritikpunkt an der Tierhaltungsindustrie ist, dass eine starke einseitige Fokussierung auf einen Kosten- und Preiswettbewerb und ein geringer Innovationsgrad dazu führen, dass Spielräume für Anpassungen an

sich wandelnde gesellschaftliche Ansprüche gering sind (vgl. Spiller et al. 2015: 26). Diese sich wandelnden gesellschaftlichen Ansprüche werden bezogen auf die Tierhaltung insbesondere in der Tierschutz- und Tierrechtsbewegung formuliert. Zwischen diesen beiden Bewegungen muss aber in Hinblick auf ihre Ziele, Inhalte und Legitimationsgrundlage differenziert werden, insbesondere wenn es wie im hier untersuchten Fall darum geht, die Belange von Akteuren in einem Beteiligungsprozess aufzugreifen. „Tierschutz- und Tierrechtsbewegung stehen in einem tiefgreifenden Spannungsverhältnis zueinander, was nicht nur auf die unterschiedliche Radikalität der Forderungen, sondern auch auf die differierende ethische Legitimationsbasis zurückgeht.“ (Spiller et al. 2015: 28)

Während der Tierschutz in der Auseinandersetzung um Massentierhaltung vor allem darauf bedacht ist, die Bedingungen der Tierhaltung und der Schlachtung möglichst so zu reformieren, dass das Tierwohl an erster Stelle steht bzw. die Schlachtung möglichst wenig Qualen verursacht, verfolgt die Tierrechtsbewegung erheblich weitreichendere Forderungen. Die Tierrechtsbewegung plädiert in aller Regel für eine komplette Abschaffung der Nutztierhaltung und setzt auf eine vegetarische bzw. vegane Ernährung. Im Gegensatz zum Tierschutz, der eine Tierhaltung zum Zweck des Fleischverzehrs grundsätzlich als gerechtfertigt ansieht, weist die Tierrechtsbewegung diese Legitimation zurück und verweist auf die Leidensfähigkeit der Tiere (vgl. ebd.). „Höher entwickelten Tierarten sollen auf Basis ihrer Leidensfähigkeit mehr oder weniger weitreichende eigene Rechte zuerkannt werden“ (ebd.). Demnach dürfte es bei einer Anwendung dieser ethischen Grundlagen eine Tierhaltung, die diese Rechte missachtet, nicht mehr geben.

2.5 Zur theoretischen Einbettung der Operationalisierung – Felder, soziale Milieus und soziale Praxis: Grundlagen einer Theorie der Praxis

Belange, Interessen, die Verwendung von Argumenten und Themen durch Akteure in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen sind wie bei allen Menschen relational in Bezug auf ihre Eingebundenheit in soziale Beziehungen und Erfahrungen zu sehen und dementsprechend zu analysieren. Dieser soziale Kontext wird auf Grundlage einer Theorie sozialer Praxis in den Fokus der empirischen Arbeit gerückt, denn er bildet die soziale Voraussetzung des jeweils individuellen Handelns der Engagierten. Um diese sozialen Voraussetzungen der interviewten Akteure, die sich im empirischen Material widerspiegeln, im Sinne sozio-politischer Dispositionen zu analysieren und zu interpretieren, werden die Konzepte der sozialen Felder und sozialen Milieus als Teil einer Theorie der Praxis angewandt. Diese Konzepte fußen auf der relationalen Klassentheorie (vgl. Vester et al. 2001; Vester 2002) und der politischen Soziologie Bourdieus (vgl. Bourdieu 1982, 2001, 2010).

Dieser sozialstrukturelle und akteurssoziologische Zugang wird von mir ausgewählt, um das Handeln der interviewten Akteure nicht nur auf einer individual-motivationalen Ebene zu betrachten, sondern es ganzheitlich im Sinne sozialer Praxis zu begreifen, die dem handelnden Subjekt des „Beziehungswesens“ Mensch gerecht wird. Insbesondere das politische Handeln soll dabei auch nicht als Ausdruck bewusster, geplanter oder kalkulierbarer Aktivitäten verstanden werden, sondern es folgt zumeist vielmehr einer praktischen Logik und Vernunft, die sich aus dem subjektiven Erkennen und Verarbeiten der sozialen Welt und der objektiven Position der Akteure in ihr speist (vgl. Bourdieu 1998; Bremer/Trumann 2013: 327). Ich grenze mich hiermit bewusst gegen Individualisierungstheorien und Rational-Choice-Ansätze ab, die eine Relevanz sozialer Bindungen und Rückkopplungen tendenziell vernachlässigen. So weisen auch aktuelle Forschungen zur politischen Linguistik darauf hin, dass in politischen Auseinandersetzungen nicht rationale Handlungen, sondern gedankliche Deutungsrahmen überwiegen, die „Informationen im Verhältnis zu unseren körperlichen Erfahrungen und unserem abgespeicherten Wissen über die Welt

einordnen.“ (Wehling 2016: 17 f.) Diese Deutungsrahmen sind sehr selektiv und geprägt durch die sozio-politischen Dispositionen der jeweiligen Akteure.

Die relationale Klassentheorie folgt insbesondere der Annahme, dass die handelnden Subjekte in ein allumfassendes Beziehungssystem eingebunden sind, was in Bezug auf soziale Klassen besonders die Beziehungsstruktur von Merkmalen betrifft. Den Konzepten von Bourdieu und Thompson (vgl. Thompson 1987) folgend, sind hier alle relevanten Merkmale gemeint, und nicht nur bestimmte Merkmale wie insbesondere ökonomische Ressourcen, die im klassischen Sinne als Bestimmungsmerkmal von Klassen verwendet werden. Es fehlt bei Letzterem ein Konzept des handelnden Subjekts. Die sozialen Klassen in der relationalen Klassentheorie sollen „[…]demnach nicht primär als Aggregate der amtlichen Berufsstatistik, sondern als Aggregate sozialen Handelns verstanden [werden], d.h. als Gruppen, die sich durch einen gemeinsamen Habitus und entsprechende Muster des Geschmacks und der Praxis von anderen Milieus unterscheiden.“ (Vester 2004: 319)

Die relationale Klassentheorie ist somit eine Theorie der Praxis und verwendet eine ganze Reihe verschiedener Begriffe und Konzepte, um gesellschaftliche Zustände, Prozesse und Entwicklungen zu analysieren und zu beschreiben sowie einzelne Akteure anhand ihrer Praxis in diese Zusammenhänge einzuordnen (vgl. Vester et al. 2001: 150 ff.). Im Folgenden werde ich die erkenntnisgenerierenden Verwendungsweisen der Begrifflichkeiten der Felder sozialer Praxis und Illusio, des (lokalen) politischen Feldes und des politischen Kapitals sowie der Milieus und des Habitus erläutern, wie sie in der anschließenden empirischen Arbeit zum Einsatz kommen.

Diese Begriffe und Konzepte haben gegenüber fest definierten Analyseschemata den großen Vorteil, dass sie als sehr offene Forschungsinstrumente zu verstehen und kombinierbar sind. Sie müssen jeweils am Forschungsgegenstand operationalisiert und definiert werden und folgen dabei dem Prinzip, „daß die Begriffe keine andere als eine systemische Definition haben und für die *systematische empirische Anwendung* gebildet wurden.“ (Bourdieu/Wacquant 1996: 125, Hervorhebung im Original) Ihre folgende Erläuterung soll daher nur ihre jeweils zu Grunde liegende Idee

veranschaulichen. Ihre Operationalisierung erfolgt größtenteils erst später in der konkreten Anwendung.

Felder sozialer Praxis und Illusio:

Das Feldkonzept folgt besonders der Annahme Bourdieus, dass die soziale Welt in miteinander in Beziehung stehende Felder unterteilt ist (z.B. das Feld der Bildung, Ökonomie, Religion, legitimen Kultur und Kunst, Politik etc.) (vgl. Bourdieu 1982: 193 f.; Bourdieu/Wacquant 1996: 124 ff.). Diese Felder sind relativ autonom voneinander und haben eigene Regeln bzw. Regularitäten – eine jeweils eigene Logik – für die soziale Praxis, die in ihren Grenzen stattfindet. Die handelnden Akteure stehen in der Wechselwirkung ihrer Positionen im jeweiligen Feld und ihren Beziehungen zu anderen Akteuren in einem sozialen Kräftefeld. „Analytisch gesprochen wäre ein Feld als ein Netz oder eine Konfiguration objektiver Relationen zwischen Positionen zu definieren." (Bourdieu/Wacquant 1996: 127)

Die Akteure verfolgen aber gleichzeitig ihre eigenen Strategien. Diese Strategien basieren auf dem jeweiligen Glauben der Akteure an den Sinn ihres eigenen Handels bzw. der jeweiligen Vorstellung über die Funktionsweise eines sozialen Feldes. Das, was als Handeln und als subjektiver Sinn dieses Handelns später aus dem empirischen Material abzuleiten ist, kann als soziale Praxis der interviewten Akteure definiert werden. Diese soziale Praxis entsteht aus dem Zusammenwirken einer bestimmten Haltung und Einstellung und den Möglichkeiten, die einem Akteur zu Verfügung stehen, an einem gewissen sozialen Ort (vgl. Bourdieu 1982: 175). Die subjektive Sinnhaftigkeit des eigenen Handels ist dabei eine Konstruktion der Akteure, die aus Begründungszusammenhängen der Erzählungen, also aus den Äußerungen im empirischen Material der interviewten Akteure, abzuleiten ist.

Bourdieu benennt diese subjektive Sinnhaftigkeit, den Glauben bzw. die Vorstellung über die Funktionsweise eines Feldes, mit dem Begriff der Illusio. Jeder Akteur besitzt in diesem Sinne eine jeweils eigene, spezifische Illusio darüber, was in (s)einem Feld wichtig und sinnhaft ist (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 149). Illusio kann auch als Interesse im Feld

definiert werden (vgl. ebd.: 148). Allerdings wird sie einem Verständnis des Begriffs des Interesses entgegen gesetzt, nach dem gerade in politischen Auseinandersetzungen oft gefragt wird und das im Alltagsverständnis oft als utilitaristische Grundlage des Handelns von Akteuren in sozialen Feldern gilt (welcher Akteur verfolgt welches Interesse bzw. welchen Nutzen?). Der Begriff Illusio hat gegenüber diesem Verständnis des Begriffs des Interesses den Vorteil, dass er nicht in diesem utilitaristischen Sinne verstanden wird (vgl. ebd.: 148 f.). Der negative Aspekt am Interesse wird oft als egoistisches, rationalistisches Nutzenkalkül gedeutet. Dem wird mit dem Begriff Illusio widersprochen. Der Glaube an bzw. die Vorstellung über die jeweilige Feldlogik (Illusio) sowie die Stellung bzw. Position im jeweiligen Feld hängen eng miteinander zusammen und sind beeinflusst durch das soziale Milieu, dem der jeweilige Akteur entstammt, und dessen Klassifikations- und Einstellungsmerkmalen (siehe Milieubegriff unten), und nicht grundsätzlich durch eine rationale Kalkulation von Interessen und Nutzen.[11]

Genauso kann der Begriff der Illusio von dem Begriff der Ideologie abgegrenzt werden. Ideologie trägt als negativen Aspekt eine unhinterfragte Glaubensordnung in sich. Keine Illusio besitzt aber eine absolute Deutungshoheit im Feld. Kommt es zu solch einer Deutungshoheit, spricht Bourdieu nicht mehr von einer Illusio, sondern von einer Doxa. Eine solche ist eine weithin akzeptierte, fraglos hingenommene Diskurs- und Glaubensordnung (vgl. Bourdieu 1982: 734 f.; Bourdieu/Wacquant 1996: 128). Dennoch verwendet Bourdieu hierfür nicht den Begriff der Ideologie, der in der politischen Alltagssprache für solche Glaubensordnungen steht, da er dort häufig missbraucht würde, indem er oftmals sehr vage aus einer symbolischen Dominanz heraus als delegitimierende Beleidigung eingesetzt würde (vgl.

[11] Es gibt Milieus, in denen das Handeln der Akteure als rationalistisches Nutzenkalkül erscheint. Diese Strategie ist aber ebenfalls milieuspezifisch geprägt und nicht Grundlage allen Handelns in der Gesellschaft (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 149). Illusio kann genauso vermeintlich irrationales, nicht-utilitaristisches Verhalten erklären. So handeln nicht alle Akteure in Protesten strategisch. Manche protestieren um des Protestes willen, aus Pflichtgefühl oder aus Langeweile (vgl. Postill 2014: 6). Obwohl es nach einem Nutzenkalkül sinnhaft wäre, in einer bestimmten Art und Weise zu handeln, verhalten sich die Akteure im Sinne ihrer Illusio anders, wenn dieses potentiell nutzbringende rationalistische Handeln als nicht zur Illusio passend angesehen wird (siehe bspw. Herberts Protestpraxis in Kapitel 4.5.2, der, statt auch auf überregionaler Ebene zu protestieren, Abstand von dieser Protestpraxis nimmt).

Bourdieu/Eagleton 1992: 111 f.). Solche Glaubensordnungen sind laut Bourdieu in allen Feldern der Gesellschaft vorhanden, oftmals ohne dass die Akteure um sie wissen (vgl. ebd.: 113 f.). Daher erkennt Bourdieu Doxa auch dort, wo keine Ideologiekritik betrieben wird und es sich um vermeintlich ideologiefreie oder -befreite Diskurse handelt.

Diese Begriffserläuterungen sind wichtig, um die Dynamiken in sozialen Feldern zu verstehen. Denn mit dem Feldkonzept von Bourdieu soll nicht nur der einzelne Akteur und sein Handeln, sondern die Funktionsweise des sozialen Kontexts und dessen Logik in den Blick genommen werden, wie dies auch Saretzki zur Analyse von Technik- und Umweltkonflikten im Sinne einer „akteursbezogene[n] Konzeptualisierung der sozialen Dimension von Konflikten“ (Saretzki 2010: 42) beschreibt. Ich befasse mich im Folgenden mit der Anwendung des Feld-Konzepts auf politische Praxis, um mit ihrer Hilfe den von mir untersuchten Protest gegen Massentierhaltung später feldtheoretisch operationalisieren zu können (siehe Kapital 4.1).

Das (lokale) politische Feld und politisches Kapital:

Um zu verstehen, wie das Konzept der sozialen Felder auf das Phänomen der Politik und politischer Auseinandersetzungen bzw. Konflikte angewendet wird, erläutere ich nun syntheseartig Bourdieus umfassende Analysen über Politik und das politische Feld.

Wenn Bourdieu das Verhältnis zwischen Feldern sozialer Alltagspraxis und dem der Politik betrachtet, so beschreibt er einen „epistemologischen Bruch“, der aus der Entstehungsgeschichte der intellektuellen und politisch-ideologischen „Kämpfe“ resultiere (vgl. Bourdieu 1982: 631 f., 647 f.; Vester 2004: 326; Vester et al. 2001: 187). Dieser Bruch begründet eine besonders ausgeprägte Autonomie des politischen Feldes, die sich in einem arbeitsteiligen Distanzverhältnis zwischen sozialen Gruppen und ihren Repräsentanten im politischen Feld niederschlägt. Laut Bourdieu bilden sich zwischen dem politischen Feld und den Feldern sozialer Alltagspraxis grundsätzlich Koalitionen zwischen „Eliten“ bzw. „politischen Experten“ und Vertretern ihnen verwandter sozialer Gruppen, was er auch als politische Arbeitsteilung

bezeichnet, da die sozialen Gruppen auf diese Weise die Aufgabe delegieren, sie zu vertreten (vgl. Bourdieu 2001: 67, 96). Diese Arbeitsteilung begünstigt die andauernde Reproduktion des epistemologischen Bruchs, der zwischen politischem Feld und dem Alltagsethos der Bürger, wie unterschiedlich dies im Einzelfall auch sein mag, verläuft. Die Reproduktion basiert auf der politischen Stellvertretung der in ihren alltäglichen Zusammenhängen von der Politik relativ isolierten politischen „Laien", die im Zuge dieser Arbeitsteilung durch die „Experten" vertreten werden bzw. sich vertreten lassen:

> „Das politische Feld ist daher der Ort der Konkurrenz um die Macht, die eine Konkurrenz um die Laien ist, genauer: um das Monopol auf das Recht, im Namen eines mehr oder weniger großen Teils der Laien zu sprechen und zu handeln." (ebd.: 96)

Praktisch drückt sich dieser Bruch in eigenen Regeln, einer speziellen Sprache und einer eigenen Kultur des politischen Feldes aus. „Die Laien, ihr Wissen und ihre Artikulationsformen sind [dort] tendenziell entwertet." (Bremer/Kleemann-Göhring 2010: 17)

Andererseits führt die Arbeitsteilung über die Repräsentationsbeziehungen zu einer Homologie zwischen sozialen und politischen Konfliktkonstellationen. Diese ermöglicht die besondere Rolle des politischen Wettbewerbs, nämlich interpretierte soziale Konflikte politisch zu bearbeiten. Das politische Feld bildet sich daher als Repräsentationsraum konfligierender Interessen heraus (vgl. Janning 2009: 348).

Während im politischen Feld viele Auseinandersetzungen auf einer symbolischen Ebene mit dem Einsatz von symbolischem Kapital ausgetragen werden, spielt diese Ebene für die Alltagspraxis vieler Bürger oftmals gar keine Rolle. Die Bedeutung interner, oftmals symbolischer Vorgänge im politischen Feld ist es daher, der Bourdieu besondere Aufmerksamkeit in seinen Analysen schenkt. Er beschreibt die Akteurskonstellation im Feld im Sinne ihrer Beziehungen und „Spiele" als eine Konkurrenzlogik. Jeder politische Diskurs ist von innen her gespalten, da tatsächlich die Konkurrenten im Feld häufig in erster Linie die Adressaten von politischen Meinungsäußerungen seien und erst nachrangig die Wähler bzw. Repräsentierten. Die politischen Akteure

verfolgen daher häufig neben den Interessen ihrer Klientel auch ihre eigenen Interessen, die von ihren jeweiligen Positionen im Feld abhängen, und richten sich nicht so sehr nach den Interessen der von ihnen Repräsentierten (vgl. Bourdieu 1985: 34 f.; Bourdieu 2001: 53).

Bourdieu vergleicht in dieser Hinsicht das politische gern mit dem religiösen Feld, da sich auch dort „ein sehr großer Teil der Vorgänge aus internen Beziehungen“ herleitet (vgl. Bourdieu 2001: 49). Es bestehen hier wie dort Auseinandersetzungen zwischen Priestern/Traditionalisten und Propheten/Innovatoren, die den Antagonismus zwischen Rechts und Links, Konservativen und Progressiven bzw. das Verhältnis neutralerer Mittelpositionen zu Ideologien widerspiegeln (vgl. Janning 2009: 345).

Die Grundordnung der Konkurrenzlogik zwischen zwei Polen, gewissermaßen zwei extremen Positionen im Feld, findet sich nach Bourdieu in allen Feldern. Die hier beschriebene Dichotomie zwischen Traditionalisten und Innovatoren – ich spreche im Folgenden von den Etablierten und den Herausforderern im politischen Feld – wird später für meinen untersuchten Fall des Konflikts zwischen Vertretern der lokalen Politik und den Akteuren der BI eine wichtige Rolle spielen.

Trotz der starken Bedeutung dieser internen Auseinandersetzungen für die Struktur der Felder sind die Akteure auf soziale Unterstützung durch die Laien angewiesen, um den Kampf um die Kräfteverhältnisse im Feld zu gewinnen, um den es in jedem gesellschaftlichen Feld geht: „Ein Feld ist ein Kräftefeld und ein Kampffeld zur Veränderung der Kräfteverhältnisse.“ (Bourdieu 2001: 49) Hiernach geht es auch im politischen Feld um eine Veränderung der Kräfteverhältnisse, häufig mittels einer Durchsetzung politischer Ideen und Programme. Dies kann in demokratischen Systemen nur mittels der Legitimation durch Wahlen oder Abstimmungen, also durch die Unterstützung der Wahlbevölkerung, geschehen.

> „Diejenigen, die bei diesem Spiel mitspielen, können dies nicht tun, ohne sich auf diejenigen zu beziehen, in deren Namen sie sprechen und vor denen sie von Zeit zu Zeit, wenn auch mehr oder weniger fiktiv,

> Rechenschaft ablegen müssen. Hier stoßen die internen Spiele an ihre Grenzen.“ (Bourdieu 2001: 48 f.)

Der „Erfolg von politischen Ideen bemisst sich nicht nach deren Kohärenz oder Wahrheitsgehalt, sondern nach ihrer potenziellen Mobilisierungskraft“ (Janning 2009: 346) außerhalb des politischen Feldes. An dieser Stelle besitzt Bourdieus Theorie der Repräsentation eine Schwachstelle, da sie die Vermittlungsrolle zwischen den Experten und den Laien nicht systematisch genug berücksichtigt, die oftmals von einer intermediären politischen Ebene aus erfüllt wird, die den Kontakt zu den Alltagsmilieus der Laien aufrechterhält (vgl. Vester 2002: 106). Diese intermediären Akteure sind es, die eine Mobilisierung für politische Ideen über das politische Feld hinaus ermöglichen, indem sie die notwendige Vermittlungsarbeit über den epistemologischen Bruch hinweg leisten. Sie übersetzen politische Praxis in alltagsweltliche Zusammenhänge, vermitteln aber auch in die entgegengesetzte Richtung:

> „Alltagsweltlich bzw. milieuspezifisch geformte Erfahrungen, Wünsche, Hoffnungen, Ressentiments, Befürchtungen und darüber entstehende Gesellschaftsbilder werden im Idealfall in den Vergesellschaftungen der intermediären Organisationen abgeschliffen und integriert, um sie politikfähig zu machen.“ (Geiling 2009: 5)

Durch soziale Unterstützung können politische Akteure für sich Machtressourcen – „politisches Kapital“ – generieren, welches es den Akteuren ermöglicht, die entscheidenden Positionen zu erlangen, um ihre Ideen und Programme durchzusetzen. Das Erreichen solcher Machtpositionen drückt sich im politischen Feld häufig durch bestimmte Mandate in gewählten Vertretungen oder durch Positionen in Organisationen, bspw. in Parteien oder Verbänden, aus.

Für den Konkurrenzkampf als interner politischer Wettbewerb ist daher die Rolle des politischen Kapitals entscheidend. Bourdieu verwendet den Kapitalbegriff, um zu beschreiben, wie das relationale Beziehungsnetz zwischen den Menschen innerhalb eines Feldes ausgebildet wird. Je nach Feld führen unterschiedliche Kapitalformen zur Positionierung der Akteure im Feld. Die drei zentralen Kapitalformen, die Bourdieu in seinen Arbeiten beschreibt

und die in unterschiedlichen Feldern eine vielfältige Bedeutung besitzen, sind das ökonomische, das kulturelle und das soziale Kapital. Sie sind die Grundlage aller weiteren Formen und Arten von spezifischerem Kapital, so auch von politischem Kapital. Diese Kapitalformen sind in verschiedenen Feldern Gegenstand von Kämpfen und Tauschbeziehungen und können unter bestimmten Bedingungen zudem in andere Kapitalformen transformiert werden. Mit Bourdieus eigenen Worten:

> „Eine allgemeine ökonomische Praxiswissenschaft muß sich deshalb bemühen, das Kapital und den Profit in allen ihren Erscheinungsformen zu erfassen und die Gesetze zu bestimmen, nach denen die verschiedenen Arten von Kapital (oder, was auf dasselbe herauskommt, die verschiedenen Arten von Macht) gegenseitig ineinander transformiert werden. Das Kapital kann auf drei grundlegende Arten auftreten. In welcher Gestalt es jeweils erscheint, hängt von dem jeweiligen Anwendungsbereich sowie den mehr oder weniger hohen Transformationskosten ab, die Voraussetzung für sein wirksames Auftreten sind: Das *ökonomische Kapital* ist unmittelbar und direkt in Geld konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in der Form des Eigentumsrechts; das *kulturelle Kapital* ist unter bestimmten Voraussetzungen in ökonomisches Kapital konvertierbar und eignet sich besonders zur Institutionalisierung in Form von schulischen Titeln; das *soziale Kapital*, das Kapital an sozialen Verpflichtungen oder ‚Beziehungen', ist unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in ökonomisches Kapital konvertierbar […]." (Bourdieu 1983: 184 f., Hervorhebungen im Original)

Darüber hinaus ist insbesondere für politische Auseinandersetzungen eine weitere Kapitalform bedeutsam, die aus dem Delegationsprinzip sozialen Kapitals abgeleitet wird, nämlich symbolisches Kapital:

> „In allen Gruppen gibt es mehr oder weniger institutionalisierte Formen der *Delegation*. Dadurch wird es möglich, das gesamte Sozialkapital, auf Grund dessen die Gruppe (Familie, Nation, oder auch Verband oder Partei) existiert, in den Händen eines Einzelnen oder einiger Weniger

> zu konzentrieren. […] Potentiell gilt die *Logik der Repräsentation* auch für solche Phänomene wie den ‚Personenkult' oder die Identifikation von Parteien, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen mit ihrem Führer. Sie läuft darauf hinaus, daß das Zeichen sich an die Stelle des Bezeichneten, der Repräsentant sich an die Stelle der von ihm Repräsentierten setzt. Dies ist zum einen deshalb der Fall, weil sein Hervorragen, seine illustre Person, seine Sichtbarkeit etwas Wesentliches, wenn nicht das Wesentliche seiner Macht ausmachen, einer vollkommen symbolischen Macht, die sich ganz in der Logik des Kennens und Anerkennens bewegt[…]. Selbstverständlich bewegt sich das Sozialkapital so ausschließlich in der Logik des Kennens und Anerkennens, daß es immer als symbolisches Kapital funktioniert." (ebd.: 193 ff., Fußnote 20, Hervorhebungen im Original)

Politisches Kapital ist nun keine eindeutige, von diesen anderen Kapitalformen einwandfrei zu trennende Kapitalform, da sie an den heterogenen Dynamiken politischer Felder zu operationalisieren ist und in ihren sozialen Machtbeziehungen sehr vielfältig angelegt ist. Je nachdem, welches politische Feld (bspw. in verschiedenen Ländern oder in verschiedenen politischen Großorganisationen) oder welcher Ausschnitt (lokal, national etc.) betrachtet wird, kann politisches Kapital daher sehr verschiedene Ausprägungen annehmen.

Grundsätzlich basiert wie oben beschrieben politisches Kapital zunächst häufig auf sozialem Kapital, indem es auf sozialer Unterstützung basiert, und auf symbolischem Kapital, da die Logik des politischen Feldes eine der Arbeitsteilung bzw. Repräsentation und Delegation ist. Betrachtet man das etablierte, vor allem institutionalisierte politische Feld in seiner europäischen Prägung, so ist für Bourdieu insbesondere die Differenzierung zwischen persönlichem und delegiertem politischen Kapital der politischen Akteure entscheidend (vgl. Bourdieu 1991b: 505).

Das persönliche politische Kapital ist sehr stark mit einzelnen Personen verbunden und mit ihrem Wirken im Feld. Es kann auch als persönliches Vertrauenskapital bezeichnet werden (vgl. Vester/Geiling 2009: 32), was den

spezifischen Vertrauenscharakter noch deutlicher werden lässt. Das Vertrauen gründet sich auf langfristigen sozialen Bindungen und Repräsentationsleistungen der politischen Akteure im Feld. Es ist daher ein soziales Kapital, das „sich immer nur persönlich in glaubwürdiger Rückkopplung mit der Praxis sozialer Milieus“ (ebd.: 45) realisiert. In diesem Zusammenhang treten insbesondere die oben genannten intermediären Akteure in Erscheinung. Ein Beispiel hierfür sind die sogenannten „Kümmerer“, die sich bspw. über Jahre in ihren Stadtteilen oder Quartieren für soziale Belange engagieren.

> „Das Vertrauen oder der »Kredit« ist keine dingliche Eigenschaft einzelner Akteure, sondern eine Beziehungseigenschaft, die sich die Politiker bzw. ihre Organisationseinheiten nur durch anhaltende Arbeit mit ihren Klientelen erwerben können.“ (ebd.: 39)
>
> Mit dem persönlichen Kapital „[…] bezieht der Politiker seine magische Macht über die Gruppe aus dem Glauben der Gruppe an seine Repräsentation der Gruppe, die eine Repräsentation der Gruppe selbst und ihrer Beziehungen zu den anderen Gruppen ist.“ (Bourdieu 2001: 99)

Ganz anders verhält es sich mit dem delegierten politischen Kapital. Es ist von persönlichen Beziehungen weit unabhängiger und daher auch wechselhafter und austauchbarer. Das delegierte Kapital ist das durch eine Partei oder andere Organisationseinheit in Form von Treue und Anerkennung aus früheren politischen Auseinandersetzungen akkumulierte soziale Kapital, das begrenzt und provisorisch auf Mandatsträger und Funktionäre dieser Partei oder Organisationseinheit übertragen werden kann, aber immer im Besitz der Institution verbleibt (vgl. ebd.: 101 f.).

Betrachtet man politische Konflikte, die über das etablierte institutionalisierte politische Feld mit dessen internem politischem Wettbewerb hinausragen, so kann politisches Kapital aber auch andere Ausprägungen annehmen. Auf diese Weise können bspw. Proteste oder sogar politische Gewaltakte zu politischem Kapital werden.

Anwendung auf die Kommunalpolitik:

Auf die Kommunalpolitik und ein lokales politisches Feld angewandt, zeigt eine solche Herangehensweise, dass auch dort eine bestimmte feldspezifische Logik herrscht, nach der die etablierten politischen Akteure handeln und Regularitäten im Feld geschaffen werden. Diese Regularitäten des lokalen politischen Feldes lassen sich zunächst als wesentliche politisch-institutionelle und administrative Ordnung beschreiben, die sich im kommunalen Rahmen besonders auf den repräsentativen Rat und dessen Ausschüsse, die Verwaltung und die Parteien bzw. ihre Fraktionen erstreckt. Dies ist aber nur der institutionelle Rahmen, in dem das politische Handeln stattfindet. Hinzu tritt eine individuelle Macht einflussreicher Schlüsselfiguren, die es verstehen, aus unterschiedlichen Rollen mit unterschiedlichen Ressourcen zu unterschiedlichen Zwecken innerhalb oder auch außerhalb dieses Rahmens politisches Handeln zu gestalten oder zu beeinflussen (vgl. Gissendanner 2002: 107; Gailing/Ibert 2016). Aber auch die Gerichtsbarkeit, Vereine, Verbände oder informelle Netzwerke sowie Lokalmedien können hier eine entscheidende Rolle spielen, je nachdem, wo und wie spezifische Schlüsselfiguren handeln.

Eine Besonderheit ist, dass der Rat kein Parlament ist, „[…]sondern ein Verwaltungsorgan, das gemeinsam mit dem Bürgermeister als Chef der Verwaltung die Politik der Gemeinde bestimmt[…]“ (Wehling 2010: 353). Im Sinne der Konkordanzdemokratie soll dort am Ende eines Entscheidungsprozesses möglichst ein Konsens stehen und keine Konfrontation von Mehrheit und Minderheit im Sinne der Konkurrenzdemokratie. Die Konsensbildung würde durch die räumliche und soziale Nähe der Akteure in den Gemeinden und im Rat begünstigt, was durchaus fallabhängig einen sogenannten „Klüngel“ zur Folge haben kann (vgl. ebd.: 353, 359), also eine Art Zusammenballung entscheidender Schlüsselfiguren in langfristig gewachsenen formellen und informellen Netzwerken. Ein solcher auf Konsens ausgerichteter Rat kann im Zusammenspiel mit dem hauptamtlichen Bürgermeister, der gleichzeitig Verwaltungschef ist, als monolithische politische Formation erscheinen und dadurch mehr Angriffsfläche für außenstehende Bürger bieten als ein

heterogener agierendes Parlament mit einer klaren Mehrheit(-skoalition) und Opposition.

Die Verwaltungsreformen der vergangenen Jahre haben dabei in den Ländern, die nicht ohnehin mit der Süddeutschen Ratsverfassung einen starken Bürgermeister besaßen, zu einer stärkeren „exekutiven Führerschaft“ mit einem durch die Direktwahl gestärkten Bürgermeister geführt, die ihm eine höhere demokratische Legitimation verschaffen soll. Dabei wurde allerdings der Rat geschwächt, da dem Bürgermeister mehr Kompetenzen zugestanden werden (vgl. Wehling/Kost 2010: 13 f.; Wehling 2010: 365). Der Faktor der individuellen Macht von Schlüsselfiguren sollte daher für die Analyse besonders berücksichtigt werden. Bogumil betont mit Blick auf kommunale Entscheidungsstrukturen: „Das eigentliche Entscheidungszentrum kommunalen Handelns ist nicht die Kommunalvertretung oder das Ausschusssystem, sondern sind eher informelle Kreise von ‚Vorentscheidern‘ aus Verwaltung und Kommunalvertretung.“ (Bogumil 2002: 35). Zu diesen Vorentscheidern gehören Führungspersonen aus Politik und Verwaltung wie im hier untersuchten Fallbeispiel insbesondere der Bürgermeister.

Diese Logik des lokalen politischen Feldes ist zudem ein Ausdruck des eingangs erwähnten „epistemologischen Bruchs“. Beispielhaft kann diese symbolische Herrschaftsform an einer Studie zur Politikwahrnehmung von bildungsfernen Jugendlichen erläutert werden. Die normativen Kategorien und die Symbolsprache der institutionellen Politik können in den dort untersuchten bildungsfernen Milieus nicht entschlüsselt werden und werden unhinterfragt hingenommen. Daher gehen politische Themen für diese Gruppen in den Strukturen und Repräsentationsformen des politischen Feldes unter und werden für sie unzugänglich. Politik bleibt somit etwas abstrakt Symbolisches (z.B. Rednerpult, Flaggen, Gesetze) und thematisch das, was Politiker in den Nachrichten erzählen. Da dies den Alltag der Menschen oft nicht direkt trifft bzw. von ihnen nicht dementsprechend reflektiert wird, wird von ihnen alles Alltägliche als dezidiert unpolitisch empfunden und definiert (vgl. Calmbach/Kohl 2011: 10 f.).

Dieser Bruch wirkt sich aber genauso für die Vertreter des politischen Feldes aus. Für sie ergebe sich aus der Logik der politischen Arbeitsteilung die Schwierigkeit, die verschiedenen Bedürfnisse und Möglichkeiten der Alltagsmilieus zu erkennen und zu bedienen, da sie wiederum der Alltagslogik fernstehen (vgl. Vester 2011: 3 f.; 2002: 112 ff.; Geiling 2009: 5 f.). Die zunehmende Autonomie des politischen Feldes, die Bourdieu durch eine zunehmende Institutionalisierung des politischen Kapitals, also eine wachsende Bedeutung des delegierten politischen Kapitals gegenüber des persönlichen, auf Vertrauen und sozialen Bindungen basierenden Kapitals, verursacht sieht, ist eine wachsende Herausforderung für die demokratische Repräsentation (vgl. Swartz 2012: 174).[12] Sie führt dazu, dass Funktionäre, die ohne soziale Rückbindung sind, dafür aber stark organisationsabhängig, immer mehr die Oberhand im politischen Feld erhalten (vgl. Janning 2009: 347).

Dieser Befund wurde zwar für höhere politische Ebenen angestellt, könnte sich aber ebenfalls für die lokale Politik zunehmend bestätigen. Zwar könnte vordergründig angenommen werden, dass die Kommunalpolitik durch ihre Kleinmaschigkeit eine größere Nähe der Mandatsträger zu den Bürgerinnen und Bürgern begünstigt oder dass die Möglichkeit, selbst ein kommunales Mandat wahrzunehmen, für die Bürgerinnen und Bürger größer erscheint. Hierbei sei allerdings Vorsicht angemahnt, die lokale Nähe nicht zu verklären und die sozialstrukturelle Wirklichkeit in Bezug auf Partizipation und Zugang zu politischen Institutionen nicht außer Acht zu lassen, die besagt, dass Menschen mit geringerem Bildungsstatus und Einkommen seltener gesellschaftspolitisch partizipieren (vgl. Gensicke 2006: 13; Bödeker 2012: 2 f.). Und zusätzlich zu diesen „harten“ Faktoren spielt auch der symbolische Bruch zwischen Feldern sozialer Alltagspraxis und dem der Politik eine entscheidende Rolle. Die Mechanismen der sozialen Selektion der parteipolitischen Elitenbildung wirken nicht nur auf den höheren politischen

[12] Solche politischen Entfremdungsprozesse wurden bspw. sehr illustrativ in der Popkultur aufgegriffen. So zeigt der amerikanische Spielfilm „Bill McKay – Der Kandidat“ von 1972 in zugespitzter Form, wie ein Umweltschutz-Anwalt durch seine Kandidatur für den Senat schon während des Wahlkampfs die Bindung zu seinem bisherigen sozialen und politischen Umfeld verliert. Durch die von der Demokratischen Partei eingeforderte Professionalisierung während des Wahlkampfs gelingt es ihm nicht, seine Authentizität gegenüber seinen früheren Wegbegleitern zu erhalten.

Ebenen, sondern auch in den Rathäusern der Großstädte über den mittel- und kleinstädtischen Rahmen bis hinein in die Lokalpolitik der Dörfer.

Zwar vermitteln Bücher wie Eva Leipprands[13] „Politik zum Selbermachen – Eine Gebrauchsanweisung“ (Leipprand 2011) eine vermeintlich praktikable Einstiegshilfe in den kommunalen Politikbetrieb für jedermann, indem alltägliche Szenen aus der lokalen Politik geschildert und diskutiert werden, doch richtet sich eine solche „Gebrauchsanweisung“ unweigerlich an gehobene, mit kulturellem Kapital ausgestatte Milieus, die somit tatsächlich über die Ressourcen und Qualifikationen verfügen, um diese Schilderungen überhaupt reflektieren und womöglich anwenden zu können. Denn was von Leipprand in ihrem Buch als Hürden beim Einstieg in die Kommunalpolitik beschrieben wird, zu deren Überwindung dort Tipps angeboten werden, stellt sich für die mit weniger Ressourcen und Qualifikationen ausgestatteten Milieus der Gesellschaft als ziemlich starke Zugangsbarrieren dar, für deren Überwindung die nötigen Instrumente und Mittel meistens nur außerhalb ihrer Milieus zu finden sind.

Zusätzlich wird eine Verengung dieser Perspektive auf einen parteipolitischen und repräsentativen Zugang zur Kommunalpolitik deutlich. Auf Bürgerbeteiligung geht Leipprand nur aus Sicht der professionellen Kommunalpolitik ein und spricht vom Bürger als „kooperativen Egoisten“ (ebd.: 118). Die Teilnahme an der institutionalisierten politischen Ebene mit einem Mandat ist ein recht voraussetzungsvolles und daher kein sehr niedrigschwelliges Angebot an Bürger, die auf den Entscheidungsfindungsprozess – zuweilen nur punktuell – einwirken möchten. Wie Politik aber auch von außerhalb des Rates mitgestaltet werden kann, z.B. durch partizipative oder direkte Demokratie, darauf antwortet sie nur aus ihrer repräsentativen Perspektive. Die Zugangsbarrieren zum politischen Entscheidungsgefüge werden so implizit reproduziert und Alternativen daher nicht weiter diskutiert.

Hieran wird eine andere Art Ausschlussmechanismus deutlich, die nicht direkt an Bildungsstatus und Einkommen festzumachen ist. Symbolische

[13] Ehemalige dritte Bürgermeisterin und Kulturreferentin Augsburgs.

Herrschaftsformen wirken generell exkludierend auf Akteure mit feldfremder Logik. Auch in lokalen politischen Feldern scheinen daher ganz bestimmte Funktionsweisen und Ziele zu dominieren. Wer dem politischen Feld nicht nahe steht – unabhängig von seiner sozialen Position – geschweige denn in ihm schon einmal agiert hat, der kann in diese Logik nicht eingeübt sein, der weiß nicht, welche Einsätze er wie erbringen muss, um eine bestimmte Wirkung zu erzielen, welches Kapital also nötig ist. Sein Verständnis bzw. seine Vorstellung von den Regularitäten unterscheiden sich von denjenigen eines Akteurs, der mit dem politischen Feld vertraut ist, da er nach einer anderen, dem politischen Feld fremden Logik handelt. Wie diese feldfremde Logik ausgestaltet ist, mit der der betreffende Akteur versucht im politischen Feld zu agieren oder zumindest zu urteilen, hängt wiederum von seiner persönlichen Illusio in Bezug auf das politische Feld und damit direkt von seiner sozialen Position in den alltäglichen Milieuzusammenhängen und den Feldern ab, in denen der Akteur eingeübt ist.

Durch die feldspezifischen Regularitäten wird der Zugang zum Feld an bestimmte Kompetenzen und Ressourcen gebunden. Die Felder, und somit auch das politische, sind in sich nicht homogen aufgebaut, sondern besitzen mehrere konzentrische Kreise und dadurch Tiefenebenen. Man kann z.B. ohne die „richtige“ politische Sprache und das vorausgesetzte Wissen an einer Bürgerversammlung teilnehmen oder zur Wahl gehen, aber man kann nicht unbedingt allen Debatten folgen und schon gar nicht auf Augenhöhe debattieren. Der Zugang zu den inneren Kreisen des politischen Feldes bleibt dann oftmals ganz verschlossen.

Bourdieus hier dargestellter Feldbegriff und seine Anwendung auf das politische Feld ermöglichen ein offenes, relationales Verständnis des Verhältnisses zwischen Politik und Bürgern. Mit Hilfe einer Heuristik zum politischen Feld, wie sie Bremer/Kleemann-Göhring (vgl. 2010: 21 ff.) entwickelt haben, können dieses teilweise explizite, teilweise implizite Machtgefüge und die Position von Einzelakteuern oder auch von Akteursgruppen wie Organisationen oder Netzwerken im politischen Feld dargestellt und analysiert werden (siehe Abbildung 4):

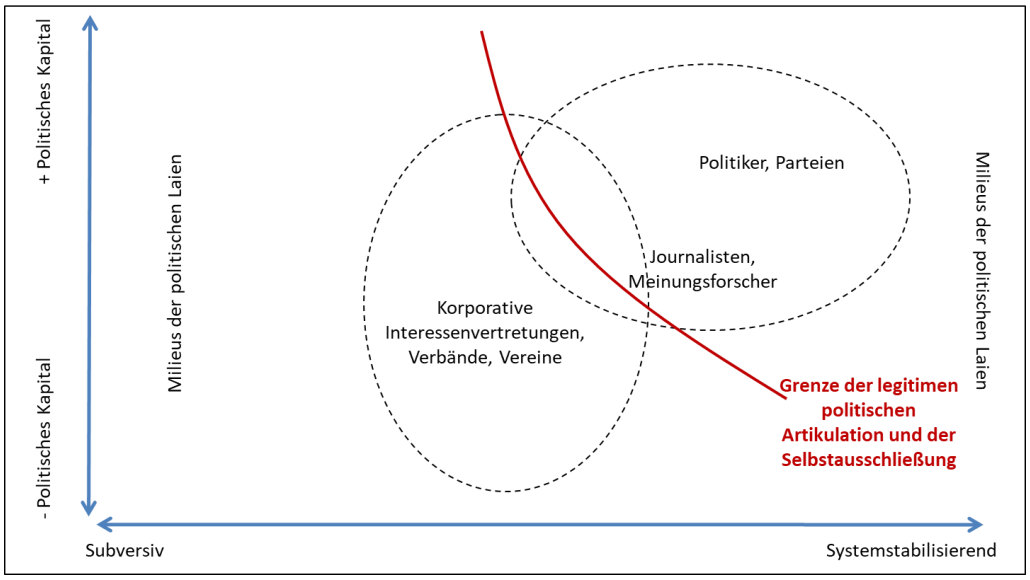


Abbildung 4: Heuristik zum politischen Feld. Es handelt sich hierbei um eine allgemeine Darstellung, die keine spezifischen, empirisch gesättigten Einzelfälle beschreibt. „Felder sind analytische Konstruktionen und nicht einfach Widerspiegelungen der sozialen Realität." (Swartz 2012: 185) Es geht vielmehr darum, grundlegende Feldmechanismen aufzuzeigen, die je nach Anwendungsfall verschieden ausgeprägt sein können (so unterscheiden sich z.B. lokalpolitische Konstellationen von bundespolitischen) (eigene Darstellung, angelehnt an Bremer/Kleemann-Göhring 2010: 21).

Auf Grundlage des Feldkonzepts von Bourdieu und dieser Heuristik zum politischen Feld wird eine Feldanalyse für das untersuchte Fallbeispiel durchgeführt, die die relationalen Bedingungen des lokalen Konfliktfalls und die Verhältnisse zwischen verschiedenen Akteuren und Akteursgruppen beleuchtet (siehe Kapitel 4.1). Zusätzlich können die relationalen Verhältnisse der interviewten Einzelakteure aus der Bürgerinitiative zueinander und zu anderen Akteursgruppen sowie Wanderungen der Einzelakteure im Zeitverlauf mithilfe einer solchen Heuristik dargestellt werden (siehe Kapitel 4.2 und 4.6).

Milieus und Habitus:

Die beiden Konzepte „soziale Milieus" und „Habitus" sollen es ermöglichen, das Handeln der Akteure im Sinne ihrer (Protest-)Praxis analytisch auf dessen Abhängigkeit von bestimmten sozialen Voraussetzungen zurückzuführen und im Verhältnis zur Gesamtgesellschaft zu verorten. Grundlegend für das Milieu-Konzept, wie es hier mit Rückgriff auf die Studien von Vester et al. (2001) verwendet wird, ist das Konzept des Habitus bei Bourdieu. Sie bedingen sich

insofern, als dass der Habitus die grundlegende Bestimmungskategorie für die sozialen Milieus ist.

Der Habitus beschreibt als methodisch-analytischer Begriff die Praxis der Akteure als bedingt durch ihr innewohnende Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata und somit die subjektive Perspektive der Akteure auf die soziale Welt. Die Akteure urteilen über diese Welt nach ihnen eigenen Habitus-Dispositionen, die von ihrer jeweiligen Stellung in ihr abhängig sind:

> „Die von den sozialen Akteuren im praktischen Erkennen der sozialen Welt eingesetzten kognitiven Strukturen sind inkorporierte soziale Strukturen.“ (Bourdieu 1982: 730)

Und sie handeln bspw. in Konsum- und Geschmacksfragen (ein sehr bekanntes Forschungsfeld Bourdieus, vgl. 1982), aber auch in politischen Angelegenheiten, nach diesen Dispositionen:

> „Wer sich in dieser Welt »vernünftig« verhalten will, muß über ein praktisches Wissen von dieser verfügen, damit über Klassifikationsschemata […], mit anderen Worten über geschichtlich ausgebildete Wahrnehmungs- und Bewertungsschemata, die aus der objektiven Trennung von »Klassen« hervorgegangen (Alters-, Geschlechts-, Gesellschaftsklassen), jenseits von Bewußtsein und diskursivem Denken arbeiten. Resultat der Inkorporierung der Grundstrukturen einer Gesellschaft und allen Mitgliedern derselben gemeinsam, ermöglichen diese Teilungs- und Gliederungsprinzipien den Aufbau einer gemeinsamen sinnhaften Welt, einer Welt des *sensus communis*.“ (ebd.: 730, Hervorhebung im Original)

Bourdieu beschreibt mit dem Habitus also ein System aufeinander abgestimmter Eigenschaften, ein einheitsstiftendes Erzeugungsprinzip aller Formen von Praxis, das mit einer inneren Haltung eines jeden Menschen zur äußeren Welt korreliert, was sich zusammen in Form von Lebensstil repräsentiert (vgl. ebd.: 277 ff.). Die Lebensstile resultieren daher nicht nur aus sozialen Praxisformen und deren Produkten/Werken, sondern auch aus den Klassifikationsschemata, mit anderen Worten aus dem Geschmack und dem

Urteilsvermögen der Akteure. Habitus ist somit die „repräsentierte soziale Welt“, die sich in Form eines „Raum[s] der Lebensstile“ als Differenzsystem beschreiben lässt:

> „Insofern unterschiedliche Existenzbedingungen unterschiedliche Formen des Habitus hervorbringen, d. h. Systeme von Erzeugungsmustern, die kraft einfacher Übertragung auf die unterschiedlichsten Bereiche der Praxis anwendbar sind, erweisen sich die von den jeweiligen Habitus erzeugten Praxisformen als systematische Konfigurationen von Eigenschaften und Merkmalen und darin als Ausdruck der Unterschiede, die […] als Lebensstile fungieren.“ (ebd.: 278 f.)

Bezogen auf die Alltagspraxis unterscheiden sich die Akteure daher hinsichtlich ihres Habitus in unterschiedliche soziale Milieus. Die Milieus beziehen sich analytisch aber nur auf diese Alltagspraxis der Akteure.

Bewegen sich die Akteure nicht im Feld der Alltagspraxis, sondern bezogen auf meinen Untersuchungsgegenstand im politischen Feld, so bilden sie bei feldspezifisch erfolgreicher Praxis dort einen Politik-Habitus aus. Einen solchen besitzen die politischen Experten, die die herrschenden Akteure des Feldes sind (vgl. Geiling 2013: 366). Da wie oben beschrieben das politische Feld sehr autonom im Verhältnis zum Feld der Alltagspraxis ist, bleibt den politischen Laien, auch wenn sie sich in das politische Feld hineinbewegen, in der Regel nur, politische Experten und Prozesse aus ihrer alltäglichen Perspektive der sozialen Milieus mit den Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsschemata ihres Laien-Habitus zu bewerten und sich auf Grundlage dieser Dispositionen zu verhalten (vgl. ebd.). Der symbolische Kampf der politischen Experten um Klassifikationsschemata und insbesondere deren Legitimation bleibt für die Laien tendenziell unverständlich und unzugänglich (vgl. Bourdieu 2001: 55, 81; Geiling 2013: 367).

Mittels des Milieu-Konzepts werden die sozialen Differenzierungen zwischen den einzelnen Akteuren, die „Teilungs- und Gliederungsprinzipien“ und somit die sozialen Voraussetzungen ihrer Praxis darstellbar (siehe für die praktische Umsetzung am Fallbeispiel Kapitel 4.5.1), die sich an den Dimensionen des

Habitus festmachen lassen. Der ursprüngliche Milieubegriff stammt von Durkheim (vgl. 1961 [1895]: 194-211; 1988 [1893/1902]: 44, 53 ff., 259 f.), der das soziale bzw. moralische Milieu als eine soziale Gruppe verstanden hat, die einen gemeinsamen Korpus an moralischen Regeln entwickelt hat.

> „Durkheim geht dabei von den drei grundlegenden Beziehungszusammenhängen aus, den beruflichen, den verwandtschaftlichen und den territorialen Gliederungseinheiten der Gesellschaft, die sich in der praktischen Realität auch überlagern." (Vester 2015: 144)

Hierzu ergänzend kann dem Verständnis der Beziehungssoziologie Webers folgend (vgl. 1985: 20 ff.) die Konstruktionsweise von Gesellschaft und ihrer Milieus so beschrieben werden, dass alle Akteure im sozialen Raum hinsichtlich ihrer „Lebensführung" in Beziehungen und Abgrenzungen zueinander stehen.

Das moderne Milieu-Konzept, wie es bei Vester et al. (2001) entwickelt wurde, fasst diese verschiedenen Dimensionen einer „Lebensführung" mit Rückgriff auf das Habitus-Konzept zusammen:

> „Sie [die sozialen Milieus, S.K.] umfassen mit der gesamten Lebensweise auch die Alltagskultur, den Geschmack, die beruflichen Lebensziele und die Abgrenzung von anderen Milieus. Und sie sind auch feiner in sich unterteilbar [als bspw. Klassen, S.K.]." (Vester 2015: 144)

Dem Konzept folgend kann die Gesellschaft analytisch als eingebettet in einen sozialen Raum begriffen werden, der einer Art Kräftefeld gleicht und die Gesellschaft in sehr heterogene soziale Milieus aufgliedert, deren Akteure sich nach Habitus, ihrer dadurch bedingten alltäglichen Praxis und den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen voneinander unterscheiden (vgl. Vester et al. 2001: 23 ff.). Nach diesem Konzept wurde die Gesellschaft der Bundesrepublik nach verschiedenen Habitustypen in verschiedene Milieus unterschieden (siehe Abbildung 5). Es handelt sich dabei um Alltagsmilieus, die nach ihrer ganzen Lebensweise, also im Lebensstil und Habitus, gegliedert sind, und nicht nur

nach Berufsgruppen. Die sozialen Milieus repräsentieren somit die Alltagsebene der Klassenpraxis und keine politische Praxis.

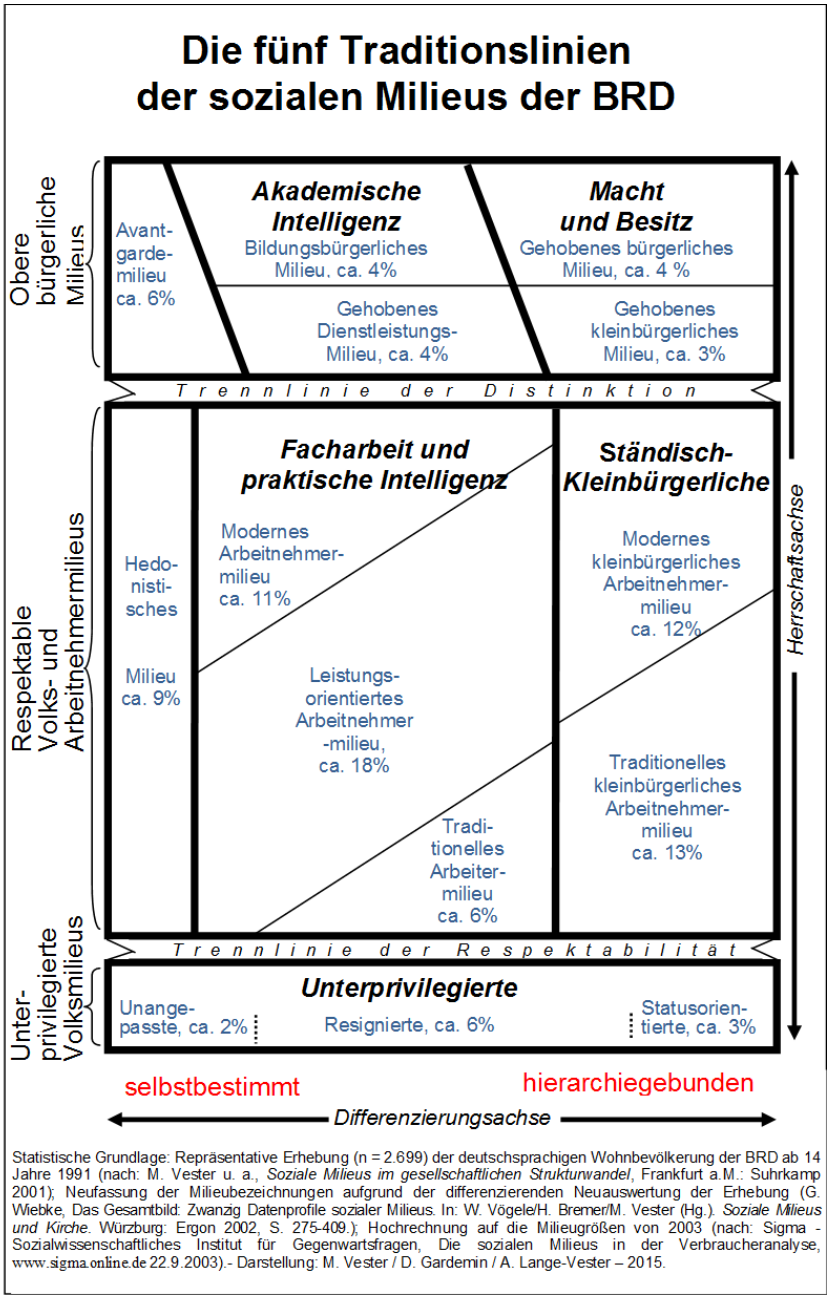


Abbildung 5: Das Milieumodell für die Bundesrepublik Deutschland (Quelle: Vester 2015: 149).

Ihre Größen und ihre verschiedenen Generationen wurden von Vester et al. (2001) in einer umfassenden Gesellschaftsstudie für die Bundesrepublik Deutschland auf Grundlage von explorativen qualitativen und repräsentativen quantitativen Daten ermittelt. Durch eine historische Perspektive konnten die gegenwärtigen Milieus an historische Traditionslinien rückgebunden werden,

die sich wie fünf „Familienstammbäume“ der sozialen Milieus beschreiben lassen. Demnach lassen sich im sozialen Raum zwei obere, zwei mittlere und eine untere Traditionslinie identifizieren:

- Oben: Traditionslinie von Macht und Besitz, Traditionslinie der Akademischen Intelligenz
- Mitte: Traditionslinie der Facharbeit und der praktischen Intelligenz, Ständisch-kleinbürgerliche Traditionslinie
- Unten: Traditionslinie(n) der unterprivilegierten Volks- und Arbeitnehmermilieus

Diese Traditionslinien unterteilen sich durch Prozesse der sozialen Modernisierung und Ausdifferenzierung in viele verschiedene Teilgruppen der sozialen Milieus, erhalten durch Generationenverschiebungen neue Milieugruppen hinzu und verändern sich dementsprechend im historischen Verlauf hinsichtlich ihrer Größe (vgl. Vester 2015; Vester 2004: 326, 328 ff.; Vester et al. 2001: 167 ff.).

2.6 Vorgehen und Methodik

Erforscht werden hinsichtlich des Erkenntnisinteresses das Engagement und die internen Prozesse der ausgewählten Bürgerinitiative im Sinne der zuvor dargestellten Theorie der Praxis. Dies bedeutet, dass die handlungsleitende Logik und der subjektiv gemeinte Sinn im Handeln der Akteure durch die Anwendung wissenschaftlicher Instrumente aufgedeckt und ihr Zusammenwirken mit der Logik des lokalen politischen Feldes und des Konflikts reflektiert werden sollen.

Bevor die BI in den Fokus gerückt werden kann, muss zunächst in einer Vorstudie (Kapitel 3) ihr handlungsrelevanter Kontext, also das Feld, in der sie bzw. ihre Akteure handeln, erschlossen werden. Dieser Feldzugang zum Untersuchungsgegenstand wird über den Beteiligungs- und Entscheidungsprozess der konkreten Ansiedlung des Schlachthofs hergestellt. Diese Prozesse sind in der Fallstudie in formale Plan- und Genehmigungsverfahren eingebettet, die bereits im Problemhintergrund (Kapitel 2) geschildert wurden. Zur Erarbeitung und Analyse des Plan- und Genehmigungsverfahrens wurde eine Expertenkonsultation durchgeführt. Frank Scholles, Experte auf dem Gebiet der Umweltverträglichkeitsprüfungen und der Methoden der Raum- und Umweltplanung am Institut für Umweltplanung der Leibniz Universität Hannover, stand hierfür zur Verfügung. Die Erkenntnisse dieser Konsultation sind bereits in den Problemhintergrund eingeflossen.

Zur Analyse des Beteiligungs- und Entscheidungsprozesses wurden anschließend im Rahmen der Vorstudie mit zwei Verwaltungsangestellten, die mit Ansiedlungsvorhaben der Massentierhaltung betraut waren, Experteninterviews geführt (vgl. zur Methodik von Experteninterviews Gläser/Laudel 2006; Meuser/Nagel 2011).

Erstens wurde der Bürgermeister der betroffenen Kommune interviewt, in der die untersuchte Bürgerinitiative aktiv ist. In seiner Doppelfunktion als Spitze der Verwaltung und Teil der entscheidungstragenden Kommunalpolitik (vgl. Haus/Heinelt 2005) hatte sein Verhalten entscheidenden Einfluss auf den Entscheidungsprozess und die Bürgerbeteiligung. Dies sind entscheidende

Ebenen der Auseinandersetzung, in denen individuelle Macht mehr Einfluss besitzt, als dies in der lokalen Politikforschung häufig angenommen wird, da sie den Einfluss von Institutionen gegenüber individueller Macht überbetont (vgl. Gissendanner 2002: 107). Daher wird der Bürgermeister in der Analyse der Rahmenbedingungen des Konflikts exponiert. Er gewährt Einblick in seine Deutungen und Strategien, die eine bestimmte Form von Herrschaft symbolisieren. Dieses halbstandardisierte leitfadengestützte Interview (siehe zur ausführlichen Methodenbeschreibung Kapitel 2.6.2) wird mit Blick auf den Entscheidungs- und Beteiligungsprozess sowie die politischen Konsequenzen ausführlich analysiert (siehe Kapitel 3.1).

Zweitens wurde in einem kontrastierenden Fall der Wirtschaftsdezernent der Stadt Bernburg, in der ebenfalls ein Schlachthof geplant war, telefonisch interviewt. Zu Vergleichszwecken wird der dortige Beteiligungsprozess betrachtet, um das Potential von Beteiligungsmöglichkeiten in ihren verschiedenen Formen und die Rolle von Bürgerinitiativen in diesem Kontext vergleichend zur ausgewählten Fallstudie in den Blick zu nehmen. Der Fall in Bernburg hatte ein vergleichbares Vorhaben im Zentrum, wurde aber durch ein direktdemokratisches Verfahren geprägt und brachte ein gänzlich anderes Ergebnis hervor. Über dieses Interview wurden nur Notizen und ein Gedächtnisprotokoll angefertigt. Es wurde als ergänzendes Informationsmaterial verarbeitet, um den dortigen politischen Kontext und den Beteiligungsprozess darstellen und mit der Fallstudie vergleichen zu können (siehe Kapitel 3.2).

Die Hauptstudie widmet sich anschließend der Erforschung der gruppenspezifischen und individuellen Belange der engagierten Akteure der Bürgerinitiative sowie deren sozialen Voraussetzungen und Dispositionen. In Abgrenzung zu vielen Studien in der Sozialen Bewegungsforschung, die als makrosoziologische Querschnittsstudien angelegt sind und Bewegungen als Ganzes untersuchen, als Formen kollektiver Massenmobilisierung, wende ich eine akteurssoziologische und praxeologische Perspektive an, um den Spuren nach den sozialen Voraussetzungen für die politische Positionierung im Machtgefüge einer lokalen politischen Auseinandersetzung und eines lokalen

Protestes auf der Ebene einer einzelnen Bürgerinitiative folgen zu können. Hierfür wurden qualitative Leitfadeninterviews (vgl. Marotzki 2011, siehe ausführlich Kapitel 2.6.2) mit fünf Engagierten dieser BI geführt.

Für die Auswertung und Interpretation des hierdurch erhaltenen qualitativen Materials wird zunächst eine Betrachtung kollektiver Formen des Handelns durchgeführt, während in einem zweiten Schritt auf die Ebene der Einzelakteure dieser Bürgerinitiative eingegangen wird, um die aufgestellte Fragestellung beantworten zu können, wie solche individuellen bzw. gruppenspezifischen Belange entstehen, wie abhängig sie von ihrem sozialen Kontext sind und welche Beteiligungswege (repräsentativ, informell, direkt) möglich sind, um mit ihnen angemessen umzugehen.

2.6.1 Zur Methodik der qualitativen Sozialforschung und ihrer Anwendung

Die methodische Herangehensweise an meinen Untersuchungsgegenstand erfolgte durch Methoden der empirischen Sozialwissenschaften, genauer der qualitativen Sozialforschung. Hierfür wurde empirisches Material auf Ebene der Einzelakteure erhoben, das einen tiefen und illustrativen Einblick in die soziale Wirklichkeit einer Bürgerinitiative ermöglicht.

Es gibt eine große Anzahl an verschiedenen Methoden in den Sozialwissenschaften, die zu unterschiedlichen Zwecken und auf unterschiedliche Art und Weise verwendet werden. Die qualitativen Methoden lassen sich dabei am einfachsten in Gegenüberstellung zu den quantitativen Methoden definieren (vgl. Behnke et al. 2006: 11).

Bei der qualitativen Sozialforschung soll der subjektiv gemeinte Sinn von sozialen Handlungen durch den verstehenden Nachvollzug erfasst werden, um so die Beschreibung von Handlungen (Praxis) zu ermöglichen. Wichtig ist dabei der Versuch der Rekonstruktion von Tiefenstrukturen und Regeln sozialen Handelns und die Suche nach theoretischen Beschreibungen sozialer Prozesse und Strukturen. Dies geschieht durch das detaillierte Studium weniger Einzelfälle zur Entwicklung von Theorien oder zur Aufdeckung von Kausalmechanismen. Bei der quantitativen Sozialforschung ist das Ziel dagegen die Theorieprüfung. Es werden standardisierte Beobachtungen großer

Fallzahlen durchgeführt, bei denen nach Regelmäßigkeiten gesucht wird. Solche Regelmäßigkeiten sollen aufgrund der Theorien kausal interpretiert werden (vgl. ebd.).

Zudem bestehen wissenschaftstheoretische Unterschiede in der Sicht auf die soziale Welt. So geht die quantitative Sozialforschung von realistischen Abbildern der sozialen Welt aus, bei denen alle wichtigen Strukturmerkmale realitätsnah abgebildet werden sollen – was als Positivismus oder Kritischer Rationalismus bezeichnet wird. Im Unterschied dazu geht die qualitative Sozialforschung nicht von dieser Möglichkeit aus, die soziale Welt realitätsgetreu abbilden zu können. Ihr geht es vielmehr um die Rekonstruktionen von sozialen Strukturen. Diese gesellschaftlichen Strukturen würden durch das soziale Handeln immer wieder rekonstruiert und reproduziert, wobei das Handeln nur bedingt stabilen Strukturen und Regelmäßigkeiten folgt (vgl. ebd.: 13 f.).

Mit einer solchen mehr oder weniger stark ausgeprägten Annahme sozialer Regelhaftigkeit wird unterschiedlich verfahren. Die quantitative Forschung sucht explizit nach ihr, während in der qualitativen Forschung ihre Existenz und Wirksamkeit nur bedingt anerkannt wird. Sie setzt stattdessen stärker auf bestimmte Prinzipien, durch die die rekonstruierte Wirklichkeit gestaltet wird. Diese Prinzipien sollen erfasst werden (vgl. ebd.: 15). In meiner Arbeit ist insbesondere die Rolle von alltagsweltlichen Erfahrungen und Erwartungen, die auf das politische Feld und somit auf den lokalen Konflikt übertragen werden, ein solches aufzudeckendes Prinzip.

Als Vorteil der qualitativen Forschung nennen die Autoren, dass sie bei der Theorieprüfung explorative Offenheit besitzt, durch die Theorien noch während der Arbeit am empirischen Material weiterentwickelt werden können. Weiter ist auch die Tiefgründigkeit ihrer Ergebnisse ein Vorteil. Die quantitative Forschung hat ihren Vorteil dagegen in der Generalisierbarkeit ihrer Ergebnisse.

Als Gemeinsamkeiten halten die Autoren fest, dass bei den Ergebnissen bei keiner der beiden Zweige von reinen Abbildern der realen sozialen Welt

ausgegangen werden kann. Dabei kommt auch keiner ohne die Interpretation des gemeinten Sinns aus (vgl. ebd.: 16 f.).

Aber nicht nur wissenschaftstheoretisch unterscheiden sich die beiden Zweige voneinander, sondern auch in der praktischen Methodologie. Die qualitative Forschung besitzt ihre Stärken in der Interpretation von verbalem Material ohne Messungen. Die quantitative Forschung vollzieht dagegen die Quantifizierung der Beobachtungsrealität.

Dabei entstehen verschiedene Arten von Daten: Die qualitative Forschung setzt auf Verbalisierungen oder Symbolisierungen, also auf Texte und Objekte, die Begründungen und mehr Details liefern können. Bei der quantitativen Forschung wird besonders auf die statistische Verarbeitung gesetzt. Bei der qualitativen Forschung werden oftmals weniger Fälle bzw. Personen untersucht und die einzelnen Fälle sind auch schwerer miteinander zu vergleichen. Durch interpretative Verfahren, wie sie auch in dieser Arbeit Anwendung finden, werden Hintergrundstrukturen transparent gemacht, die besser zu vergleichen sind (vgl. Bortz/Döring 2006: 296 f.).

Zwar werden bei der qualitativen Forschung keine Messungen durchgeführt, trotzdem handelt es sich bei den Methoden um Instrumente zur Datenerhebung. Diese empirische Datenerhebung wird im Feld durchgeführt, d.h. für das hier untersuchte Fallbeispiel in der betroffenen Kommune bzw. dem Wohn- oder Handlungsort der infrage kommenden Akteure. Eine Besonderheit ist dabei, dass die Datenerhebung und die Datenanalyse ineinander überlaufen und auch parallel ablaufen können. So wurden bereits erste grobe Interpretationen von Interviewmaterial durchgeführt, bevor alle Interviews erhoben worden waren. Hierdurch konnten in den späteren Interviews bereits Detailfragen gestellt werden, die auf Äußerungen aus früheren Interviews basierten.

Zurückgegriffen wird bei dieser Art der Sozialforschung insbesondere auf den Ansatz der Hermeneutik. Als Hermeneutik ist das Deuten und Interpretieren von Texten und anderen Objekten zu verstehen. Dabei sollen Bedeutungs- und Sinnstrukturen rekonstruiert werden, auch mit Hilfe weiterer Materialien wie dem biografischen oder sozialstrukturellen Hintergrund. Es wird deutlich, was die qualitativen Methoden bei der Datenerhebung leisten sollen. Texte und

Objekte können durch das Hinzuziehen von solchen Hintergrundstrukturen und Dispositionen interpretatorisch Einblick in die subjektive Lebenswelt bieten, wodurch Interaktionen und Vorstellungswelten der Akteure zugänglich gemacht werden.

In dieser Arbeit kamen insbesondere das Befragungsverfahren der qualitativen Interviews und qualitative Analyseverfahren zum Einsatz. Mit fünf Engagierten der ausgewählten BI und mit dem Bürgermeister der betroffenen Gemeinde wurden halbstandardisierte, qualitative Leitfadeninterviews geführt. Bei den Interviews mit Akteuren der BI wurde sowohl biografisches Material erhoben, als auch Material, das an den Motivationen des Engagements, am Verlauf des Konflikts und an Inhalten ansetzt, mit denen sich die Engagierten beschäftigt haben. Auf die Konstruktion des entsprechenden Interviewleitfadens und die angestrebten Erhebungsziele wird in Kapitel 2.6.2 detaillierter eingegangen. Dort wird zudem auf die methodische Umsetzung des Interviews mit dem Bürgermeister detaillierter eingegangen.

Mit Barbara[14], die als strategisch verantwortliche Sprecherin der BI eine herausgehobene Position bekleidet, wurde zwei Jahre nach dem Interview noch ein zweites Interview geführt. Dies diente dem Zweck, die aus der Interpretation des empirischen Materials entstandenen Hypothesen und Erkenntnisse insbesondere zur Weiterentwicklung und Verstetigung des Protests der Bürgerinitiative zu überprüfen.

Im Anschluss an die empirischen Erhebungen erfolgte eine Interpretation des qualitativen Materials hinsichtlich des oben formulierten Erkenntnisinteresses. Hierfür wurde das Material zunächst durch eine vollständige Paraphrase und selektive Teiltranskription aufbereitet, um es für die Analyse zugänglich zu machen. Anschließend wurden ausgewählte Textpassagen dieses Materials (jeweils zwei bis fünf längere Passagen aus jedem Themenblock der Interviews) mithilfe einer hermeneutischen Inhaltsanalyse auf Grundlage von Bourdieus Theorien der Praxis interpretiert (siehe zur theoretischen Einbettung der Operationalisierung Kapitel 2.5). Die hier verwendete Variante der

Inhaltsanalyse wird als Sequenzanalyse bezeichnet (vgl. Bremer 2004: 73 ff.) und fokussiert auf die subjektiven Perspektiven der interviewten sozialen Akteure, die sich in geäußerter Weltsicht, Alltagstheorien, Erklärungen und Bewertungen zeigen.

> „Ziel [der Sequenzanalyse, S.K.] ist es, sich dem Fall durch das sehr genaue Vorgehen zu nähern und schließlich die Prinzipien und Handlungsmuster (den ‚modus operandi') aufzudecken. […] Subjektiv heißt dann zugleich, dass sich darin eine bestimmte Perspektive auf die soziale Welt zeigt, die in spezifischer Weise *verzerrt* ist. Im *ersten Schritt* […] geht es darum, die subjektive Perspektive der Befragten nachzuvollziehen und zu rekonstruieren. Dies erfordert viel Empathie für die befragte Person. Im *zweiten Schritt* geht es darum, die *habitustypische Verzerrung* dieser Perspektive offenzulegen, die subjektive Konstruktion der Befragten also zu interpretieren und einzuordnen." (ebd.: 74, 76, Hervorhebungen im Original)[15]

Für diese Interpretation und Einordnung sind die den Akteuren jeweils zu Verfügung stehenden Ressourcen (Kapital) und die Feldstrukturen, in denen die Akteure handeln, zu berücksichtigen. Die subjektiven Perspektiven werden dabei nicht nur als jeweils individuelle interpretiert, sondern auch als relational zu den sozialen Strukturen und als inkorporiert von den sozialen Akteuren an spezifischen sozialen Positionen unter spezifischen sozialen Bedingungen. Hierdurch wird die Grenze zwischen dem Individuellen und der Gesellschaft aufgelöst durch den Begriff der sozialen Praxis. Dies erfordert vom Interpretierenden eine Distanz gegenüber dem jeweiligen Einzelfall:

---

[14] Zwecks Anonymisierung wurden den interviewten Personen neue, zufällig gewählte Namen gegeben. Zur Vereinfachung wurden nur Vornamen verwendet (siehe für eine Übersicht Kapitel 2.6.3).

[15] Das „sehr genaue Vorgehen" beschreibt dabei ein kleinschrittiges Interpretationsverfahren der transkribierten Textstellen der Interviews in Interpretationsgruppen. Bremer schreibt hierzu: „Dazu werden die Sequenzen in Gruppen (vier bis acht Teilnehmer) interpretiert […]. Pro Fall werden zwei bis vier solcher Sitzungen durchgeführt. Sequenzanalytisch wird dabei nicht das vollständige Transkript ausgewertet, sondern nur bestimmte Passagen. In der Regel wird mit dem Interviewanfang begonnen; weitere Passagen werden vom federführenden Bearbeiter des Falles ausgewählt." (Bremer 2004: 74) Ich möchte mich an dieser Stelle beim Regionalen Kolloquium der Habitus- und Milieuforschung Hannover bedanken, das mir diese Interpretationsmöglichkeit geboten hat.

> „Während sich der Befragte in der rekonstruierten Alltagswahrnehmung wiederfinden kann bzw. sollte, gilt für diese distanzierte Interpretation ein anderer Maßstab. Die Akteure selbst würden sich und ihre Handlungen selbst vielleicht anders sehen […]. Die […] Interpretation muss aber die Praxis der Akteure in einen größeren Kontext stellen, nach den Strukturen und Mustern suchen und diese offenlegen." (ebd.: 76 f.)

Die soziale Praxis trägt sowohl die subjektiven Perspektiven wie auch die Strukturen, die sie beeinflussen und in denen sie geäußert werden, in sich. Zusätzlich strukturieren die Perspektiven und die soziale Praxis andere Strukturen, weshalb soziale Strukturen immer gleichzeitig strukturieren und strukturiert werden.

Für die Interpretation des Interviewmaterials der Akteure der BI wurde ein Kategoriensystem entworfen, mittels dessen Kategorien das Textmaterial codiert wurde.[16] Die Kategorien sind durch ein Wechselspiel der theoretischen Konzepte mit dem empirischen Material entstanden, das explorativ erhoben wurde und in dem sich durch die fortschreitende Bearbeitung nach und nach regelmäßig wiederkehrende, zentrale Prinzipien und Relationen feststellen lassen (vgl. Vogelpohl 2013: 77). Das Kategoriensystem gliedert sich in vier Blöcke:

1. Die argumentativen Frames
2. Lernerfahrungen
3. protest- bzw. bewegungsbezogenes Handeln
4. praxeologische Dispositionen

Unter diese Blöcke fallen mehrere Unterkategorien, die in der folgenden Tabelle 2 aufgeführt werden. Die Unterkategorien der ersten drei Blöcke sind induktiv entstanden, wurden also aus dem Material abgeleitet. Der vierte Block dagegen ist aus der Theorie der Praxis im Sinne der theoretischen Einbettung der Operationalisierung (Kapitel 2.5) abgeleitet.

[16] Die Codierung des qualitativen Materials erfolgte unter Zuhilfenahme der Analysesoftware MaxQDA.

Frames	Lern-erfahrungen	Protest- bzw. bewegungs-bezogenes Handeln	Praxeo-logische Dispositionen
Lokale umweltrelevante Auswirkungen des Schlachthofs	Individuell	Abgrenzung	Kapital-ressourcen
Überregionale bis globale Auswirkungen der Massentierhaltung	Aneignung von Kompetenzen als Organisation	Netzwerken	Feld-strukturen
Enttäuschung über eine mangelnde Bürgerbeteiligung		(Re-) Framing/ Scale shift	Illusio
Tierschutz bzw. Tierrecht		Umgang mit dem lokalen Scheitern	Habitus und Milieu-zugehörig-keit
Allgemeine Wachstums- und Konsumkritik, Ernährungsfragen			
Arbeitsbedingungen im Schlachthof und der soziale sowie wirtschaftliche Kontext			

Tabelle 2: Verwendetes Kategoriensystem zur Auswertung und Interpretation des empirischen Materials.

Das Interview mit dem Bürgermeister wurde nicht nach diesem Kategoriensystem codiert, sondern induktiv mit Blick auf verwendete argumentative Frames (siehe Kapitel 3.1).

Neben den Interviews kamen zur Gewinnung empirischen Materials zusätzlich Beobachtungen im Feld zum Einsatz. So wurden einzelne Veranstaltungen der Bürgerinitiative besucht, insbesondere Mahnwachen vor dem Schlachthof, sowie überregionale Demonstrationen der Bewegung gegen Massentierhaltung „Wir haben es satt!“. Zudem wurden szenebedeutsame Filme wie „Los Veganeros“ und zahlreiche Medienberichte und Dokumentationen (bspw. die ZDF-Dokumentationen „2.500 Küken für Dirk Steffens“ und „Steffens und die Macht der Verbraucher“) als Hintergrundinformationen in die Analysen mit einbezogen.

2.6.2 Das Leitfadeninterview als Erhebungsinstrument

Das Leitfadeninterview ist ein spezifisches Erhebungsinstrument im Rahmen von qualitativen Befragungen. Es handelt sich hierbei weniger um Interviews im klassischen Sinne, als um Gespräche (vgl. Bortz/Döring 2006: 308). Es soll sich also kein reines Frage-Antwort-Schema durchsetzen, sondern es wird vielmehr auf eine möglichst natürliche Gesprächssituation wert gelegt, bei der der Gesprächspartner durch Erzählanreize zum Erzählen animiert werden soll.

Zur Vorbereitung müssen das Befragungsthema oder die Themen, die Gegenstand der Gespräche sein sollen, festgelegt werden. Diese Vorüberlegungen fließen in einen Leitfaden ein, der die Besonderheit dieses Instruments bildet. Der vorher zusammengestellte Leitfaden dient dem Interviewer als Orientierung während des Gesprächs. Diese Orientierung kann im Sinne eines Strukturierungsgrades aber unterschiedlich strikt ausfallen, so dass es drei Abstufungen der Strukturierung gibt:

In standardisierten Leitfadeninterviews hält sich der Interviewer strikt an den Leitfaden. Hierdurch wird eine größtmögliche Vergleichbarkeit erzeugt, allerdings werden keine situationsbedingten Abweichungen ermöglicht. Befragungen, die ohne einen solchen Leitfaden stattfinden, sondern nur mit

einer oft sehr allgemein gehaltenen Einstiegsfrage, sind dagegen sehr offen gehalten und dadurch deutlich flexibler, aber wenig strukturiert und deutlich schwerer zu vergleichen (z.B. narrative Interviews). Halbstandardisierte Leitfadeninterviews, die für die Datenerhebung in dieser Arbeit angewandt wurden, sind als Mittelweg halbstrukturiert. Der Leitfaden soll dabei ein Gerüst bieten für die Datenerhebung und Datenanalyse sowie den Gesprächsverlauf nach thematischen Blöcken steuerbar machen, ihn aber nicht zu sehr vorbestimmen. Dies hat die Vorteile, dass es die Ergebnisse mehrerer Interviews besser vergleichbar macht als offene Interviews, gleichzeitig aber Spielräume für situationsbedingte Abweichungen erhalten bleiben.

Bei einem Leitfaden handelt es sich um einen vorformulierten Fragenkatalog, der meistens aus Haupt- und Detailierungsfragen besteht. Trotzdem soll er flexibel eingesetzt werden, um den Spielraum für neue Themen und Fragen zu erhalten. Auf diese Weise können auch bei der Auswertung neue Themen herausgefiltert werden. Generell gilt die Methode des Leitfadeninterviews für alle Themen als geeignet und ist auch die gängigste Form der qualitativen Befragung (vgl. ebd.: 308, 314 f.).

Für die Konstruktion eines Leitfadens sind einige Aspekte zu beachten. Grundsätzlich soll der Leitfaden, wie schon angedeutet, sowohl eine gewisse Entscheidungsfreiheit für den Interviewer bieten, als auch die Erhebung gleichartiger Informationen und deren Vollständigkeit gewährleisten. Zusätzlich soll möglichen Gewöhnungseffekten in Form von subjektiven Theorien zu bestimmten Themenfeldern entgegen gewirkt werden (vgl. Gläser/Laudel 2006: 142 f.). Mit Letzterem ist gemeint, dass verhindert werden soll, dass der Interviewer Eindrücke aus vorherigen Interviews schon bei der Formulierung von Fragen voraussetzt und vorwegnimmt und dadurch seinen Gesprächspartner beeinflusst.

Bei der Auswahl und Anordnung der Fragen müssen verschiedene Punkte beachtet werden: Je nach Komplexität der Fragen und dem Antwort- bzw. Erzählverhalten des Gesprächspartners können diese unterschiedlich viel Zeit beanspruchen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Erzählanreize wesentlich wichtiger sind als Detailfragen (vgl. ebd.: 144 f.). „Erzählanregungen […]

sollten jeweils zuerst gestellt werden in der Hoffnung, dass sich Detailfragen erübrigen.“ (ebd.: 145)

Hierdurch soll während des Gesprächs ein „Erzählzwang“ entstehen, der aus drei Dynamiken heraus einen Vorteil gegenüber Detailfragen bietet: Ein „Detailierungszwang“ führt dazu, dass „der Erzähler merkt, dass ein Teil seiner Geschichte unvollständig ist und ausführlicher dargestellt werden muss“. Ein „Gestaltschließungszwang“ lässt den Erzähler eine als noch nicht abgeschlossen empfundene Geschichte zu einer abgerundeten Geschichte vervollständigen. Und ein „Zwang zur Kondensierung“ führt schließlich dazu, dass „der Erzähler […] sich vor die Aufgabe gestellt [sieht], aufgrund der begrenzten Zeit nur die wichtigen Handlungsstränge zu erzählen und als unwichtig empfundene Nebenaspekte zu kürzen oder begründet zu überspringen“. Der Vorteil besteht darin, dass sich auf diese Weise oft viel mehr Informationen offenbaren als durch viele einzelne Detailfragen (vgl. Bortz/Döring 2006: 318).

Außerdem muss die Reihenfolge der Fragen gut überlegt sein. Wenn bestimmte Kontexte vor anderen behandelt werden, so kann dies unter Umständen das weitere Antwortverhalten verändern. Oftmals ist es ein probates Mittel, der Chronologie der Ereignisse zu folgen (vgl. Gläser/Laudel 2006: 146 f.) – im hier untersuchten Fall z.B. der Chronologie des Protests. So sah der Leitfaden für die Interviews mit der Bürgerinitiative sowie der für das Experteninterview mit dem Bürgermeister der betroffenen Kommune vor, dass das Engagement der Bürgerinitiative bzw. der Plan- und Genehmigungsprozess und der Konflikt mit der Bürgerinitiative chronologisch dargestellt werden.

Allerdings besteht sowohl hierbei als auch bei den Erzählzwängen das Problem, dass eine retrospektive Rationalisierung möglich ist: „Retrospektive Rationalisierung nennt man die Konstruktion von rationalen Beweggründen für früheres Handeln oder von rationalen Erklärungen für frühere Situationen oder Prozesse – Beweggründe bzw. Erklärungen, die zum Zeitpunkt des Geschehens unter Umständen gar keine Rolle gespielt haben.“ (ebd.: 147) Als Mittel hiergegen schlagen Gläser/Laudel vor: „Um hinter solche Konstruktionen schauen zu können, kann es mitunter zweckmäßig sein, mehrmals in

unterschiedlichen Gesprächskontexten auf ein Thema zurückzukommen.“ (ebd.)

Dieses Mittel wurde im Experteninterview mit dem Bürgermeister angewandt, um zu erfragen, ob es tatsächlich keine Möglichkeiten für einen konstruktiven Dialog mit den Bürgern gab, die gegen die Ansiedlung des Schlachthofs waren, oder ob dieses von der Kommunalpolitik bzw. der Verwaltung nicht gewollt war. Auch in den Interviews mit den Akteuren aus der Bürgerinitiative wurde das Verhältnis zur Kommunalpolitik mehrfach thematisiert.

Der Interviewleitfaden, der in qualitativen Interviews trotz relativer Offenheit des auf einen Erzählfluss setzenden Gesprächsverlaufs eine Vergleichbarkeit der Interviews gewährleisten soll, umfasste für die Interviews mit Engagierten der BI vier Themenblöcke (hier dargestellt mit jeweils einer illustrierenden Frage bzw. einem Erzählanreiz, siehe den vollständigen Leitfaden in Anhang A):

1. Einstieg mit biografische Fragen
    - Beschreiben Sie mir doch einmal, wie bei Ihnen ein ganz gewöhnlicher Wochentag abläuft.
2. Inhalt/Ziele des Engagements (Motivation)
    - Erzählen Sie mir einmal, worum es bei Ihrer Bürgerinitiative geht.
3. Verhältnis zum politischen Feld und zu den Akteuren
    - Wie sollte die Politik Ihrer Meinung nach auf Anliegen der Bürger reagieren?
4. Assoziationsversuch/Abschluss
    - Was machen Sie persönlich, wenn das Anliegen Ihrer Bürgerinitiative erledigt ist?

Die erste Frage sollte immer als Anwärmfrage gedacht und formuliert sein, also möglichst angenehm und einfach zu beantworten. Dies ist wichtig, da zu Beginn das Kommunikationsniveau festgelegt wird (vgl. Gläser/Laudel 2006: 147). Der Einstieg wurde daher zunächst als „Eisbrecher“ konzipiert, also als möglichst niedrigschwelliger Beginn, der den Einstieg in das Gespräch für den Interviewten erleichtern soll. Hierfür eignet sich der eigene Alltag der

Gesprächsperson wesentlich besser als z.B. ein politisches Thema, da sie in ihrem eigenen Alltag Experte ist. Gleichzeitig sollte hierdurch zu Beginn biografisches Material und Hintergrundwissen über die soziale Position der Gesprächsperson erhoben werden. Häufig wird im Rahmen des Alltags explizit oder implizit über Dinge wie Beruf, Freizeitverhalten und Lebensstil gesprochen. Zudem wurde mit diesem Einstieg den Interviewten die Möglichkeit geboten, ihr Engagement in der BI direkt mit ihrem sonstigen Alltag erzählerisch in Verbindung zu setzen, ohne dezidierte Fragen nach diesem Engagement beantworten zu müssen, was wiederum Rückschlüsse über den Stellenwert des Engagements ermöglicht. Zusätzlich wurden Fragen nach der generellen politischen Sozialisation unabhängig vom Engagement in der BI gestellt, um eine allgemeine Nähe oder Ferne der Person zum politischen Feld abschätzen zu können.

Der zweite und dritte Themenblock sind die Schwerpunkte des Leitfadens. Zunächst stand mit dem zweiten Block der Protest der BI und das jeweilige Engagement der Gesprächsperson in dieser im Fokus. Sowohl die Ziele und inhaltlichen Themen des Protests als auch die Positionierung der jeweiligen Gesprächspersonen in dieser Konstellation sollten hier erhoben werden. Wie kam die Person zur BI, welche Prioritäten setzt sie im Engagement und wie nimmt sie den Verlauf des Konflikts mit der Kommunalpolitik und Verwaltung wahr? Der dritte Block nahm das politische Feld und die Konstellation der relevanten Akteure und Akteursgruppen des Konflikts (andere Bürgerinitiativen, Agrarwirtschaft, Kommunal- und Landespolitik) und somit den Kontext der BI und des Engagements der Person in den Blick. Hier sollten sowohl Erwartungen an das politische Feld als auch eine Beurteilung der gesellschaftspolitischen Einbettung der Auseinandersetzung um Massentierhaltung erhoben werden.

Der vierte Themenblock stellt den Abschluss des Leitfadens dar. Durch drei Assoziationsversuche zu den Begriffen „Heimat“, „Mut“ und „Verbraucher“, bei denen die Gesprächsperson zu diesen Begriffen frei und unmittelbar ihre Gedanken äußern sollte, sollten tieferliegende Mentalitäten und Einstellungsmuster erhoben werden, die nicht im Kontext der erzählerischen

Gesprächssituation der anderen Themenblöcke zu erfassen waren. Abschließend sollte mit der Frage nach der persönlichen Zukunft der Gesprächsperson nach einem möglichen Abschluss des Engagements in der BI eine Reflexion des eigenen Engagements und möglicher zukünftiger Handlungsoptionen erreicht werden. Welchen Stellenwert hat ein (politisches) Engagement über den lokalen Anlass hinaus und welche Erfahrungen werden in das weitere Leben der Gesprächsperson mitgenommen?

Das zweite Interview mit der strategisch handelnden Sprecherin Barbara, das zwei Jahre nach der ersten Erhebung durchgeführt wurde und Hypothesen über die Weiterentwicklung des Engagements und Protests der BI überprüfen helfen sollte, hat die folgenden drei Fragen beinhaltet:

1. Wie sieht Ihr alltägliches Engagement heute aus? (auch unabhängig von der BI)
2. Sehen Sie aktuell Möglichkeiten, direkt etwas gegen den Schlachthof zu unternehmen?
3. Sind die anderen von mir interviewten Personen Ihrer BI noch aktiv und wenn ja, auf welche Art und Weise? (Aufzählung der Personen)

Hiermit sollte erstens die Weiterentwicklung des alltäglichen Engagements von Barbara erhoben werden, auch um implizit auf Wirkungen ihres Handelns auf die BI schließen zu können. Zweitens sollte der Zustand des Engagements der ganzen BI erhoben werden, insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Protest im Vergleich zur ersten Erhebung bereits seit längerer Zeit lokal gescheitert war (bei der ersten Erhebung war dieses Scheitern erst kurze Zeit offensichtlich). Drittens sollten die jeweiligen individuellen Weiterentwicklungen des Engagements der anderen interviewten Personen zumindest indirekt geprüft werden, die in den Interviews bereits aus ersten retrospektiven Reflexionen der Gesprächspersonen hypothetisch abgeleitet worden waren.

Bei allen Interviews liegt die Aufgabe für den Interviewer/die Interviewerin darin, den Gesprächsablauf zu überwachen und zu steuern, dafür weiterführende Fragen zu stellen und, falls nötig, auf die Themenbegrenzung zu achten. Dabei sollten Risiken bei der Formulierung von Fragen beachtet

werden. So sollte man z.B. Suggestivfragen vermeiden oder besonders heikle Themen eher zum Ende hin ansprechen, um einen möglichen Gesprächsabbruch nicht zu früh zu provozieren. Wichtig ist es außerdem, sich möglichst auf unterschiedliche Persönlichkeiten einzustellen, wie z.B. Vielredner oder Wortkarge. Bei den Einen ist manchmal eher die Begrenzung der Themen und die aktive Steuerung des Gesprächsverlaufs sinnvoll, bei anderen benötigt man mehr Erzählanreize und Konkretisierungen.

In der hier durchgeführten Fallstudie zu Konflikten zum Thema Massentierhaltung war zudem auffällig, dass von vielen Gesprächspartnern teilweise sehr emotional reagiert und argumentiert wurde und Verantwortliche aus Politik und Verwaltung sehr sensibel auf kritische Fragen reagierten. Die Interviewführung musste daher mit großer Sensibilität ausgeübt werden.

Nach der Gesprächsphase wurde bei den Engagierten der BI zudem noch eine schriftliche Erhebung mittels eines Fragebogens durchgeführt. Dabei beantworteten die Gesprächspartner zunächst eine gesellschaftspolitische Statement-Batterie, bestehend aus 45 Politikstatements, anhand einer Likert-Skala von 1 (Trifft überhaupt nicht zu) bis 4 (Trifft ganz genau zu). Beispiele für diese Statements sind: „Wenn man heute als Bürger politisch etwas erreichen will, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen“ und „Ich finde es gut, wenn Leute für ihre politischen Ziele auf die Straße gehen“. Diese Statements (siehe vollständige Batterie im Anhang B) entstammen mit kleinen Anpassungen der sozialstrukturellen Milieustudie von Vester et al. (2001: 550 ff.). Das Antwortverhalten bietet Einblick in das jeweilige Gesellschafts- und Politikbild der Befragten und repräsentiert entsprechende Einstellungsmuster, die später in Hinblick auf die persönliche Illusio, die Milieuzugehörigkeit und die Einordnung in die Feldkonstruktion interpretiert werden.

Abschließend wurden zur Abfrage der Sozialstatistik folgende sozialstrukturelle Daten ebenfalls schriftlich erhoben (siehe vollständigen Fragebogen im Anhang B):

- Berufs-/Bildungweg
- Biografie (Partnerschaft, Kinder, Wohnort)

- Freizeit/Gewohnheiten (z.B. Zeitungslektüre)
- Mitgliedschaften/Engagement (Vereine, Parteien, Gewerkschaft etc.)
- Beruf/Bildung der Familie (Geschwister, Eltern, Großeltern)
- Einkommensverhältnisse

Die standardisierte Abfrage der sozialstrukturellen Daten soll ergänzende Informationen für die Bestimmung der Kapitalressourcen und Habitusdispositionen der Gesprächspersonen liefern.

Näherte sich das Gespräch dem Ende, so kam es nach dem Abschalten der Aufzeichnungsgeräte oft zu einem informellen Gespräch, das noch wichtige Informationen enthalten konnte. Diese wurden später in Notizen über das Gespräch festgehalten und bei entsprechender Relevanz in die Interpretation mit einbezogen.

Im Experteninterview mit dem Bürgermeister kam ein anderer Leitfaden zum Einsatz, da das Interview einem anderen Erhebungsziel diente (siehe Kapitel 2.6). Der Leitfaden umfasste die folgenden vier Themenblöcke (hier dargestellt mit jeweils einer illustrierenden Frage bzw. einem Erzählanreiz, siehe den vollständigen Leitfaden in Anhang A):

1. Einstieg/Berufliches
    - Seit wann arbeiten Sie in diesem Beruf und warum haben Sie ihn ergriffen?
2. Planung des Projekts
    - Können Sie mir einmal aus Ihrer Perspektive beschreiben, wie das Planungsverfahren für den Schlachthof genau ablief?
3. Kommunikation und Verhältnis zu den Akteuren
    - Wie wurde das Projekt an die Bürger kommuniziert?
4. Politische Auseinandersetzung
    - Wie würden Sie den politischen Entscheidungsprozess beschreiben?

Als möglichst niedrigschwelliger Einstieg in das Gespräch wurde zuerst über die Gemeinde an sich gesprochen und den persönlichen Werdegang des

Bürgermeisters in Hinblick auf sein heutiges Amt. Hierdurch sollte zum einen erhoben werden, was aus Sicht des Bürgermeisters das Kennzeichnende des Ortes ist, an dem der Konflikt stattfand. Zweitens sollte erhoben werden, welches Berufsethos und Rollenverständnis der Bürgermeister besitzt. Beides hat Relevanz für die spätere Interpretation seiner Äußerungen und Begründungen zum Entscheidungs- und Beteiligungsprozess, die er durch seine starke Position in der Kommunalpolitik und Verwaltung entscheidend beeinflussen kann.

Im zweiten Block sollte die Chronologie des Plan- und Genehmigungsverfahrens erhoben werden, allerdings mit expliziten oder impliziten Einschätzungen und Wertungen des Bürgermeisters verbunden. Der Fokus lag zum einen auf der informellen Anbahnung der Ansiedlung, zum anderen auf Einschätzungen und Reflexionen des Bürgermeisters über die Ausgestaltung der Spielräume in einem solchen Verfahren und dem Umgang mit der Öffentlichkeit. Zusätzlich sollte seine Sichtweise auf die Bedeutung der Ansiedlung für die Gemeinde und auf die Förderpolitik erhoben werden.

Der dritte Block knüpft an den Umgang mit der Öffentlichkeit an und thematisierte explizit die Kommunikation des Vorhabens an die Bürgerinnen und Bürger. Hier wurde zudem die Auseinandersetzung mit der BI in den Blick genommen. Es sollte erhoben werden, welche Einschätzungen der Bürgermeister über den Verlauf und die Thematiken der Auseinandersetzung besitzt und wie er das Verhältnis von Politik und Verwaltung zu der BI beschreibt. Außerdem sollte zusätzlich der Austausch der Politik und Verwaltung mit anderen Akteursgruppen wie dem Bauernverband oder Umweltverbänden erhoben werden.

Im vierten Block sollte abschließend der politische Entscheidungsprozess reflektiert und mit Blick auf die Konfrontation mit der BI vom Bürgermeister bewertet werden. Es sollte erhoben werden, welche Relevanz Argumente der BI für den Entscheidungsprozess spielten und ob es seiner Meinung nach Möglichkeiten eines alternativen Umgangs mit der BI und ihrem Protest gegeben hätte.

Im Zuge des Interviews mit dem Bürgermeister wurden keine Sozialdaten erhoben und die gesellschaftspolitische Statement-Batterie kam nicht zum Einsatz. Diese methodischen Elemente konnten nicht eingesetzt werden, da der Bürgermeister dies aus zeitlichen Gründen ablehnte. Sein sozialer Kontext konnte dennoch zumindest in Bezug auf seine berufliche Stellung, die zugleich seine Stellung im politischen Feld und im Plan- und Entscheidungsprozess bestimmt, implizit mit erhoben werden. Diese berufliche und politische Stellung wurde im Interview ausreichend erhoben. Zudem wurden keine allgemeinen Fragen zum Gesellschafts- oder Politikbild gestellt, da das Interview aus forschungspraktischen Gründen auf die Thematik um die Ansiedlung des Schlachthofs zugeschnitten werden musste. Dennoch scheinen in den spezifischen Aussagen zu Details des Plan- und Genehmigungsverfahrens, zum Protest oder zur Bürgerbeteiligung solche gesellschaftlich-politischen Ansichten und Dispositionen durch, die zur Interpretation der Aussagen herangezogen wurden.

2.6.3 Auswahl der Gesprächspersonen: Übersicht und Reflexion

Name	Alter	Funktion	Bildung	Beruf
Barbara (w)	63	Sprecherin	Mittlere Reife	Chemie-laborantin
Cornelia (w)	46	Sprecherin	Realschule	Versicherungs-fachfrau
Herbert (m)	70	Keine	Mittlere Reife	Starkstrom-elektriker
Ralf (m)	83	Keine	Studium	Pfarrer
Doris (w)	60	Keine	Abitur	Kranken-schwester
	Ø = 64,4			
Bürger-meister (m)	48	Verwaltungs-chef	Studium	Verwaltung

Tabelle 3: Übersicht über die interviewten Akteure aus der Bürgerinitiative gegen die Massentierhaltung und den Bürgermeister der betroffenen Kommune.

Alle fünf interviewten Einzelakteure der untersuchten Bürgerinitiative sind seit Beginn des Protests aktiv und ihr Engagement hat sich, wenn auch auf unterschiedliche Weise, im Untersuchungszeitraum von 2011 bis 2015 verstetigt. Es sind keine Personen in der Auswahl vorhanden, die entweder deutlich später zur Bürgerinitiative hinzugestoßen sind oder seit dem Scheitern des lokalen Protests komplett inaktiv geworden sind. Teilweise zurückgezogen haben sich allerdings Ralf aufgrund seines Alters, Herbert aufgrund eines anderen lokalen Engagements und Doris aufgrund eines kommunalpolitischen Mandats.

Alle Gesprächspartner sind durch direkte Ansprache bei einer Veranstaltung oder durch Empfehlung einer zuvor interviewten Person ausgewählt worden. Dadurch wurden eher inaktive oder randständige Sympathisanten der Bürgerinitiative nicht interviewt. Die Altersstruktur der Interviewten ist mit einem Altersdurchschnitt von 64,4 Jahren auffällig alt. Dies liegt darin begründet, dass die große Mehrheit der zentralen Engagierten ein relativ hohes Alter aufwies. Deutlich jüngere Engagierte gab es nur vereinzelt und diese waren vor Ort nicht sehr aktiv, da sie in den meisten Fällen keine Bewohner der Gemeinde waren, sondern eher aus dem überregionalen Bewegungskontext stammten.

Eine solches qualitatives Forschungsdesign mit kleiner Fallzahl, das einen explorativen und illustrativen Charakter haben soll, hat den Nachteil, nur einen geringen Anteil der Engagierten aus der Bürgerinitiative untersuchen zu können. Dies muss bei der Generalisierbarkeit der Ergebnisse berücksichtig werden. Da der vor Ort noch stark aktive Kern der Akteure aber zum Zeitpunkt der Feldstudie nur noch ca. 15-20 Personen ausmachte, wurde von diesem „harten Kern“ ein Viertel bis ein Drittel interviewt. Zudem repräsentiert die Bürgerinitiative nicht die Gesamtheit der Bevölkerung des Untersuchungsortes. Es wurde keine repräsentative Stichprobe der lokalen Bevölkerung oder der Anwohner der Schlachtanlage gebildet und untersucht. Dies muss bei Aussagen der Bürgerinitiative berücksichtigt werden, die sich auf die politische Repräsentation, Bürgerbeteiligung und Legitimation beziehen.

Die Fallstudie wird hier in anonymisierter Form dargestellt, um die Identität der interviewten Akteure aus der BI zu schützen. Dies wurde mit ihnen vereinbart, um bspw. über persönliche Ansichten und Hintergründe sprechen zu können und diese auch im Sinne der hier angewandten Methodologie tiefgreifend analysieren und darstellen zu können. Hierfür wurden nicht nur alle Namen anonymisiert, sondern auch Angaben und Kontexte so verändert, dass Rückschlüsse zu den Personen vermieden werden. Daher können manche Informationen nicht so explizit und detailliert wiedergegeben werden, wie dies möglich wäre, bspw. zum Kontext der Ansiedlung des Vorhabens oder dem Verlauf des Konflikts.

3. Vorstudie: Feldzugang zur Fallstudie über den Beteiligungs- und Entscheidungsprozess

Fragestellungen der Vorstudie:

Mit Beginn dieses Kapitels folgt die Darstellung der empirischen Forschungsergebnisse. In der Vorstudie stehen folgende Fragestellungen einer Analyse des Beteiligungs- und Entscheidungsprozesses im Fokus:

- Wie positioniert sich der Bürgermeister als zentraler ‚Vorentscheider' (vgl. Bogumil 2002: 35; siehe Kapitel 2.5) der Politik und Verwaltungsspitze zu dem Ansiedlungsvorhaben des Schlachthofs und zu der Auseinandersetzung mit der BI?
- Wie legitimiert er das eigene Handeln und das der Verwaltungsspitze im Beteiligungs- und Entscheidungsprozess?
- Wie werden die von der BI formulierten Belange von ihm wahrgenommen?
- Wie unterscheidet sich der Beteiligungsprozess des Vergleichsfalls Bernburg vom Beteiligungsprozess im untersuchten Fall der Hauptstudie und was sagt dies über den Stellenwert von Bürgerinitiativen im Kontext von Beteiligungsdefiziten aus?

Diese Fragen sollen geklärt werden, um für die Hauptstudie tiefergehende Fragestellungen und Hypothesen für die Betrachtung der Bürgerinitiative und ihrer Einzelakteure entwickeln zu können.

3.1 Politische Begründungen zur Vorhaben-Umsetzung und Sichtweisen auf den Konflikt: Begründungen des Bürgermeisters

Um die Art der Vorhaben-Umsetzung im hier untersuchten Fall und deren politische Implikationen auch hinsichtlich des Protests der BI und der Bürgerbeteiligung darstellen zu können, sollen nun die Argumentationsweisen und Begründungen des Bürgermeisters analysiert werden. Hierfür wende ich ähnlich wie später für die interviewten Einzelakteure der BI eine Framing-Analyse an.[17]

Der Bürgermeister wird in der Analyse exponiert, da er in seiner Doppelfunktion als Chef der Verwaltung und als Mitglied des Rates nicht nur eine zentrale Machtstellung innerhalb der Kommune besitzt und diese genutzt hat, um sich als eindeutiger Fürsprecher des Vorhabens zu positionieren, sondern in diesem Fall auch stellvertretend für die breite Unterstützung durch fast alle Ratsmitglieder steht. Er musste nicht auf knappe Mehrheiten und Positionen einzelner Ratsmitglieder Rücksicht nehmen, sondern konnte voll auf die Unterstützung der Mehrheitsfraktionen bauen. Wie im Problemhintergrund in Kapitel 2 erläutert, ist die Entscheidung für die Ansiedlung des Schlachthofs im Rat sehr eindeutig ausgefallen. Der Bürgermeister war als Verwaltungschef zudem verantwortlich für die geheimen Verhandlungen mit dem Investor im Vorfeld der Ansiedlung und war daher das entscheidende Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und Agrarindustrie bzw. dem Investor. Er kann als der zentrale Vorentscheider in diesem politischen Prozess herausgehoben werden.

Folgende Frames sind in der Argumentation des Bürgermeisters zentral:

1. die Sachlichkeit der Argumente der Entscheidungsträger und der Verwaltung und die unsachlichen Behauptungen der BI,
2. eine angemessene, ausgleichende Bürgerbeteiligung und strategische Positionierung in diesem Prozess,

[17] Der Begriff „Framing“ bezeichnet die strategische Rahmung oder Einbettung eines Themas durch narrative oder im weiteren Sinne kommunikative Mittel, was auch symbolische Praxis einschließen kann (vgl. Chong/Druckman 2007: 117 f.; Vössing 2014: 41; hierzu tiefergehende Erläuterungen in Kapitel 4.5.2).

3. eine Trennung der Auseinandersetzung um das Projekt des Schlachthofs vom Thema der Massentierhaltung (Plan- und Genehmigungsrecht),
4. der finanzielle Gewinn für die Gemeinde
5. und die Verzerrung der vermeintlichen „öffentlichen Meinung“ insbesondere durch überregionale Medien.

(1) In Bezug auf die Auseinandersetzung mit der BI vertritt der Bürgermeister *erstens* die Haltung, dass eine sachliche, kompromissbereite Debatte mit ihren Akteuren nicht möglich war. Ihm liegt viel daran, darauf hinzuweisen, dass auch er kritische Punkte bei dem Thema Massentierhaltung und der Schlachtung der Tiere sieht, aber für ihn zählt letztendlich die rationale Abwägung. Es muss Ziel aller Auseinandersetzungen sein, Kompromisse zu finden und auf sachliche Argumente zu setzen. Aber die BI wäre nicht an einem Kompromiss interessiert gewesen, da für sie nur das Ziel der absoluten Verhinderung bestanden habe. Für ihn wäre ein möglicher Kompromiss gewesen, einen kleineren Schlachthof zu bauen oder eine stärkere Begrünung vorzunehmen. Aber die BI habe nur mit irrationalen Behauptungen agiert, um Ängste in der Bevölkerung bspw. vor Geruchsbelästigung, Belastung des Abwassers der Anlage mit Antibiotikarückständen und Keimen in der Luft zu schüren. Die Aufgabe der Entscheidungsträger und der Verwaltung wäre es dann gewesen, diese Argumentationsweise sachlich zu entkräften:

> *„Das Problem ist ja, dass es eigentlich keine wirklichen Streitpunkte gab, weil ja nur mit Behauptungen gearbeitet wurde: Geruch, Grundwasserabsenkung, Verkehrsbelastung, Billigarbeitsplätze. Man konnte ja alles sachlich und fachlich widerlegen. Aber eine wirkliche Auseinandersetzung inhaltlicher Art hat dabei ja nicht stattgefunden. Es wurde etwas behauptet und dann waren wir, also die Befürworter, aufgefordert, das Ganze sachlich zu widerlegen. Ich habe immer versucht das so zu beschreiben, dass auf der einen Seite auf Bildzeitungsniveau gearbeitet wird. Plakative Schlagzeilen werden in den Raum geworfen. Das reicht für die Diskussion irgendwo am Stammtisch. […] Inhalte sind völlig egal. ‚Ich brauche nur die*

> *Überschrift und das ist die Wahrheit, weil es stand ja in der Zeitung.' Und diejenigen, die dann dagegen an arbeiten mussten, die mussten sich dann auf der Ebene des Feuilletons einer Süddeutschen Zeitung oder Frankfurter Allgemeinen bewegen." (Bürgermeister)*

Der Bürgermeister verwendet hier eine Argumentation der Delegitimierung und der kulturellen Abwertung der BI. Ihr Verhalten wäre nicht annehmbar gewesen für eine wirklich inhaltliche Auseinandersetzung, da sie sich argumentativ nicht auf einem solchen hohen Niveau wie Verwaltung und Politik befunden hätten. Er gibt dabei die legitimen Formen der Auseinandersetzung vor, wie sie im politischen Feld herrschen. Andere Formen der Auseinandersetzung lehnt er ab oder hält sie für in der Sache nicht gewinnbringend, wie die Mahnwache oder Demonstrationen. Er setzt sich nicht mit der schwierigen Ausgangssituation der BI in der Auseinandersetzung auseinander. So sagt er:

> *„Lasst uns doch bei allen unterschiedlichen Standpunkten versuchen, auch immer wieder zusammenzufinden und miteinander zu reden. Auch wenn ein zusammenfinden in der Sache vielleicht einfach nicht möglich ist. Aber es muss doch ein vernünftiges Zusammenleben möglich sein." (Bürgermeister)*

Dass eine Uneinigkeit in der Sache in diesem Fall für die BI bedeutet, dass sie verlieren und sich die Befürworter in Politik und Verwaltung durchsetzen, sieht er offenbar nicht. Die Akteure hatten eine sehr geringe Machtposition im lokalen politischen Feld inne und ahnten früh, dass sie keine Möglichkeit besaßen, gegen die Mehrheit der Entscheidungsträger etwas zu beeinflussen. Für sie ergab sich zu keinem Zeitpunkt eine Debatte auf Augenhöhe, denn die Entscheidungsmacht war ganz einseitig auf Seiten der Entscheidungsträger verortet. Sie verlagerten daher ihre Aktivitäten in den Bereich der Protestformen, während der Bürgermeister eher befriedende Beteiligungsformen wie Informationsveranstaltungen anzuwenden versuchte bzw. hier nun retrospektiv noch stärker befürwortet.

(2) Dies spielt bereits in den *zweiten* zentralen Frame hinein, den der Bürgermeister verwendet, nämlich den einer angemessenen, ausgleichenden

Bürgerbeteiligung und seine strategische Positionierung in diesem Prozess. Für ihn hatte die Bürgerbeteiligung in diesem Fall, abgesehen von der formalen Beteiligung im Zuge des Plan- und Genehmigungsverfahrens (siehe Kapitel 2), die Aufgabe, den Bürgern neutrale Informationen zu verschaffen und ihnen die Angst vor der neuen Industrieansiedlung zu nehmen:

> *„Weil noch viele Fragen zu klären waren, haben wir zwei Monate später [nach dem Beschluss des Rates, die Ansiedlungspläne zu unterstützen, S.K.] eine Informationsveranstaltung gemacht. Wir haben gesagt: Wir stellen das Unternehmen vor. Das Unternehmen ist hierhergekommen, […] Bauernverband war mit da, um einfach das, was hier entstehen soll, vorzustellen. Das sollte keine Podiumsdiskussion sein, sondern es sollte eine Information sein." (Bürgermeister)*

Es zeigt sich, dass es keine offene Diskussion in einem offiziellen Rahmen geben sollte, nicht einmal eine auf einem Podium. Er formuliert für sich die Erkenntnis, dass man nur neutrale Bürger in einem solchen Prozess mitnehmen könne, die sich informieren ließen und nicht einfach Gegner sein wollten. Er formuliert dagegen keine Perspektive, die es ihm ermöglichen würde, die Gegner mit in einen Prozess der Beteiligung einzubinden. Im Rahmen der rechtlichen Vorgaben hätte es keine Möglichkeit gegeben, die Gegner zu überzeugen, auch wenn das Verfahren zwei Jahre gedauert hätte. Seiner Meinung nach wäre auch dann dasselbe Ergebnis zustande gekommen. Diese Haltung deutet auf ein technokratisches Politikverständnis hin, das sich an einer „Legitimation durch Verfahren" orientiert (siehe Kapitel 3.3).

Zwar sollte durch die Beteiligung ein Ausgleich der verschiedenen Positionen erfolgen, aber die Position der BI sieht er nicht als sonderlich legitim an. Er ist eher um eine generelle Akzeptanzbeschaffung bemüht. In einer solchen Auseinandersetzung müssten schließlich alle Seiten gesehen werden, nicht nur zwei oder drei. Auch die Landwirte hätten das Recht auf einen auskömmlichen Verdienst und natürlich betriebswirtschaftliche Interessen bei der Tierhaltung. Und schlecht qualifizierte Menschen bräuchten Arbeitsplätze wie solche im Schlachthof, die besser Qualifizierte auch gar nicht machen wollen würden.

Außerdem müsse man das Bedürfnis vieler Menschen respektieren, günstiges Fleisch zu kaufen.

Es wird allerdings deutlich, dass der Bürgermeister auch aus anderen Gründen keinen offenen Prozess wollte, der die Ansiedlung des Schlachthofs grundsätzlich hätte in Frage stellen können. Er sagt, dass die Gefahr sonst viel zu groß gewesen wäre, dass der Investor gleich zu Beginn abspringt und sich einen anderen Standort sucht. Der Investor habe darauf gedrungen, dass sein Expansionsvorhaben aus Wettbewerbsgründen möglichst lange geheim bleibe und der Bürgermeister habe diesem Wunsch aus „Loyalität" entsprochen, da er die Ansiedlung unbedingt wollte.

Der Begriff der „Loyalität" sticht an dieser Stelle besonders hervor, da er nicht nur eine inhaltlich positive Verbundenheit zum Ausdruck zu bringen scheint, sondern auch ein Abhängigkeitsverhältnis. Es scheint ein Patron-Klienten-Verhältnis durch, das nicht so sehr auf einer eigenständigen Position seitens des Bürgermeisters beruht, sondern auf dem Wunsch, dass der Investor der Kommune gesonnen bleibe. Dabei ist der Bürgermeister in der repräsentativen Demokratie dem Demos verpflichtet, also der ihn wählenden Bürgerschaft, und von ihr abhängig. Die besondere Aufwertung des Investors durch diese Loyalitätsbekundung verwundert hier daher.

In der Kommunikation nach außen würde er sich heute in dem Prozess allerdings strategisch anders verhalten und nicht direkt bei Bekanntmachung das Projekt sehr positiv in der Öffentlichkeit darstellen. Er würde stattdessen eine neutralere Position einnehmen, um nicht so viel Angriffsfläche zu bieten und eine vermittelnde Position einnehmen zu können. Da er dies aber nicht getan hatte, sondern das Projekt als großen Gewinn für die Gemeinde anpries, wäre er immer nur der Böse gewesen, dem jede Schandtat zugetraut worden wäre. So möchte er aber nicht wahrgenommen werden. Schließlich habe die Entscheidung für den Schlachthof von der Sache her für ihn nichts mit dem Thema Massentierhaltung zu tun gehabt.

(3) Dies ist der *dritte* zentrale Frame, den er argumentativ bemüht. Für die Entscheidung, den Schlachthof in der Gemeinde anzusiedeln, habe das Thema Massentierhaltung überhaupt keine Rolle gespielt. Auch er sieht die

Tierhaltung in Teilen sehr kritisch und findet eine Debatte hierum legitim. Aber dies könne doch nicht die Ablehnung des Schlachthofs legitimieren:

> *„Ich habe auch Verständnis dafür, dass es eine Gegnerschaft gibt. Ich habe weniger Verständnis dafür, dass es sich an dem Schlachthof festmacht. Ich habe eher Verständnis dafür, dass man das Thema Tierhaltung intensiv diskutiert. Und wenn die Ansiedlung des Schlachthofs letztendlich ein Stück weit mit Auslöser dieser Diskussion war oder das multipliziert hat, dann glaube ich, ist das nicht das Verkehrteste gewesen." (Bürgermeister)*

Er argumentiert entlang einer strikten Differenzierung zwischen der landwirtschaftlichen Tierhaltung und der fleischverarbeitenden Industrie. Der Schlachthof sei eine Konzentration der Schlachttätigkeit, die im Detail Vorteile im Sinne des Hygienerechts und des Wasserverbrauchs habe. Wenn man dieselbe Schlachtkapazität auf viele kleine Standorte verteilen würde, würde viel mehr Wasser verbraucht. Daher ist die Konzentration in einem großen Betrieb für ihn ein rein rationaler Gesichtspunkt:

> *„Von der Wahrnehmung her ist das schon durchaus bedrückend und auch wirklich befremdlich [die Schlachtung so vieler Tiere auf einmal, S.K.]. Wenn man dann versucht, das Ganze wieder für sich zu versachlichen, also zu sagen, wird das besser oder schlechter durch die Tatsache, dass es in einer großen Schlachterei erfolgt statt in vielen kleinen, dann kommt man schnell wieder zu der Erkenntnis: Nein, es wird weder besser noch schlechter dadurch." (Bürgermeister)*

Die Tierhaltung wäre der Punkt, über den diskutiert werden müsse. Die Entscheidung für den Schlachthof sieht er dadurch aber nicht tangiert. Dennoch wehrt er sich im Interview grundsätzlich gegen die Verteufelung der Landwirtschaft und der konventionellen Tierhaltung, wobei er vermutlich die industrielle Tierhaltung meint, um die es schließlich geht, und nicht die Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben. Man dürfe da keine Schwarz-Weiß-Malerei betreiben. Er hält die Befürchtungen bzgl. der Massentierhaltung, so wie sie die BI formuliert, für völlig übertrieben. Es habe nie Pläne gegeben, im Landkreis massenhaft Mastställe zu bauen, das gäbe die Topographie des

Landkreises auch gar nicht her. Allerdings müsste er die Begründung zur Aufstellung des B-Plans kennen, in der explizit von einer Ansiedlungswirkung in Bezug auf Mastställe in einem 100 km Radius gesprochen wird (siehe Kapitel 2). Zudem widerspricht er sich mit seiner Aussage selbst, da er im selben Interview einige Minuten vorher im Sinne der Landwirte argumentiert hat, deren Interesse an einem Bau von Mastställen man berücksichtigen müsse:

> *„Ich finde es sehr fragwürdig zu sagen, wir wollen hier die Ansiedlung von Mastställen verhindern. Ich denke, man ignoriert dabei völlig die Situation der Landwirte. Vielleicht gibt es da ja auch eine bestimmte Interessenlage zu sagen: ‚Mensch, wir müssen auch gucken, wo wir bleiben, weil unsere Situation vielleicht auch nicht einfacher wird.' Gerade hier in der Region sind die Böden nun alles andere als ertragsreich. Also muss man vielleicht auch mal gucken, wie sich das denn verhält mit der konventionellen Tierhaltung […]. Ich finde, dass man da über die Standorte sehr intensiv und sehr genau nachdenken muss. Ich glaube, es ist zunehmend von Bedeutung, dass es zwischen Landwirtschaft und Bürgerschaft einen Konsens darüber geben muss, wo Landwirtschaft denn stattfinden kann und soll. Es kann nicht sein, dass Landwirtschaft komplett verbannt wird, weil sie etwas Böses ist." (Bürgermeister)*

Er plädiert hier für einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass die Landwirtschaft industrielle Tierhaltung betreiben darf, gerade auch in ihrer Region. Er hält dies nicht für eine politische Grundsatzentscheidung, wie sie die BI einfordert. Die BI möchte eine solche, da es in ihrer direkten Umgebung bisher keine Massentierhaltung in industriellem Sinne gibt. Die BI spricht sich dabei nicht gegen Landwirtschaft an sich aus, sondern gegen industrielle Tierhaltung in großem Stil und für eine artgerechtere Tierhaltung. Für den Bürgermeister ist dies aber eine Entscheidung, die dem Markt überlassen bleibe. Dies sagt er auch mit Blick auf die Größe des Schlachthofs. Damit spricht er sich gegen eine politische Steuerung aus, obwohl es eine politische Entscheidung war, dem Investor des Schlachthofs die potentiellen Standorte im Landkreis anzubieten. So erläutert der Bürgermeister, dass der Landrat explizit auf den Investor zugegangen ist, um ihm Standorte anzubieten.

Hierbei handelt es sich um eine grundsätzliche Entwicklungsentscheidung des Landkreises, die in einer strategischen Raumplanung mit Öffentlichkeitsbeteiligung zur Debatte gestellt werden müsste, wollte man einen transparenten und bürgernahen Umgang mit solchen richtungsweisenden Entscheidungen.

Er findet zwar auch die grundsätzliche Diskussion um den Fleischkonsum hinsichtlich der individuellen gesundheitlichen Gründe für sinnvoll. Dennoch solle man nicht behaupten, Fleischverzehr sei generell ungesund oder man dürfe nur teure Bio-Produkte kaufen. Er hält es für äußerst bedenklich, dass es Kreise in der Gesellschaft gäbe, die allen anderen sagen wollten, wie wir zu leben haben. Das könne nicht funktionieren. So habe er der BI gesagt, dass er den Ansatz richtig fände, die Menschen als Verbraucher aufzufordern, ihr Verhalten zu überdenken. Aber gleichzeitig prognostiziere er ihnen, dass es ihnen nicht gelingen wird. Der Mensch sei, wie er sei, dafür gäbe es viele Beispiele.

Aber letztendlich seien diese Debatten irrelevant für die Auseinandersetzung um den Schlachthof und daher könne er das anhaltende Engagement der BI nicht verstehen. Natürlich gebe es durch die Produktionskette einen Zusammenhang zwischen Massentierhaltung und dem Schlachthof, aber rein genehmigungsrechtlich habe dies nichts miteinander zu tun (siehe die Erläuterungen zum Genehmigungsrecht in Kapitel 2).

(4) Für die Entscheidung, den Schlachthof in ihrer Gemeinde anzusiedeln, sprach letztendlich insbesondere der finanzielle Gewinn für die Gemeinde. Dies ist der *vierte* zentrale Frame des Bürgermeisters. Man wollte endlich wieder ein großes Unternehmen an den Ort holen, das Gewerbesteuern bringt und Arbeitsplätze schafft, wobei ihm die Arbeitsplätze das wichtigere Ziel gewesen wäre. Allerdings überwiegt in seiner Argumentation die finanzielle Situation der Gemeinde. Er sieht sich in seinen Erwartungen an den finanziellen Gewinn für die Gemeinde sogar übertroffen, da der Betrieb schon knapp drei Jahre nach der Betriebsaufnahme zu den größten Gewerbesteuerzahlern in der Gemeinde zähle. Hinzu kommt noch ein hoher Betrag an Grundsteuern, der weit über dem Betrag liege, der vorher für die

landwirtschaftliche Fläche anfiel, auf der der Schlachthof errichtet wurde. Zudem fließen indirekt noch Umsatz- und Einkommensteuern an die Gemeinde zurück. Dies sind für ihn wichtige Erfolge, da die Gemeinde lange Jahre Bedarfszuweisungsgemeinde aufgrund der Verschuldung war und einen negativen strukturellen Wandel durchmachen musste, weil die frühere industrielle Grundlage weggefallen war und dies viele Arbeitsplätze gekostet hatte.

Die Motivation war aus Sicht des Bürgermeisters hoch, eine solche Chance der Ansiedlung zu nutzen. Hieraus erklärt sich auch die oben genannte „Loyalität" hinsichtlich des Investors. Es besteht für die Kommunen ein gewisses finanzielles Abhängigkeitsverhältnis zu solchen gewerblichen Ansiedlungen.[18] Alle verwaltungsseitigen Prüfungs- und politischen Beratungs- und Entscheidungsprozesse wurden beschleunigt durchgeführt, was ihnen insbesondere von Seiten der BI den Vorwurf einbrachte, sie hätten die Entscheidung „durchgepeitscht":

> *„Der Planungsablauf war ausgesprochen zügig. […] Das geht dann, wenn man sich darüber einig ist, dass man die Sitzungstermine so legt, dass sie auf diese Entscheidung ausgelegt sind. […] Das haben wir eben auch so getan und dadurch hat das eben dazu geführt, dass wir in der Abarbeitung und in der ganzen Planung sehr schnell waren. Aber einfach auch deshalb, weil wir gesagt haben, wir wollen jetzt wirklich alles dafür tun, dieses Unternehmen hier auch am Ort zu binden. […] Das hat natürlich auch wieder ganz klar zu dem Eindruck geführt: ‚das wird hier durchgeprügelt'. Ja, war auch ein Stück weit so." (Bürgermeister)*

Diese Motivation folgt einer Wachstumslogik, die die Kommunen in einer Konkurrenzsituation sieht. Viele Kommunen befinden sich in finanziell schwierigen Lagen und bangen aufgrund der negativen demografischen Entwicklung um ihre Einwohnergröße. Sie versuchen deshalb, z.B. durch die Ansiedlung gewerbesteuerintensiver Unternehmen, ihre finanzielle Lage zu verbessern, um in Infrastruktur zu investieren. Werten sie ihre Gemeinde

[18] Siehe zur weiteren Diskussion dieses Abhängigkeitsverhältnisses Kapitel 5.2.

dadurch in ihrem Angebot an sozialer Infrastruktur auf, versprechen sie sich einen Vorteil gegenüber anderen Kommunen im Wettbewerb um Einwohner (vgl. Danielzyk et al. 2010: 7; UBA 2009: 246; UBA 2004: 11; BMVBS/BBSR 2009: 1). Ein solches Vorgehen kann allerdings zu einem „potenziell ruinösen Wettbewerb führen“ (Wixforth 2010: 127) und schafft zudem, wenn sich der erhoffte positive Haushaltseffekt wie im hier untersuchten Fall nur auf ein einzelnes Großunternehmen konzentriert, eine bedenkliche Abhängigkeit (vgl. ebd.: 139).

Wie oben bereits angesprochen, ist der Bürgermeister dem Wunsch des Investors gefolgt, während der anfänglichen Standortprüfung diese geheim zu halten. Gerne hätte er schon in dieser Phase, die über mehrere Monate ging, in der Öffentlichkeit verkündet, dass sie an der Ansiedlung eines großen Unternehmens arbeiten. Aber eine mögliche Abwanderung des Investors wäre für ihn ein zu hohes Risiko gewesen:

> *„Ich hätte auf der einen Seite auch gerne kommuniziert: ‚Leute, hier tut sich was. Wir sind da am Arbeiten. Wir sind an einem wirklich großen Unternehmen dran.‘ Aber auf der anderen Seite durfte ich es eben nicht, weil aus meiner Sicht es sehr wichtig war, einfach auch die Loyalität dem Unternehmen gegenüber zu bewahren, weil wenn man diese dann bricht, dann ist der nächste Schritt, dass das Unternehmen dann weg ist.“ (Bürgermeister)*

Die Wachstumslogik präferiert er zudem deutlich, wenn es um die Einschränkungen geht, die der gesetzliche Umwelt- und Naturschutz den Kommunen auferlegt:

> *„Wir tun hier manchmal so, als wenn wir in einer Bananenrepublik leben würden, […] wo ohne Rücksicht auf Verluste, ohne Rücksicht auf Umwelt irgendwas gemacht werden kann. Also wir sind nun mittlerweile, und das betrachte ich jetzt mal als Kommunaler, in unseren Entwicklungsmöglichkeiten durch umweltrechtliche, naturschutzrechtliche und artenschutzrechtliche Vorschriften so dermaßen eingeschränkt in unseren Entwicklungspotentialen, dass das langsam dramatische Züge annimmt. Ich finde es hochgradig wichtig,*

dass wir die Umwelt in all unseren Überlegungen mit berücksichtigen. Aber auch da muss gelten: Wir müssen auch noch […] die Möglichkeit haben, uns zu entwickeln." (Bürgermeister)

Dabei spricht er sich deutlich gegen eine überzogene Flächeninanspruchnahme vieler Kommunen aus, die immer wieder neue Baugebiete ausweisen würden, obwohl eine Innenentwicklung aufgrund des drohenden oder bereits existierenden Leerstands dringlicher wäre. Dies sieht er sehr kritisch, glaubt aber gleichzeitig, dass dieses Problem bereits abnehme. Dagegen stehen Aussagen von Umweltschützern, die erläutern, dass gerade viele Kommunen in ländlichen Räumen die Konkurrenzsituation mit anderen Einzugsgebieten immer noch so interpretierten, dass sie möglichst attraktive Randlagen, die unter Naturschutzaspekten oft besonders schützenswert sind, als Bauland auswiesen, um Zuzug von Einwohnern zu generieren. Von dieser Logik sei man größtenteils noch immer nicht abgerückt (vgl. von Haaren et al. 2016b: 343). Von dem 30-ha-Ziel im Rahmen der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, pro Tag in Deutschland nicht mehr als 30 ha neue Fläche zu versiegeln, ist man immer noch weit entfernt. Zurzeit liegt der „Flächenverbrauch" bei über 70 ha pro Tag (vgl. Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2016: 68).

Interessant bei alledem ist aber, dass die Stadt, die das Zentrum des Landkreises bildet, offenbar kein Interesse an der Ansiedlung des Schlachthofs in ihrem Stadtgebiet zeigte. Der Bürgermeister möchte dies zwar nicht bewerten, aber es ist auffällig, offensichtlich auch für ihn, denn er erzählt dies explizit, als es um die Standortkonkurrenz mit anderen Standorten geht. Möglicherweise hat es für die Stadt gute Gründe gegeben, sich nicht um die Ansiedlung zu bewerben.

Diese Schilderungen machen allerdings auch deutlich, in welchen Spannungsfeldern die Kommunalpolitik agiert. Sie interagiert, insbesondere bei solchen Ansiedlungsvorhaben, mit der Wirtschaft, muss sich um die kommunalen Finanzen kümmern, lebt in einem Konkurrenzverhältnis zu anderen Kommunen um Gewerbe und Einwohner, muss den Natur- und Umweltschutz berücksichtigen und ist in einem Geflecht aus Partei- und

Personenabhängigkeiten gebunden. Zudem muss sie zumindest bei den Kommunalwahlen bzw. der Bürgermeister bei den Bürgermeisterwahlen den Bürgerinnen und Bürgern Rechenschaft ablegen und sich erneut um eine Wiederwahl bewerben. Die BI muss all diese Spannungsfelder nicht berücksichtigen und ist in ihren Handlungen wesentlich freier. Es fällt ihr daher auch leichter, Forderungen aufzustellen. Es herrscht daher nicht nur eine grundlegende Diskrepanz zwischen den Entscheidungsträgern und der BI hinsichtlich der Machtposition, sondern auch hinsichtlich der Abhängigkeiten und Zwänge.

(5) Als *fünfter* Frame fungiert die Kritik des Bürgermeisters an der Rolle der Medien. Insbesondere die überregionale Presse sei der Stimmungsmache der BI und der Bewegung gefolgt. Er findet es mittlerweile bedenklich, dass sich die veröffentlichte Meinung zum Teil gravierend von der öffentlichen Meinung unterscheiden würde. Die große Aufmerksamkeit der Medien über lokale und überregionale Presseberichterstattungen und Interviews hat entscheidenden Anteil an der Sichtbarmachung und Aufwertung des Protests der BI in der Öffentlichkeit gehabt. Die BI fühlte sich insbesondere durch die überregionale Berichterstattung in ihrer Bedeutung und Legitimation aufgewertet. Die Sprecherinnen und Sprecher haben diese Aufmerksamkeit genossen und geschürt, was ihnen durch den Bürgermeister den Vorwurf des Populismus und der absichtlichen Emotionalisierung einbrachte. Er bezeichnet einige führende Akteure der BI sogar als Demagogen:

> *„Weiterhin ist meine ganz große Kritik an die Gegnerschaft, dass es auch ganz bewusst emotional gemacht worden ist. Ganz bewusst wurde immer wieder mit der Größe der Anlage argumentiert. Damit schürt man Ängste. Man hat Personen gefunden mit diesen Sprechern, die teilweise Demagogen sind, die ganz genau wussten, was sie da tun. Die wussten, wie man Massen mobilisiert.“ (Bürgermeister)*

Die weiteren Themen, die die BI seiner Meinung nach absichtlich überzogen emotional verwendet hat, fasst er so zusammen: Es wurde von Grundwasserabsenkung gesprochen, Wertverlust von Immobilien, massenhaften Billigarbeitskräften aus Osteuropa, Tierquälerei, ungereinigtes

Abwasser, Geruchsbelästigung, Reduzierung der Lebensqualität und unverhältnismäßig wachsender Verkehrsbelastung. Ab diesem Moment hätten sie von Seiten der Politik und der Verwaltung keine Chance mehr gehabt, das Thema zu versachlichen. Er verwendet hier nochmals das Paradigma der rationalen, sachlichen Diskussion und Planung, die gegen einen emotionalisierenden, unsachlichen Gegner agieren müsse (siehe auch den ersten Frame).

Er hat daraus die Erkenntnis gezogen, dass man diejenigen, die Gegner sind und Gegner sein wollen, in einem Prozess nicht mitnehmen könne. Es sei denn, man kehre von seiner eigenen Meinung ab und nehme die der Gegner an. Daher könnten Adressaten von Informationsveranstaltungen nur Leute sein, die sich neutral informieren wollen, um sich danach eine Meinung zu bilden. Diejenigen, die schon vorher eine Meinung haben, würden sie behalten und solch eine Veranstaltung stören. Es scheint, als möchte er lieber eine amorphe Bürgerschaft, die grundsätzlich keine Meinung hat und sich erst auf Grundlage von Informationen der Verwaltung eine bildet. Die Medien hätten seiner Meinung nach die Aufgabe, über eine Situation wie diese objektiv und ausgewogen zu berichten. Aber dies sei durch die überregionale Presse hier nicht geschehen.

3.2 Stellenwert von Bürgerinitiativen für die Bürgerbeteiligung: Vergleich mit dem kontrastierenden Fall Bernburg

Um den geschilderten Einzelfall, seinen Beteiligungskontext und das Potential verschiedener Partizipationsformen im Kontext von Beteiligungsdefiziten besser einordnen zu können, wurde er im Rahmen der Vorstudie mit einem anderen Fall verglichen, in dem es ebenfalls um die Ansiedlung eines Schlachthofes ging. Hierfür wurde ein Fall in Bernburg in Sachsen-Anhalt ausgewählt.[19] Dort wollte sich im Jahr 2014 im Gewerbegebiet West ein Schweineschlachthof ansiedeln. Der Stadtrat unterstützte diesen Ansiedlungswunsch und reservierte dem Investor ein entsprechendes Grundstück. Gegen die Ansiedlung regte sich auch hier rasch Widerstand in Teilen der Bevölkerung. Es bildete sich eine Bürgerinitiative, die ein erfolgreiches Bürgerbegehren gegen den Verkauf des Grundstücks durchführte, das zu einem Bürgerentscheid führte. Ihr war es somit möglich, die direktdemokratische Stufe der Partizipation zu nutzen. Was unterscheidet diesen Beteiligungsprozess vom Fallbeispiel der Hauptstudie und was sagt er über den Stellenwert von Bürgerinitiativen bei Beteiligungsdefiziten aus?

Da es sich um ein städtisches Grundstück handelte, musste die Stadtverwaltung zunächst in Reaktion auf das Bürgerbegehren formal prüfen, ob es sich im Sinne der damals noch geltenden Gemeindeordnung um eine wichtige Gemeindeangelegenheit handelte. Für die Frage, was wichtige Gemeindeangelegenheiten sind, wurde in der Gemeindeordnung ein gewisses Spektrum aufgezeigt, das Raum für Interpretation bot (vgl. GO LSA § 26 Art. 1-3). Diesen Interpretationsspielraum nutze die Stadtverwaltung, um das Bürgerbegehren formal zuzulassen.[20] Die Stadtverwaltung unterstütze die Bürgerinitiative in ihrer Rolle als Initiatorin des Bürgerbegehrens zudem, um ein formalrechtliches Scheitern des Begehrens zu verhindern.

[19] Dieser Fall wird nicht anonymisiert dargestellt, da keine Interviews mit der Bürgerinitiative geführt wurden. Es wurde ausschließlich ein Telefoninterview mit dem Wirtschaftsdezernenten der Stadt Bernburg geführt und die Medienberichterstattung analysiert.

[20] Als Begründung nannte sie, dass durch die notwendig werdende Erweiterung des örtlichen Klärwerks für die Bürger Gebühren- und Umlageerhöhungen angefallen wären. Zudem hätten Geruchsbelästigungen auftreten können (vgl. http://www.mz-web.de/bernburg/buergerinitiative-in-bernburg-buergerentscheid-gegen-geplanten-schlachthof-,20640898,26645016.html, zuletzt abgerufen am 20.08.2015).

Das nach dieser Prüfung der Verwaltung erfolgreiche und formal zulässige Bürgerbegehren wurde anschließend im Stadtrat abgelehnt, so dass es zum Bürgerentscheid kam. Dieser anschließende Bürgerentscheid wurde allerdings vom zuvor bekannt gewordenen Rückzug des Investors überschattet und daher gegenstandslos. Der Investor beklagte sich über die öffentlichen Proteste und den vermeintlich mangelnden Rückhalt in der Bevölkerung und der Verwaltung. Die Verwaltung spricht davon, dass dem Investor der nötige Wille gefehlt hätte, sich einer offenen Bürgerbeteiligung zu stellen. Im Gegenzug bedauert sie, dass der Investor nicht frühzeitig öffentlich für die Ansiedlung geworben habe.

Das Wohlwollen zumindest der Verwaltung gegenüber der Bürgerinitiative und ihres Bürgerbegehrens war zudem durch die nahende Kommunalwahl im Mai 2014 beeinflusst. Es sollte vermutlich verhindert werden, dass die aufgeheizte öffentliche Stimmung in den Kommunalwahlkampf hineingetragen wird. Stattdessen sollte die öffentliche Meinungsbildung im Sinne eines Bürgerentscheids, der durch öffentliche Informationsveranstaltungen begleitet werden sollte, unterstützt werden. Die Auseinandersetzung sollte dadurch außerdem befriedet werden. Die Verwaltung hätte allerdings auch die Möglichkeit gehabt, das Bürgerbegehren formal zurückzuweisen, wenn sie der Meinung gewesen wäre, dass es sich nicht um eine wichtige Gemeindeangelegenheit gehandelt hätte.

Dieser Vergleichsfall macht deutlich, dass es sehr auf die Rahmenbedingungen ankommt, die eine potentielle Öffnung des lokalen politischen Feldes für Beteiligung begünstigen oder erschweren. In Fällen, in denen ein Ansiedlungsvorhaben bspw. eines Schlachthofs auf einer städtischen Fläche geplant ist, kann sich ein Beteiligungswunsch der Bevölkerung durch ein Bürgerbegehren mit anschließendem Bürgerentscheid Geltung verschaffen. Dies stellt auch für die Kommunalpolitik eine relativ einfache Möglichkeit dar, den Entscheidungsprozess zu öffnen und der Bürgerbeteiligung so einen höheren Stellenwert zuzuweisen.

Handelt es sich dagegen wie im untersuchten Fallbeispiel der Hauptstudie um eine private Fläche, so muss nur der F-Plan entsprechend des

Ansiedlungswunsches angepasst werden. Zwar ist hier eine Öffentlichkeitsbeteiligung obligatorisch, allerdings können Einwendungen vom Rat entsprechend weggewogen werden (siehe Kapitel 2). Die eigentliche Ansiedlung unterliegt dem Investitionsschutz und den immissionsschutzrechtlichen Prüfverfahren (siehe ebd.). Auf den Verkauf der Fläche hat die Gemeinde keinen Einfluss. Daher blieb der BI ein solches direktdemokratisches Mittel wie ein Bürgerbegehren mit anschließendem Bürgerentscheid dort verwehrt, da Bürgerbegehren gegen Bauleitplanungen nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz unzulässig sind (vgl. NKomVG §32 Art. 2). Weitere Versuche der BI, gegen einzelne Punkte der Finanzierung des Projekts mit einem Bürgerbegehren vorzugehen, waren letztendlich gegenstandslos, da zumindest die Kommune es vermied, dem Investor finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen.[21]

Für die BI gab es daher im untersuchten Fallbeispiel rechtlich nur sehr wenige Möglichkeiten, sich über Beteiligungsverfahren in das Plan- und Genehmigungsverfahren einzubringen. Insbesondere die Chancen, die sie über das Genehmigungsverfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz hatten, haben sie zwar genutzt und es wurden dadurch Detailänderungen am Vorhaben vorgenommen. Aber eine „Null-Variante“, also ein Abrücken vom Bauprojekt, stand hier nicht mehr zur Diskussion, da der B-Plan zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossen war. Höchstens eine Verzögerung des Baus wäre durch strategisches Handeln noch möglich gewesen, was der BI damals jedoch nicht bewusst war, wie dies eine der Sprecherinnen der BI als politischen Lerneffekt beschreibt (siehe hierzu ausführlicher die „Narrative des Scheiterns“ von Barbara in Kapitel 4.5.2). Es zeigt sich, dass für einen solchen Konflikt um die Bebauung einer privaten Fläche mit einem Vorhaben, das öffentliche Konsequenzen mit sich bringt, die rein vorhabenbezogene Genehmigung nicht angemessen erscheint und es andere Beteiligungsmöglichkeiten bräuchte. Ein offenerer Prozess und eine Verknüpfung zu direktdemokratischen oder informellen Beteiligungsformen wären hier nötig, um eine Öffnung des lokalen politischen Feldes zu ermöglichen.

[21] Der Investor erhielt allerdings finanzielle Förderung vom Land aus EU-Fördermitteln.

Eine Öffnung des politischen Feldes gegenüber dem Beteiligungswunsch der BI wäre hier mit dem nötigen politischen Willen jedoch auch unter den geltenden rechtlichen Bestimmungen durchaus möglich gewesen. Entweder hätte der Rat die kritischen Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger im Zuge des Änderungsverfahrens des F-Plans und des Aufstellungsverfahrens eines B-Plans annehmen und die Änderung bzw. Aufstellung insbesondere aufgrund strukturpolitischer Erwägungen (vgl. Genehmigungsbescheid, siehe Kapitel 2) mit Blick auf die skalenübergreifenden Auswirkungen des Schlachthofs ablehnen können. Oder es wäre über eine grundsätzliche strategische Raumordnung mit Öffentlichkeitsbeteiligung die Frage diskutiert worden, ob die Ansiedlung eines Schlachthofs mit den Konsequenzen im Sinne der Ansiedlung von Mastställen in der Region von der Bevölkerung gewünscht wird. Der F-Plan müsste sich dann den auf diese Weise potentiell neu entstehenden Zielen der Raumordnung anpassen.

In beiden Fällen handelt es sich um eine politische Entscheidung auf kommunaler Ebene (entweder auf Ebene des Rates oder der Verwaltungsspitze), ob man einem Beteiligungswunsch einer Bürgerinitiative mit formalen oder informellen Mitteln entgegenkommen möchte oder nicht. Die rechtlichen Rahmenbedingungen können eine Öffnung des politischen Feldes gegenüber einem Beteiligungswunsch begünstigen oder erschweren. Aber letztendlich kommt es auf den Willen der Kommunalpolitik oder der Verwaltungsspitze an, eine solche Öffnung zu betreiben, da es immer Möglichkeiten gibt, zumindest informelle Wege zu beschreiten. Um auf einen solchen Willen nicht angewiesen zu sein, bräuchte es Veränderungen in der institutionellen Ausgestaltung von (informellen) Beteiligungsformen in Planverfahren, um Beteiligung im Sinne der skalenübergreifenden Auswirkungen bei solchen Ansiedlungsvorhaben der Massentierhaltung obligatorisch zu machen (siehe hierzu Kapitel 5).

Das Beispiel Bernburg macht aber deutlich, dass zumindest die rechtliche Ausgestaltung der direktdemokratischen Beteiligungswege nicht unbedingt in diese Richtung geht:

Die bis Mitte 2014 gültige Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt kannte den bspw. im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz genannten Ausschluss von Bürgerbegehren gegen Bauleitplanungen noch nicht. Bürgerentscheide waren dort wie oben beschrieben zulässig, wenn es sich um eine wichtige Gemeindeangelegenheit handelte. In dem ab Juli 2014 geltenden neuen Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt ist der entsprechende Interpretationsspielraum, was wichtige Gemeindeangelegenheiten sind, verschwunden zugunsten eines klaren Ausschlusses von Bürgerbegehren zu Bauleitplanungen und Planfeststellungsverfahren (vgl. KVG LSA § 26 Art. 1 und 2). In einem Dokument, das die Änderungen im Vergleich zur früheren Gemeindeordnung begründet, heißt es dazu:

> „Aus Gründen der Rechtsklarheit und Rechtssicherheit wird der Katalog [der von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ausgeschlossenen Angelegenheiten, S.K.] ergänzt um Angelegenheiten im Rahmen der Bauleitplanung und der Planfeststellungsverfahren. In diesen Verfahren ist bereits eine Öffentlichkeits- und Bürgerbeteiligung in formalisierter Form vorgesehen (vgl. § 3 Baugesetzbuch, §§ 72 VwVfG). Im Rahmen von Verfahren der Bauleitplanung und Planfeststellungsverfahren sind zahlreiche unterschiedliche öffentliche und private Belange zu berücksichtigen und gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Die Berücksichtigung der vielfältigen öffentlichen Belange und ihre Abwägung mit den ebenfalls einzubeziehenden privaten Belangen lassen sich nicht in das Schema einer Abstimmung mit „Ja“ und „Nein“ pressen. Die unterschiedlichen Beteiligungsformen können ansonsten zu inhaltlich abweichenden Bürgeräußerungen führen. Auch soll verhindert werden, dass zu den für derartige Angelegenheiten vom Gesetzgeber vorgesehenen zeit- und arbeitsaufwendigen Zulassungsverfahren einschließlich der Öffentlichkeitsbeteiligung noch ein weiteres Prüfungsverfahren in

> Gestalt eines Bürgerbegehrens tritt und hierdurch im öffentlichen Interesse liegende Planungen evt. verzögert werden."[22]

Dass diese formalisierten Formen der Bürgerbeteiligung und die Abwägungen sehr eng an spezifische Plan- und Genehmigungskontexte gebunden sein und daher im Sinne eines Beteiligungsdefizits restriktiv gehandhabt werden können, zeigt das Beteiligungsverfahren in meiner untersuchten Fallstudie (siehe Kapitel 2 und 3.1).

Eine weitere Auffälligkeit in der Reform der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt ist, dass ein eigener Paragraph zu Bürgerinitiativen und ihrer Rolle für die Willensbildung in der Gemeinde (vgl. GO LSA § 24a) nicht mehr in die neue Kommunalverfassung übernommen wurde und dort auch keine Entsprechung besitzt. Dieser gestrichene Paragraph lautete:

> „Einwohner können sich in der Gemeinde zu Bürgerinitiativen zusammenschließen. Sie sind berechtigt, an der gesellschaftlichen Willensbildung und an der Entscheidungsfindung zu gemeindlichen Angelegenheiten teilzunehmen, dem Gemeinderat Vorschläge zur Behandlung gemeindlicher Fragen zu unterbreiten und über die Behandlung des Anliegens informiert zu werden."

Eine solche rechtliche und institutionelle Aufwertung weist den Bürgerinitiativen einen besonderen Stellenwert mit einer klaren Rolle in der Kommunalpolitik zu, was einer Öffnung des lokalen politischen Feldes zuträglich ist. Da dies nun nicht mehr der Fall ist, kann von einem Rückschritt in dieser Hinsicht gesprochen werden. Die Reform beinhaltet allerdings auch Erleichterungen für Bürgerbeteiligung, so z.B. die Senkung der Quoren für ein erfolgreiches Bürgerbegehren oder die Bewilligung von Unterstützung bei der Durchführung von Bürgerbegehren durch die Verwaltung, die vorher nur bei Einwohneranträgen gewehrt wurde (vgl. GO LSA § 25 und KVG LSA § 26). Die Diskussion über mögliche Ausweitungen und Vor- sowie Nachteile direkter oder informeller Formen der Demokratie findet nach der Hauptstudie in Kapitel 5 statt.

[22] http://www.haldensleben.de/media/custom/2048_2643_1.PDF?1404908925 (zuletzt abgerufen am 20.08.2015)

3.3 Fazit der Vorstudie und Weiterentwicklung der Hypothese und Fragestellung

Zusammenfassend kann anhand dieser Betrachtungen der Vorstudie festgestellt werden, dass eine kommunale Vertretung alle Möglichkeiten besitzt, trotz eines öffentlich massiv geäußerten Beteiligungswunsches eines Teils der Bevölkerung einen offenen und entscheidungsbeeinflussenden Beteiligungsprozess nicht durchzuführen, wenn sie eine bestimmte Ansiedlung allein mit der Mehrheit der Entscheidungsträger durchsetzen möchte. Dies wird begünstigt, sofern die Entscheidungsträger auch keine unverzüglichen Konsequenzen durch den Wähler befürchten müssen, also Wahltermine noch weit genug entfernt liegen, so dass zunächst einmal Tatsachen geschaffen werden können.[23]

Öffentliche politische Konflikte um Entscheidungsprozesse, die sich um die Ansiedlung von Bauvorhaben drehen, können nur demokratisch gelöst werden, solange sie als dialogische, kooperative und offene Prozesse betrieben werden und politische Entscheidungsmöglichkeiten in ihnen deutlich gemacht werden (vgl. Othengrafen/Sondermann 2015: 8 f., 17; Wenk 2013: 209). Bezogen auf die industrielle Massentierhaltung steht aber bei den Vorhabenträgern das Motiv der Konfliktvermeidung im Vordergrund. Mit der Kommunikation klarer gesetzlicher Genehmigungsbestimmungen zu Stallbauten und anderen Vorhaben der Massentierhaltung ist hierbei die Erwartung verbunden, Konflikten schon frühzeitig vorzubeugen und Planungssicherheit für Investoren und Landwirte sicherzustellen (vgl. Gerlach/Spiller 2008: 499). Diese Vorstellung kann mit Blick auf die hier untersuchten Konstellationen als nicht sehr praktikabel bewertet werden. Gerade die eingeschränkte Reichweite dieser Genehmigungsbestimmungen kann erheblich zu konfliktträchtigen Beteiligungsdefiziten beitragen, wie in Kapitel 2 erläutert wurde.

Aus Sicht der Vorhabenträger wie auch der Mehrheit der lokalen Entscheidungsträger stellt daher die veränderte Begehrlichkeit der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich einer umfassenden Beteiligung (vgl. Roth 2011a: 95 f.; Holtmann 2015: 65) eine besondere Herausforderung dar. Im untersuchten

Fallbeispiel der Hauptstudie kann zumindest kein besonders ausgeprägter Wille der Mehrheit der lokalen Entscheidungsträger erkannt werden, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Es überwiegt offenbar stärker das Motiv, ein „schlankes" Verfahren zu gewährleisten, das mit Planungssicherheit und Konfliktvermeidung dem Vorhabenträger bzw. Investor entgegen kommt (vgl. hierzu im Sinne einer generellen Tendenz Selle 2013: 3). So wirft der Bürgermeister der BI vor, durch ihr Einmischen die Entscheidung erst emotional gemacht zu haben (siehe Kapitel 3.1), also durch Emotionalisierung erst einen politischen Konflikt über die Grenzen des Rates hinaus erzeugt zu haben. Für ihn resultierte diese Emotionalisierung aus einer vermeintlichen Unsachlichkeit und Ideologisierung der Argumente und einer mangelhaften Debattenkultur, welche aber auch als unbequeme Themen und einem Nicht-Abfinden mit der mangelnden Passung des Plan- und Genehmigungsverfahrens mit den skalenübergreifenden Auswirkungen und dem daraus resultierenden Beteiligungsdefizit identifiziert werden können.

Die Tendenz zur Konfliktvermeidung in „schlanken Verfahren" rührt aus einer Public Policy und „modernen Verwaltungswissenschaft" her, die auf entpolitisierte Verfahren mit dem vermeintlichen Vorteil setzt, zu einer Versachlichung politischer Entscheidungen beizutragen, also die Sache im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen, „politische Reibungsverluste [zu] minimieren und den Policy-output" zu verbessern (vgl. Blühdorn 2014: 30 f.). Durch den Mangel an Sensibilität für Belange, die dann außerhalb des Verfahrens liegen, kommt es auf Seiten der Entscheidungsträger zu einer eingeschränkten Perspektive, wie sie bspw. im folgenden Governance-Modell (Abb. 6) zu Entscheidungsstrukturen der industriellen Massentierhaltung zutage tritt:

[23] Im untersuchten Fall der Hauptstudie lagen zwischen der Bekanntmachung des Ansiedlungswunsches und der nächsten Kommunalwahl einige Jahre.

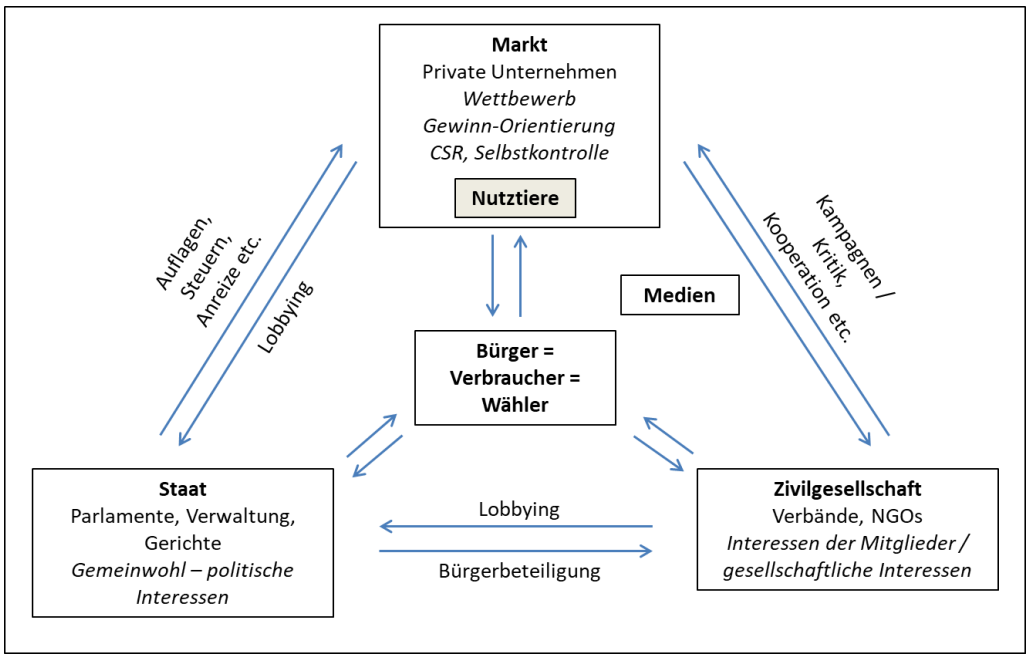


Abbildung 6: Analyse-Rahmen für Governance in der Nutztierhaltung (eigene Darstellung, angelehnt an Spiller et al. 2015: 80).

Die BI ist hier im Bereich der Zivilgesellschaft als NGO einzuordnen und vertritt demnach die Interessen ihrer Unterstützer bzw. gesellschaftliche Interessen. Die repräsentative Politik gehört auf die Seite des Staates und vertritt demnach das Gemeinwohl bzw. politische Interessen. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Bereichen ist geprägt durch einerseits Bürgerbeteiligung, die vom Staat in Richtung Zivilgesellschaft ausgeführt wird, und andererseits Lobbying, das durch die Zivilgesellschaft auf den Staat ausgeübt wird. In der Mitte befinden sich die Bürger, die gleichzeitig als Verbraucher und als Wähler auftreten. Als Verbraucher beteiligen sie sich auf dem Markt, als Bürger und Wähler an Staat bzw. Zivilgesellschaft.

Ein solches Modell hat den Vorteil, alle wesentlichen Akteure darzustellen und Steuerungswirkungen bzw. Einflüsse nachvollziehbar zu machen. Es hat allerdings auch den bedeutenden Nachteil, die hinter diesen Steuerungswirkungen bzw. Einflüssen stehenden Logiken und insbesondere die Machtverhältnisse nicht transparent zu machen. Obwohl man in diesem Modell annehmen könnte, dass die Kategorien „Gemeinwohl“ im Verhältnis zu „gesellschaftliche Interessen“ sowie „politische Interessen“ im Verhältnis zu

„Interessen der Mitglieder“ den jeweils gleichen Bedeutungskern und Stellenwert im Modell aufweisen, sind sie objektiv legitimatorisch nicht identisch und auch nicht gleichwertig. Der Staat kann sich in einer Entscheidung auf das Gemeinwohl und die damit vermeintlich zusammenhängenden politischen Interessen berufen, während die Vertreter der Zivilgesellschaft dies nicht können, da sie in der Regel keine direkte Entscheidungsmacht besitzen. Sie können nur über den Umweg der Wahlen oder der institutionalisierten Bürgerbeteiligung bzw. des Lobbyings auf die Entscheidungsträger einwirken, wenn die Möglichkeiten dazu günstig sind. Denn der Abstand zum nächsten Wahltermin kann lang sein und Beteiligungsmöglichkeiten müssen nicht unbedingt einen entscheidungsbeeinflussenden Effekt haben oder eröffnen wie im untersuchten Fallbeispiel überhaupt nicht die Möglichkeiten, bestimmte Inhalte oder Zusammenhänge aufzugreifen. Lobbying wiederum kann von sehr spezifischen Positionen im Feld und intransparenten Einflussmöglichkeiten auf die Entscheidungsträger abhängen (z.B. soziale Beziehungen, Druckmittel etc.), wodurch die Einwirkung intransparent und ungerecht werden kann. Wie schon anhand des Plan- und Genehmigungskontexts und der Begründungen des Bürgermeisters gezeigt, hängt die Berücksichtigung der öffentlich artikulierten Belange und Interessen der BI im untersuchten Fallbeispiel einerseits von komplexen Reichweiten und deren Auslegung des Plan- und Genehmigungskontexts sowie vom Wohl und Wehe der Entscheidungsträger aus der lokalen Politik und Verwaltung ab. Es bestehen daher zwischen den Akteuren Machtverhältnisse, die in einem solchen Modell nicht dargestellt werden.

Was in einem solchen Modell also als gleichwertig dargestellt wird, ist es objektiv nicht. Ein „schlankes Verfahren“ und Planungssicherheit für den Vorhabenträger bedeutet somit für die Bevölkerung im Zweifel Beteiligungsunsicherheit. Im untersuchten Fall bleibt es bei einer hierarchischen politischen Entscheidung, da es schon über die Grundsatzentscheidung, ob im betroffenen Landkreis dem Investor des Schlachthofs Flächen angeboten werden, keine öffentliche Bekanntmachung geschweige denn eine öffentliche Debatte gab, angeblich zum Schutz der

wirtschaftlichen Interessen des Investors (siehe Kapitel 3.1). Es stellt sich die Frage, welchen Stellenwert in diesem Zusammenhang die Interessen und Belange der betroffenen und/oder engagierten Bevölkerung haben. Wie werden die individuellen bzw. gruppenspezifischen Belange von Teilen der Bevölkerung mit den wirtschaftlichen Interessen in Abwägung gebracht? Im untersuchten Fallbeispiel zunächst gar nicht.

Die kommunalen Entscheidungsträger können einer „Legitimation durch Verfahren“ und der kommunalen Wachstumslogik uneingeschränkt folgen und brauchen sich um kritische Stimmen aus der Bevölkerung nicht sonderlich zu kümmern, solange sie bei Wahlen nicht durch andere Mehrheitsverhältnisse von ihrem Kurs abgebracht werden. Die Verfahren stützen sich auf die enge Perspektive des dargestellten Plan- und Genehmigungskontextes. Eine solche von den Etablierten im politischen Feld genutzte „Legitimation durch Verfahren“ ist schon lange als Merkmal des politischen Feldes und als Hindernis für Partizipation beschrieben worden.[24] Nicht-institutionalisierte Partizipationsformen erfahren hierbei oftmals eine geringere Anerkennung durch das etablierte politische Feld, da sie als „[…] ‚nicht-berechtigte‘ Teilnahme an politischer Entscheidungsfindung“ gelten (Ludwig et al. 2015: 205).

Eine „Legitimation durch Verfahren“, wie sie ursprünglich durch Luhmann (1969) beschrieben wurde, wird seit geraumer Zeit mit Blick auf gesellschaftliche Wandlungen wie dem „Strukturwandel der Demokratie“ (Lucke 1996: 475 f.) und spätestens seit den Konflikten rund um „Stuttgart 21“ (vgl. Rucht 2012) als nicht mehr zeitgemäß kritisiert. Da die Bürger „ihr Recht auf »vote« immer häufiger durch den Anspruch auf »voice«“ ersetzten (Lucke 1996: 477), müsse sich Legitimität verstärkt aus „subjektiv-sozialen Quellen“ herleiten. Aus einer „Legitimation qua Verfahren“ würde eine „Legitimation qua Akzeptanz“, die praktisch im politischen Prozess durch „Akzeptanz qua Partizipation“ hergestellt werden könne (vgl. ebd.: 474, 476). Eine solche Akzeptanzbeschaffung erscheint aber dann als inhaltsleere oder sogar

[24] Hacke (vgl. 2011: 87) verweist insbesondere auf Habermas (1973), der hierdurch eine von gesellschaftlichen Diskursen entkoppelte Elite handeln sah: „Der Punkt, der die Habermas’sche

manipulative Beteiligung, wenn sie nur zum Selbstzweck abgehalten wird, da sonst Entscheidungsergebnisse nicht akzeptiert würden. „Die Legitimationsbeschaffung ist selbstdestruktiv, sobald der Modus der ›Beschaffung‹ durchschaut wird." (Habermas 1973: 99)

Schon der Begriff der „Akzeptanz" muss als Ziel einer Beteiligung kritisch gesehen werden. Nach Renn et al. (vgl. 2014: 2) ist sie nicht mit positiver Einstellung oder gar Befürwortung zu verwechseln, wie dies Lucke suggeriert (vgl. 1996: 476). Durch diese Begriffsschärfung wird der Umstand, dass Akzeptanz durch die Bevölkerung gegenüber einer bestimmten Entscheidung oder einer Maßnahme nach einiger Zeit auch wieder ohne Begründung entzogen wird (vgl. ebd.: 477), erklärbarer. Denn es ist in dieser Form nur ein Akzeptieren, ohne die Prämissen hinter der Entscheidung anzuerkennen, wie Lucke es selbst schreibt (vgl. ebd.: 475).

Sie plädiert aufgrund dieser Hinwendung zu Legitimität aus „subjektiv-sozialen Quellen" für einen „*Perspektivenwechsel* von der Legitimation der *Systeme* zur Akzeptanz durch die *Akteure*" und einer „Aufwertung des bürgerlichen Subjekts" im Sinne einer „*citizenship*" (ebd.: 482, Hervorhebungen im Original) und bezieht sich auf Hannah Arendt. Arendt spricht im Zusammenhang mit Bürgerassoziationen von öffentlichen Interessen, die diese verträten und im Sinne subjektiv-sozialer Quellen in öffentliche Aushandlungsprozesse einbringen würden (vgl. Arendt 1964). Empfindet eine wie auch immer zusammengesetzte Gruppe von Bürgern eine (direkte oder indirekte) Betroffenheit durch ein öffentliches Interesse und beginnt, aufgrund dieser Betroffenheit öffentlich zu handeln, so wird aus dem Interesse dieser Assoziation ebenfalls ein öffentliches Interesse unter anderen. Diesem öffentlichen Interesse und Handeln müsste auch öffentlich begegnet werden, also politisch. Es müsste gegenüber anderen öffentlichen Interessen verhandelt werden. „Nur wenn die Differenzen und Übereinstimmungen der Menschen in einem öffentlich-politischen Raum sichtbar und debattierbar werden, ist demokratische Politik möglich (Arendt 1958; 1961)." (Mayer 2014: 36)

Position immer noch bedenkenswert macht, ist die Gefahr der Selbstabschließung des Systems von der Lebenswelt der Bürger." (Hacke 2011: 87)

Die Ebenen der öffentlich artikulierten Belange und Interessen müssen hiernach im politischen Prozess bzw. in der Governance als gleichwertig behandelt werden (auch mit Blick auf womöglich nicht öffentlich artikulierte Interessen einzelner Akteure), will man nicht in solchen Konflikten auf der Stufe von Konfliktvermeidung und Legitimation durch Verfahren stehen bleiben.

Zusammenfassend wohnt dem hier untersuchten Verfahren, auf das sich die Entscheidungsträger stützen, erstens ein deutliches lokales Beteiligungsdefizit inne, das als ein eklatanter Mangel an Partizipationskultur interpretiert werden kann. Denn obwohl den beteiligten Entscheidungsträgern bewusst sein musste, dass die Auswirkungen der geplanten Ansiedlung eines Schlachthofes über den Plan- und Genehmigungskontext weit hinausreichen (siehe Kapitel 2), wollten sie entsprechende Argumente der BI nicht anerkennen. Mit Blick auf die Frage nach der Legitimität von Positionen in Bürgerbeteiligungsprozessen und das Verhältnis zwischen verschiedenen Beteiligungsformen erscheint die Bilanzierung von Roth hierzu auch nach zwanzig Jahren passend, dass die traditionellen Machtstrukturen in der Kommunalpolitik weiterhin ungebrochen sind und sich die Partizipationskultur als ambivalent erweist (vgl. Roth 1997: 440 f.).[25]

Zweitens kommt hinzu, dass die Entscheidungsträger den größeren Kontext strategischer und raumwirksamer Zusammenhänge eines solchen Einzelvorhabens nicht in den Blick nehmen müssen, solange die Änderung des F-Plans wie in diesem Fall der grundsätzlichen überregionalen Raumordnung nicht widerspricht. Dies tut sie nicht, da das Regionale Raumordnungsprogramm keine umweltbezogenen Darstellungen für den Planbereich festhält und das Landes-Raumordnungsprogramm verschiedene Entwicklungsrichtungen ermöglicht – sowohl wirtschaftlich als auch nachhaltig-ökologisch. Die Genehmigung bleibt nur auf das einzelne Vorhaben

[25] Es gibt viele (damals als neu beschriebene) Partizipationsmöglichkeiten, die sowohl als Instrumente für oder gegen Partikularinteressen eingesetzt werden könnten oder die von Parteien oder Verwaltungen für ihre Zwecke instrumentalisiert werden könnten. Außerdem könnten einige zur Schaffung von Vorteilen für ressourcenstarke Gruppen und Schichten genutzt werden, und dies unter dem Eindruck, dass sich auch die kommunalpolitische Machstruktur nur aus ganz bestimmten sozialen Gruppen speist (vgl. Roth 1997: 440 f.).

zugeschnitten und darüber hinausgehende raumwirksame Konsequenzen werden ausgeblendet.

Das Genehmigungsrecht und die Raumordnung räumen der Wirtschaft viele Entfaltungsmöglichkeiten ein, da wirtschaftliche Entwicklung nicht eingeschränkt werden soll. Politisch ist Wachstum auf allen Ebenen nach wie vor Prämisse. Dass raumwirksame Zusammenhänge in der Bevölkerung aber als durchaus kritisch angesehen werden und sich im Zweifelsfall auf das direkte Lebensumfeld der Menschen auswirken können, kann die politische und genehmigungsrechtliche Logik in diesem Fall nicht auffangen, da eine solche Abwägung politisch nicht gewollt und genehmigungsrechtlich schwer umsetzbar ist. Konflikte mit Teilen der Bevölkerung scheinen auf diese Art und Weise vorprogrammiert.

Weiterentwicklung der vorläufigen Hypothese und Entwicklung der Fragestellung für die Hauptstudie:

Die eingangs in Kapitel 2 aufgestellte vorläufige *Hypothese* lässt sich wie folgt weiterentwickeln: Die Haltung der Entscheidungsträger, die einer „Legitimation durch Verfahren“ entspricht, hat im hier untersuchten Fall dazu geführt, dass sich das formale Beteiligungsdefizit, das aufgrund einer Nicht-Passung der Plan- und Genehmigungsverfahren mit den skalenübergreifenden Auswirkungen des Schlachthofes und der Massentierhaltung entstanden ist, noch verschärft. Es ist ein symbolisches Beteiligungsdefizit hinzugekommen.

Die Situation in der Fallstudie kann daher hypothetisch auf folgende Konstellation zurückgeführt werden: Wenn Bürger erwarten, dass sie ihre individuellen bzw. gruppenspezifischen Belange in einen Beteiligungsprozess zumindest einbringen können, dass sie gehört werden, und sie finden hierfür keine Möglichkeit, dann kann angenommen werden, dass sie sich vom politischen Prozess ausgeschlossen fühlen. Es erscheint als nachvollziehbar, dass sie ihrem Beteiligungsanspruch dann auf andere Art und Weise Ausdruck verleihen wollen und sich unter solchen Umständen wie im untersuchten Fall unter einem Protest-Label zusammenschließen: „Nein zur Massentierhaltung hier und anderswo!“.

Auf der anderen Seite erscheint es ebenfalls als nachvollziehbar, dass für die kommunalen Entscheidungsträger im hier untersuchten Fall der Umgang mit den individuellen bzw. gruppenspezifischen Belangen deshalb so problematisch ist, weil sie im Zuge der Aufstellung eines B-Plans keine strukturpolitischen Abwägungen treffen (wollen) und anschließend das Genehmigungsrecht hierzu keine Möglichkeit mehr bietet. Zudem stellt es für sie eine Schwierigkeit dar, zwischen den gruppenspezifischen Belangen der BI und den dahinter verschwindenden individuellen Belangen einzelner Akteure zu unterscheiden. Die Belange erscheinen ihnen zusätzlich als zu partikular und „unsachlich", wie dies der Bürgermeister bezeichnet. Es wäre daher ebenfalls nachvollziehbar, dass die kommunalen Entscheidungsträger kein Interesse daran haben, mögliche Spielräume für eine Öffnung des politischen Prozesses zu nutzen, da sie allein auf die Repräsentation des Teils der Bevölkerung aus sind, der keinen gesonderten Beteiligungswunsch äußert und vermeintlich die Mehrheit ausmacht.

Die Plan- und Genehmigungsverfahren bieten ihnen tatsächlich wenige Möglichkeiten, auf die Belange adäquat zu reagieren. Aber ihr dominantes politisches Verhalten führt zusätzlich zur Ausklammerung dieser Belange aus dem politischen Diskurs, wobei diese Belange aber zur Konfliktbearbeitung einbezogen werden könnten. Eine Möglichkeit wäre es gewesen, das formale Beteiligungsdefizit durch informelle Beteiligungsverfahren anzuerkennen und hierzu Stellung zu nehmen. Hierfür hätte zunächst das symbolische Beteiligungsdefizit aufgelöst werden müssen. Im Sinne des kritischen Pragmatismus müssten hierzu die konflikthaften Belange aus der Bevölkerung und deren soziale Voraussetzungen anerkannt und einbezogen werden, um das Defizit im Idealfall aufzulösen.

Statt individuelle bzw. gruppenspezifische Belange der Bevölkerung in entsprechenden Verfahren also auszuklammern, wäre mehr Wissen über diese Belange und ihre Unterschiede und sozialen Voraussetzungen im Einzelnen hilfreich, um Empfehlungen aussprechen zu können, wie mit ihnen adäquat umzugehen ist. Denn ansonsten erscheint die Konstellation als sehr konfrontativ, da Teile der Bevölkerung diese Defizite, sowohl den Mangel an

Partizipationskultur wie auch die Einschränkungen des Plan- und Genehmigungskontextes, als Machtverhältnisse erkennen und anprangern. Es kommt zu Legitimationskrisen und Versuchen, seitens der engagierten Akteure der BI etwas an den Machtverhältnissen zu verändern. Diese (zum Teil impliziten) Machtverhältnisse bedürfen ebenfalls einer genaueren Kenntnis, um ihre Auswirkungen auf das symbolische Beteiligungsdefizit verstehen und bearbeiten zu können.

Folgende *Fragestellungen* liegen somit im Fokus der Hauptstudie:

1. Wie sind die expliziten und impliziten Machtverhältnisse in der Fallstudie des lokalen Konflikts ausgestaltet und welchen Einfluss haben diese auf die Akteure und den politischen Prozess? Ist ein symbolisches Beteiligungsdefizit auszumachen und wie gestaltet es sich aus?
2. Welche gruppenspezifischen Belange (gemeinsame Ziele und geteilte Interessen) werden in der gemeinschaftlichen Praxis der BI deutlich und dominieren diese die Protestpraxis?
3. Oder sind es individuelle Dispositionen und Belange, die überwiegen? Welche individuellen Belange werden auf der Ebene der Einzelakteure deutlich und welche sozialen Voraussetzungen bedingen diese?
4. Welche Erwartungen der Einzelakteure an das politische Feld liegen im Hintergrund ihrer Protestpraxis und wie lassen sie sich in den Machtverhältnissen des lokalen politischen Feldes einordnen?

4. Hauptstudie: Akteurssoziologischer und praxeologischer Feldzugang zum Protest der Bürgerinitiative und ihrer Einzelakteure

Die Struktur der Hauptstudie richtet sich an den Fragestellungen wie folgt aus: Zunächst werden anhand einer Feldanalyse die expliziten und impliziten Machtverhältnisse und relationalen Positionen der handelnden Akteursgruppen in dieser Feldstruktur analysiert (Kapitel 4.1) und sichtbar gemacht (Kapitel 4.2). Anschließend wird die Protestpraxis der BI als Analysegegenstand in den Fokus gerückt, um ihre Belange und deren soziale Voraussetzungen zu analysieren. Zuerst werden in Kapitel 4.3 fünf interviewte Akteure der BI kurz biographisch vorgestellt und erste zentrale Merkmale ihres Handelns innerhalb der BI illustriert. In Kapitel 4.4 wird dargestellt und analysiert, wie die BI als kollektive Akteursgruppe im Sinne einer gemeinschaftlichen Praxis auf die Konfrontation mit der lokalen Politik reagiert. Ist dieses kollektive Handeln einheitsstiftend im Sinne einer Identität, die einen gruppenspezifischen Belang repräsentiert und die Protestpraxis dominiert, oder sind es individuelle Dispositionen und Belange, die überwiegen und dann auch einzeln in einen Beteiligungsprozess einfließen müssten? Da die sozialen Voraussetzungen der Belange nur auf individueller Ebene zu analysieren sind, werden in Kapitel 4.5 die fünf interviewten Einzelakteure der BI in den Fokus gerückt. In einer Milieuanalyse wird ihre jeweilige soziale Herkunft bestimmt, die wiederum nur in Rückbezug auf die Gesamtgesellschaft dargestellt werden kann. Anschließend werden ihre protestbezogenen Argumentationen und die damit zusammenhängenden Sinnzuschreibungen und Vorstellungen (Illusio) im empirischen Material interpretiert und in Relation zu ihrer sozialen Herkunft und ihrer Protestpraxis gesetzt. Zusätzlich werden aus den Illusio Erwartungen an das politische Feld ablesbar. In Kapitel 4.6 werden die zusammengefassten Erkenntnisse genutzt, um die Einzelakteure relational in die Feldstruktur des Konfliktfalls einzuordnen und somit das mögliche Spektrum der Positionen und Handlungsweisen in einem solchen lokalen politischen Feld zu illustrieren. Abschließend wird in Kapitel 4.7 bilanziert, wie vielschichtig die individuellen Hintergründe, Erwartungen und Konsequenzen des Falles sind.

4.1 Die Feldanalyse des lokalen Konflikts – symbolisches Beteiligungsdefizit aufgrund symbolischer Dominanz der lokalen Politik?

Die Feldanalyse soll folgende Erkenntnisse erbringen: Wer sind die relevanten Akteure bzw. Akteursgruppen des lokalen Konflikts, wie handeln diese aufeinander bezogen und welche Mittel setzen sie dabei ein, um ihre jeweiligen Interessen zu verfolgen? Der lokale Konflikt und das lokale politische Feld, in welchem er ausgetragen wird, werden hierzu mit einer feldanalytischen Perspektive betrachtet, um die genannten akteurssoziologischen Grundbedingungen herauszuarbeiten. Diese Grundbedingungen geben Aufschluss über die expliziten und impliziten Machtverhältnisse in der Fallstudie des lokalen Konflikts. Zeigt sich hierin ein symbolisches Beteiligungsdefizit und wenn ja, wie gestaltet es sich aus?

Für die Feldanalyse stehen zunächst die den Einzelakteuren übergeordneten Akteursgruppen und ihre Relationen zueinander im Fokus, um das Feld aufzuspannen. Die Feldstruktur als relationales Modell der Akteurskonstellation eröffnet zudem die Möglichkeit, das Handeln der Einzelakteure später ebenfalls als relational zueinander zu interpretieren und einzuordnen.

Eine Feldanalyse zu betreiben bedeutet „*relational* [zu] *denken*“ (Bourdieu/Wacquant 1996: 126, Hervorhebung im Original). Zur Erinnerung: „Analytisch gesprochen wäre ein Feld als ein Netz oder eine Konfiguration objektiver Relationen zwischen Positionen zu definieren.“ (ebd.: 127) Möchte man eine Analyse eines solchen Feldes durchführen, so muss man die Unterschiede hinsichtlich der Positionen in ihm in den Blick rücken:

> „Diese Positionen sind in ihrer Existenz und auch in den Determinierungen, denen die auf ihnen befindlichen Akteure oder Institutionen unterliegen, objektiv definiert, und zwar durch ihre aktuelle und potentielle Situation (*situs*) in der Struktur der Distribution der verschiedenen Arten von Macht (oder Kapital), deren Besitz über den Zugang zu den in diesem Feld auf dem Spiel stehenden spezifischen Profiten entscheidet, und damit auch durch ihre objektiven

> Relationen zu anderen Positionen (herrschend, abhängig, homolog usw.). In hochdifferenzierten Gesellschaften besteht der soziale Kosmos aus der Gesamtheit dieser relativ autonomen sozialen Mikrokosmen, dieser Räume der objektiven Relationen, dieser Orte einer jeweils spezifischen Logik und Notwendigkeit[…]." (ebd., Hervorhebung im Original)

Unter Anwendung dieser Feld-Perspektive wird im Folgenden analysiert, welche Machtrelationen und Positionierungen der verschiedenen Akteursgruppen hinter dem untersuchten lokalen Konflikt liegen. Er wird nun einer systematischen Feldanalyse unterzogen, wie Bourdieu sie beschreibt:

> „Eine Analyse in Feldbegriffen impliziert drei miteinander zusammenhängende, notwendige Momente […]. Erstens muß man die Position des Feldes im Verhältnis zum Feld der Macht analysieren. […] Zweitens muß man die objektive Struktur der Relationen zwischen den Positionen der in diesem Feld miteinander konkurrierenden Akteure oder Institutionen ermitteln. Drittens muß man die Habitus der Akteure analysieren, die Dispositionensysteme, die sie jeweils durch die Verinnerlichung eines bestimmen Typs von sozialen und ökonomischen Verhältnissen erworben haben und für deren Aktualisierung ein bestimmter Lebenslauf in dem betreffenden Feld mehr oder weniger günstige Gelegenheiten bietet." (ebd.: 136)

Der erste Schritt, das Verhältnis des betroffenen Feldes zum Feld der Macht zu klären, ist in diesem Fall unerheblich, da das politische Feld zusammen mit dem staatlichen bzw. bürokratischen Feld, dem Feld der Intellektuellen und dem ökonomischen Feld das Feld der Macht bildet (vgl. ebd.: 136, 143). Zwar handelt es sich hier nur um einen lokalen Ausschnitt des politischen Feldes, der zudem nur für einen spezifischen Konflikt untersucht wurde. Dennoch orientiert sich dieses lokale politische Feld an der Logik des gesamten politischen Feldes. Denn die Illusio des politischen Spiels, durch bestimmte Einsätze Erfolge – in diesem Fall Unterstützung und Legitimation für ihre Positionen – zu erlangen, haben alle Akteure des Feldes gemeinsam (vgl. Bourdieu 2001: 47). Nur die Art der Einsätze unterscheidet sich zwischen

verschiedenen politischen Feldern und den jeweiligen Gruppen an Akteuren. Diese Einsätze in Form ihrer Verteilung als Machtmittel bilden die objektive Struktur der Relationen.

Der zweite Schritt, diese objektive Struktur der Relationen zwischen den Positionen der konkurrierenden Akteure zu ermitteln, liegt im Folgenden im Fokus. Es kann auch von einer „Kampfarena" gesprochen werden, die es zu identifizieren gilt: „Es gilt herauszufinden, worum und mit welchen Mitteln Personen und Organisationen kämpfen." (Swartz 2012: 185)

Die „Kampfarena" des lokalen Konflikts ist die Auseinandersetzung um den Schlachthof zwischen kommunalpolitischen Entscheidungsträgern und Bürgerinitiativ-Akteuren, wobei über die formale Bürgerbeteiligung und insbesondere die Kommunalwahlen auch die gesamte wahlberechtigte Bevölkerung des Ortes einbezogen wird. Außerhalb der direkten lokalen Auseinandersetzung zwischen der BI und den Entscheidungsträgern spielen weitere Akteure mit mehr oder weniger wesentlichem Einfluss auf die lokale Auseinandersetzung eine Rolle, die hier im Verlauf der Analyse an relevanter Stelle genannt werden[26]:

- die Medien (regionale und überregionale),
- der Investor bzw. die Agrarindustrie,
- der Bauernverband bzw. weitere branchenspezifische Einzelverbände wie der Deutsche Raiffeisenverband, der Verband der Fleischwirtschaft, der Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie,
- die Bewegung gegen Massentierhaltung „Wir haben es satt!",
- ökologische Landwirte und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft,
- konsumkritische Kirchenvertreter,
- radikale Tierschutz- bzw. Tierrechtsaktivisten
- und die Umweltverbände.

[26] Siehe für eine grafische Übersicht die Felddarstellung in Kapitel 4.2.

Thematisch geht es um die Ansiedlung des Schlachthofs und die mit ihr verbundene Frage der Massentierhaltung und der weiteren Entwicklung der betroffenen Region (für die BI um eine bedrohte nachhaltige Entwicklung). Hinter den thematischen Auseinandersetzungen geht es im Kern um Legitimationsfragen. Sowohl die Entscheidungsträger als auch die Akteure aus der BI möchten für ihr Handeln im Feld Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger erhalten, um ihre jeweilige Position zu stärken. Die thematischen Auseinandersetzungen sind ein Mittel, um die jeweiligen ‚Angriffe' auf die Positionen der Gegenseite zu transportieren. Die Akteursgruppen kämpfen um die Legitimation ihrer verschiedenen Positionen im Feld.

Auf Seiten der politischen Entscheidungsträger wird dieser Positionskampf um Legitimation deutlich am Verhalten und an der Argumentation des Bürgermeisters. Er gesteht der BI zwar ihren Protest zu, schließlich gebe es Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, und er kann auch dem Framing der Konsumkritik etwas abgewinnen. Er fände es auch gut, wenn die Menschen gesünder Essen würden mit weniger und hochwertigerem Fleisch. Aber der Emotionalisierung insbesondere beim Framing des Tierschutzes bzw. Tierrechts, der lokalen und globalen Umweltauswirkungen, der Wachstumskritik sowie der Arbeitsbedingungen möchte er nicht folgen. Er hält diese Argumentationen für fehlgeleitet, unsachlich und unbegründet. Die BI hätte sich damit einem neutralen, sachlichen Informations- und Abwägungsprozess entzogen und absichtlich Emotionen und konflikthafte Auseinandersetzungen ins Spiel gebracht (siehe Kapitel 3.1). Ein Entgegenkommen wäre aus Sicht des Bürgermeisters nur bei der Größe der Anlage oder in Detailfragen wie einer stärkeren Begrünung der Anlage möglich gewesen. Tatsächlich sei der Schlachthof nun auch kleiner als dies laut B-Plan und Genehmigung möglich wäre, allerdings nicht aufgrund eines Entgegenkommens zugunsten der BI, sondern da der Investor die zusätzliche Kapazität aus wirtschaftlichen Gründen nicht benötigte und daher nicht ausgeschöpft hat. Aber der Schlachthof hätte aus Sicht des Bürgermeisters für eine Kompromissfindung mit der BI nie komplett zur Disposition stehen können, wie es die BI gefordert hat. Ein ergebnisoffenes Beteiligungsverfahren, wie es eine der Sprecherinnen der BI als Möglichkeit

innerhalb eines Raumordnungsverfahrens vorschlägt, das überlokale Auswirkungen des Schlachthofs in eine Abwägung einbeziehen hätte müssen, war dagegen kein Thema eines Entgegenkommens seitens der politischen Entscheidungsträger.[27] Zwar erkennt der Bürgermeister an, dass viele Akteure der BI „schlaue Leute" seien, aber er bekräftigt den Abschließungsprozess des politischen Prozesses gegen die Protestierenden, der nicht nur von ihm, sondern auch von den meisten Fraktionen des Rates mit Ausnahme der Grünen praktiziert wurde. Mit den Akteuren der BI sei schließlich nicht ernsthaft zu reden gewesen. Der Bürgermeister formuliert zudem seine Wahrnehmung, dass die BI nicht von radikalen (Tierschutz-/Tierrechts-)Aktivisten zu trennen sei. Er vermutet, dass die BI sogar mit solchen gezielt zusammenarbeitet.

Es handelt sich hierbei um eine Abwehrreaktion, da er das Handeln der BI als Angriff auf seine Position im Feld begreift. Seine Position ist die des Etablierten, des politischen Experten, der die Deutungshoheit und Definitionsgewalt als symbolische Dominanz besitzt. Er definiert, was in einer politischen Auseinandersetzung sachlich und was unsachlich ist, was also legitim und was nicht legitim ist. Dies ist eine gegen Protestbewegungen häufig vorgebrachte Abwehrhaltung. Sie werden dann pauschal als irrational bezeichnet, da sie mit einer vermeintlich nüchternen und rationalen Entscheidungsfindung nicht kompatibel wären (vgl. Roth 2011a: 104). Es ist der Versuch, die Grenzen des politischen Feldes auf die etablierten und von den Etablierten kontrollierten Verfahren und Auseinandersetzungen zu beschränken. Dabei gehören auch Herausforderer, die die Etablierten und ihren Status quo angreifen, zum politischen Feld. Ihre Handlungen müssen stets relational zueinander begriffen werden, da, wie Bourdieu schreibt, alle Akteure im politischen Feld grundsätzlich im Sinne eines Distinktionsbedürfnisses relational zueinander handeln (vgl. Bourdieu 2001: 77). So ist die BI als Gruppe von Herausforderern ein Teil des lokalen politischen Feldes, da sie sich im Feld artikulieren kann und dort politisch handelt. Zudem wird ihr durch regionale und überregionale Medien die Möglichkeit zur Artikulation in der Öffentlichkeit geboten.

[27] Allerdings ist fraglich, ob die BI mit ihrer weitgehend kompromisslosen Ablehnung des Schlachthofs zu einer deliberativen Abwägung bereit gewesen wäre, in der ohne Vorbehalte jedes Argument zunächst einmal zugelassen sein muss. Siehe hierzu auch Fußnote 33.

Der Bürgermeister begegnet den Herausforderern, indem er sich mit dem Versuch der Beschränkung der Verfahren und Auseinandersetzungen gegen eine bestimmte Art der Politik abgrenzt, die solche Protest- und Beteiligungsformen wie die hier untersuchte BI auszeichnet. „Politisches Lernen und Handeln kommen hier nicht ohne starke Emotionen und Motive, ohne Moral und Empörung, ohne Mitleid und Solidarität, ohne Zuspitzung und Dramatisierung aus." (Roth 2011a: 104) Protest- und Beteiligungsformen wie die BI versuchen auf diese Art und Weise, politischen Entscheidungsträgern die alleinige symbolische Deutungshoheit und Legitimation streitig zu machen. Diese Art der Politik ist eine

- offen moralische (vgl. hierzu kritisch Roth 2001: 54[28]), da viele Akteure zu unterschiedlich starker Moralisierung ihrer Argumente neigen (in meiner Fallstudie ist dies bei drei der interviewten Akteure zu beobachten – siehe Cornelia und Ralf, abgeschwächt auch Barbara, Kapitel 4.3 und 4.5.2),
- und offen affirmative, da ein positives Ziel (Erhalt der Region in einem nachhaltigen ökologischen Sinne) offensiv ausgegeben wird und als positives politisches Alternativkonzept vorgetragen wird.

Die entscheidenden Einsätze – Machtressourcen bzw. Kapitalformen – welche die Akteure in der Auseinandersetzung einsetzen, werden aus diesem Kampf um Legitimation ersichtlich: als symbolischer Kampf der Akteure um Klassifikationsschemata und insbesondere deren Legitimation. Swartz benennt hierfür ein Beispiel, dass auch im untersuchten Fall zu beobachten ist, nämlich die politische Forderung, „politische Themen ‚überparteilich' behandelt zu wissen." (Swartz 2012: 187) In der hier untersuchten Fallstudie tritt eine solche Forderung zutage, wenn der Bürgermeister fordert, die Auseinandersetzung

[28] Roth kritisiert, dass viele Bewegungsakteure durch Moralisierung eine Verbesserung politischer Willensbildung behindern würden: „[…] viele Bewegungsmobilisierungen reduzieren komplexe Themen auf simple Bilder, um damit mediengerechte Kampagnen ausstaffieren zu können. Die politische Auseinandersetzung wird so auf Skandalisierung verkürzt, die nicht sonderlich zur politischen Aufklärung, verbesserten politischen Willensbildung oder Aktivierung geeignet sind." (ebd.) Allerdings konstatiert er in einer neueren Publikation, dass gerade seit den 2000er Jahren eine Aufwertung der moralischen Dimension von Protest stattgefunden habe (vgl. Roth 2011a: 104 f.).

müsse neutral und sachlich und nicht emotional geführt werden (siehe Kapitel 3.1).

Die politischen Entscheidungsträger setzen auf ihr politisches Kapital der etablierten Akteure des politischen Feldes und damit auf die Macht zu definieren, was als politisch aushandelbar gilt und was nicht und wie diese Aushandlung vonstattengeht. Es handelt sich am Beispiel des Bürgermeisters insbesondere um delegiertes politisches Kapital (siehe Kapitel 2.5), dass ihm durch das Amt des Bürgermeisters übertragen wird, und um persönliches politisches Kapital, das sich aus der Repräsentativität durch die deutliche Unterstützung bei der Kommunalwahl speist.[29] Dieses Kapital setzt er für eine „Legitimation durch Verfahren" ein (siehe Kapitel 3.3), um symbolische Dominanz im Feld herzustellen. Die politischen Entscheidungsträger verweisen dahingehend in Bezug auf ihr eigenes Handeln auf eine vermeintlich neutrale und alternativlose Politik. Sie erreichen hiermit, dass die Gegenseite und ihre Argumente delegitimiert werden und die Massentierhaltung nicht als politisches Thema für den Aushandlungsprozess um den Schlachthof anerkennt wird (siehe Kapitel 3.1).

Die Fallstudie bestätigt durch diese Konstellation im lokalen politischen Feld den nicht ganz neuen Befund einer beharrenden Partizipationskultur[30] und damit auch ein Auftreten eines symbolischen Beteiligungsdefizits. Die Etablierten im politischen Feld, also die politischen Entscheidungsträger wie der Bürgermeister und die meisten Ratsfraktionen mit Ausnahme der Grünen, betreiben eine Delegitimierungsstrategie in Richtung der BI und verteidigen somit ihre symbolische Dominanz im Feld, da sie den öffentlichen Interessen der BI nicht durch eigenes öffentliches Handeln begegnen. Dadurch wurden die kritischen Bürger aber geradezu gezwungen, sich in einer nicht-

[29] Dieses Prinzip lässt sich weitgehend auf die Fraktionsvorsitzenden übertragen, wobei die Repräsentativität aufgrund unterschiedlicher Wahlergebnisse unterschiedlich ausfällt.

[30] Die Partizipation ist vor allem auf Seiten der etablierten Akteure und Strukturen beharrlich, nicht so sehr auf Seiten der zur Partizipation Gewillten. So spricht Holtmann von einer „Dynamik sozialen und kulturellen Wandels" (Holtmann 2015: 65), der die Beteiligungsformen unterworfen sind. Zum einen wächst die Bereitschaft, unkonventionelle Beteiligungsformen anzuwenden, wobei sich die Grenze, was als unkonventionell gilt, immer weiter verschiebt zugunsten neuer Formen. Zum anderen verlagert sich die Präferenz von organisationsbezogener zu themenbezogener Beteiligung (vgl. ebd.). Kersting verweist darauf, dass insbesondere die Seite des „invented space" der Beteiligung von vielen

institutionalisierten Protestform zu versammeln und zu betätigen, da ihre Position im politischen Feld ihnen keine andere Möglichkeit zuließ. Eine auf Teilhabe und Beteiligung am Abwägungsprozess ausgerichtete Bürgerbeteiligung gab es in diesem Fall nicht. Die kritischen Bürger hatten keine Gelegenheit, sich an einem fairen Legitimationsverfahren zur Entscheidungsfindung über die Ansiedlung des Schlachthofs zu beteiligen. Die übergroße Mehrheit der Kommunalpolitik beansprucht alle Legitimation für sich und fühlt sich durch die letzten Kommunalwahlergebnisse, die CDU und SPD als Befürworter des Schlachthofs wieder klar eine Mehrheit im Rat gebracht haben, darin bestätigt.

Das Gegenteil zur „Legitimation durch Verfahren", eine Legitimation aus „subjektiv-sozialen Quellen" (siehe Kapitel 3.3), die im öffentlich-politischen Raum sichtbar und debattierbar hergestellt werden muss, haben die Etablierten im politischen Feld der Fallstudie verhindert, indem sie ihre symbolische Dominanz wie dargestellt gezielt ausgespielt haben. Sie stellten ihre politische Praxis als alternativlos und selbstverständlich dar. Im Sinne Bourdieus wird hierdurch aus einer Illusio eine Doxa, also eine im Feld weithin akzeptierte Diskurs- und Glaubensordnung (siehe zum Begriff der Doxa Kapitel 2.5). Dies trifft sowohl auf die Wachstumslogik der Kommunalpolitik als auch auf die Logik der Massentierhaltung zu. Diese politische Doxa fungiert als Schließungsmechanismus gegenüber den Nicht-Eingeweihten:

> „Demnach ist einer der Effekte eines politischen Feldes, dass es die Spannbreite der möglichen politischen Ideen und Programme festlegt, aus denen der gemeine Bürger als Konsument wählen kann, was praktisch einer Form politischer Zensur gleichkommt." (Swartz 2012: 173 f.)

Die BI arbeitet gegen eine solche Tendenz auf lokaler Ebene an und fordert die Etablierten heraus. Insbesondere durch ihre affirmative Art der Politik formuliert sie ihre Vorstellungen über eine nachhaltige Raumentwicklung ohne Massentierhaltung und will sich gerade nicht als neutrale Bürger nur durch die

---

Bevölkerungsgruppen kreativ bearbeitet wird (vgl. Kersting 2015: 60). Siehe hierzu auch den Forschungsstand zur Konzeption politischer Beteiligung in Kapitel 2.4.1.

Etablierten informieren lassen. Die Akteure der BI besitzen offenbar ausreichend kulturelles Kapital im Sinne von Bildung, Wissen und Erfahrung, um aufzubegehren, eigene Ideen zu formulieren und andere politische Angebote zu fordern.[31] Sie politisieren auf lokaler Ebene das Thema Massentierhaltung im Zusammenhang mit dem Bau des Schlachthofs und greifen somit die von den Etablierten des politischen Feldes gesetzten Grenzen der Verfahren und Auseinandersetzungen und deren symbolische Dominanz an.

Aufbauend auf der von allen geteilten Illusio des politischen Spiels, Unterstützung und Legitimation für ihre Positionen zu erlangen, unterliegen alle Seiten einer jeweils eigenen Illusio – einer eigenen Vorstellung – darüber, was hierfür im Feld für sie wichtig ist, und erzeugen daraus den sozialen Sinn für ihr jeweiliges Handeln. Für die BI liegt ein gemeinsamer sozialer Sinn ihrer Praxis im Feld darin, ein lebenswertes, also ökologisch nachhaltiges Umfeld im ländlichen Raum zu schaffen, das frei von Massentierhaltung ist. Da diesem Ziel aus ihrer Sicht offenbar weder auf lokaler Ebene noch gesamtgesellschaftlich Priorität eingeräumt wird, möchte sie durch Protest zu einem gesellschaftlichen Wandel in dieser Hinsicht beitragen. Dies ist insbesondere für Bewegungen als eine häufige Legitimationsgrundlage für deren Protest beschrieben worden.[32] Dabei würden Bewegungen aber keinen konfrontativen Abbruch der Kommunikation bezwecken, sondern öffentlich wahrnehmbar eine Gegenposition deutlich machen wollen (vgl. Roth 2011a: 98). Diese Gegenposition spiegelt sich in der Positionierung der engagierten Akteure im politischen Feld wider. Bewegungsakteure und in diesem Fall die Akteure der BI sind im politischen Feld Herausforderer, die für sich mehr politisches Kapital akkumulieren wollen, um die symbolische Dominanz der Etablierten anzugreifen und im Idealfall zu brechen.

Da sie als Engagierte in einem politischen Konflikt Teil des politischen Feldes sind, müssen sie die Verteilungsmechanismen des Kapitals des Feldes bearbeiten, um der Konkurrenzlogik folgend ihre eigenen

[31] Auf die Kapitalressourcen der Einzelakteure wird später nach ausführlicher Analyse zusammenfassend in Kapitel 4.6 eingegangen.

Klassifikationsschemata gegen die der Etablierten in Stellung zu bringen. Daher brechen sie die Kommunikation nicht ab. Die Verteidigungshaltung der Etablierten des politischen Feldes führt dazu, dass Bewegungen dann häufig die Veränderung dieses Machtgefüges anstreben (vgl. Roth 2011a: 103), was von der Gegenseite als konfrontativ und subversiv wahrgenommen werden kann. Im Sinne Bourdieus versuchen die Herausforderer, im hier untersuchten Fall die Akteure der BI, Protest als Quelle für politisches Kapital zu nutzen, um den Status quo im politischen Feld anzugreifen. Der Status quo, also die herkömmliche politische Arbeitsteilung, nach der die Etablierten als Delegierte der politischen Laien auftreten, ist nach Bourdieu kein Naturgesetz. Denn sie sei ein Produkt der Konstellationen des politischen Feldes, die sich grundsätzlich verändern können (vgl. Bourdieu 2001: 67 f.). Die Herausforderer der BI haben aufgrund genügender kultureller Kapitalressourcen genug Selbstvertrauen und Erfahrungen, um über diese Konstellation hinauszudenken und nutzen für den Versuch einer solchen Veränderung der Konstellation soziales Kapital im Sinne von Mobilisierungspotential und symbolisches Kapital im Sinne von Authentizität.[33] Hierdurch versuchen sie, ihrerseits eine Delegitimierung der Position der Etablierten zu erreichen.

Beide Seiten setzen in der Auseinandersetzung zusätzlich auf Bündnisse als soziales Kapital zur Festigung oder Unterstützung der jeweils eigenen Position im Feld. Die politischen Entscheidungsträger besitzen zwar eine andere Illusio als die Agrarindustrie und ihre entsprechenden Verbände. Für die Agrarindustrie liegt der soziale Sinn ihrer Praxis nämlich darin, eine ökonomisch möglichst effiziente Produktion von günstigen tierischen Lebensmitteln zu erreichen, um einen immer stärker globalisierten Markt zu bedienen, dessen Nachfrage wächst (siehe Kapitel 2). Hierzu nimmt sie auf

[32] „In und mit sozialen Bewegungen versuchen üblicherweise solche Akteure Einfluss zu gewinnen, die sich und ihre Interessen im politischen Normalbetrieb nicht, zumindest nicht angemessen berücksichtigt sehen." (Roth 2011a: 103)

[33] Sie haben sich in ihrer subjektiven Perspektive im Gegensatz zu den politischen Entscheidungsträgern tiefgreifender mit dem Thema Massentierhaltung auseinander gesetzt (siehe die Analyse der argumentativen Frames in Kapitel 4.5.2). Aber auch die Illusio der BI droht, in einem eigenen Protest-Feld zu einer Doxa zu werden, insbesondere in den Punkten, in denen ihre Akteure Kompromisslosigkeit predigen (bspw. die komplette Ablehnung der

bestimmte Akteure des politischen Feldes Einfluss und steuert die politischen Rahmenbedingungen durch Lobbying ihrer Interessenverbände mit (siehe Kapitel 3.3 Abbildung 6). Die Entscheidungsträger benötigen dagegen die Wirtschaft für die Aufrechterhaltung ihrer eigenen Position im Feld; ihre symbolische Dominanz für die kommunale Entwicklung. Die Interessen verknüpfen sich darin, dass die Entscheidungsträger hierfür ökonomisches Kapitel in Form von Haushaltsmitteln benötigen, deren Erwerb ihnen mit der Ansiedlung des Schlachthofs durch Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen ermöglicht wird. Sie wollen generell möglichst viel Gewerbe ansiedeln, um Einnahmen für die kommunalen Finanzen zu generieren, aus denen wiederum die Entwicklung und der Erhalt kommunaler Infrastruktur bezahlt werden. Hierfür gehen sie mit der kompromisslosen Unterstützung der Ansiedlung des Schlachthofs ein Bündnis mit den Akteuren der Agrarindustrie ein. Es handelt sich um ein Bündnis dieser unterschiedlichen Akteursgruppen aus verschiedenen Feldern und mit verschiedenen Illusio bzw. Doxa.

Dieses Bündnis wurde durch die damalige von CDU und FDP dominierte niedersächsische Landespolitik unterstützt, deren Politik viel deutlicher auf Interessen basierte, die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen zugeordnet werden können, als die Protestpraxis der BI. Die Agrarindustrie und die aus verschiedenen Interessenverbänden – der Name macht die Rolle eindeutig – konstituierte Agrarlobby betreiben ebenso wie die BI und die Bewegung im Grunde eine interessengeleitete Politik, wobei zumindest die Praxis der BI hier empirisch nachweisbar deutlich diverser aufgestellt ist, wie noch gezeigt werden wird (siehe Kapitel 4.5.2 und 4.5.3). Der vermeintliche Widerspruch, der hier von den lokalen Entscheidungsträgern zwischen ihrer Art der Politik und der Praxis der BI aufgebaut wird – vermeintlich neutral und an den Interessen der breiten Allgemeinheit ausgerichtet versus gruppenspezifische Interessen – entfaltet somit auch umgekehrt eine gewisse Plausibilität.[34]

---

konventionellen Landwirtschaft oder stark moralisierende Einstellungen einzelner Akteure hinsichtlich Veganismus).

[34] Der Vorwurf der lokalen Entscheidungsträger drückt die Machtposition im Feld aus, da durch ihn wie dargestellt symbolische Dominanz ausgeübt wird. Dies ist generell bei Ideologievorwürfen zu beobachten, die einer Beleidigung gleichen können, wie dies Bourdieu beschreibt: „To describe a statement as ideological is very often an insult, so that this ascription itself becomes an instrument of symbolic domination.“ (Bourdieu/Eagleton 1992: 111 f.)

Der Unterschied zwischen den jeweiligen Illusio liegt vielmehr in der Art und Weise der Darstellung und Legitimierung der jeweiligen Praxis. Für die BI ist ihre stärker moralisch und affirmativ orientierte Argumentationsweise ein Teil der offenen politischen Auseinandersetzung, während die lokalen Entscheidungsträger, und in diesem Zuge indirekt und gerade nicht affirmativ die Agrarindustrie, ihre Interessen mittels einer vermeintlich neutralen und an der Allgemeinheit ausgerichteten Politik formulieren und durchsetzen. Zudem braucht die Agrarindustrie dabei nicht aus einer dominierten Position heraus zu agieren wie die BI oder die Bewegung, sondern bedient sich durch das Bündnis mit den Entscheidungsträgern der legitimen Machtmittel des politischen Feldes, indem sie Verbindungen zu einflussreichen Entscheidungsträgern pflegt und ihre wirtschaftliche Bedeutung geltend macht.

Die BI setzt auf politische Bündnisse mit kritischen Akteuren wie ökologischen Landwirten, konsumkritischen Kirchenvertretern und den Umweltverbänden, die auch zentrale Träger der sozialen Bewegung gegen die Massentierhaltung sind. Hinzu kommt ein indirektes Bündnis mit einigen überregionalen Medien, die den lokalen Konflikt aus Sicht der BI sehr wohlwollend begleitet haben und ihr dadurch geholfen haben, soziales Kapital für die Mobilisierung ihres Protests zu erzeugen.[35] Dieses Bündnis ist aber nur ein indirektes, da diese Medien kein grundsätzliches Interesse in der Auseinandersetzung vertreten (zumindest kein offensichtliches, das die BI direkt für sich reklamieren könnte), sondern sie haben aus der Medienlogik heraus ein Interesse an der Auseinandersetzung, da diese aufgrund ihrer Emotionalität, politischen Brisanz und thematischen Relevanz als „kritisches Verbraucherthema“ einen hohen Nachrichtenwert[36] insbesondere in liberal-intellektuell und ökologisch geprägten Milieus verspricht. Die BI hat diese Aufmerksamkeit für sich genutzt.

Somit sind die grundlegenden Machtressourcen, die die Akteure im Feld für die Auseinandersetzung um ihre Positionen einsetzen, die Illusio und Interessen, die hinter dem Handeln liegen, sowie die expliziten und impliziten

[35] Zu nennen sind hier insbesondere Tageszeitungen wie die taz und die Süddeutsche Zeitung sowie Wochenzeitungen wie Der Spiegel und Die Zeit.
[36] Vgl. zur Nachrichtenwerttheorie Maier et al. 2010.

Machtverhältnisse analysiert. Für die Etablierten des Feldes, hier am Beispiel des Bürgermeisters analysiert, sind die entscheidenden Machtressourcen ihr etabliertes, vor allem delegiertes und persönliches politisches Kapital, das sie aus ihrer durch Wahlen legitimierten Repräsentativität und ihren Ämtern bzw. Mandaten gewinnen, sowie soziales Kapital aus politischen Bündnissen. Sie setzen ihre Machtressourcen für eine „Legitimation durch Verfahren" ein, um symbolische Dominanz herzustellen und zu erhalten. Die BI setzt dagegen darauf, aus ihrem sozialen Kapital zur Mobilisierung des Protests, für das sie Bündnisse aufgebaut hat und auch symbolisches Kapital der Authentizität einsetzt, politisches Kapital zu akkumulieren, um die Positionen der Etablierten im Feld anzugreifen und die Grenzen des legitimen politischen Prozesses zu ihren Gunsten zu verschieben.

Zusammenfassend und ergänzend kann politisches Kapital von den Akteuren im lokalen politischen Feld im Rahmen des untersuchten Konflikts auf verschiedene Weise akkumuliert werden:

- Durch Bündnisse mittels sozialen Beziehungen (= soziales Kapital) und deren Unterstützung für eigene Positionen bzw. Einfluss auf andere Akteure (z.B. durch Lobbying und Netzwerken),
- Kredit und Vertrauenskapital bzw. Prestige (persönliches politisches Kapital als symbolisches Kapital) mittels Authentizität oder symbolische[37]/institutionelle Zugehörigkeit, um Unterstützung mobilisieren zu können,
- politische Ämter (delegiertes politisches Kapital) und die dazugehörige symbolische und bürokratische Ebene von Repräsentativität bzw. Staatlichkeit (z.B. Amts- oder Mandatsbezeichnung, Rednerpult, Rathaus und Ratssaal, Verwaltung), um Machtmittel (im Sinne eines staatlichen Machtverständnisses[38]) einzusetzen, oder in Ämtern wie Sprecher der BI durch die symbolische Ebene, mittels eines zivilen

[37] Diese Ebene ist für soziale Bewegungen sehr bedeutsam, da sie „auf Basis symbolischer Integration" (Ullrich 2015: 9) entstehen. Ihnen fehlen in den meisten Fällen starke institutionelle Strukturen wie traditionellen Organisationen (bspw. Parteien), so dass die symbolische Zugehörigkeit einen wichtigen Stellenwert besitzt.

[38] Roth (vgl. 2011a: 249 f.) unterscheidet zwischen einem klassischen Staats- und Machtverständnis mit nur einem legitimen Machtmonopol im Sinne Max Webers, das bis heute

Staats- und Machtverständnisses[39] repräsentativ für eine zivilgesellschaftliche Organisation zu sprechen, um ebenfalls deren Machtmittel einzusetzen,

- Protest sowie dazugehörige Slogans und Rituale (wie Bauern mit ihren Traktoren auf Demonstrationszügen) ebenfalls als symbolische Ebene eines zivilen Staats- und Machtverständnisses, aber auch Aktionen zivilen Ungehorsams wie Sitzblockaden, Besetzungen etc. im Sinne eines subversiven Verständnisses politischer Praxisformen, um Druck auf die Entscheidungsträger und den Investor bzw. die Agrarindustrie aufzubauen und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren,
- Beteiligung und Repräsentation, um Einfluss auf Entscheidungsträger zu erlangen,
- die für Ämter, Proteste und Beteiligungsformen nötige Bildung und „richtige Sprache", Wissen und Erfahrung – z.B. über nützliche politische Strategien (= kulturelles Kapital),
- oder Geld – z.B. für Wahlkämpfe[40], Demonstrationen oder andere Protestformen, Gutachten (= ökonomisches Kapital).

Hierdurch sind auch die grundlegende Struktur des Feldes und die Positionierungen der wesentlichen Akteursgruppen skizziert. Im folgenden Kapitel werden diese Erkenntnisse der Feldanalyse weiter verdichtet und grafisch überblicksartig aufbereitet. Den dritten von Bourdieu für eine Feldanalyse beschriebenen Schritt, die Habitus der Akteure zu bestimmen, wird für die interviewten Einzelakteure der BI in Kapitel 4.5.1 im Zuge der Milieueinordnung durchgeführt.[41]

---

dominieren würde, und einer zivilen Politik- und Machtkonzeption, die sich stärker an einer Konzeption von Hannah Arendt orientiert.

[39] „Hannah Arendt entwirft […] eine demokratische Politik- und Machtkonzeption, die auf das freiwillige Zusammenwirken freier Menschen im politischen Raum zum gemeinsamen Nutzen zielt. […] Sie bricht mit der Vorstellung eines Nullsummenspiels von Macht und setzt auf verbesserte individuelle und gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit." (Roth 2011a: 249 f.)

[40] Viele Kandidaten investieren für ihren persönlichen Wahlkampf eine große Menge privates Geld. Dies ist insbesondere für Bundestagswahlkämpfe untersucht worden (vgl. Schäfer 2013: 11 f.). Aber auch bei Kommunal-, Landtags- und Europawahlen ist dies zu beobachten, wie der Autor aus teilnehmender Beobachtung weiß.

[41] Für den Bürgermeister wird eine Habitus-Analyse nicht durchgeführt, da über ihn nicht ausreichend persönlich-biographisches Material erhoben wurde.

4.2 Konstruktion des lokalen politischen Feldes mit den wesentlichen Akteursgruppen

Die soeben analysierten Grundbedingungen des Konflikts im lokalen politischen Feld werden im Folgenden als Feld konstruiert. Dieses spezifische Feld stellt meinen Versuch dar, die Konstellation der wesentlichen Akteursgruppen auf lokaler Ebene anhand der empirischen Erkenntnisse abzubilden. Hierfür wird die Struktur des Feldes grafisch dargestellt. In einem späteren Schritt werden weitere Erkenntnisse über die Relationen und die Bewegungen der Akteure im Feld zu dieser Darstellung hinzugefügt. Die Konzeption des Feldes folgt der Feld-Theorie von Bourdieu (siehe Kapitel 2.5).

Die hieraus abgeleitete grundlegende Konstruktionsbedingung politischer Felder – eine Bipolarität zwischen den Etablierten und den Herausforderern – kann für die Konstruktion meines Falles weiter differenziert werden. Im Sinne einer politischen Praxis und damit einhergehender Staats- und Machtverständnisse kann zusätzlich zu der Bipolarität von einer Differenzierung in subversive, zivile und staatliche Formen politischer Praxis gesprochen werden. Diese Differenzierung wird abgeleitet aus der Unterscheidung zwischen subversiver und systemstabilisierender Praxis in der Heuristik zum politischen Feld von Bremer/Kleemann-Göring (siehe Kapitel 2.5) und der Differenzierung von Roth zwischen staatlichem und zivilem Staats- und Machtverständnis (vgl. Roth 2011a: 249 f.; Fußnoten 38 und 39).

Die BI, die Bewegung und weitere mit der Bewegung zusammenhängende Akteursgruppen wie radikale (Tierschutz-/Tierrechts-)Aktivisten etc. bilden das Spektrum zwischen den subversiven und den zivilen Formen ab. Die Praxis ihrer Akteure ist im Gegensatz zu den etablierten Akteuren des politischen Feldes dynamischer und weniger institutionalisiert angelegt, wie dies auch Postill für seine „Fields of civic action“ beschreibt (vgl. Postill 2014: 6). Die staatlichen Formen sind bei den Etablierten des politischen Feldes zu finden. Diese sind gekennzeichnet durch institutionelle Strukturen und Mechanismen, in denen formale und konventionelle politische Praxis stattfindet. Subversive Formen sind dagegen durch informelle Strukturen und unkonventionelle Praxisformen geprägt, daher auch grundsätzlich dynamischer. Dazwischen liegt eine gemischte, zivile Variante, die sich durch assoziative Strukturen

auszeichnet (z.B. Vereine, Bürgerinitiativen etc.) und von beiden Polen etwas in sich vereint. Die Grenzen sind insbesondere zwischen den subversiven und den zivilen Formen fließend, aber auch die stärker institutionell fixierte Grenze zu den staatlichen Formen, die zugleich die Grenze zwischen den Etablierten und den Herausforderern im Feld markiert, ist umkämpft. Es wird um die Legitimität des Zugangs zu politischen Entscheidungen gerungen.

Diese verschiedenen Verständnisse und Formen politischer Praxis stehen in einer andauernden Auseinandersetzung miteinander (vgl. Roth 2011a: 250), ebenso wie die Akteure als Träger dieser Verständnisse und Praxisformen, die im Feld um die Durchsetzung ihrer Klassifikationsschemata ringen. Es wird darum gerungen, was als politisch aushandelbar gilt und was nicht, und wie diese Aushandlungen vollzogen werden. Das Feld-Konzept eignet sich besonders gut, um diese Auseinandersetzungen und Kämpfe im Sinne von Kräftefeldern anschaulich zu beschreiben.

Für Bourdieu sind Felder und ihre Unterfelder (so das hier untersuchte lokale politische Feld mit eigener Logik und eigenen Regeln) potentiell offen und besitzen sehr dynamische Grenzen, um deren Verlauf im jeweiligen Feld gekämpft wird (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 135). Solche politischen Kämpfe als Feldauseinandersetzungen um Deutungshoheiten und Machtpositionen werden in verschiedenen Kontexten immer wieder beschrieben, bspw. in Bezug auf die spanischen Protestbewegungen 15M/Indignados – Ausgangspunkt dieser Bewegungen war die Besetzung des Puerta del Sol in Madrid am 15. Mai 2011 durch „Indignados“, auf Deutsch „Die Empörten“. Für Postill besteht diese 15M-Bewegung aus einer Serie verschiedener solcher Mobilisierungen und Kämpfe, die jeweils eigene Felder ausbildeten (vgl. Postill 2014: 6, 8; auch Fligstein/McAdam 2011: 4). Diesem Verständnis folgend bildet der hier untersuchte lokale Konflikt um den Schlachthof ein eigenes lokales politisches Feld aus.

Zur Konstruktion dieses lokalen politischen Feldes für meinen untersuchten Fall schließe ich an die grundlegende Heuristik zum politischen Feld von Bremer/Kleemann-Göhring an (siehe Kapitel 2.5). Im Unterschied zu dieser allgemeinen Heuristik, die keinen spezifischen Fall darstellt, sind in meinem

Fall die in der obigen Feldanalyse genannten Akteursgruppen zu positionieren. Diese umfassen unter den *Etablierten*:

- einen Großteil der lokalen kommunalpolitischen Entscheidungsträger,
- die lokale Verwaltung,
- einen Großteil der lokalen Parteien
- sowie die verarbeitende Agrarindustrie, zu der der Investor gehört, der Einfluss auf das lokale Feld nimmt.

Unter den *Herausforderern* sind es:

- die BI,
- einzelne Vertreter der lokalen kommunalpolitischen Entscheidungsträger (sofern sie den Herausforderern angehören),
- ein kleinerer Teil der lokalen Parteien (hauptsächlich Die Grünen)
- sowie ökologische Landwirte, die in Verbindung mit der BI stehen.

Hinzu kommen verschiedene Akteursgruppen, die im Sinne der Logik des politischen Feldes agieren, dies aber fast ausschließlich auf überregionaler Ebene tun und im lokalen politischen Feld nicht explizit oder nur sehr temporär auftreten. Hierzu zählen unter den Etablierten der Bauernverband bzw. weitere branchenspezifische Einzelverbände sowie unter den Herausforderern die Bewegung gegen Massentierhaltung „Wir haben es satt!“, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, konsumkritische Kirchenvertreter, die Umweltverbände sowie radikale Aktivisten. Aber im Zusammenspiel mit den anderen etablierten Akteuren bzw. im Bündnis mit der BI oder im Fall der radikalen Aktivisten auch unabhängig von ihr nehmen sie durch temporäres lokales Handeln ebenfalls Einfluss auf das lokale Feld und den Konflikt. Die großen Umweltverbände wie BUND und NABU bringen hier bspw. ihr politisches Kapital vor Ort ein, indem sie die BI bei den Einwendungen im Zuge des Genehmigungsverfahrens unterstützt und bei einem Erörterungstermin persönlich vertreten haben. Auch zu der Bewegung tragen sie in großem Umfang bei, indem sie im Gegensatz zu Früher selbstverständlicher Protestformen gezielt unterstützen (vgl. Rucht 2011a: 74 f., 79).

Außerhalb der Feldlogik des politischen Feldes bewegen sich die Medien, die ebenfalls eine Rolle für die Auseinandersetzung spielen, indem sie insbesondere für die BI und die Bewegung, aber auch für die lokalen Entscheidungsträger und Parteien, eine wichtige Darstellungsplattform für eigene Positionen bieten.

Diese Akteursgruppen bilden zusammen das lokale Feld (siehe Abb. 7), wie es für die hier untersuchte Konstellation in Erscheinung tritt. Sie werden im Sinne ihrer politischen Praxis im Feld angeordnet, wobei ihre Praxis in anderen Feldern (bspw. im ökonomischen Feld) unberücksichtigt bleibt. Es handelt sich für die lokale Auseinandersetzung um den Schlachthof im Gegensatz zur Heuristik von Bremer/Kleemann-Göhring somit um eine empirisch abgesicherte Feld-Konstruktion für diesen spezifischen Fall.

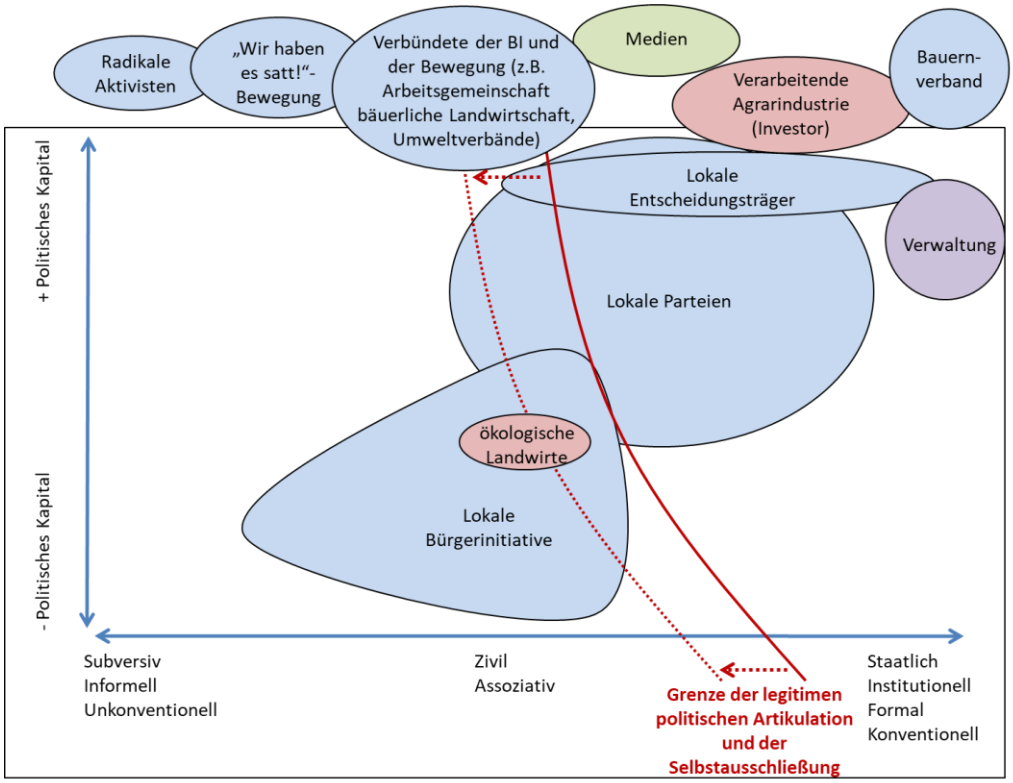


Abbildung 7: Das lokale politische Feld des hier untersuchten Protests gegen den Schlachthof und die Massentierhaltung mit den relevanten Akteursgruppen (eigene Darstellung).

Auf der Vertikalen ist das Volumen des politischen Kapitals angezeichnet. Diese „Machtachse" ist ausschlaggebend für die Positionierung der lokalen

Akteursgruppen (und später auch für die Positionierung der Einzelakteure) im Sinne ihres Einflusses und ihrer Entscheidungsmacht im lokalen politischen Feld. Für die hauptsächlich überregional agierenden Akteursgruppen, die hier oberhalb des lokalen Feldes angeordnet sind, gilt diese vertikale Achse nicht, da ihr Kapitalvolumen nicht ins Verhältnis zu dem der lokalen Akteursgruppen gesetzt wird.

Zudem wird eine horizontale Ausdifferenzierung hinsichtlich der Legitimation der Formen politischer Praxis (subversiv – zivil – staatlich) dargestellt[42]. Die rote „Grenze der legitimen politischen Artikulation und der Selbstausschließung“ wird von den Etablierten des Feldes verteidigt gegen den Versuch der Herausforderer, sie zu ihren Gunsten zu verschieben (durch Pfeile und gepunktete rote Linie angedeutet).

Die Akteursgruppen der Medien, der ökologischen Landwirte, der verarbeitenden Agrarindustrie und der Verwaltung sind andersfarbig dargestellt, da sie neben ihrer dargestellten politischen Rolle primär in anderen Feldern im Sinne einer anderen Logik (Medienlogik, landwirtschaftliche bzw. ökonomische Logik, Verwaltungslogik) handeln.

Nun kann die Entwicklung im Verlauf der Auseinandersetzung anhand der interviewten Einzelakteure der BI nachgezeichnet werden, indem sie in die Feldanalyse einbezogen und dort einzeln positioniert werden. Es könnte grundsätzlich angenommen werden, dass alle Einzelakteure der BI die gleichen Erfahrungen während der Auseinandersetzung gemacht haben und somit auch mit der gleichen Position im Feld aus dieser Auseinandersetzung hinaustreten. Wie aber anhand der nun folgenden Kapitel gezeigt und analysiert wird, sind die Positionen der Einzelakteure vor, während und nach der Auseinandersetzung sehr divers und heterogen. Das Aktivwerden im Protest, das Eintauchen der Akteure in einen politischen Konflikt und die Konsequenzen dieses Engagements lösen individuelle Dynamiken bei den Akteuren aus, die eine Feldanalyse berücksichtigen muss. Teil einer politischen Auseinandersetzung oder einer Bewegung zu werden bzw. zu sein bedeutet in diesem Fall, sich selbst im Feld zu bewegen und Positionen zu verändern.

Diese sozialen Relationen und Dynamiken werden in den nun folgenden Kapiteln in den Fokus gerückt.

[42] Diese Differenzierung spiegelt sich in der Struktur des politischen Kapitals (siehe Kapitel 4.1) und der damit einhergehenden Praxis der Akteure wider.

4.3 Engagiert gegen Massentierhaltung: Einblick in die Protestpraxis der Bürgerinitiative anhand einiger Einzelakteure

Zunächst werden nun die fünf interviewten Einzelakteure der Bürgerinitiative und ihr Engagement überblicksartig dargestellt, um anhand des empirischen Materials einen ersten Einblick in die Protestpraxis der BI zu gewinnen. Nach einer jeweiligen kurzen biographischen Einführung werden anhand einiger Zitate aus den Interviews erste zentrale Merkmale der sozialen Praxis der Akteure beschrieben, die für ihr Engagement relevant sind und dessen Hintergründe beleuchten.

4.3.1 Barbara – Lokaler Protest, überregionale Vernetzung und globaler Nachhaltigkeitsdiskurs

Barbara ist 63 Jahre alt, seit Beginn des Protests dabei und wohnt im betroffenen Dorf, allerdings nicht in unmittelbarer Nähe zum Schlachthof. Sie hat die Mittlere Reife erlangt und Chemielaborantin gelernt und diesen Beruf einige Jahre in einem mittelgroßen Betrieb ausgeübt. Nach einigen Jahren der Mutterschaft und anschließender Erziehungszeiten hat sie als Bürokraft für eine SPD-Gliederung gearbeitet. Nun ist sie seit einigen Jahren in Rente. Sie war zudem aktive Gewerkschafterin in der Zeit ihrer Tätigkeit als Chemielaborantin.

Zum Zeitpunkt meiner Befragung ist Barbara eine der Sprecherinnen der BI. Sie zeigt in ihrer Protestpraxis eine spezifische politisch-strategische Berechnung. Hierfür spricht, dass in ihrer Biographie politisches und gewerkschaftliches Engagement hervorsticht. Sie und ihr Ehemann, der ebenfalls ein wichtiger Akteur der BI ist, sind langjährige Mitglieder der SPD. Zudem hat sie wie erwähnt einige Zeit in der Verwaltung einer SPD-Gliederung gearbeitet. Außerdem hat sie politisches Wissen durch ihren Mann gewonnen, der vor einigen Jahren Kommunalpolitiker für die SPD war. Dennoch macht sie auch Sympathien für die Grünen deutlich, was zusammen mit einer Experimentierfreudigkeit mit alternativen ökologischen Lebensstilen auf ein sozial-ökologisches Gesellschaftsbild hindeutet und eine Nähe zum rot-

grünen Projekt symbolisiert. Sie glaubt, dass jeder und jede seine bzw. ihre eigene Meinung klar formulieren sollte und für sie persönlich scheint dies sehr wichtig zu sein. Sie vermeidet keine Konflikte, was bspw. anhand einer frühen Auseinandersetzung mit ihrer Gewerkschaft offensichtlich wird, die sie einmal eine Kommunistin nannte, da sie gegen Atomkraft argumentierte, die Gewerkschaft aber dafür. Sie glaubt an ein Engagement von unten, versucht Einflüsse von Machtkartellen von oben zu verhindern, beschreibt sich selber aber als eine Art Mediatorin zwischen der Basis und den jeweiligen Eliten und nicht als normales Mitglied der Basis. Zusätzlich verknüpft sie ihr derzeitiges Engagement gegen die Massentierhaltung mit ihrer früheren Ablehnung der Atomkraft und den damit einhergehenden Konflikten und Protesten besonders in den 1970er und 80er Jahren:

> *„Also es ist für mich so, wie das früher auch war, bei der Kernenergie habe ich immer gesagt, wenn man nicht die Entsorgung gesichert hat, kann man so etwas nicht machen. Soo, das war immer ein schlagendes Argument. Da haben diese technikgläubigen Leute immer gesagt: ‚Ach das findet man schon noch.‘" (Barbara)*

Für Barbara handelt es sich hierbei um eine Frage von Rationalität, die ihrer Meinung nach gegen ungehemmtes ökonomisches Wachstum spräche, das auf atomarem Abfall basiert. Atomkraft soll günstige Energie bereitstellen und damit die Wirtschaft unterstützen. Aber für sie ist die Frage der Entsorgung des atomaren Abfalls eine Kernfrage, die nach wie vor nicht gelöst ist. Diese Konstellation ist für sie vergleichbar mit dem Thema der Massentierhaltung. Dort soll günstiges Fleisch für einen globalisierten Markt bereitgestellt werden, aber viele Fragen über negative Auswirkungen sind weder gelöst oder überhaupt ausreichend zur Kenntnis genommen:

> *„Und hier ist es genauso. Ich denke, wenn die Menschen nicht vernünftig werden, wird das nicht funktionieren auf Dauer. […] Ich meine, wir werden nie wieder zu einer Landwirtschaft wie vor fünfzig Jahren zurückkommen, was uns ja oft vorgeworfen wird, wir würden das fordern. Das ist richtig. Aber es ist eben die Frage, ob es so wie jetzt richtig ist und immer so weitergehen muss. // I: Ja, die Frage darf*

erlaubt sein. // B: Also es ist immer wieder auch eine Wachstumsfrage, das ist immer wieder das gleiche, also dass man Grenzen nicht erkennt, denke ich. Und dadurch, dass wir eben auch mit der Kirche diesen Kontakt hatten, wobei man dann immer überlegt, wie ich es ja nun gelernt habe, von klein an, dass man auch immer den Leuten erst einmal zuhört, wo sie herkommen, und wenn sie dann sagen: ‚Ja, also wir sind nicht unbedingt dagegen, dass Tiere geschlachtet werden. Und Nutztierhaltung und so etwas, das ist auch in Ordnung.' Aber dass man dann sagen muss, dass es immer Grenzen geben muss. Dass die Menschen selber auch irgendwelche Grenzen einhalten müssen." (Barbara)

Fasst man diese biographischen Elemente zusammen, zeigen sich viele Anzeichen eines politischen Engagements und eine Nähe zu sozialen Bewegungen, insbesondere zu solchen, die sich mit Nachhaltigkeit und Wachstumskritik beschäftigen. Diesbezüglich ist sie der Meinung, dass Bürgerinitiativen einen wichtigen Teil eines solchen Engagements von unten darstellen[43]:

„Aber echte Alternativen zu benennen glaube ich traut sich keiner, macht keiner. […] Es geht nicht immer ‚schneller, höher, weiter', sondern wir müssen überlegen, wie wir das, was wir erwirtschaften, vernünftig einsetzen können und wieder den Menschen mehr Möglichkeiten geben, in ihrem Umfeld etwas zu bewegen. Und ich glaube, das ist die große Überschrift und ich glaube, dass sich Politiker nicht so richtig trauen, dies irgendwie zu propagieren. Also auch vielleicht mit weniger auszukommen. Und Entwürfe zu haben, dass wenn nicht immer die Löhne steigen und immer mehr konsumiert werden kann, dass dann nicht alles zusammen bricht. Und einen Gegenentwurf zu haben, ich denke immer, das lohnt sich eigentlich darüber nachzudenken. Und im Grunde genommen fangen Bürgerinitiativen ja auch ganz unten damit an, ja. Da trifft man auf viele solcher Menschen, die schon für sich Alternativen gefunden haben oder Querdenker sind, sag ich mal." (Barbara)

Barbaras früheres gewerkschaftliches Engagement und ihre spätere administrative Tätigkeit für die SPD sowie ihre Kenntnisse aus dem politischen Engagement ihres Mannes helfen ihr, politische Prozesse wie die Entscheidungsprozesse rund um das Plan- und Genehmigungsverfahren des Schlachthofs zu verstehen. Außerdem nutzt sie diese Erfahrungen, um die BI strategisch auszurichten und zu framen. Gleichzeitig führen diese Einblicke in den politischen Prozess bei ihr auch zu Frustration und Enttäuschung über die politischen Akteure und die lokale Entscheidungsfindung. Der sehr schnelle Entscheidungsprozess der lokalen politischen Akteure wird als Überraschungstaktik und „Hinterzimmerpolitik" interpretiert. Sie wirft den Entscheidungsträgern vor, sie hätten die Öffentlichkeit absichtlich zu spät informiert und ihre Informationen nur teilweise veröffentlicht. Daher sei ihrer Meinung nach eine ehrliche öffentliche Diskussion und Deliberation von den Entscheidungsträgern gar nicht angedacht gewesen. Diese Enttäuschung kam überraschend für sie, da ‚ihre' Ratsmitglieder der SPD ebenfalls geschlossen für das Projekt stimmten und den intransparenten und schnellen Entscheidungsfindungsprozess somit akzeptierten. Dies stellt für sie zudem eine Lernerfahrung dar. Sie lernte, dass sie sich auch gegen die lokalen Autoritäten des politischen Feldes wehren musste, denen sie sich eigentlich aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit und Erfahrungen aus der Vergangenheit relativ nahe fühlte.

Zweitens verdeutlicht sie die Vielfältigkeit an Themen, die mit der Massentierhaltung verbunden sind. Für sie ist die Entscheidung, die die lokalen Entscheidungsträger getroffen haben, unverständlich. Sie kann nicht nachvollziehen, wie diese ein Anwachsen der negativen Auswirkungen der Massentierhaltung für ihre Region einfach ignorieren konnten. Die weitreichenden lokalen Auswirkungen beinhalten Effekte auf die Umwelt, mögliche Gesundheitsrisiken, den Tierschutz und Verkehrsbelastung. Zusätzlich reichen einige Auswirkungen über die lokale Ebene hinaus bis hin zur globalen Ebene, indem die Landwirtschaft und Nahrungsmittelmärkte im internationalen Maßstab beeinflusst und nicht nachhaltiges ökonomisches Wachstum und ungesunde Lebensstile verursacht werden.

[43] Vgl. zum Zusammenhang von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen Kapitel 2.4.1.

Das folgende Zitat repräsentiert diese beiden Aspekte des strategischen Framings und der Diversität der Themen:

> *„Wir haben gesagt, wir sind eigentlich dagegen, dass sich Massentierhaltung hier weiter ausbreitet, aber wir sind eben dafür, dass unsere Region so erhalten bleibt. […] Und deswegen haben wir uns so genannt und im Nachhinein ist das auch gar nicht doof gewesen, finden wir, weil ja die Ausbreitung der Massentierhaltung bedeutet, dass sich eine Menge eigentlich ändert für die Natur sowieso, für die Menschen auch, aber auch unser Verhältnis Tieren gegenüber und auch für die Landwirtschaft ist es eine sehr große Herausforderung und eine Veränderung.“ (Barbara)*

Ein weiteres zentrales Merkmal von Barbaras Praxis ist das Netzwerken, dass sie für die Fortentwicklung der BI einsetzt. Dieses Merkmal kann verknüpft werden mit ihrer Art der Mediation und Organisation von Opposition in Konfliktsituationen:

> *„Wenn wir sagen, wir sind gegen industrielle Landwirtschaft, sagen sie (verstellt die Stimme): ‚Aha, ich hab einen Trecker, der hat ziemlich breite Reifen, ist das schon industrielle Landwirtschaft?‘ oder so. Also es hört sich irgendwie ein bisschen freundlicher an und im Grunde genommen ist es ja auch so, also wir suchen ja auch viele Kontakte und haben ja diese Diskussion sehr breit gemacht, dass wir mit den Kirchen reden können zum Beispiel.“ (Barbara)*

4.3.2 Cornelia – Tierrecht und Campaigning

Cornelia ist 46 Jahre alt, seit Beginn des Protests dabei und keine Bewohnerin des betroffenen Dorfes, sondern wohnt in einer Stadt, die das Zentrum des Landkreises bildet. Sie hat einen Realschulabschluss, ursprünglich Verkäuferin gelernt und sich über verschiedene berufliche Etappen zur Versicherungsfachfrau weiterqualifiziert. In diesem Beruf arbeitet sie in einer kleinen Firma.

Ursprünglich aufmerksam auf die BI und den geplanten Bau des Schlachthofs wurde sie durch eine lokale Zeitung. Dort wurde nicht nur über das Bekanntwerden des Vorhabens berichtet, sondern auch über den sich sogleich regenden Widerstand in der Bevölkerung. Für Cornelia war dies der Anlass, direkt Kontakt zur BI aufzunehmen:

> *„Da war das ja alles gerade in der Gründung [Gründung der BI, S.K.] und es ist ja durch eine Indiskretion im Rat [des Dorfes, S.K.] rausgekommen, dass dieses Monstrum da gebaut werden sollte. […] Und ich habe dann bei der BI angerufen und habe gefragt, was ich tun kann. […] Auf jeden Fall haben sie gesagt: ‚Schließ dich uns an, werde Unterstützerin der BI.‘ Gut, das war natürlich Neuland, weil das kannte ich ja bis dato nicht, eine Bürgerinitiative zu unterstützen. Ich wusste überhaupt nicht, was einen erwartet, also füllte man diese Unterstützerliste aus, überwies den Spendenbeitrag und ja, gut, OK, ja es ging los indem man halt feststellte, dass man ja eigentlich mehr tun muss als einen Spendenbeitrag zu überweisen, weil damit rettet man die Welt ja auch nicht. Diese Unterstützung war mir zu wenig und ich habe dann gefragt, was ich noch tun kann. ‚Wir machen Infostände und dann komm doch dahin und mach mit.‘ Und so fing das dann an. Dann habe ich diese Infostände begleitet und es gibt natürlich schönere Sachen als am Samstag in der Stadt zu stehen und sich von den Leuten anschreien zu lassen.“ (Cornelia)*

Es wird deutlich, dass sie sich von Beginn an sehr aktiv beteiligen wollte. Eine reine solidarische und finanzielle Unterstützung war ihr nicht genug, sondern sie wollte ein praktisches Engagement ausüben. Mittlerweile ist sie ebenfalls eine der Sprecherinnen der BI und hauptsächlich zuständig für die Einwerbung von Unterstützung. Dies bedeutet für sie, dass sie mit einem Infostand in der Region bspw. auf Wochenmärkten oder bei Tierheimen unterwegs ist und Campaigning betreibt. Ihr idealistischer Anspruch wird deutlich, indem sie sich auch nicht davon abschrecken ließ, sich am Infostand auch einmal von anders eingestellten Bürgern anschreien zu lassen. Diese konfrontativen Situationen, die sie schildert, sind möglicherweise eine Reaktion auf ihre recht

moralisierende Argumentationsweise am Infostand, die sie im folgenden Zitat schildert. Weiterhin muss die brisante Thematik der Massentierhaltung in einigen ländlichen Räumen hierbei ebenfalls berücksichtigt werden:

> *„Wir gehen halt mit diesem Infostand, mit diesem Pavillon, bestückt mit zwei hohen Bistrotischen und diversen Flyern, Buttons, kleinen Taschen, die Hamburger Designer für uns gedruckt haben und die wir verkaufen, damit gehen wir in die Städte und wir haben verschiedene Aufgaben. Also ich sehe meine vorrangige Aufgabe darin, Unterstützer und Spenden zu akquirieren, damit wir halt eine gewisse Finanzstärke und auch eine gewisse Unabhängigkeit haben. Wenn wir mal die Börse aufmachen müssen und wir müssen mal Material kaufen für eine Demo, dass wir sagen können: ‚Jawohl, wir machen das, wir haben das Geld.' […] Und die andere Seite der Arbeit ist natürlich die Aufklärung der Leute. […] Da ist es halt wichtig zu sagen, was ich als meinen Schwerpunkt sehe, den Tierschutz: ‚Guck mal wie sie leben, findest du das würdig, ist das in Ordnung für dich, so etwas zu essen für einen kurzen Gaumenkitzel, ist das OK? Kannst du das akzeptieren?' Das ist die Basis, auf der ich so arbeite." (Cornelia)*

In dieser Art und Weise tritt sie nach ihrer Erzählung den Menschen am Infostand entgegen und versucht ihnen die moralisch fragwürdige Praxis der Massentierhaltung und des damit verbundenen Konsumverhaltens zu verdeutlichen. Auf diese Weise versucht sie für die BI Unterstützer zu gewinnen oder die Menschen aufzuklären. Sie stellt die Aktionsform des Infostands zudem als spezialisierte und komplexe Angelegenheit dar, die mit dem Verkauf von Buttons und Taschen einer professionellen Marketing-Strategie zu entsprechen scheint. Es vermischen sich hierbei Form und Inhalt, was die strategische Dimension des Protests der BI, wie zuvor schon bei Barbara aufgezeigt, deutlich werden lässt.

Dennoch ist ihr zentrales persönliches Anliegen der Tierschutz, allerdings in seiner Ausformung der Tierrechtsbewegung (siehe Kapitel 2.4.2), den sie sehr emotional und moralisch vertritt. Sie verknüpft ihr derzeitiges Engagement

hierüber mit früheren Erfahrungen, die zum Teil bis in ihre Kindheit zurückreichen und offenbar sehr prägenden Einfluss auf sie gehabt haben:

> *„Also ich habe halt früh angefangen im örtlichen Tierschutzverein, aber nicht unbedingt mit aktiver Mitarbeit, sondern einfach Informationen bekommen und ich war halt hin und wieder mal vor Ort. […] Als Kind hatte ich dieses traumatische Erlebnis, als der Reitstall, in dem ich Reiten lernte, schloss und die Pferde alle verkauft wurden. Und ich war ein Kind, ich hatte keine Macht, ich hatte keine Stimme, ich hatte kein Geld und ich konnte nichts machen. […] Ich konnte sie nicht retten. Es ist eine entsetzliche Ohnmacht. Diese Pferde sind alle umgebracht worden, weil sie alt waren, weil sie kaputt waren. Und uns Kindern hat man natürlich erzählt, dass sie auf die grüne Wiese kommen. Und das ist eines dieser Erlebnisse, die mich auch sehr geprägt haben. […] Das ist das Gute am Erwachsensein, man kann kämpfen, man kann seine Meinung sagen. Und wenn man einen Taler hat, ist es noch besser.“ (Cornelia)*

Eine ihrer zentralen Lernerfahrungen durch das Engagement ist, dass die meisten Menschen sich nicht darum kümmern, was um sie herum eigentlich geschieht und es dementsprechend einer öffentlichen Aufklärung bedarf, die sie mittels Campaigning und einer emotionalen und moralisierenden Empörungshaltung betreibt. Zudem hat sie sich institutionellen Formen des politischen Engagements angenähert, indem sie den Wahlkampf der eigenständigen Wählerinitiative bei der letzten Kommunalwahl unterstützte, obwohl sie diese als nicht Ortsansässige nicht wählen konnte und es keine offizielle Unterstützung durch die BI gab, da diese ihre Überparteilichkeit bewahren wollte.

> *„Das musste ja halt auch jeder für sich selbst entscheiden [ob man die Wählerinitiative unterstützt, S.K.]. Also ich fand es gut, dass sie das gemacht haben und ich habe ihnen meine Unterstützung zugesagt und bin zu ihren Wahlkampfveranstaltung gegangen, obwohl ich nicht ortsansässig bin. Ich konnte sie nicht wählen. Aber ich fand es halt wichtig, Präsenz zu zeigen und zu sagen: ‚Jawohl, das ist meine*

Meinung und wir stehen hinter euch.' Mein Mann und ich, wir sind dann hingegangen und das kam bei ihnen auch sehr gut an. Weil es hätte manch anderem Ortsansässigem gut zu Gesicht gestanden, auch zu den Veranstaltungen zu gehen." (Cornelia)

4.3.3 Herbert – Misstrauen und Auseinandersetzungen über Aktivismus

Herbert ist 70 Jahre alt, seit Beginn des Protests dabei und wohnt im betroffenen Dorf, allerdings nicht in unmittelbarer Nähe zum Schlachthof. Er hat die Mittlere Reife erlangt und war in verschiedenen großen Industriebetrieben als Starkstromelektriker beschäftigt. Nun ist er seit einigen Jahren in Rente. Er war zudem aktiver Gewerkschafter in zwei verschiedenen Betrieben.

Er hat keine herausgehobene Rolle innerhalb der BI. Aus seinen Erzählungen wird ein starkes Misstrauen deutlich: Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern und allen Machtkartellen, insbesondere wirtschaftlichen. Er glaubt, dass jede Regel von jemandem auch gebrochen wird, wenn es möglich ist. Außerdem erzählt er, dass er sein ganzes Leben lang den großen politischen Parteien und ihren Interessen, Strukturen, Dogmen und – als ehemals aktiver Gewerkschafter – ihrer Nähe zu den Arbeitgebern kritisch gegenüber stand. Er sei in seinem Betrieb als Hardliner bekannt gewesen, da er immer pragmatisch auf der Seite der Arbeitnehmer stand und nur in ihren Interessen gehandelt habe.

Auf der anderen Seite weisen seine Erzählungen viel Wissen über ökologische Zusammenhänge der Landwirtschaft auf, so über die Qualität des örtlichen Bodens und die Menge an Dünger, die zur Ausbringung auf den Feldern erlaubt ist und wie einige Landwirte diese Regeln umgehen. Er besitzt selbst eine kleine Weide mit einigen Pferden und erzeugt sein eigenes Heu für sie. Es wird eine Beziehung zur lokalen Natur deutlich und er kennt einige örtliche Landwirte persönlich. Von ihnen hat er erfahren, dass eine ökologische Landwirtschaft auf den lokalen Böden sehr schwierig zu betreiben ist. Dies erkläre das geringe Angebot an Bio-Produkten in ihrem Dorf und der Umgebung. Daher muss er eine lange Fahrtstrecke in Kauf nehmen, um solche

Bio-Produkte in der nächsten größeren Stadt einzukaufen. Für ihn ist aber eine gesunde und vor allem auch vegetarische Ernährung mit ökologisch erzeugten Produkten sehr wichtig, weshalb er dies auf sich nimmt.

Bereits vom ersten Tag des Protests an glaubte er nicht, dass der geplante Schlachthof durch ihr Engagement verhindert werden könne:

> *„Die Ziele der Bürgerinitiative waren ursprünglich, den Bau des Schlachthofes zu verhindern, gar keine Frage. Dass das eine Illusion war, war mir von vornherein klar. Erstens ist das von der Politik bis zuletzt unter der Decke gehalten worden, dann ist das schlagartig in die Öffentlichkeit gekommen und gleich unheimlich positiv besetzt worden mit Arbeitsplätzen und Steueraufkommen und was weiß ich was alles." (Herbert)*

Hieraus zog er für sich die Konsequenz, die lokale Konfrontation mit den Entscheidungsträgern und dem Bau sehr früh als nicht zentral zu betrachten und sich argumentativ auf die weiterreichenden Zusammenhängen und Auswirkungen der Massentierhaltung zu konzentrieren.

Herbert erkannte die Vielfalt an Zusammenhängen zwischen Massentierhaltung und Nachhaltigkeit und die Vorbedingungen in der Wirtschaft, Konsumverhalten und sozialen Kontexten. Diese Lernerfahrung führte zu seiner Schlussfolgerung, dass sie diese höhere Ebene einbeziehen müssen, um die Vorbedingungen dieser industrialisierten Lebensmittelindustrie zu verändern. So kritisiert er den hohen Fleischverbrauch der Bevölkerung und dessen schlechte Qualität aufgrund der industriellen Produktion und beschreibt es als eine Art selbsterfüllende Prophezeiung: Ein vom Investor und dem Bürgermeister oft genutztes Argument sei, dass günstiges Fleisch insbesondere für die sozial schwachen Bevölkerungsschichten benötigt werde. Und so lange diese Nachfrage bestünde, würden günstige Nahrungsmittel erzeugt. Herbert macht deutlich, dass die Bezahlung in vielen Brachen, auch in der Massentierhaltung und im Schlachthof, sehr niedrig sei, so dass die Arbeiter günstige Lebensmittel bräuchten und die Industrie diese Nachfrage dadurch sozusagen selber erschaffe. Dieses Thema wird in der Umweltbewegung

immer häufiger debattiert, da gesunde Lebensmittel als Luxusgut angesehen werden und dies so zu einer Frage der sozialen Gleichheit werde.

Dennoch war es nicht die Veränderung des Ziels[44], die zu einem Konflikt mit den Sprecherinnen und Sprechern geführt hat, sondern eher der Weg, wie ihr Aktivismus dieses neue Ziel erreichen könnte. Er und einige andere Unterstützer mit vergleichbaren Ansichten konzentrierten ihr Engagement nicht länger nur auf lokale Aktionen gegen den Schlachthof, sondern wendeten ihre normative Einstellung der Nachhaltigkeit an, um eine nachhaltige Verwendung von Nahrungsmitteln und Pflanzen auf der lokalen Ebene zu unterstützen. Sie gründeten hierfür einen eigenen Verein für lokale Nachhaltigkeit.

> *"Die Sprecher der BI meinten, dass sie den Großteil über das Internet steuern, insbesondere die Kommunikation mit den Unterstützern. Es sind ja auch viele Unterstützer, die also nicht direkt vor Ort sind, die auch nicht aktiv arbeiten können, das ist doch ganz klar. […] Aber ich bin der Meinung, dass das nicht nur darüber geht. Man braucht einen Kreis, der aktiv arbeitet. Der auch was macht und was voranbringt […]. In dieser Umdenkgeschichte haben wir dann mal gesagt, also wenn wir arbeiten wollen, brauchen wir irgendwo ein zwei Räume, wo man irgendwie was bewerkstelligen kann, wo man sich treffen kann, wo man was weiß ich Vorträge managen kann oder so etwas. […] Dann hatten sie alle möglichen Bedenken, über Kosten und was weiß ich und da ist das also nichts geworden. Und dann haben wir aus diesem Kreis gesagt, so sieben acht Leute sind wir, wir machen das. Wir gründen einfach einen Verein und nennen den „Verein für Nachhaltigkeit" und gucken dann mal, was man machen kann. Weil wir haben gesagt, also wenn der Verein hier vor Ort arbeiten will und muss, dann muss er in die Bevölkerung kommen, auf irgendeine Art und Weise. Dann muss es*

[44] Nach dem Scheitern des Protests gegen den Schlachthof wurden zwei organisatorische Entwicklungen der BI deutlich: Ein neues, mehr allgemeines Ziel und mehr Netzwerken. Das zentrale Ziel änderte sich von der angestrebten Verhinderung des Baus des Schlachthofs zur Eingrenzung der Massentierhaltung in der gesamten ländlichen Region oder sogar darüber hinaus gegen die gesamte Massentierhaltungsindustrie. Das Netzwerken und Verbünden mit anderen Gruppen und Initiativen hatte bereits vor dem Scheitern begonnen, aber danach wurde es strategisch noch wichtiger, um das neue Ziel zu erreichen.

irgendwie möglich sein oder versucht werden, eine gewisse Konfrontation, die herrscht, aufzulösen […] mit dem Großteil der Bevölkerung, der aus welchen Gründen auch immer, so wird's zumindest ausgelegt, bei der letzten Wahl für den Schlachthof gestimmt hat." (Herbert)

Eine andere Konsequenz dieser und anderer Auseinandersetzungen mit den Sprecherinnen ist, dass einige Aktive frustriert wurden und sich zurückzogen:

„Also im letzten Jahr haben wir ein Sommerfest auf die Beine gestellt, das war richtig gut. Das war auch teilweise gegen den Widerstand der Sprecher, die gesagt haben, dass das zu teuer wird und was weiß ich. Und das ist dann allerdings an einer Handvoll Leuten hängen geblieben. […] Und ich denke mal, also ein paar mehr hätten es schon sein können, und dann wäre die Sache auch nicht so anstrengend gewesen. Wie gesagt, das war also ein Erfolg. Einige waren danach aber sehr frustriert und haben sich also ein Stück weit aus der Bürgerinitiative auch ausgeklinkt, also gerade Leute, die eben aktiv waren und zum Beispiel häufig Stände mitgemacht haben." (Herbert)

4.3.4 Ralf – Lokale und globale Verantwortung durch kritisches Denken

Ralf ist 83 Jahre alt, seit Beginn des Protests dabei und kein Bewohner des betroffenen Dorfes, sondern wohnt in einer Stadt, die das Zentrum des Landkreises bildet. Er hat ein Studium der Theologie absolviert und war als Pfarrer tätig. Nun ist er schon seit vielen Jahren im Ruhestand. Er war aktiv in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung und ist heute noch sehr umtriebig als Mitglied bspw. von Attac, Amnesty International und arbeitet in einem Weltladen mit.

Er ist ein einfacher Unterstützer der BI und kann aufgrund seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr an allen Aktivitäten der BI teilnehmen, zumal er nicht direkt vor Ort wohnt. Dennoch erzählt er, dass er und seine Frau, die ebenfalls die BI unterstützt, während der direkten Protestaktionen gegen den Schlachthof häufig mit dem Rad in das Dorf gefahren sind, um den

Protest zu unterstützen und auf dem Laufenden zu sein. Diese Aktivitäten haben nachgelassen, zumal es nur noch wenige direkte Aktionen vor Ort gegen den Schlachthof gibt. Allerdings betätigt er sich als Kommunikator und versucht, die Anliegen der BI mit denen von Attac oder anderen Organisationen in der Stadt oder darüber hinaus zu verknüpfen:

> *„Also wir versuchen von attac aus die alternativen Gruppen, die NGO-Gruppen, was man alles darunter verstehen mag, zu einer übergeordneten Gruppe zu sammeln, und zwar dass jede Gruppe einen Abgeordneten oder zwei in ein neues Gremium schickt. So dass wir hier Punkte finden können, wo wir zusammenarbeiten können beziehungsweise wenn eine Gruppe eine Veranstaltung macht, dass man die anderen dazu einlädt über den Vertreter. […] Es ist ja Blödsinn: Da gibt es Gruppen, die im Endeffekt in die gleiche Richtung denken. Und jeder arbeitet für sich. Das war die Lektion gewesen, warum wir mal versuchen wollten, etwas zu vernetzen." (Ralf)*

Er trägt somit zum Netzwerken und der strategischen Ausrichtung der BI aktiv bei. Hierfür nutzt er sehr aktiv das Internet und lobt die vielfältigen Möglichkeiten, hiermit zu kommunizieren, Informationen zu sammeln oder andere Kampagnen z.B. von Campact zu unterstützen:

> *„Wir [er und seine Frau, S.K.] sind auch in verschiedenen Initiativen drin und jede Initiative hat dann von Zeit zu Zeit eine Broschüre und dann müssen sie die mal lesen. Oder im PC habe ich auch viel Post immer, die erledigt werden muss. Zur Kenntnis nehmen. Und kennen sie Campact, zum Beispiel? Oder die Albert Schweitzer Vereinigung München? Alle schicken einem unschöne Sachen ins Haus. Ja, und dann kann man ja auch übers Internet sich an irgendwelchen Aktionen beteiligen. Also das ist Arbeit. Und dann lese ich auch noch die Nachdenkseiten. Da hat man genug zu lesen. Finde ich auch ganz wichtig, es gibt auch ein bisschen Hintergrundinformationen. Darauf ist man ja angewiesen, dass man hinter die Dinge guckt." (Ralf)*

Es wird deutlich, dass Ralf sein eigenes lokales Engagement, das er sowohl über den Lebensstil – sie fahren aus Umweltschutzgründen fast nur Rad und

essen kaum noch Fleisch – als auch durch politisches Engagement vor Ort betreibt, mit einem übergeordneten Verantwortungsbewusstsein für Umwelt und Gesellschaft zusammenbringt. Was ihn im Lokalen umtreibt, verknüpft er kritisch mit globalen Zusammenhängen und umgekehrt. Da er in den 1970er und 80er Jahren in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung als politischer Pfarrer in Erscheinung trat, nahm er hieraus viel für sein späteres Engagement als kritischer Bürger mit. Er glaubt, dass er heutzutage mit seiner Einstellung beruflich sehr anecken würde:

> *„Ich würde heute wahrscheinlich nicht mehr Pfarrer werden, heute in dieser Zeit sowieso nicht. Weil wenn ich es machen würde, dann wäre ich ein politischer Pfarrer. Ich kann an den Problemen nicht vorbeigehen. Ich habe schon sehr früh angefangen, die politische Situation, und unter Politik verstehe ich nicht nur das, was die Politiker machen, sondern das Umfeld der Menschen, die Polis, die Stadt, das verstehe ich alles unter dem Begriff Politik, also ich habe schon sehr früh begonnen, die Probleme in der Predigt zu verbalisieren, die da so kamen. Von denen die Leute noch gar nicht wussten, was wie und wo, also ich war immer schon ein Übersetzer gewesen von der Polis, von der Umwelt des Menschen. Damit bekäme ich heute Ärger. […] Was haben wir damals mit Mutlangen unternommen. Wenn sie Mutlangen noch kennen? Da war eine Stationierung von Pershing-Raketen. Das war ein abgeschlossenes Gelände, da gab es immer wieder Sitzblockaden, sogar der Heinrich Böll war mal da und andere auch, Pastoren waren da und haben Sitzblockaden gemacht. Dann sind sie weggetragen worden. Das war ein Ritus. Auf der Polizeidienstelle nach Schwäbisch Gmünd sind sie erkenntnisdienstlich festgenommen worden und festgehalten worden und wieder frei gelassen worden. […] Das ist eine unwahrscheinlich emotionale Zeit gewesen.“ (Ralf)*

Seine zentralen Lernerfahrungen speisen sich auch schon aus diesen früheren Engagement-Phasen: Seiner Meinung nach passieren laufend Ungerechtigkeiten und unschöne Dinge auf der Welt, so dass man sich hierüber informieren und dagegen wehren müsse. Veränderung könne dabei immer nur

von unten durch die Bevölkerung kommen. Daher müssten die Bürger besser beteiligt werden.

4.3.5 Doris – Lokale Nachhaltigkeit und Emanzipation

Doris ist 60 Jahre alt, seit Beginn des Protests dabei und wohnt im betroffenen Dorf, allerdings nicht in unmittelbarer Nähe zum Schlachthof. Sie hat Abitur gemacht und anschließend begonnen, Medizin zu studieren, nach dem ersten Semester allerdings abgebrochen. Danach hat sie Krankenschwester gelernt und war einige Jahre als solche tätig. Dabei hat sie in einem Krankenhaus auch ihren künftigen Ehemann kennengelernt, der dort Patient war. Nach einigen Jahren der Mutterschaft und Erziehungszeiten hat sie lange Zeit keine Berufstätigkeit mehr aufgenommen, sondern war für ihren Ehemann als Hilfskraft geringfügig beschäftigt. Erst nachdem alle ihre Kinder das Haus verlassen hatten, hat sie ein paar Jahre in einem Pflegeheim gearbeitet. Diese Tätigkeit hat sie wieder aufgegeben, da ihr Ehemann eine schwere Krankheit auszustehen hatte. Ihren aktuellen Status beschreibt sie als eine Mischung aus Rente und der erneuten geringfügigen Hilfstätigkeit für ihren Ehemann.

Sie hat ebenfalls keine herausgehobene Rolle innerhalb der BI. Sie zeigt eine starke positive Verbundenheit zur lokalen Nachhaltigkeit und eine große Nähe zur lokalen Natur. Nun ist sie besorgt aufgrund der anwachsenden negativen Auswirkungen der Massentierhaltung und der möglichen Zerstörung der lokalen Natur.

Außerdem deckt ihre Erzählung über ihr Engagement in der BI einen persönlichen und politischen Emanzipationsprozess auf: Sie durchlebt eine persönliche Emanzipation hinsichtlich ihres eigenen politischen Wissens und Verhaltens. Erste politische Erfahrungen sammelte sie in den späten 1970er Jahren mit einer kurzen Mitgliedschaft in der im Entstehen begriffenen Grünen-Bewegung. Allerdings endete diese Phase schnell, nachdem sie aus dem Süden Deutschlands verzogen war und ihren Mann heiratete. Inzwischen löst sie sich immer mehr von ihrem Mann und ist wieder Mitglied bei den Grünen geworden. Dies wurde durch ihr Engagement gegen den Schlachthof unterstützt und führt zudem dazu, dass sie in Berührung kommt mit der

kommunalen Verwaltung und der Kommunalpolitik. Für sie stellt dies eine persönliche Lernerfahrung dar. Ihr Engagement in der Kommunalpolitik wurde so stark, dass sie bei der letzten Kommunalwahl ein Mandat im Ortsrat erhielt. Allerdings beschreibt sie die Verwaltung als eine Art unbekanntes Wesen, da die Verwaltungssprache (sie nennt sie eine „Herrschaftssprache“[45]) nicht verständlich sei für normale Bürger. Sie hält dies für Absicht. Zusätzlich hält sie nach ihren Erfahrungen die kommunale Planung für unnötig und kontraproduktiv. Aus ihrer Sicht ist ein weiteres Wachstum der Kommunen nicht nötig und das Geld wird in die falschen Dinge investiert (z.B. sollte es für gut ausgerüstete Schulen und nicht für technisch hochgerüstete Museen oder noch mehr Supermärkte ausgegeben werden).

> *„Wenn Sie jetzt reingucken in die Kommunalpolitik, dann werden Sie auch merken, es ist ja doch eine Welt für sich. […] Unser Bürgermeister ist jetzt A15, ich weiß nicht genau, wie viel er verdient, aber es ist eine Menge. Und wir sind ja nur ein kleiner Ort, also bitte. Und dann hat er jetzt seiner Kämmerin mal eben eine Gehaltserhöhung verschafft, das wird durchgewunken, das geht! […] Und im Bauamt wurde einer krank, da haben die eine Volljuristin eingestellt, hier! Auf dem Bauamt, mit beiden Staatsexamen. Also (empörend) und jetzt sagt er, das Rathaus ist zu klein. Wir brauchen ein neues Rathaus. In unserem Ort wird die Schule geschlossen, die Bevölkerung geht zurück. Es bleibt nur noch die Grundschule. […] Wir hatten eine Realschule. Die wird geschlossen, weil es hieß, der Nachbarort kriegt die Schule, wir kriegen dafür den Schlachthof. […] Ja, also auf jeden Fall geht die Bevölkerung wirklich zurück, das weiß man, das kann man ja nachgucken. Und trotzdem ist der Bürgermeister der Meinung, er braucht ein neues größeres Rathaus!“ (Doris)*

Doris lebt in der Gegend seit mehr als dreißig Jahren und ist sehr vertraut mit dem Landschaftsbild und den sichtbaren Merkmalen der Umwelt, da sie sehr oft mit dem Pferd durch Wälder und Flur geritten ist. So hat sie festgestellt,

[45] Vgl. die Forschung der Soziolinguistik zu sozialen Abgrenzungen durch Sprache, z.B. Bernstein 2003, und Bourdieus Arbeiten zu Sprache und symbolischer Macht (vgl. z.B. Bourdieu 1991c; 1991d).

dass über die Jahrzehnte der Grundwasserspiegel der Gegend abgenommen hat. Allerdings hat dieses Wissen sie nicht zu einem Engagement in Umweltbelangen veranlasst, möglicherweise, da die Auswirkungen sehr langsam über die Jahre sichtbar wurden, während sie mit anderen Dingen in ihrem Alltag beschäftigt war. Allerdings wurde sie durch die plötzliche Bekanntmachung der Pläne zum Bau des Schlachthofs in der Lokalzeitung aufmerksam auf mögliche Umweltauswirkungen, die durch die weitere Ausbreitung der Massentierhaltung möglich sind. Im folgenden Zitat beschreibt sie ihre generelle Einstellung gegenüber der Massentierhaltung und was sie motiviert hat, sich in der BI zu engagieren:

> *„Es war so, dass ich eben hörte: ‚Ja, hier kommt ein Schlachthof her.' Da dachte ich, ich bin früher öfter ein bisschen geritten hier, das machen ja alle Leute hier in dieser Gegend. Und dann sieht man sehr viel von der Landschaft dahinten. Ich dachte: ‚Ein Schlachthof kommt her, das kann nicht wahr sein'. Dann habe ich mal gehorcht, wie ist denn die Stimmung im Gemeinderat, was sagen die. Alle dafür! Alle haben gesagt: ‚Wir wollen diesen Schlachthof haben.' Nur ein einziger Grüner, den ich überhaupt nicht kannte, von dem ich vorher nie etwas gehört hatte, der hat gesagt: ‚Nein. Das geht nicht, so geht das nicht, dass das einfach durchgeht, als ob das gar nichts wäre'. Das ging nämlich in einem rasanten Zeitraum durch. Wenn man das Bauwerk gesehen hat, dann muss man sich schon wundern, dass dort vor ein paar Jahren noch alles Wiese war. Da war noch gar nichts." (Doris)*

Sie erhielt Informationen über die Umweltauswirkungen des geplanten Projekts, so z.B. dass solche Schlachthöfe große Mengen an Trinkwasser für den Schlachtprozess verbrauchen (zwischen neun und 14 Litern pro Tier bei 10.000 bis über 100.000 Tieren, die pro Tag in Großschlachtanlagen geschlachtet werden können). Dies war im Zusammenhang mit dem Wissen um den gesunkenen Grundwasserspiegel eine kritische Information für sie:

> *„Ich habe auch über die vielen Jahre, die ich immer mal da hinten geritten bin, gesehen, da sinkt der Grundwasserspiegel schon ganz schön ab, das sieht man da. […] Wo vor dreißig Jahre noch Wasser*

war, ist jetzt keines mehr. Da stehen einfach jetzt schon überall Bäume, es wird halt Wald, man merkt es nicht groß. Aber der Wasserspiegel ist ganz signifikant abgefallen." (Doris)

Zusätzlich haben sie noch Informationen über den Transport der Tiere und anschließend des Fleisches weiter beunruhigt. Sie konnte nicht verstehen, wie ihre Gegend für eine weitere Ausbreitung der Massentierhaltung noch als geeignet gehalten werden kann.

Diese Befürchtungen haben sie zum Engagement in der BI motiviert und sie dazu bewegt, mehr über die Zusammenhänge zwischen Massentierhaltung, Umweltauswirkungen und Nachhaltigkeit in Erfahrung zu bringen. Es zeigt sich zudem, dass die lokale Entscheidung für die Ansiedlung des Schlachthofs auch eine Bedeutung für den Stellenwert der Branche in der Region hat (vgl. Spiller et al. 2015: 29).

4.4 Das kollektive Handeln der Bürgerinitiative als Ausdruck kollektiver Identität?

Zur Beantwortung der Frage, welche gruppenspezifischen Belange (gemeinsame Ziele und geteilte Interessen) in der gemeinschaftlichen Praxis der BI deutlich werden, wird zunächst dargestellt und analysiert, wie die protestierenden Bürger kollektiv als BI auf die Konfrontation mit der lokalen Politik reagieren. Ist dieses kollektive Handeln einheitsstiftend im Sinne einer Identität, die die Protestpraxis dominiert?

Das Konzept der kollektiven Identität ist in der internationalen Bewegungsforschung weit verbreitet und kann auch auf Bürgerinitiativen Anwendung finden, um „zu erkennen und zu bewerten, was die einzelnen AktivistInnen in der Bewegung gemeinsam haben und wie sie zusammen handeln“ (Haunss 2004: 12). Flesher Fominaya definiert das Konzept folgendermaßen:

> „collective identities can be understood as (potentially) encompassing shared interests, ideologies, subcultures, goals, rituals, practices, values, worldview, commitment, solidarity, tactics, strategies, definitions of the ‘enemy’ or the opposition and framing of issues“ (Flesher Fominaya 2010: 398).

Diese Definition ist sehr breit. Die Forschung lässt sich unterscheiden in sozio-kulturelle Ansätze, die kollektive Identität als Attribut einer Gruppe definieren, und sozialpsychologische Ansätze, die darin ein individuelles Merkmal sehen (vgl. Daphi 2011: 19 f.). Die sozio-kulturellen Ansätze betrachten insbesondere kollektive „Bewegungsgüter“, bspw. Ziele, Narrative und Rituale, sowie Interaktionsprozesse, während die sozialpsychologischen Ansätze individuelle Identifikationsprozesse analysieren. Ich möchte im Folgenden den sozio-kulturellen Ansatz als handlungspraktischen Zugang[46] anwenden, um eine Analyse der gemeinsamen Protestpraxis der BI durchzuführen.

[46] Handlungspraktisch meint auf soziale Bewegungen bezogen, dass kollektive Identität nicht nur durch geteilte Ansichten und Überzeugungen, sondern durch gemeinsames Handeln entsteht: „Erst wer sich einer Bewegung als einem sozialen Zusammenhang, charakterisiert durch bestimmte Träger sowie bestimmte Handlungs- und namentlich Protestformen,

Wendet man die oben zitierte Definition von Flesher Fominaya an, so ist zu fragen, was das gemeinsame Ziel und die geteilten Interessen der BI sind. Dieses Ziel der BI als gemeinsame Praxis scheint eindeutig erkennbar und lässt sich auf geteilte Interessen und Positionen im lokalen Machtgefüge rückbeziehen. Es war geteiltes Ziel, den Schlachthof zu verhindern, um ein lebenswertes, also ökologisch nachhaltiges Umfeld im ländlichen Raum zu schaffen, das frei von Massentierhaltung ist. Dieses Ziel sollte aus einer dominierten Position im Machtgefüge heraus erreicht werden, da die Akteure keine direkten Machtmittel besaßen, um ihr Ziel in den Entscheidungsprozess einzuspeisen. Nach dem Scheitern dieses initialen Ziels wurde das grundlegende Interesse, Massentierhaltung gegen die dominierende Wachstumslogik der Politik zu verhindern, als neues Ziel konstruiert, um die Massentierhaltung in der gesamten betroffenen Region zurückzudrängen. Zum Erreichen dieser Ziele haben sich bestimmte Strategien und Rituale herausgebildet, die im Sinne der Definition als gemeinsame Handlungspraktiken analysiert werden können.

Zu den kollektiven „Bewegungsgütern“, die der sozio-kulturelle Ansatz der kollektiven Identitätsforschung in den Vordergrund stellt, gehören zudem Narrative als Ausdruck gemeinsamer Protesterfahrungen. In ihnen wird „durch das Anordnen von Ereignissen innerhalb eines ‚plots‘“ (Daphi 2011: 17) sozialer Sinn hergestellt. Narrative können somit die kollektive Wahrnehmung von Ereignissen widerspiegeln, wodurch sie gleichzeitig der Gruppenkohäsion dienen können (vgl. ebd.). Zu diesen Narrativen gehört das gemeinsame Erschrecken über die „aus heiterem Himmel“ bekannt gewordenen Ansiedlungspläne, der nicht verhinderte Bau des Schlachthofs, dann die für die BI ungünstigen Wahlergebnisse bei den letzten Kommunalwahlen und das anschließende Scheitern der Klage gegen die Betriebsgenehmigung vor dem Verwaltungsgericht.

Gemeinsame Rituale können etwas über die symbolische Ebene der gemeinsamen Protestpraxis aussagen (vgl. Polletta/Jasper 2001). So hat es sich

---

zurechnet und dies möglichst praktisch bezeugt, teilt somit die kollektive Identität einer Bewegung“ (Rucht 1995: 11).

bei der untersuchten BI als Ritual herausgebildet, einmal in der Woche eine Mahnwache im Ort abzuhalten.

Die Mahnwache wurde von der BI anfangs als zentrale regelmäßige Demonstration und Kundgebung abgehalten. Nach dem endgültigen Scheitern war es die Mahnwache, die insbesondere von den Sprecherinnen und Sprechern als Aktionsform ausgewählt wurde, die weiter Bestand haben sollte. Hierdurch wird eine Nähe zu institutioneller Ordnung sichtbar, die der BI Kontur und Bestand einbringen sollte. Dies rückt sie in die Nähe von Organisationsformen wie in klassischen Vereinen und Verbänden, in politischer Hinsicht z.B. Ortsvereinen von Parteien, Gewerkschaften oder NGO-Gruppen. Wie aus der obigen Übersicht über die interviewten Akteure ersichtlich wird, haben insbesondere Barbara, Herbert und Ralf, mit einigen Abstrichen auch Cornelia mit ihren frühen Erfahrungen im Tierschutzverein, eine deutliche Nähe zu solchen herkömmlichen Organisationsformen, die der BI hier als Vorbild zu dienen scheinen. Einigen Akteuren, z.B. Herbert, erschien allerdings die Konzentration allein auf das Ritual Mahnwache trotzdem als sehr wenig. Dennoch hat sie sich als wichtige Institution der BI herausgebildet und gehalten, da sie dadurch öffentlich sichtbar bleibt und regelmäßig die Möglichkeit eines Besuches durch auswärtige Akteure, z.B. Akteure der Bewegung, Kooperationspartner, Interessierte oder neutrale Bürger, ermöglicht.

Dabei haben sich feste Rollen für einzelne Akteure der BI herauskristallisiert: Es gibt einen festen Beauftragten für die Mahnwache, der bei der Kommune als Ansprechpartner gemeldet ist, um Dinge wie bspw. die Genehmigung zu klären. Diese formelle Rolle übernimmt Herbert. Es gibt allerdings zahlreiche informelle Rollen, die noch stärker den symbolisch-rituellen Charakter der Mahnwache verdeutlichen. So übernimmt ein Akteur regelmäßig die Verpflegung mit selbstgemachten Speisen und Getränken. Zudem nutzen insbesondere die Aktiveren und die Sprecherinnen und Sprecher die regelmäßigen Treffen, um sich gegenseitig auf den neuesten Stand zu bringen und auch Absprachen zu treffen. Es handelt sich daher im Sinne einer institutionellen Ordnung ebenfalls um eine nach innen gerichtete Form ähnlich eines Vorstandstreffens.

Die Mahnwachen gleichen dabei häufiger auch bewussten Inszenierungen, um dem Investor zu zeigen, dass die BI weiterhin aktiv ist. Dies wird von Barbara als wichtige Funktion der Mahnwachen beschrieben, wodurch der rituelle Gehalt noch einmal deutlich wird. Da die Akteure hin und wieder in unmittelbarer Nähe des Geländes des Schlachthofs demonstrieren, das mit hohen Zäunen und Überwachungskameras umgeben ist, glauben die Akteure der BI, dass sie jedes Mal gefilmt werden, wenn sie sich dort aufhalten. Dies ist für sie eine Bestätigung, dass sie dem Investor nach wie vor ein „Dorn im Auge“ sind. Sie fühlen sich dadurch in ihrem Protest aufgewertet und bestätigt, konstruieren sich geradezu einen Effekt, der den Investor direkt trifft. Auch dies geschieht aus einer dominierten Position im Machtgefüge heraus, da sie dem abgeschirmten Betrieb des Schlachthofs machtlos gegenüber stehen. Wer sich öffentlich mit den Demonstrierenden zeigt und eine Nähe zu ihnen vermittelt, ist zudem für den Investor kein akzeptabler Gast auf dem Betriebsgelände mehr. So geschah es einem Mitglied des Gemeinderates, der vor Beginn einer Führung über das Gelände noch einige Demonstranten der BI mit Handschlag begrüßte, dass er prompt wieder ausgeladen und ihm der Zutritt zum Gelände verweigert wurde. Der Investor hat somit seine exponierte Machtposition gegenüber den Gegnern und vermeintlichen Nicht-Unterstützern in der lokalen Politik eindeutig ausgespielt.

Die gemeinsam geteilte Inszenierung der Mahnwache als Ritual und Symbol für das sichtbare Fortbestehen des Protests auch gegen den Schlachthof kann ein Indiz für eine kollektive Identität sein, wie dies Polletta und Jasper beschreiben (vgl. 2001). Sie ist zumindest ein Vergemeinschaftungsort, der die sozialen Kontakte innerhalb der BI stärkt und pflegt sowie Möglichkeiten zu Vernetzung mit Akteuren der Bewegung und anderer gesellschaftlicher Akteure bereitstellt. Da allerdings nur ein Bruchteil der Unterstützer der BI an der regelmäßigen Mahnwache teilnimmt, ist dies wiederum nur ein schwaches Indiz für eine breit geteilte kollektive Identität.

Ein weiteres Ritual ist der regelmäßig an alle Unterstützer per Email versendete Newsletter. Hierbei wird allerdings kein symbolischer Gehalt deutlich. Der Newsletter dient hauptsächlich der Informationsverbreitung

insbesondere von Wissensquellen wie Studien, Expertenmeinungen, Gutachten oder Pressetexten, die von anderen Akteuren der Bewegung stammen, und der Organisation von gemeinsamen Teilnahmen an überregionalen Demonstrationen. Einen darüber hinausgehenden mobilisierenden Effekt scheint der Newsletter nicht zu besitzen. Dies kritisiert z.B. Herbert, der nicht glaubt, dass durch die regelmäßige Versendung von Emails ein positiver Effekt auf die Verstetigung der Mobilisierung des Protests entsteht.

Eine weitere Analyseebene, die aufschlussreiche Einblicke in das gemeinsame Handeln der Akteure der BI und dessen soziale Rahmenbedingungen zulässt, sind die zum Ausdruck gebrachten Abgrenzungen nach außen (vgl. Rucht 2011b: 28). Solche Abgrenzungen werden in der angelsächsischen Forschung zu sozialen Bewegungen „Boundary Work" genannt, wobei ich mich nicht auf die ebenfalls mit diesem Begriff bezeichneten Abgrenzungen der Protestierenden gegenüber den „Gegnern" beziehe, die bereits in der Feldanalyse als Machtkämpfe im politischen Feld thematisiert wurden (siehe Kapitel 4.1), sondern auf Abgrenzungen gegenüber anderen Akteursgruppen innerhalb einer Bewegung.

> „It is also a process that takes place within movement groups in the process of consolidation (e.g. between more radical or reformist activists in a given group)." (Flesher Fominaya 2010: 395)

Es geht hierbei um Identifikationsprozesse mit Bewegungen (vgl. Daphi 2011: 16), die ein Wechselspiel zwischen Abgrenzungen und Öffnungen beinhalten. Öffnungen können dann stattfinden, wenn sich Bewegungen thematisch oder im Sinne ihres Handlungsrepertoires nicht starr definieren, sondern breit angelegt sind, so dass verschiedene Gruppen und Individuen sich mit ihnen identifizieren können. Die BI identifiziert sich zwar mit der Bewegung gegen die Massentierhaltung, definiert sich selbst aber klar als Bürgerinitiative im Rahmen der ihrer Meinung nach herkömmlichen Formen des Engagements einer solchen, wie im Folgenden gezeigt wird.

Das Zitat von Flesher Fominaya bezieht sich insbesondere auf den Konsolidierungsprozess einer Protestgruppe. Ein solcher kann bei der untersuchten BI während der ersten Phase um den direkten Konflikt über den

Schlachthof festgestellt werden. Innerhalb der BI gab es zu Beginn der Auseinandersetzungen um den Schlachthof beobachtbare Abgrenzungen gegenüber der Möglichkeit, radikalere Protestformen wie Blockaden anzuwenden oder mit radikalen Aktivisten der Bewegung direkt zusammenzuarbeiten. Solche Aktivisten werden von den Akteuren aus der BI als radikale Tierschützer bzw. Tierrechtler beschrieben, die häufig nicht aus dem lokalen Kontext stammen, sondern als Bewegungsakteure auf lokale Auseinandersetzungen aufmerksam werden und sich dann teilweise auch vor Ort engagieren. Es handele sich dabei größtenteils um eher junge Menschen, die oftmals vegan lebten und viel Zeit und lange Reisen für ihre Aktionen aufwenden würden.

Das Verhältnis der BI gegenüber solchen radikalen Aktivisten hat zwei unterschiedliche Seiten. Zum einen schildern die Akteure der BI eine gewisse Bewunderung ihnen gegenüber. Sie würden oft einen absolut nachhaltigen Lebensstil führen, weshalb sie sogar Hilfsangebote ablehnen würden, die nicht nachhaltig seien. Diesen nachhaltigen Lebensstil bewundern die Akteure in seiner Konsequenz. Außerdem beschreibt z.B. Barbara einen Lerneffekt über besonders öffentlichkeitswirksame Aktionsformen. Sie hätte schon gesehen, wie radikale Aktivisten einzelne, sehr plakative Aktionen organisieren, die auf die Tierschutz- und Tierrechtsproblematik der Massentierhaltung aufmerksam machen sollen. Barbara erzählt, dass sie sich hiervon einiges abschauen konnten. Cornelia schildert zusätzlich noch eine gewisse Bewunderung für illegale oder radikale Aktionsformen, wie z.B. Blockaden oder Besetzungen. Auch Barbara lässt in der Nachbefragung erkennen, dass ein gewisser Wunsch, auch auf illegale Mittel gegenüber Baumaßnahmen der Massentierhaltung zurückzugreifen, unterschwellig bei ihr und anderen Engagierten vorhanden ist. Die Möglichkeiten einer BI seien in dieser Hinsicht aber limitiert, da sie nur legale Mittel einsetzen.

Die eindeutigste Bewunderung formuliert Ralf, der Aktivisten, die bspw. Besetzungen durchführen, sehr positiv beschreibt im Sinne seiner persönlichen Haltung des kritischen Denkens und Handelns und keine Abgrenzung der BI ihnen gegenüber schildert:

> *„Das sind oft junge Leute und ich würde sagen, die sind motiviert! […] Und die Polizei geht gegen die vor, als wenn es Schwerverbrecher wären, dabei sind es Idealisten. Also ich erlebe das als positiv, weil da sind Leute da, die nicht ‚keinen Bock' haben oder so, sondern die etwas wollen und denen ihre Welt ein Anliegen ist, und ihre Zukunft. Und die bekommen auch Sympathien vor Ort." (Ralf)*

Er kann solchen Protesterfahrungen viel Positives abgewinnen und er unterstützt solche auch durch Sachspenden oder Ähnliches. Er erzählt von der besonderen Atmosphäre, die bei solchen Aktionen entstünde, wie damals bei Protesten der Friedens- oder Anti-Atom-Bewegung.

Auf der anderen Seite werden in den Erzählungen der anderen Akteure aber deutliche Abgrenzungen gegenüber diesen aktivistischen oder radikalen Teilen der Bewegung deutlich. Von den interviewten Akteuren hat im Rahmen des Protests gegen Massentierhaltung noch niemand an Aktionen wie bspw. einer Besetzung oder längeren Blockade teilgenommen. Es gab lediglich die genannten Hilfsangebote einiger Akteure:

> *„Nein, es war bisher keine Perspektive [an Besetzungen oder Blockaden teilzunehmen, S.K.]. Weil ich hab keine Zeit mich da irgendwo drei Wochen ins Maisfeld zu setzen. (lacht) Ich muss ja Geld verdienen und außerdem hab ich auch keine Lust vom Staatsschutz durchleuchtet zu werden, das könnte dann für meine anderen Aktivitäten auch nicht förderlich sein, ne. […] Also man darf sich da nichts vormachen. Und man muss sich halt da schon positionieren, ne. Andererseits bevorzuge ich ja auch ein gekacheltes Badezimmer für manche Sachen, ne." (Cornelia)*

Hier werden der eigene Lebensstil und die Angst vor Strafverfolgung als Hemmnisse genannt. Dies kommt in solcher oder ähnlicher Weise auch bei vielen anderen Akteuren zum Vorschein. Herbert stellt dies recht differenziert dar und benennt auch große Vorteile, die die Bewegung und damit auch solche Bürgerinitiativen wie die ihre seiner Meinung nach durch die aktivistischeren Akteure gewonnen hätten:

> *„Also ich würde mal sagen, dass ich deren Bedeutung als sehr sehr hoch einschätzen würde. Ohne solche Geschichten [Aktionen wie Besetzungen und Blockaden, S.K.] würde also bürgerinitiativenmäßich gar nicht viel laufen. […] Die Bewegung würde nie so die Aufmerksamkeit erreichen, da wären wir als BI überhaupt nicht zu in der Lage. Und das würde auch keinen jucken. Wir würden auch irgendwie nicht in den Fokus rücken, fürchte ich. […] Und ich würde auch nicht sagen, dass die Bürgerinitiative voll hinter solchen Aktivisten steht. Um Gottes Willen, also gar nicht. Also ich meine die, also diese komischen Leute und diese Dreckmogels da, die da irgendwo im Dreck hocken und sich anketten (lacht), und solche Geschichten. […] Also viele Leute sagen dazu igitt und distanzieren sich davon und fragen, was sind das für Leute und so. […] Aber ansonsten ist das ja auch nicht rechtens, wenn man sowas macht, ne. Also das wird ja schon mal ganz kritisch auch gesehen, das ist also so ein Punkt, wo ja, wo viele Leute auch nicht drüberkommen. Das gibt ja auch Bauchschmerzen, wenn man sowas macht. Das ist nicht so ganz einfach. Da muss man erst durch.“ (Herbert)*

Aktivistisches Verhalten erscheint den meisten Akteuren der BI als zu subversiv. Doris bringt solchen kompromisslosen oder radikalen Aktivisten zwar Sympathien entgegen, weil sie hinter dem Zweck an sich steht, grenzt sich aber von deren Mitteln ab. Sie wäre für solche Aktionen nach ihren Worten „zu feige“, da es sich dabei oft um etwas Illegales oder zumindest von friedlichen Protestformen Abweichendes handelt. Dies sei für sie nur solange in Ordnung, wie dadurch keine Menschen zu Schaden kommen würden. Aber sie vermutet, dass viele Aktivisten der Bewegung aus dem Kreis der radikalen Tierschützer oder Tierrechtler stammen, die auch Gewalt anwenden würden. Und davon distanziert sie sich grundsätzlich. Barbara nennt es als Vorteil, sich als BI von solchen extremen Positionen und Protestformen zu distanzieren, um in der Öffentlichkeit für gemäßigtere Positionen und die neutrale Bevölkerung anschlussfähig zu bleiben:

> *„Also wir haben normalerweise keine Berührungspunkte mit solchen Aktivisten. Wir unterhalten uns viel mit ihnen, aber sie haben ihre eigenen Aktionen, die nicht unsere sind. […] Wir haben auch immer gesagt, dass wir nichts mit deren Aktionen zu tun haben. Das ist nicht unsere Art von Protest, ist nicht unsere Art damit umzugehen. Wir wollen halt auch mit anderen Leuten reden und wir wollen auch noch so Leute überzeugen und sie sind eigentlich so überzeugt von ihrer Sache oder ihrer Lebensart, was zum Teil bewundernswert ist, muss ich wirklich sagen. Aber wir sind nicht so auf Konfrontation eigentlich ausgerichtet." (Barbara)*

Diese Distanz, die es zwischen vielen Engagierten der BI und stärker aktivistischen oder radikalen Akteuren der Bewegung gegen die Massentierhaltung gibt, erklärt Ralf daraus, dass viele Engagierte der BI vorher völlig protestunerfahren waren und nicht wussten, wie sie mit solchen aktivistischen Protestformen umzugehen hätten. Allerdings ist es bei Cornelia und Herbert eher nur der auf Respektabilität ausgerichtete Lebensstil[47], der sie sich von den radikalen Aktivisten abgrenzen lässt, da sie ansonsten eine gewisse Nähe zu subversiven politischen Praktiken aufweisen. Bei Barbara hingegen sprechen nicht nur ihr Lebensstil gegen die Nähe zu solchen Aktivisten, sondern zusätzlich noch die von ihr besonders zum Ausdruck gebrachte Nähe zu zivilen und aushandlungsbetonten Formen politischer Praxis. Diese Betonung eines Wunsches nach Respektabilität in der politischen Praxis der BI scheint ebenfalls mit ihrer Nähe zu herkömmlichen Organisationsformen wie örtlichen Vereinen oder Parteigruppen zusammen zu hängen, die der BI zumindest organisatorisch als Vorbild dienen bzw. dienen sollen.

Die Konfrontation, gegen die sich Barbara im Zitat ausspricht, scheint bei Cornelia ein wichtiger Bestandteil ihrer Argumentation mit der neutralen

[47] Der Lebensstil ist oft ein Merkmal des Milieus und des Alters (vgl. Vester et al. 2001: 215 ff.). Die interviewten Akteure kommen alle aus relativ gut situierten Lebensverhältnissen und weisen ein Durchschnittsalter von ca. 64 Jahren auf. Herbert sieht sich mit seinen 70 Jahren nicht mehr in der Position, radikalen Protest aufzuführen. Cornelia ist mit ihren 46 Jahren zwar die Jüngste in der Stichprobe, allerdings werden auch bei ihr die Gewohnheiten deutlich, einen „angemessenen" Lebensstil zu leben. Ralf, der die größten Sympathien für radikalere Aktivisten zum Ausdruck bringt, ist mit seinen 83 Jahren der Älteste in der Stichprobe und kann somit schwer noch an radikalen Aktionen wie bspw. Besetzungen teilnehmen.

Bevölkerung z.B. an den Infoständen zu sein (siehe Kapitel 4.5.2 der Frames zu Cornelia). Und auch Herbert ist durch sein früheres Wirken als Gewerkschafter eher konfrontativ eingestellt und schildert im Zusammenhang mit der Frage nach Aktivisten der Bewegung, die bspw. Besetzungen oder Blockaden durchführen, auch sein grundsätzliches Verständnis für ihr Verhalten. Er sagt, dass er früher vermutlich auch auf die Barrikaden gegangen wäre, aber in seinem Alter nimmt er vieles eben deutlich gelassener. Jungen Leuten gesteht er Radikalität aber absolut zu.

Betrachtet man diese Abgrenzungen als gemeinsame Protestpraxis der BI im Detail, so werden aber erste Spaltungslinien zwischen den interviewten Akteuren ersichtlich, die einer gemeinsamen kollektiven Identität als einheitsstiftendem Momentum zuwiderlaufen. Cornelia, Herbert und Ralf unterscheiden sich von Barbara und Doris in der Intensität der geäußerten Abgrenzung zu den radikalen Aktivisten. Zwar beschreiben alle Akteure außer Ralf Vorbehalte insbesondere gegen die Wahl der Protestmittel radikaler Aktivisten und machen somit deutlich, dass sie klar auf ihre eigenen präferiert Mittel setzen: auf Dialog mit anderen Akteuren, Überzeugungsarbeit und Campaigning in der Öffentlichkeit, Demonstrationen oder wie Herbert auf seinen lokalen Nachhaltigkeitsverein. Aber die grundsätzliche Bereitschaft zur Konfrontation und zu widerständischen Praktiken auch außerhalb des herkömmlichen Repertoires von Bürgerinitiativen ist bei Cornelia, Herbert und Ralf viel deutlicher ausgeprägt als bei Barbara und Doris. Es stellt sich die Frage, wie es dazu kommt, denn die politische Praxis der BI ist, zumindest wie sie nach außen hin offiziell vertreten wird, nicht allzu konfrontativ ausgerichtet. Es soll kein Abbruch der Kommunikation mit den Verantwortlichen in Politik und Verwaltung erfolgen, sondern es wird ein Weg zur Beeinflussung der Politik gesucht. Liegt hier womöglich eine hierarchische Steuerung einer vermeintlichen kollektiven Identität und des kollektiven Handelns der BI vor?

Im Umgang mit dem lokalen Scheitern scheint es ebenso, als würde die gemeinsame Praxis der BI aus dem strategischen Handeln einzelner Führungspersonen entstehen. Um die Organisationsform zu erhalten, wurde

eine Bewältigungsstrategie entwickelt, indem auf einzelne lokale Ereignisse mit einer strategischen Neujustierung der Ziele reagiert wurde. Soziale Bewegungen haben häufig das interne Ziel, ihre kollektive Identität, sofern es diese gibt, zu erhalten, auch wenn die externen Ziele verändert werden müssen, da man bspw. mit einem spezifischen Ziel gescheitert ist. Die kollektive Identität zu erhalten kann entscheidend sein, um einen Protest zu verstetigen.[48] Die lokalen Ereignisse, auf die die BI reagieren musste, waren für die BI subjektiv unterschiedlich wahrscheinlich, weshalb sie sich hierauf unterschiedlich gut oder schlecht vorbereitet hatte.

Das Scheitern der Klage (siehe Kapitel 2) musste in der BI als relativ wahrscheinliche Möglichkeit einkalkuliert werden und war somit nicht völlig unerwartet, wenn natürlich auch nicht erhofft. Anders sieht es mit dem bei der letzten Kommunalwahl unerwartet deutlich zum Ausdruck gebrachten Wählerwillen bzgl. einer Unterstützung des Projekts des Schlachthofs aus, welches Konsequenzen für das weitere Handeln und die Organisation der BI hatte. Durch das Scheitern der Wählerinitiative, für die eine der Sprecherinnen der BI zusammen mit einigen Aktiven angetreten war, konnten die Projektunterstützer aus CDU und SPD weiterhin die große Mehrheit im Rat stellen.

Nicht-intendierte Ereignisse und ihre Konsequenzen können die Reputation, Entwicklung und zukünftigen Entscheidungen einer Bewegung negativ beeinflussen (vgl. Suh 2014: 8). In diesem Fall beeinflussten der Wahlausgang die Vitalität und auch die Reputation der BI vor Ort, da sie trotz ihrer offiziellen Distanzierung von der Wählerinitiative erstmals deutlich einsehen und eingestehen musste, offenbar nicht die Mehrheit der Bewohner des Ortes

[48] „A social movement campaign often will have multiple goals, including goals both internal and external to the social movement. Internal goals – those focused on the movement or the campaign itself – include, for example, sustaining collective identity, mobilizing bystanders, reassuring activists, and maintaining solidarity. External goals – exacting specific responses from campaign targets – can be as specific as generating legislation or stopping a dam from being built, and as general as stopping violence against women, ending race and caste discrimination, or expanding citizenship rights. Furthermore, goals change across time. As a social movement campaign adapts strategically, in interaction with its targets and/or opponents, and in response to incremental successes and defeats, a social movement is likely to adjust its original, stated goals (Gupta 2009).“ (Beckwith 2016: 61) Erst im Falle kumulativer und rekursiver Ereignisse des Scheiterns, die nicht einkalkuliert waren und die somit vorher nicht reflektiert und antizipiert werden können, kommt es häufiger zur vollständigen

zu vertreten. Vorher nahm die BI dies zumindest immer an und kommunizierte dies so in der Öffentlichkeit. Durch das hinzukommende Scheitern der Klage schwanden alle Optionen, vor Ort noch etwas gegen den Bau und den Betrieb des Schlachthofs zu erreichen, was ein Scheitern des initialen Ziels auf lokaler Ebene darstellt.

Die Akteure erkannten, dass es lokal zurzeit nicht möglich war, einen Erfolg zu erringen. Die überregionale Wahrnehmung und Unterstützung ihres Protests durch die Bewegung und die Bedeutung des Themas Massentierhaltung führten aber dazu, dass anschließend an dieses Scheitern vor Ort weiteren Aktivitäten auf höheren Ebenen mehr Potential zugerechnet wurde, um ihrem Protest wirkungsvoll Ausdruck zu verleihen und die Chance aufrecht zu erhalten, in diesem Kontext politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu verändern. Es kam zu strategischen Neuausrichtungen, indem ein Narrativ entwickelt wurde, trotz des Scheiterns vor Ort zu einer großen Bewegung zu gehören[49], die schlagkräftig agiert und Unterstützung in der Bevölkerung und durch viele Verbände, Vereine, Parteien und NGOs erfährt.[50] Allerdings wird schon hier deutlich, dass diesen Prozess hauptsächlich einzelne Akteure der BI vorantreiben und für ihn stehen, allen voran die strategisch handelnde Sprecherin Barbara.

Die BI hat sich ganz entscheidend durch das besondere Wirken Barbaras politisiert. Dies vollzog sie insbesondere durch die Vernetzung und dem Verschieben von Aktivitäten auf die höheren Ebenen der Auseinandersetzung. Sie wollte auf diese Art und Weise ihrem Handeln als Sprecherin nach dem lokalen Scheitern einen Sinn verleihen. Sie hat zudem an politischer Erfahrung hinzugewonnen und kann diese mit ihren früheren politischen Erfahrungen sinnvoll zu einer breiter anwendbaren Protestpraxis verknüpfen. Sie betreibt eine persönliche Remobilisierung, indem sie auf der überregionalen Ebene der Auseinandersetzung ihre bisherige Vorstellungswelt in einem neuen Kontext

---

Demobilisierung, als wenn es ein partielles, schrittweises Scheitern gibt, das Auswege z.B. durch strategische Neujustierung bietet (vgl. Suh 2014: 9; Gupta 2009).

[49] Die Sprecherin Barbara fühlt sich durch die überregionalen Demonstrationen bestärkt, von einer „gesellschaftlichen Entwicklung“ getragen zu werden.

[50] Solche Prozesse werden ebenfalls von Beckwith (2009, 2015, 2016) beschrieben, deren Theorien über besondere „Narrative des Scheiterns“ in Kapitel 4.5.2 aufgegriffen werden.

einsetzt. Dies entspricht einer persönlichen Emanzipationsbewegung, wie sie für soziale Bewegungen nicht unüblich ist (vgl. Rucht 1997: 390).

In der Bewegungsforschung wird bei Anführern von transnationalen Bewegungen von „rooted cosmopolitans“ (Tarrow 2005, nach Alonso 2009: 41) oder „activists without borders“ (Keck/Sikkink 1998, nach Alonso 2009: 41) gesprochen. Auf kleinerem Niveau kann dies für Barbara zwischen der lokalen Ebene und der überregionalen Ebene ebenfalls gelten. Sie ist im lokalen Konflikt verwurzelt, befreit sich durch ihre Remobilisierung aber von den lokalen Begrenzungen. Für die transnationale Ebene schreibt Alsono hierzu:

> „What makes ‘local’ and ‘global’ exist are activists’ biographies. They live in both spheres, and as they move, they carry with them meanings and knowledge and forms of action and organizing. […] local knowledge and meanings are renamed and reshaped to adapt to the global sphere, in a bottom-up process. In spite of these differences, the politics of intermediation in both cases force local communities to rely on environmental activists as their representatives in global spheres.” (Alonso 2009: 41)

Für mein Fallbeispiel könnte dies so gedeutet werden, dass lokale Protest- und Beteiligungsformen wie Bürgerinitiativen auf solche überregionalen Akteure umso mehr angewiesen sind, je stärker die Rahmenbedingungen der lokalen Konfliktanlässe gar nicht auf lokaler Ebene verortet sind und behandelt werden (können).[51] Die Forderungen richten sich dementsprechend an höhere politische Ebenen und die lokale Politik bleibt mit Unverständnis und einer gewissen Machtlosigkeit zurück, da sie die Konfliktebene nicht wechseln

[51] In der Agrarökonomie wird bspw. eine Kritik an den Protesten und Auseinandersetzungen um Projekte der Massentierhaltung dahingehend geäußert, dass dabei nicht auf lokal behebbare Auswirkungen abgehoben würde, sondern normative Stellvertreterkonflikte ausgefochten würden. Es ginge also nicht nur z.B. um Geruchsproblematiken, sondern um allgemeine Tier- und Umweltschutzargumente, die generelle Rolle der Landwirtschaft und ihre Subventionierung. Das Dilemma würde darin liegen, dass die globalen Fragestellungen der Gegner gar nicht auf lokaler Ebene gelöst werden könnten, die Gegner dadurch aber ihre häufig auf direkter Betroffenheit gründende Ablehnung verschleiern würden. Daher würden auch Partizipationsangebote auf lokaler Ebene nicht zielführend sein (vgl. Gerlach/Spiller 2008: 490 ff.). Dagegen spricht allerdings, dass auch diese globalen Fragestellungen auf lokaler Ebene zumindest mit berücksichtigt werden könnten (wenn auch nicht unbedingt

kann.[52] Dies gilt aber gleichermaßen für viele lokale Engagierte, die, wie die Bewegungsforschung konstatiert, oftmals den Politisierungen auf höheren Ebenen ebenfalls nicht folgen können oder möchten (vgl. della Porta/Piazza 2008: 6). Dies könnte bedeuten, dass Barbara durch ihr strategisches Handeln nach dem lokalen Scheitern gar nicht mehr für das kollektive Handeln der BI steht, sondern stärker für ihre persönliche Remobilisierung im überregionalen Bewegungskontext.

Ein anderer Ansatz, um die Rolle von Barbara zu bewerten, ist eine Typologie von Anführern von Umweltbewegungen (vgl. Sainteny 1999: 178 ff.). Diese Typologie bietet vier Typen auf: Politische Anführer mit explizit politischen Erfahrungen aus anderen Bewegungen (Typ I), Bewegungsaktivisten mit weniger politischer Erfahrung (Typ II), technische Experten mit professionellem Umweltbezug (Typ III), technische Experten mit umweltaktivistischem Bewegungshintergrund (Typ IV). Diese vier Typen gruppiert Sainteny zu zwei Großgruppen zusammen: ‚Typ P' als die Politischen mit Ressource des Aktivismus und ‚Typ T' als die Technischen mit der Ressource der technischen Expertise.[53] Barbara kann meinen Analysen folgend als politische Anführerin mit explizit politischen Erfahrungen aus anderen Bewegungen klassifiziert werden, wie an ihren biographischen Erfahrungen deutlich wird.

Sainteny führt die Heterogenität der Anführer der französischen Umweltbewegung als Grund für die Konflikte innerhalb der Bewegung an (vgl. ebd.: 175). Meine Fallstudie zeigt, dass eine solche Heterogenität auch innerhalb einer einzelnen Initiative zu Konflikten führen kann. Barbara als politische Anführerin reibt sich mit Cornelia, die als Tierrechtsaktivistin ein

---

gelöst), schließlich sind auch lokale Entscheidungen wie die für einen Schlachthof oder einen Maststall für die weitere Verbreitung der Massentierhaltung verantwortlich.

[52] Die institutionellen Bindungen der Politik machen es hier somit für die etablierten politischen Akteuren schwieriger, solchen Dynamiken für eine Repräsentation und Bürgerbeteiligung angemessen zu folgen. Eine Repräsentation solcher Konflikte auch auf lokaler Ebene wäre somit hilfreich für einen transparenten Beteiligungsprozess, worauf ich später noch zurückkommen werde (siehe Kapitel 5).

[53] Beide von Sainteny definierten Großgruppen spielen in der Bewegung gegen die Massentierhaltung eine Rolle. Barbara repräsentiert den politischen Typus ‚P', während bspw. die führenden Landwirte der AbL dem Typ ‚T', also der Technischen mit professionellem Bezug zum Thema, zugehörig sind. Bei anderen Protestbewegungen wie bspw. der Bewegung

beinahe „professionelles Ethos“ gegenüber dem Thema der Tierhaltung hat, oder mit Herbert, der mit den Themen der ökologischen Nachhaltigkeit und des Konsumverhaltens praktisch vor Ort arbeiten möchte.

Die Bezeichnung von Barbara als Anführerin trifft zudem ihre Praxis: Ihre Rolle in der BI vertritt sie offensiv. Sie sieht sich als Vermittlerin zwischen den einfachen Unterstützern der BI, die sie als Basis bezeichnet, und den einflussreichen Spielern in den höheren Ebenen, sei es in der Politik oder in der Bewegung. Hier spiegelt sich ihre frühere Rolle als Vorsitzende der Vertrauensleute in ihrem Betrieb wider. Sie vergleicht ihre Tätigkeit damals direkt mit der heutigen in der BI. Hierdurch wird bei ihr eine gewisse Vorstellungswelt deutlich, die einem Elite-Masse-Verhältnis nahe kommt. Die einfachen Unterstützer der BI oder die normalen Arbeitnehmer ihres früheren Betriebs sind die Masse, während sie als deren Vermittlerin oder Anführerin mit den Akteuren ‚da oben‘ in Kontakt tritt und sich durch ihre Rolle auch annähert. Sie beschreibt die BI dabei als grundsätzlich basisdemokratische Organisation, schränkt dies aber direkt wieder ein, indem sie die Grenzen einer solchen Praxis benennt: Die ersten Treffen der BI waren für alle Sympathisanten und Interessierten offen und sie haben alles offen diskutiert, was dazu führte, dass sie organisatorisch wenig auf die Beine brachten, da andauernde Grundsatzdiskussionen kaum praktische Arbeit zuließen. Daher haben sie recht schnell die offenen Treffen deutlich eingeschränkt. Sie heißt dies explizit gut, ob dies aber alle Unterstützer so sehen, wird nicht klar. Herbert scheint insgesamt mit seinem Konflikt mit den Sprecherinnen und Sprechern um organisatorische Fragen gegen solche Tendenzen gerichtet zu sein. Solche Auseinandersetzungen um organisatorische Veränderungen gerade in Richtung einer Institutionalisierung sind in sozialen Bewegungen aber an der Tagesordnung (vgl. Suh 2014: 9) und zeugen von der hohen Dynamik solcher Organisationsformen, die mit einem stark institutionalisierten Feld wie dem politischen in Interaktion treten.

Barbara attestiert außerdem vielen anderen Aktiven der BI, dass sie grundsätzlich zu zurückhaltend bzw. „feige“ seien, um Sprecherinnen oder

---

gegen den Netzausbau im Zuge der Energiewende mag dies anders ausfallen, da dort mehr Akteure mit technischem Hintergrund aktiv sind (vgl. Marg et al. 2013: 97 f.).

Sprecher zu werden. Sie würde die Funktion nach mehr als fünf Jahren gerne abgeben, aber es finde sich niemand Geeignetes aus der BI, der diese Funktion insbesondere in Hinblick auf das strategische Handeln übernehmen würde. Dabei ist sie der Meinung, dass diese Rolle auch andere Leute erlernen könnten, wenn sie es denn wirklich wollten. Sie hätte auch erst hineinwachsen müssen. Mit Blick auf ihre schon vor dem Entstehen der BI vorhandenen Erfahrungen ist diese Sichtweise allerdings objektiv einzuschränken. Die ausgedehnte Vernetzungs- und Politisierungsarbeit, die sie betreibt, ist mit weniger politischen Erfahrungen auf diesem Niveau kaum aufrechtzuerhalten. Möglicherweise erkennen dies die anderen Aktiven der BI, die potentiell für eine Sprecherrolle in Frage kämen. Andererseits ist Barbaras dominante Praxis möglicherweise Ausdruck von Ausschluss- und Verdrängungsmechanismen, denn Akteure wie Herbert wären hierzu aufgrund ihrer Erfahrung vermutlich durchaus in der Lage.

Ein Indiz für die Spaltungslinien innerhalb des kollektiven Handelns der BI sind zusätzlich die angesprochenen internen Konflikte, die von einigen Akteuren in ihren Erzählungen deutlich zur Sprache gebracht werden. So äußert Cornelia gegenüber Barbaras Haltung in Bezug auf den Konsum von Fleisch deutliche Vorbehalte. Barbaras Strategie, als offizielle Linie der BI einen nachhaltigeren Fleischkonsum zu propagieren, kann Cornelia aufgrund ihrer persönlichen Haltung zum Thema Tierrecht nicht mitgehen. Sie ist strikte Vegetarierin und begründet diesen Lebensstil auf ethischen Werten, die sie wie zuvor schon beschrieben moralisierend einsetzt. Damit weicht sie eindeutig von der offiziellen Linie der der BI ab, wie sie vom Rest der Sprecherinnen und Sprecher offensichtlich abgesegnet wurde und die auch Teil des Framings im Umgang mit der Massentierhaltung ist. Es soll gerade nicht als Ziel ausgegeben werden, allen Bürgern den Fleischkonsum komplett abzugewöhnen. Es soll stattdessen ein nachhaltiges Konsumverhalten als Ziel formuliert werden. Cornelia vertritt hier eine Extremposition und stellt somit die kollektive Identität in dieser Frage zurück. Da sie dennoch weiterhin als Sprecherin tätig ist und regelmäßig an Infoständen um Unterstützung wirbt und dabei ihre Extrempositionen möglichst verbirgt, kommt es allerdings zu keinem Bruch innerhalb der BI oder zwischen den Sprecherinnen und

Sprechern. Es spricht eher für die Heterogenität und Pluralität von Positionen in einer solchen Bewegung.

Herbert hat dagegen keine inhaltlichen, sondern strategische Dissonanzen mit den Sprecherinnen und Sprechern. Seiner Meinung nach konzentrieren diese sich seit dem lokalen Scheitern zu stark auf die überregionale politische Ebene und die Bewegung. Dies führt aus seiner Sicht dazu, dass die meisten Sprecherinnen und Sprecher zu stark auf die Kommunikation über das Internet setzen und die lokale Ebene vernachlässigen. Durch das reine Versenden von Informationen und Aufrufen mit dem Newsletter würde man die neutrale lokale Bevölkerung nicht erreichen, die es seiner Meinung nach aber nach wie vor zu gewinnen gilt. Hierfür möchte er seinen lokalen Nachhaltigkeitsverein nutzen.[54] Die kollektive Identität ist durch die Ablehnung der strategischen Ausrichtung auf höhere politische Ebenen stärker betroffen als durch die Auseinandersetzung über den richtigen Einsatz von Kommunikationsmitteln. Herbert empfindet das grundsätzliche neue Ziel, gegen Massentierhaltung im Allgemeinen zu agieren und zu protestieren, als richtig, aber möchte dies auf lokaler Ebene pragmatisch umsetzen. Er bleibt daher der Ebene der sozialen Bewegung eher fern und zeigt somit einen möglichen Bruch zur kollektiven Identität, so wie sie von Barbara definiert wird.

Zwar wird in der Literatur konstatiert, dass kollektive Identitäten keinesfalls als homogen zu betrachten sind (vgl. Roose 2011: 32), sondern vielmehr auf unterschiedlichen, partiell geteilten Narrativen, Frames, Ritualen, Abgrenzungen, Konflikten, Zielen, Interessen und Erfahrungen (vgl. Flesher Fominaya 2010: 398) sowie Identifikationen mit der Bewegung beruhen (vgl. Daphi 2011: 16). Die dargestellten Spaltungslinien und Konflikte machen aber deutlich, dass sich das kollektive Handeln der BI an den Einzelakteuren aufbricht. Für Barbara soll eine einheitsstiftende Identität die Funktion erfüllen, den Protest als BI aufrechtzuerhalten und als Teil des ‚großen Ganzen', der Bewegung gegen die Massentierhaltung, zu reüssieren. Dabei sollen bewusst Konflikte und Fragmentierungen innerhalb der BI überdeckt werden. Die

[54] Möglicherweise verbirgt sich hier aber zusätzlich noch ein Vorbehalt gegen moderne Technik. Herbert ist mit 70 Jahren in einem Alter, in dem der Umgang mit dem Internet nicht selbstverständlich angenommen werden kann und gehört im Leistungsorientierten

vorgenommene Beschreibung des kollektiven Handelns der BI zeugt aber davon, dass sich die Akteure der BI voneinander entfernt haben und dass das, was als kollektive Identität der BI, als gemeinschaftliches Handeln, gelten soll, von einigen wenigen Akteuren, die wie Barbara mit einer Führungsrolle ausgestattet sind, definiert wird. Die einzelnen Akteure und ihr Handeln scheinen dadurch viel bedeutsamer als die gemeinsam geteilten Handlungen der BI. Die Ebene der Einzelakteure, ihre jeweiligen Belange und entsprechenden sozialen Voraussetzungen haben eine größere Relevanz. Die kollektive Identität der BI als gemeinschaftliche Handlungspraxis hat offensichtlich insbesondere nach dem lokalen Scheitern der BI an Bedeutung abgenommen. Daher soll im Folgenden die Perspektive auf die Einzelakteure verschoben werden.

Arbeitnehmermilieu mittlerweile zur älteren Kohorte, die gegenüber den jüngeren Vertretern schon einen deutlichen Modernisierungsnachteil aufweist (siehe Kapitel 4.5.1).

4.5 Die Akteure hinter der Bürgerinitiative – Analyse der sozio-politischen Hintergründe des Engagements

Im Folgenden wird nun die Fragestellung bearbeitet, welche individuellen Belange auf der Ebene der Einzelakteure deutlich werden und welche sozialen Voraussetzungen diese bedingen. Anhand einer akteurssoziologischen und praxeologischen Perspektive auf die Einzelakteure der BI soll der tiefe illustrative Einblick in die soziale Wirklichkeit des exemplarischen lokalen Protests gegen Massentierhaltung gelingen. Für die weitere Analyse muss der Forschungsgegenstand der BI mithilfe eines theoretischen Zugangs operationalisiert werden, der weiteren Erkenntnisgewinn verspricht und die Perspektive der Sozialen Bewegungsforschung mit ihrem Ansatz der kollektiven Identität erweitern kann um Einblicke in die sozio-politischen Dispositionen der Einzelakteure und ihre Positionen im lokalen Machtgefüge des lokalen politischen Feldes. Für diese Operationalisierung greife ich auf die Theorie der Praxis von Bourdieu zurück, die das Handeln der Akteure im lokalen Feld mittels der Begriffe Habitus, Illusio und feldspezifisches Kapital erklären kann.

Die Illusio sind in einem Feld zur Anwendung kommende Erwartungen der Einzelakteure an den sozialen Sinn, d. h. an die Funktionsweise des spezifischen Feldes. Die Erwartungen wiederum speisen sich aus dem Habitus der Einzelakteure und ihrer jeweils damit zusammenhängenden Milieuherkunft (siehe Kapitel 2.5 und Abbildung 8). Um die Herkunft der Erwartungen an das politische Feld zu verstehen, die den Illusio der Akteure vorausgehen, ist also zunächst eine Bestimmung der Herkunftsmilieus der Akteure auf Grundlage ihrer Habitus-Dispositionen nötig.

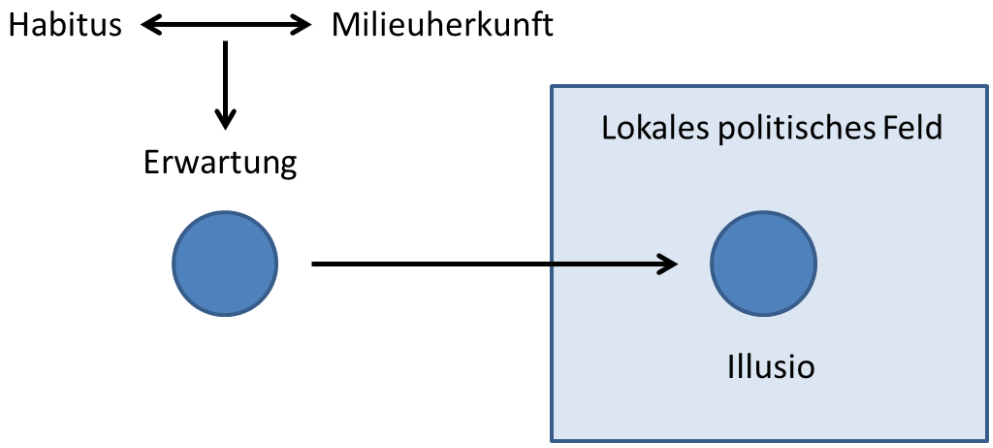


Abbildung 8: Herkunft einer Erwartung an ein Feld und ihr Wirken im Feld als Illusio auf Grundlage von Habitus und Milieuherkunft (eigene Darstellung).

Die Akteure werden dabei im folgenden Kapitel 4.5.1 auf Grundlage der Milieutypologie nach Vester et al. (2001) und ihrer Aktualisierung (Vester 2015) analysiert und verortet. Anschließend wird in Kapitel 4.5.2 das Handeln der Akteure und ihre Erzählungen hierüber im Hinblick auf die Illusio analysiert, die hinter dem jeweiligen Handeln liegt. Indem argumentative Frames und Narrative aus diesen Erzählungen herausgearbeitet werden, können die Illusio der Einzelakteure analysiert werden. Ihre vorausgehenden Erwartungen an das politische Feld, die sie bedingenden sozialen Voraussetzungen sowie die (Lern-)Erfahrungen während des Engagements in der BI, die zu Veränderungen der Erwartungen und der Illusio führen können, werden zusammenfassend in Kapitel 4.5.3 dargestellt.

4.5.1 Bestimmung der Herkunftsmilieus der Akteure

Insbesondere die biographischen Erkenntnisse über die fünf interviewten Einzelakteure der BI, die bereits in Kapitel 4.3 dargestellt wurden, werden für die Bestimmung ihrer Herkunftsmilieus und Habitus genutzt. Indem die Einzelakteure in Relation zum sozialen Raum der Gesamtgesellschaft in Deutschland gesetzt werden, kann ihre jeweilige Protestpraxis mit ihrem sozialen Hintergrund und ihren alltäglichen Erfahrungen in Verbindung gesetzt werden. Auf diese Einordnung wird im weiteren Verlauf der Analyse der Protestpraxis immer wieder Bezug genommen, um bspw. die argumentative

Verwendung von Frames und die dahinterliegende Illusio bei den jeweiligen Akteuren im Sinne sozialer Relationalität deuten zu können. Zudem kann eine solche Milieuverortung Aufschluss darüber bieten, welche sozialen Unterschiede zwischen den interviewten Akteuren bestehen. Wie in Kapitel 2.5 erläutert, ist für eine politische Partizipation die soziale Positionierung und somit der Zugang zu Ressourcen im sozialen Raum sehr entscheidend.

Anhand der sozialstrukturellen Gesellschaftsstudie über die Bundesrepublik von Vester et al. (2001) und ihren statistischen sowie analytischen Aktualisierungen der Folgejahre (vgl. Vester 2015: 147 ff.) erfolgt nun eine solche Verortung der Akteure in den sozialen Milieus:

Barbara: Sie repräsentiert als eine gut qualifizierte Angestellte, die sie in ihren früheren Berufen der Chemielaborantin und Bürokraft war (siehe Kapitel 4.3.1), das Leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu. Ihr Lebensstil, der früh durch ein Experimentieren mit ökologischer Lebensweise und heute durch einen nachhaltigen Konsumstil, insbesondere hinsichtlich eines geringen Fleischkonsums, geprägt ist, ist habituell nicht mehr an der Bescheidenheit des Traditionellen Arbeitermilieus orientiert, aus dem noch ihre Eltern stammten. Er wird zu einem gewissen Grade inszeniert und als etwas Besonderes herausgestellt. Milieutypisch ist zudem, sich als Leistungs- und Verantwortungsträger zu begreifen und dafür Teilhabe einzufordern, in erster Linie Teilhabe am Wohlstand – ohne dabei den Blick für soziale Ungleichheiten zu verlieren (vgl. Vester et al. 2001: 40, 514 ff.; Vester 2015: 164), was in diesem Fall aber auch auf politische Teilhabe übertragen werden kann. Barbara spiegelt ein solches politisches Anerkennungsstreben in ihrem Habitus z.B. auch dadurch wider, dass sie über die defizitäre Bürgerbeteiligung im Plan- und Genehmigungsprozess des Schlachthofs enttäuscht ist. Sie ist überzeugt, dass ihre Meinung Anerkennung hätte erfahren müssen. Auch Selbstbewusstsein und eine Bereitschaft zu Leistung und Konkurrenz, wie sie den Leistungsorientierten in beruflicher Hinsicht innewohnt, zeigt sich bei Barbara habituell nicht nur durch die Betonung in der gesellschaftspolitischen Statement-Batterie, dass soziale Gerechtigkeit mit Leistung verknüpft ist, sondern auch in ihrer frühen gewerkschaftlichen Tätigkeit als Vertrauensfrau. Dort konkurrierte sie mit den „alten Arbeitern“. Heute zeigt sich ihr

Selbstbewusstsein während des Protests insbesondere in ihrer Abgrenzung gegen die etablierten Akteure des politischen Feldes und in ihrer starken internen Stellung als strategisch handelnde Sprecherin der BI (siehe Kapitel 4.4). Als solche zeigt sie eine Nähe zu distinktivem und hierarchischem Verhalten.

Cornelia: Cornelia ist die jüngste interviewte Akteurin und repräsentiert auch das modernste Milieu, nämlich das Moderne Arbeitnehmermilieu. Sie zeigt habituell einen hohen Grad an Selbstbestimmung und Leistungsbereitschaft, z.B. in ihrer beruflichen Laufbahn, durch die sie erst ihre gute Fachqualifikation erreicht hat. Sie hat als Verkäuferin angefangen und ist dann in die Versicherungsbranche gewechselt (siehe Kapitel 4.3.2), zeigt also eine milieutypische Bereitschaft, sich flexibel durch neue Arbeitsplätze weiter zu qualifizieren (vgl. Vester et al. 2001: 517). Auch in der gesellschaftspolitischen Statement-Batterie hat sie das Konzept der sozialen Gerechtigkeit tendenziell positiv mit Leistung verknüpft. Dies sind zentrale Habitus-Merkmale des Milieus (vgl. ebd.: 41). Zudem spiegelt sie in ihrem Habitus eine milieutypische kritische Distanz zu großen Ideologien und den höheren Ebenen von Politik und Wirtschaft sowie eine Offenheit gegenüber unkonventionellen Lebensstilen hinsichtlich des Konsums wider. Es ist in diesem Milieu wichtiger, mit dem eigenen Leben zufrieden zu sein, als unermüdlich beruflich aufzusteigen. Diese Lebenszufriedenheit wird aber nicht nur nach innen, sondern auch gesellschaftlich nach außen gewendet. Man will sich nicht von Institutionen vereinnahmen lassen, sondern betreibt „Politik von unten“, pragmatisch durch Gefühle und Erfahrungen gesteuert (vgl. ebd.). Dies passt sehr gut zur Protestpraxis, wie sie Cornelia durch ihr emotionales Campaigning betreibt. Dennoch orientiert sie sich, wie für das Milieu typisch, mit ihrer Selbstverwirklichung im Rahmen des für ihren Habitus Möglichen an einer methodischen und realistischen Lebensführung. Unrealistisch große Sprünge versucht sie nicht, weder beruflich noch mit ihrem Protest. Sie arrangiert sich mit den alltagspraktischen Notwendigkeiten. Dies zeigt sich z.B. darin, dass sie der Lebens- und Protestpraxis radikaler (Tierschutz-/Tierrechts-)Aktivisten nicht nacheifern möchte und dies damit begründet, dass sie arbeiten muss und ihr gekacheltes Badezimmer braucht.

Herbert: Bei Herbert spiegeln sich die habituellen Kernmerkmale des Traditionellen Arbeitermilieus „Autonomie und Selbstdisziplin“ (vgl. Vester et al. 2001: 513) wider, obwohl er aufgrund seiner qualifizierten Berufslaufbahn als Starkstromelektriker in verschiedenen Großindustrien (siehe Kapitel 4.3.3) und seiner ausgeprägten Selbstbestimmtheit das Leistungsorientierte Arbeitnehmermilieu vertritt, hier allerdings die Untergruppe der „Geprellten“ (vgl. Vester 2015: 162 f.). Auch die Bescheidenheitsethik des Traditionellen Arbeitermilieus lässt sich in seinem Habitus nachvollziehen, ebenso die Gerechtigkeitstraditionen: „Ihr Sinn ist es, die eigene Identität und Würde unter verschiedensten sozialen und politischen Systemen zu sichern.“ (Vester et al. 2001: 513 f.) Herbert pocht auf seine Autonomie, sei es in seiner früheren Gewerkschaftsarbeit, der Abgrenzung gegenüber politischen Parteien, und auch innerhalb der BI. Er will sich nicht von der Politisierung Barbaras vereinnahmen lassen, sondern wählt stattdessen seinen selbstständig organisierten Weg. Der milieutypische Politikstil der „Geprellten“ ist bei ihm tief verwurzelt (siehe seine Frames in Kapitel 4.5.2) („Von der Politik fühlen sie sich geprellt, weil das Versprechen, gegen gute Arbeitsleistung auch eine gerechte Teilhabe an Wohlstand und sozialstaatlichen Sicherungen zu erhalten, immer weniger eingelöst wird“, ebd.: 164). Selbstdisziplin hatte er früher in den Arbeitskämpfen und dort versuchte er auch, Konflikte mit der Obrigkeit realistisch zu begrenzen (vgl. Vester et al. 2001: 514). Ähnlich agiert er auch mit dem Protest in der BI, bei dem er zumindest den lokalen Konflikt von Beginn an als verloren ansieht und nun durch den Nachhaltigkeitsverein auch stärker Interessen ohne Konflikt organisiert. Der für das Traditionelle Arbeitermilieu milieutypische „sorgsame Umgang mit allem Lebensnotwendigen“ (ebd.) zeigt sich bei Herbert auch in Bezug zu seinem Lebensstil hinsichtlich des sorgsamen Umgangs mit den ökologischen Bedingungen. Er achtet sehr auf seinen Konsum, grenzt sich aber von missionarischem Eifer im Umgang mit anderen Lebensstilen ab. So ist er bspw. Vegetarier, stellt dies aber nicht als besonders anspruchsvolle Lebensweise heraus. Dennoch weist er habituell auch gehobene Ansprüche der Mitte auf: Er hat sich das eigene Haus „im Grünen“ durch Fleiß erarbeitet und dafür viele Jahre des beruflichen Pendelns in Kauf genommen, damit seine Kinder nicht in der Stadt aufwachsen müssen. Zudem können seine Frau und er es sich leisten,

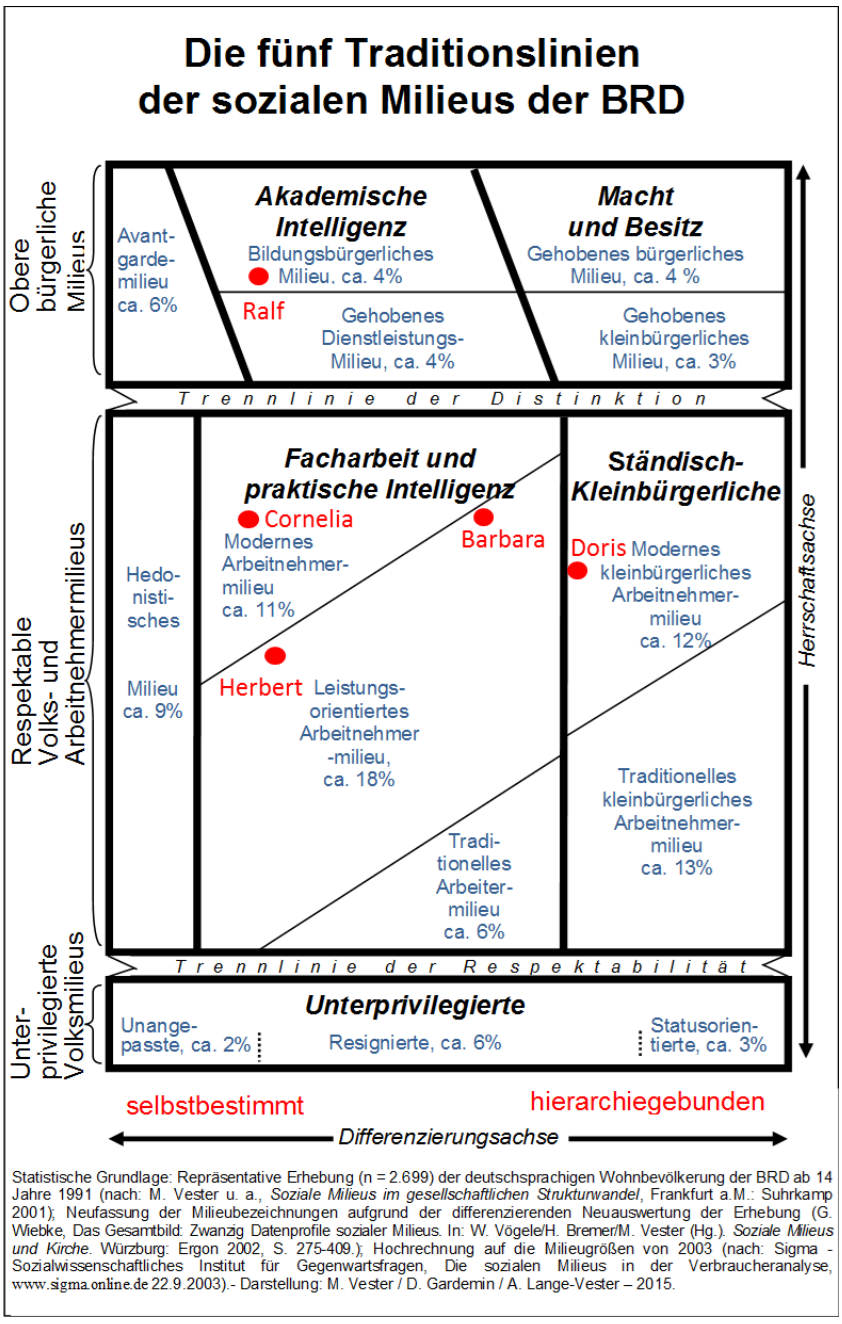
regelmäßig für eine Patenschaft mit einem Jugendlichen in Afrika zu spenden. Ich ordne ihn als Vertreter des Leistungsorientierten Arbeitnehmermilieus ein, der aber starke habituelle Rückbezüge zum Traditionellen Arbeitermilieu aufweist. Möglicherweise liegt hier eine Hysteresis seines Habitus vor, also eine Beharrung seiner früher erworbenen Dispositionen (vgl. Bourdieu 1982: 187; Suderland 2009: 127 f.), als er insbesondere beruflich noch eine größere Nähe zum Traditionellen Arbeitermilieu besaß.

Ralf: Er repräsentiert als einziger der interviewten Akteure ein Milieu der Elite, das oberhalb der gesellschaftlichen Distinktionsgrenze liegt, und zwar das Bildungsbürgerliche Milieu. Als Pfarrer im Ruhestand ist er Teil der akademischen Intelligenz (siehe Kapitel 4.3.4), die zu einem großen Teil dieses Milieu ausmacht. Der milieutypische elitäre Progressismus und das kritische Engagement („Hohes Interesse an Politik, mit betont kritischer Haltung zu konventionellen Politikformen, verbunden mit dem Wunsch nach mehr Mitgestaltung und Einflussnahme“, Vester 2015: 155) sind bei Ralf durch seine Protestpraxis und den damit verbundenen politischen Habitus deutlich sichtbar (siehe seine Frames in Kapitel 4.5.2). Die Milieumerkmale der „idealistischen Aufklärungsmission“ (ebd.: 154) und „Gedankenaustausch, Mitgestaltung und Einflussnahme“ (Vester et al. 2001: 508) sind zentrale, habituell bedingte Anliegen von Ralf, die er deutlich formuliert. Auch die „postmaterialistischen“ Werte in sozialer und – insbesondere im Hinblick auf den Protest – ökologischer Hinsicht, die sich milieutypisch in einem „Streben nach umwelt- und gesundheitsbewusster Lebensführung“ und der „Zurückhaltung von überflüssigem Konsum“ (ebd.: 508) ausdrücken, spiegeln sich deutlich wider. Durch seinen nachhaltigen Wandel im Konsum und Lebensstil tritt diese Selbstverwirklichung hervor, die auch offensiv dargestellt wird. Dies soll insbesondere einer habituellen Abgrenzung gegenüber den konservativeren Elitemilieus dienen (vgl. ebd.: 38), wie dies Ralf auch im Umgang mit seinen CDU- oder FDP-wählenden, aus seiner Sicht unkritischen Nachbarn erzählt.

Doris: Als einzige interviewte Akteurin repräsentiert Doris ein Milieu einer stärker hierarchiegebundenen Traditionslinie, nämlich das Moderne kleinbürgerliche Arbeitnehmermilieu (vgl. ebd.: 41 f.). In ihrem Habitus

spiegelt sich die milieutypische Dominanz einer familialen Hierarchieeinordnung wider (siehe Kapitel 4.3.5). Zudem wird eine Chancengleichheit hinsichtlich des Merkmals Geschlecht nicht anerkannt. Sie ordnet große Teile ihres zurückliegenden Lebens den beruflichen Leistungen ihres Mannes unter und hält es nicht für unbedingt notwendig, dass eine Frau nach der Familiengründung wieder berufstätig werden können müsse. Dennoch sind bei ihr auch milieutypisch individuelle Selbstverwirklichungen zu erkennen. Hier werden habituelle Modernisierungstendenzen erkennbar, die bei Doris durch die Hinwendung zu ökologischen Themen und ihrer politischen wie persönlichen Emanzipation besonders deutlich werden. Dennoch bleibt der auf politische Delegation ausgerichtete Politikstil des Milieus („Sie haben ein vergleichsweise starkes Interesse an Politik, möchten sich aber selber nicht aktiv politisch beteiligen“, Vester 2015: 171) für sie ein starkes Motiv, das eine Ambivalenz hinsichtlich ihrer eigenen Praxis begründet, wie ich später noch zeigen werde (siehe ihre Frames in Kapitel 4.5.2, zusätzlich ihre Positionierung in Kapitel 4.6). Auch die tendenziell milieutypischen Ressentiments gegen Randgruppen (vgl. Vester et al. 2001: 521) kommen vereinzelt zum Vorschein, so z.B. durch ihr Antwortverhalten in der gesellschaftspolitischen Statement-Batterie. Dort lehnt sie tendenziell eine Verpflichtung auf Asyl und multikulturelles Zusammenleben ab.

Fazit: In der folgenden Abbildung sind die beschriebenen Akteure nun in die 2015 von Vester/Gardemin/Lange-Vester aktualisierte Milieuübersicht dementsprechend eingeordnet:



Statistische Grundlage: Repräsentative Erhebung (n = 2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung der BRD ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2001); Neufassung der Milieubezeichnungen aufgrund der differenzierenden Neuauswertung der Erhebung (G. Wiebke, Das Gesamtbild: Zwanzig Datenprofile sozialer Milieus. In: W. Vögele/H. Bremer/M. Vester (Hg.). *Soziale Milieus und Kirche*. Würzburg: Ergon 2002, S. 275-409.); Hochrechnung auf die Milieugrößen von 2003 (nach: Sigma - Sozialwissenschaftliches Institut für Gegenwartsfragen, Die sozialen Milieus in der Verbraucheranalyse, www.sigma.online.de 22.9.2003).- Darstellung: M. Vester / D. Gardemin / A. Lange-Vester – 2015.

Abbildung 9: Milieuverortung der interviewten Einzelakteure im sozialen Raum der Bundesrepublik Deutschland (Quelle: Vester 2015: 149, verändert).

Es zeigt sich, dass alle interviewten Akteure der BI mittleren oder gehobenen sozialen Traditionslinien und Lagen entstammen und sich oberhalb des gesellschaftlichen Median befinden. Die drei Vertreter der Traditionslinie der Facharbeit und praktischen Intelligenz, Barbara, Cornelia und Herbert, stehen sich sozialräumlich und habituell am nächsten und repräsentieren zwei verschiedene Generationen der dortigen Arbeitnehmermilieus. Sie sind

aufgrund der habituellen Kompetenzen und Ansprüche, die in diesen Milieus vorherrschen, prädestiniert für Rollen innerhalb von Bürgerinitiativen, in denen verantwortlich gehandelt wird. Ihrem Handeln liegt übereinstimmend die Überzeugung und Prämisse zugrunde, dass sich Gesellschaft nur durch praktisches und selbstständiges Eingreifen verändert. Ralf vertritt diese Prämisse als Vertreter der Traditionslinie der Akademischen Intelligenz noch stärker intellektuell begründet, ist aber von der Praxis her ähnlich aufgestellt. Allerdings ist er durch die mitgebrachten Kompetenzen in seinem Milieu noch eher in der Lage als die anderen Akteure, die symbolischen Kämpfe der Eliten um die Deutungshoheit, die im Hintergrund der sichtbaren politischen Auseinandersetzungen liegen, zu erkennen und zu benennen.

Doris unterscheidet sich von der Praxis der anderen Akteure als Repräsentantin der Ständisch-Kleinbürgerlichen Traditionslinie dadurch, dass sie einen stärker an Autoritäten ausgerichteten Zugang zum Konflikt wählt. Sie orientiert sich an dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Rat der Gemeinde, um einen institutionalisierten Zugang zum politischen Feld zu finden. Dabei befürwortet sie das politische Delegationsprinzip und setzt auf politische Profis, da sie sich selbst nicht für geeignet hält, in „der großen Politik“ mitzureden. Dies bestätigt sich in ihrem Antwortverhalten in der Statement-Batterie. Gegenüber subversiven politischen Praktiken grenzt sie sich aufgrund ihres Habitus am deutlichsten von allen interviewten Akteuren ab.

Durch die Einordnung in den gesamtgesellschaftlichen sozialen Raum wird deutlich, dass die Akteure eine relative alltagsweltliche Nähe zueinander besitzen. Sie entstammen fast alle einer Generation (Cornelia gehört mit ihren 46 Jahren nicht dazu und repräsentiert stärker die jüngeren Engagierten der BI und der Bewegung) und sind als Bewohner der selben ruralen Dorfgemeinschaft bzw. der selben ruralen Region (Ralf und Cornelia) schon deshalb relativ nah beisammen, da ein solcher ruraler Ort trotz der in Kapitel 2 beschriebenen sozialen Mobilität keine so starke soziale Differenzierung aufweist wie urbane Räume. Dennoch ist auffällig, dass eher auf Selbstbestimmung und Autonomie setzende Milieus und die gehobene Mitte in der Auswahl vertreten sind. Die Tendenz, dass sich insbesondere solche Milieus zu eigenständigem politischem Engagement außerhalb konventioneller

Formen berufen fühlen (vgl. Bödeker 2012: 5), scheint sich hier habituell begründbar zu bestätigen. Die Frage wird sein, wie sich in Hinblick auf die politische Praxis unterschiedliche Erfahrungen und soziale Voraussetzungen bzw. Hintergründe auswirken, die die interviewten Akteure trotz dieser gewissen sozialen Nähe zueinander aufweisen.

4.5.2 Handeln hat Geschichte: Wie die Protestpraxis der Akteure mit ihren Erfahrungen, Vorstellungen und sozialen Voraussetzungen zusammenhängt

Die interviewten Akteure schildern ihre Erfahrungen und Vorstellungen, die sie mit dem politischen Feld in Form von Erwartungen an dieses in Verbindung bringen, indem sie während der Schilderung ihrer konkreten Praxis Begründungen und Motive für diese Praxis benennen. Sie stellen somit ihre Protestpraxis in einen bestimmten Kontext, der in Form von argumentativen Frames und Narrativen konstruiert und produziert wird. Über die Beschreibung und interpretatorische Analyse dieses Kontexts wird der Zugang zu den sozialen Voraussetzungen der Protestpraxis hergestellt.

Frames und Illusio

Akteure in politischen Auseinandersetzungen, Protesten oder sozialen Bewegungen (oder auch allgemeiner in politischen Diskursen) ordnen ihre Praxis oft entweder gezielt strategisch oder zumindest indirekt argumentativ in einen Kontext, eine Interpretation der Begebenheiten, ein. Dieser Prozess wird in der Sozialen Bewegungsforschung (vgl. Benford/Snow 2000) und Zweigen der Kommunikationsforschung wie der Forschung über öffentliche Meinung (vgl. Chong/Druckman 2007) als Framing bezeichnet. Es handelt sich dabei um das Bemühen der Akteure, „die Interpretation der Umwelt und der Gruppe [bspw. einer Protestgruppe, S.K.] zu ‚rahmen'" (Daphi 2011: 14) – also, mit dem englischen Begriff, zu ‚framen'. Auf der einen Seite sollen hierdurch aktiv politische Gelegenheitsräume geschaffen werden (vgl. Gamson/Meyer 1996). Auf der anderen Seite, so meine Hypothese für die folgenden Darstellungen, hängt das argumentative Aufgreifen oder Erschaffen einzelner Frames von den sozio-politischen Dispositionen der Akteure ab. Sie müssen an ihre

Interpretation der Bedingungen im Feld, die von ihren habituellen Dispositionen und ihrer sozialen Position im Feld beeinflusst ist, glauben und greifen nur solche Frames auf, die zu ihren Vorstellungen oder Interessen im Feld passen. Durch das Framing wird gleichzeitig zur aktiven Handlung ein solcher Glaube an die Sinnhaftigkeit des Handelns in einem konkreten Feld ausgedrückt. In dieser zweiten Hinsicht verstehen auch neuere Ansätze der politischen Linguistik Frames:

> „Sie sind es, die Fakten erst eine Bedeutung verleihen, und zwar, indem sie Informationen im Verhältnis zu unseren körperlichen Erfahrungen und unserem abgespeicherten Wissen über die Welt einordnen. Dabei sind Frames immer selektiv. Sie heben bestimmte Fakten und Realitäten hervor und lassen andere unter den Tisch fallen. Frames bewerten und interpretieren also." (Wehling 2016: 17 f.)

Greift man auf das Illusio-Konzept von Bourdieu wie zu Beginn des Kapitels 4.5 erläutert zurück, so kann das Framing daher nicht nur im Sinne seiner offensichtlichen aktiven Handlung analysiert werden, sondern auch als Ausdruck dahinterliegender Erfahrungen, Vorstellungen und sozialer Voraussetzungen. Frames stützen sich auf den Glauben an die Sinnhaftigkeit des eigenen Handelns.[55] Das Framing basiert somit auf Illusio, indem es auf einer diskursiven Ebene sozialen Sinn in der Verwendung bestimmter Themen widerspiegelt und ein Interesse im Feld – eine Illusio – ausdrückt. Dabei werden Frames durch Analogien und Differenzierungen erzeugt (vgl. Daphi 2011: 14 ff.).

Das nun zu analysierende Framing des Engagements der Einzelakteure umfasst die Themenfelder, die sie für die Erläuterung ihrer Protestpraxis argumentativ aufgreifen. Nicht jeder interviewte Akteur greift auf alle diese Frames in seiner jeweils eigenen Argumentation zurück. Viele Akteure haben im Gegenteil einen oder mehrere Frame(s), der oder die bei ihnen argumentativ im Fokus liegt oder liegen. Das empirische Material zeigt, dass es eine Spannweite an Illusio innerhalb der BI gibt, die wiederum auf heterogenen sozio-politischen Dispositionen und Erfahrungen basieren. Diese stammen aus der Zeit vor dem

Engagement und wurden teilweise im Verlauf des Engagements aktualisiert bzw. modifiziert, wie im Folgenden gezeigt wird.

Am häufigsten verwenden die interviewten Akteure die folgenden Frames:

- die lokalen umweltrelevanten Auswirkungen des Schlachthofs,
- die Arbeitsbedingungen im Schlachthof und der soziale sowie wirtschaftliche Kontext,
- der Tierschutz bzw. das Tierrecht,
- die Enttäuschung über eine mangelnde Bürgerbeteiligung,
- überregionale bis globale Auswirkungen der Massentierhaltung und
- eine allgemeine Wachstums- und Konsumkritik, die in Ernährungsfragen übergeht.

Im Folgenden werden das Auftreten dieser Frames in den Erzählungen der Akteure am Einzelfall erläutert und die darin aufscheinenden Spuren von Illusio analysiert.

Barbara:

Barbara agiert in ihrer Rolle als eine der Sprecherinnen sehr politisch-strategisch und greift daher in ihrer Argumentation auf beinahe alle Frames in unterschiedlicher Gewichtung zurück. Am dominantesten sind bei ihr die Frames der mangelhaften Bürgerbeteiligung, insbesondere wenn sie über die Entstehung des Protests berichtet, sowie die lokalen und überregionalen Auswirkungen der Massentierhaltung bis hin zu einer deutlich ausformulierten Wachstumskritik.

Ich beginne mit ihrem Frame der politischen Beteiligung und ihrem dominanten politisch-strategischen Handeln, das auf einer ersten, auf früheren politischen Erfahrungen basierenden Illusio beruht: Sie fühlt sich grundsätzlich dazu berufen, ihre Meinung deutlich zu vertreten und möchte dies auch auf den Schlachthof bezogen im politischen Feld tun. Sie sieht es als Beschneidung

[55] Dadurch werden wiederum Motivationen für Protesthandlungen erzeugt (vgl. della Porta/Piazza 2008: 70).

ihrer Rechte, Fähigkeiten und Möglichkeiten, dass sie während des Entscheidungsprozesses um den Bau eines auf so vielfältige Weise einschneidenden Projekts wie des Schlachthofs nicht als mündige Bürgerin einbezogen wurde. Sie hat stattdessen versucht, über ihre durch ihre SPD-Mitgliedschaft begründete Nähe zur SPD auf die örtlichen Repräsentanten und Mandatsträger einzuwirken:

> *„Und das war ja auch so das, was hier zu Anfang völlig ausgeblendet wurde. Es ging nur um den Schlachthof und da hat ja niemand drüber nachgedacht eigentlich. Und die Anfragen die dann kamen: ‚Ist denn eigentlich klar, was das bedeutet, dass das ein weiteres Anwachsen der Massentierhaltung nach sich zieht?‘, da waren dann einige ziemlich überrascht: ‚Och ja? Tatsächlich?‘ Also so ungefähr. Das wurde gar nicht zusammengedacht. Auch nicht in der SPD hier, komischerweise. Also die Ratsherren hier haben gesagt: ‚Das interessiert uns nicht, das ist gut für den Ort!‘ Der Schlachthof. […] Es war zuerst so, dass gesagt wurde: ‚Seid froh, dass ihr den Schlachthof kriegt, kriegt ihr keine Mastanlagen mehr in die Nähe.‘ Und dann langsam wurde es den Leuten klar, was das eigentlich bedeutet. Die SPD hat eigentlich ganz spät erst gesagt (verstellt die Stimme): ‚Ja, wir wollen den Schlachthof, aber es soll keine weiteren Mastanlagen in der Region geben.‘ Da denke ich mir doch: ‘Sagt mal seid ihr noch ganz frisch, das geht doch gar nicht.‘“ (Barbara)*

Die BI gründete sich ihrer Meinung nach in dem Moment, als offenbar wurde, dass das Vorhaben des Schlachthofs bereits feststeht und es keine offene Bürgerbeteiligung dazu geben würde, obwohl viele Bürger der Meinung waren, dass sie keinen Schlachthof wollten:

> *„Also natürlich haben wir uns gegründet wegen des Schlachthofes, als bekannt wurde, und zwar überfallartig, hier soll ein Schlachthof entstehen. Ging ja ziemlich schnell, also man hatte das Gefühl, es ist schon alles fest, war es ja auch letztendlich schon fast. Und dann hat man sich überlegt: Ist es richtig, ist es nicht richtig. Und überhaupt geguckt hat, was ist das, was bedeutet das und wie wird sich das*

entwickeln. Da haben sich eigentlich relativ schnell Menschen zusammengefunden hier im Ort, die gesagt haben: ‚Ne, das ist nicht gut' und dann kam es so zusammen." (Barbara)

Für Barbara hätten die verantwortlichen Entscheidungsträger einen offenen Beteiligungsprozess anstoßen müssen:

„Und ein Raumordnungsverfahren zum Beispiel, dass wenn so eine ganze Region betroffen ist, dass man sagt, dann lasst uns doch erstmal öffentlich diskutieren, das wäre ein offener Prozess. Wenn man sagen würde, wir haben hier eine strukturelle Veränderung und jetzt wollen wir einmal gucken. Guckt euch das mal an, das ist das, was wir euch anbieten können oder was wir geplant haben und nun sagt mal was dazu. Aber der Richter hat hierzu gesagt, ein Raumordnungsprogramm kann man nicht juristisch fordern, das ist eine politische Aufgabe." (Barbara)

Im Zusammenhang mit der Argumentation der Entscheidungsträger verwendet Barbara noch einen weiteren Frame, nämlich die Arbeitsbedingungen im Schlachthof, die sie kritisiert. Das Argument der Kommunalpolitik, für die Region Arbeitsplätze zu schaffen, sieht sie als entwertet an durch die Beschäftigungspraxis des Betriebes. Viele Arbeitsplätze seien durch Billiglöhner aus Osteuropa[56] besetzt und selbst heimische Arbeitnehmer hätten oftmals keine Perspektive auf eine dauerhafte Anstellung, da sie nach mehreren Befristungen durch neue, billigere Arbeitskräfte ersetzt würden.

Auch hier kommt ihre genannte Illusio zum Tragen, die sie wesentlich auch durch ihr gewerkschaftliches Engagement ausgebildet hat. Als Vorsitzende der Vertrauensleute in ihrem damaligen Betrieb hat sie früh gelernt, Interessen zu organisieren und mit der Arbeitgeberseite zu verhandeln. *Der Kern dieser ersten Illusio kann daher als Partizipation und Mitbestimmung beschrieben werden.* Sie framet es als wichtiges Ziel, im Fall des Schlachthofs mit der entsprechenden Gewerkschaft zusammenzuarbeiten, um solche Missstände

[56] Berichte über die Beschäftigungspraxis in der Fleischindustrie gibt es viele, verwiesen sei hier auf diesen: http://www.zeit.de/2014/51/schlachthof-niedersachsen-fleischwirtschaft-ausbeutung-arbeiter/seite-3.

aufzudecken und die Arbeitnehmer in ihrem Schlachthof gewerkschaftlich zu organisieren. Dies sei aber sehr schwer, da der Unternehmer alles daran setze, dies zu verhindern, indem die Arbeitnehmer gezielt eingeschüchtert würden.

Dieser Frame ist allerdings nicht so zentral in ihrer Argumentation wie der Frame über die lokalen und insbesondere überregionalen Auswirkungen der Massentierhaltung. Jenen zweiten Frame kann sie besonders für *das Netzwerken und die Politisierung* einsetzen, um ihr Engagement und das der BI nach dem lokalen Scheitern auf der überregionalen Ebene der Bewegung zu remobilisieren. Gewissermaßen steht hinter dieser veränderten Strategie *eine Erweiterung ihrer ersten Illusio* der Partizipation und Mitbestimmung. Sie versucht hierdurch ihren Einflussbereich im politischen Engagement auszuweiten und kann diesem Handeln Sinnhaftigkeit verleihen.

Der Frame der lokalen und überregionalen Auswirkungen der Massentierhaltung spielt allerdings auch noch für andere Aspekte der BI eine wichtige Rolle. Bei der Benennung der BI hat es einen Reframing-Prozess gegeben, den sie offensiv beschreibt und der ihr politisch-strategisches Handeln untermauert. Die BI wurde nicht im Sinne einer „BI gegen den Schlachthof", sondern als „BI für den Erhalt der Region" und daher als implizit gegen eine weitere Ausbreitung der Massentierhaltung benannt. Sie stellt diesen Aspekt als sehr wichtig heraus, da es auf diese Weise in strategischer Perspektive nicht nur um eine Dagegen-Kampagne ging, sondern sie sich positiv für etwas einsetzen. Bei diesem „für etwas" nimmt sie allerdings direkt Bezug auf all jene negativen Auswirkungen der Massentierhaltung, gegen die sie eintreten und auf die sie die Bevölkerung aufmerksam machen möchten. Dies sind sowohl direkte lokale Umweltauswirkungen wie das möglicherweise durch Antibiotikarückstände verunreinigte Abwasser der Schlachtanlage, ein Absinken des Grundwasserspiegels, Geruchsbelästigungen, Keime und Verkehrsbelastungen. Aber hinzu kommen auch überregionale Auswirkungen wie der nötige Bau vieler weiterer Mastställe in der gesamten Region, ein dadurch verursachter übermäßiger Gülleanfall in der umliegenden Region, aber auch globale Auswirkungen wie die Zerstörung von Natur für den Anbau von Futtermitteln, dessen globaler Transport oder die Zerstörung von Lebensmittelmärkten in Afrika durch den Export billigen Fleisches. Hieran

knüpft sie ihre grundlegende Wachstums- und Konsumkritik an, dass die immer weiter ansteigende Produktion billiger Nahrungsmittel sowohl der Umwelt als auch den Menschen schade, da die Qualität gering sei, Gesundheitsgefahren wachsen und soziale Kontexte wie Arbeitsmärkte in anderen Ländern beeinträchtigt würden.

Die Betonung dieser Frames lässt sich bei Barbara auf eine *zweite Illusio* zurückführen, die ihre politischen Erfahrungen in den 1970er und 80er Jahren widerspiegelt und als *Ökologie und Wachstumskritik* bezeichnet werden kann. Sie hatte schon damals stärkeren Kontakt zur Ökologiebewegung und experimentierte mit ökologischen Lebensstilen. Sie erzählt hierzu aber in Form einer abgeklärt klingenden Retrospektive, dass sie ihre Kinder damit zuweilen „gequält" und es daher wohl etwas übertrieben habe. Sie distanziert sich dadurch von einer ökologischen Mission zum Selbstzweck und richtet sich stärker an Fragen von gesamtgesellschaftlichem Rang aus. So kritisierte sie früh die Atomkraft, was ihr Konflikte mit ihrer Gewerkschaft einbrachte, da diese in der günstigen Energie aus der Atomkraft einen Garanten für weiteres Wirtschaftswachstum und somit eine Sicherung von Arbeitsplätzen sahen. Sie wurde für eine Kommunistin gehalten, dabei war sie schon damals eine ökologisch ausgerichtete Sozialdemokratin. Ihre Kritik an der Atomkraft bekräftigt sie aus heutiger Sicht entschieden und kann dies mit ihrem aktuellen Engagement auch besser in argumentativen Einklang bringen als ihre Experimentierfreude mit ökologischen Lebensstilen, da sie bei Ersterem auf eine rationale und mehrheitsfähige Position vertraut, die sie gerne auch in ihrem Protest gegen die Massentierhaltung zum Ausdruck bringen möchte, während Letzteres zu sehr einer missionarischen Minderheitenposition zu ähneln scheint, die sie vermeiden möchte.

Für Barbara ist die Frage des Wachstums in Bezug auf die Massentierhaltung genau so kritisch wie bei der Frage der Atomkraft. Auf ihrem früheren Protest gegen die Atomkraft basiert ihre zweite Illusio, die Wachstumsideologie in Frage stellt:

> *„Also es ist für mich so, wie das früher auch war, bei der Kernenergie habe ich immer gesagt, wenn man nicht die Entsorgung gesichert hat,*

kann man so etwas nicht machen. Soo, das war immer ein schlagendes Argument. Da haben diese technikgläubigen Leute immer gesagt: ‚Ach das findet man schon noch.' Und hier ist es genauso. Ich denke, wenn die Menschen nicht vernünftig werden, wird das nicht funktionieren auf Dauer. […] Also es ist immer wieder auch eine Wachstumsfrage, das ist immer wieder das gleiche, also dass man Grenzen nicht erkennt, denke ich." (Barbara)

Es bräuchte ihrer Meinung nach Gegenentwürfe zum Wachstumsmodell und hierfür wären Bürgerinitiativen wichtige Akteure:

„Es geht nicht immer ‚schneller, höher, weiter', sondern wir müssen überlegen, wie wir das, was wir erwirtschaften, vernünftig einsetzen können und wieder den Menschen mehr Möglichkeiten geben, in ihrem Umfeld etwas zu bewegen. Und ich glaube, das ist die große Überschrift und ich glaube, dass sich Politiker nicht so richtig trauen, dies irgendwie zu propagieren. Also auch vielleicht mit weniger auszukommen. Und Entwürfe zu haben, dass wenn nicht immer die Löhne steigen und immer mehr konsumiert werden kann, dass dann nicht alles zusammen bricht. Und einen Gegenentwurf zu haben, ich denke immer, das lohnt sich eigentlich darüber nachzudenken. Und im Grunde genommen fangen Bürgerinitiativen ja auch ganz unten damit an, ja." (Barbara)

Letztendlich verknüpft sie bei der Massentierhaltung die Wachstumsfrage mit der ethischen Frage nach dem Umgang mit Tieren. Dieser Zusammenhang steht für sie nun neben den Umweltauswirkungen, die sie zu Beginn ihres Engagements mit Massentierhaltung hauptsächlich verband:

„Also was ich am Anfang nicht so eingeschätzt habe ist die ethische Herausforderung. Massentierhaltung war für mich immer schlechte Luft, schlechtes Wasser, also so die Auswirkungen auf die Natur, worüber man immer so spricht. Was man als unangenehm empfindet. Dass Massentierhaltung auch ethisch so eine Herausforderung für unsere Gesellschaft ist, das rückt bei mir immer mehr in den Vordergrund, muss ich sagen. Also ich finde, dass das schon eine

gesellschaftlich wichtige Frage ist, wie weit man sich darauf einlässt oder ob es eben auch in Zukunft richtig ist, den Menschen zu vermitteln, dass man ein Recht auf Fleischverzehr hat, also dass es immer zur Verfügung steht. Ich glaube, das ist schon eine große Herausforderung." (Barbara)

Der Frame des Tierschutzes spielt bei ihr aber eher am Rande eine Rolle. Sie nimmt aufgrund ihrer politisch-strategischen Ausrichtung diesen Frame beinahe selbstverständlich in ihre Argumentation mit auf, aber er wird nicht so stark untermauert bzw. emotionalisiert. So grenzt sie sich insbesondere deutlich von kompromisslosen Teilen der Tierschutz- bzw. vor allem Tierrechtsszene ab. Sie sagt zwar, dass sie bzgl. der Durchführung von öffentlichkeitswirksamen und emotionalisierenden Aktionen sowie eines veganen Lebensstils einiges von ihnen lernen kann und dass sie insgeheim auch gerne einmal eine gewaltsame Aktion gegen den Schlachthof oder andere Bauprojekte im Rahmen der Massentierhaltung durchgeführt hätte, aber letztlich sei eine Abgrenzung zu solchen radikalen Gruppen strategisch sinnvoll, da es mehr Rückhalt in der Bevölkerung einbringe, nicht radikal und extrem aufzutreten. Sie hat sich früh nachhaltigen Gedanken und Praktiken zugewandt, grenzt sich allerdings direkt von den richtigen „Müslis" und ihrem Missionierungseifer, zumindest retrospektiv, ab. Sie vertritt keine extremen Positionen und subversiven Handlungen, sondern steht eher zivilen Praktiken im politischen Feld nahe. Dies lässt sich wiederum auf ihre politisch-strategische Handlungspraxis zurückführen, da sie so hofft, mit der BI viele Verbündete gewinnen zu können, die nicht unbedingt radikal ökologisch, tierschützend oder wachstumskritisch sind, wie z.B. die Kirchen, bäuerliche Landwirte etc.

Insbesondere solche Abgrenzungsprozesse, die eine Gruppe als Ganzes gegen andere abgrenzen sollen, sind typisch für soziale Bewegungen, wenn es um die Herausbildung kollektiver Identität und strategische Positionierungen geht (siehe Kapitel 4.4). Andererseits sind einige dieser Abgrenzungen auf individueller Ebene angesiedelt, die etwas mit Barbaras sozialen Voraussetzungen zu tun haben.

Sie nimmt eine gehobene soziale Position der gesellschaftlichen Mitte ein (siehe Kapitel 4.5.1) und lagert daher subversive Handlungen eher in ihren Konsumstil aus, indem sie z.B. nur noch teures Biofleisch direkt vom heimischen Landwirt bezieht. Dies ist für sie eine mögliche Praxis, da sie und ihr Mann über das nötige ökonomische Kapital verfügen. Sie ist auch keine Vegetarierin oder gar Veganerin, sondern konsumiert Fleisch nur ein bis zweimal pro Woche und schaut auf die gute Qualität des Fleisches und auf eine möglichst nachhaltige Erzeugung und Verwendung.

Cornelia:

Einen deutlichen Kontrast zu Barbara stellt Cornelia dar. Sie zielt ganz besonders deutlich und beinahe ausschließlich auf das Tierrecht[57] ab und steht dabei subversiven Handlungen nicht offen fern. Für sie ist die Haltung und Schlachtung von Tieren, nicht nur in der industriellen Form der Massentierhaltung, fundamental kritikwürdig. Sie vertritt diese Position bis zu einem gewissen Grad auch sehr emotional an den Informationsständen der BI, die sie verantwortlich betreibt. Sie ist mit diesen Ständen in der gesamten Region und auch darüber hinaus unterwegs und betreibt engagierte Aufklärungsarbeit und wirbt um Unterstützung. Dabei argumentiert sie offensiv emotional und moralisierend, um den Menschen ihre Meinung nahezubringen, dass es für eine zivilisierte Gesellschaft unwürdig sei, individuellen Genuss auf dem Leiden anderer Kreaturen aufzubauen. Sie weicht Streitereien mit Passanten nicht aus und qualifiziert diese auch ab, indem sie sich selbst moralisch überhöht und die Gegenseite als bisweilen dumm, krankhaft fehlernährt und irrational beschreibt:

> *„Mein oberstes Ziel ist natürlich, dieses Monstrum stillzulegen und ihm die Zuwege zu kappen, dass keine Mastställe mehr entstehen. Und das ist das, was mich rührt, das ist das, was mich antreibt und wofür ich kämpfe. […] Man muss sein gegenüber fragen, was bist du denn für ein Mensch, wenn du deinen Hochgenuss auf dem Leiden einer armen Kreatur basierst, was bist du für ein Mensch? Das ist doch unwürdig.*

> *Wenn du meinst, du musst so einen Gaumenkitzel haben, dann mach das anders. Und dem sollte sich doch eigentlich ein Erwachsener nicht verschließen können. Dass das Kind gern einen Burger isst, gut, es kann nichts dafür. […] Aber ich akzeptiere das nicht bei erwachsenen Menschen und Fakt ist auch, dass viele Menschen einfach zu fett sind." (Cornelia)*

Ihre *Illusio beruht auf frühen Erfahrungen in der Tierrechtsbewegung*. Schon als Jugendliche hat sie sich um Pferde gesorgt, die bei insolventen Reitställen zur Schlachtung verkauft wurden. Auch hat sie das Turnierreiten abgelehnt, da es sich nicht um ein artgerechtes Verhalten der Pferde handelt und sie dafür leiden müssten, dass andere Kinder und Jugendliche auf ihrem Rücken Triumpfe sammeln könnten. Diese Praxis und die Leute, die so etwas als Hobby betreiben, haben sie angeekelt.

In der genannten Abqualifizierung der argumentativen Gegenseite der Bürger, die ihr nicht zustimmen, schneidet sie noch einen zweiten Frame an: Sie hat eine große Skepsis gegenüber der Politik und beschreibt den Umgang der Politik mit der Bevölkerung mit „Brot-und-Spiele"-Metaphern:

> *„Wenn man nicht DSDS [die RTL-Sendung „Deutschland sucht den Superstar", S.K.] gucken würde und sich auf diesen Seiten [gemeint sind Informationsseiten des Verbraucherschutzes, S.K.] schlau machen würde, wäre das sicher hilfreich. (lacht) Mir hat neulich jemand gesagt, und diese Aussage fand ich eigentlich ganz großartig, wir brauchen diese Shows und was es alles gibt, keine Ahnung, ich gucke nie Fernsehen, wir brauchen das alles, weil es sind ganz viele Leute tagsüber zu Hause und wenn die nichts zu tun hätten, denn würde hier sonst was ausbrechen. Und die Leute müssen was zu essen haben und die müssen ihr Entertainment haben." (Cornelia)*

Sie hatte bis vor ihrem Engagement in der BI keinen nennenswerten Kontakt zur Politik, hat nun allerdings gelernt, wie man durch *Campaigning* in einer sozialen Bewegung auf seine Ziele aufmerksam macht und kann dies durch die

[57] Zur Unterscheidung zwischen Tierschutz und Tierrecht siehe Kapitel 2.4.2.

Infostände auch auf höherer Ebene als nur lokal einsetzen. Dies stellt eine *zweite, im Verlauf ihrer Protestpraxis veränderte Illusio* dar, die ihrer Protestpraxis insbesondere auf der überregionalen Ebene der Bewegung Sinn verleiht.

Sie setzt auf die Bewegung und Campaigning, aber wählt auch regelmäßig die „Tierschutzpartei“[58]. Sie partizipiert daher auch an den formellen Spielregeln des politischen Feldes, allerdings wiederum in einer extremen Minderheitenposition durch die Wahl einer weitgehend marginalisierten Partei[59]. Sie vertritt durch ihre Illusio des Tierrechts eine gesellschaftspolitische Extremposition, der sie durch diese Wahlentscheidung Ausdruck verleiht. Aufgrund dieser Extremposition ist sie nicht willens, einen politischen Kompromiss einzugehen und mit den Grünen eine im politischen Feld relevantere Partei zu wählen.

Diese Extremposition macht sich bei ihr auch bei der Anwendung des Tierrechts-Frames deutlich. Sie erzählt, dass sie an den Ständen ihre Meinung bzgl. einer vegetarischen bzw. veganen Lebensweise nicht konsequent den Bürgern kommuniziert. Denn die offizielle Position der BI, dass ein maßvollerer und qualitativ hochwertigerer Fleischkonsum propagiert werden soll, ist an Positionen des Tierschutzes angelehnt und nicht an den extremeren Positionen des Tierrechtsdiskurses. Damit ist sie absolut nicht einverstanden, da es ihrer Extremposition nicht entspricht, und es schwelt ein Konflikt innerhalb der BI zwischen ihr und den übrigen Sprecherinnen und Sprechern darüber:

> *„Da klafft meine eigene Einstellung ein wenig von der der BI auseinander, weil ich selber esse überhaupt keine Tiere. Und ich bin auch der Meinung, man muss das nicht tun, man kommt hervorragend ohne Tiere aus. […] Die anderen Sprecher schlagen mehr die Richtung ein: ‚Wir wollen weniger, wir wollen artgerecht und wenn du Fleisch essen möchtest, dann kauf dir ein Bioprodukt‘. Für mich persönlich ist*

[58] Der vollständige Titel der Partei lautet „Partei Mensch Umwelt Tierschutz“.
[59] Ihr bestes Wahlergebnis waren 2,1 % bei der sächsischen Landtagswahl 2009 (vgl. https://www.tierschutzpartei.de/partei/die-partei-stellt-sich-vor, zuletzt abgerufen am 17.08.2016).

das überhaupt kein Weg, das geht gar nicht. Aber das würde ich jetzt nicht so nach außen an den Ständen kommunizieren." (Cornelia)

Herbert:

Herbert ähnelt Cornelia in der Hinsicht, dass auch er der Politik sehr distanziert gegenübersteht und ebenfalls Konflikte innerhalb der BI ausficht. Die Frames, die er argumentativ verwendet, sind allerdings deutlich anders gelagert und vielschichtiger. Er greift insbesondere die Auswirkungen der Massentierhaltung hinsichtlich ihrer lokalen, überregionalen bis globalen Dimensionen auf:

„Die Beweggründe, warum Leute in der Bürgerinitiative sind, sind ja vielfältig. Also es gibt welche, die sagen: ‚Ich will das Ding [den Schlachthof, S.K.] hier nicht haben, meine Immobilie wird billiger.' Dann gibt es welche, die können diese Tierschutzgeschichten überhaupt nicht ab und das ist deren Fokus. Diese Tierquälerei, diese Viecher so zu halten und zu quälen und dass die durch die Gegend gekarrt werden, schon halb tot hier ankommen, über Stunden böse leiden müssen und solche Geschichten. Ich persönlich sehe das in einem viel größeren Rahmen. Ich denke, das Rad, was hier gedreht werden muss, ist viel viel größer. Das reicht bis nach Afrika und Südamerika. Und ich meine, ich mache mir keine Illusion, ich kann nicht von heut auf morgen die Welt ändern, aber man kann da Step für Step was erreichen." (Herbert)

Die globale Ebene ist ihm ein wichtiges Anliegen. Er erzählt von den Zusammenhängen der Futtermittelindustrie und der Zerstörung lokaler Lebensmittelmärkte in Afrika sehr detailliert. Es wird deutlich, dass ihm die Entwicklung dieser Länder und ihrer Menschen am Herzen liegt. So erzählt er auch, dass er und seine Ehefrau eine Ausbildungspatenschaft mit einem Jugendlichen in Afrika finanzieren. Dies ist für ihn ein pragmatischer Weg, um dort im Kleinen etwas zu bewirken. Der großen politischen Ebene misstraut er allerdings zu sehr, um hier Hoffnungen auf eine baldige Verbesserung zu hegen. Er beteiligt sich daher auch nicht an der überregionalen Bewegung gegen die Massentierhaltung. Dies ist eine grundlegende *Illusio* von ihm, die einerseits im wahrsten Sinne des Wortes als *politische Desillusionierung*

bezeichnet werden kann, andererseits aber *Raum für pragmatisches Handeln* lässt.

Dies entspricht seiner autonomen und sehr kritischen politischen Denkweise, die ihn schon sehr früh geprägt hat und ihn den subversiven Praktiken der politischen Auseinandersetzungen nahestehen lässt. Er stand allen großen politischen Parteien immer skeptisch gegenüber und erzählt, dass er bei vielen Menschen das kritische Denken vermisst. Er hatte nach dem Krieg schon als Jugendlicher Mitte der 1950er Jahre Kontakte zu Alt-Kommunisten und erlebte auch, wie diese nach dem Verbot der KPD im Untergrund weiterarbeiteten. Aber er fühlte sich denen inhaltlich nie zugehörig, obwohl er sich als links bezeichnet, da er auch ihnen gegenüber kritisch eingestellt war. Später in den 1970er Jahren hat er sich dann eine Zeitlang für die SPD interessiert, aber sah sich auch hier als zu kritisch an, um dort tatsächlich mitzuarbeiten. Diskussionen, die durch das Argument der längeren Parteimitgliedschaft entschieden wurden, hätten ihn endgültig abgeschreckt. Den bürgerlichen Parteien hat er immer schon unterstellt, dass sie weniger etwas für die Gesellschaft als vielmehr für sich und ihre wirtschaftsnahe Klientel tun würden. Und in der Wirtschaft werde grundsätzlich jede Sauerei, die denkbar ist, auch von irgendjemand gemacht. Dies sieht er durch den Entscheidungsprozess rund um den Schlachthof bestätigt:

> *„Die Politik kann doch nicht gegen die Bevölkerung wirtschaften. Solche Projekte, die jeden Einzelnen betreffen, vom Gestank bis zur Belästigung bis sonst wohin, ich meine, das muss öffentlich gemacht werden. Da kann doch nicht eine Polit-Clique sich in irgendeiner Form bereichern. Denn was anderes ist es ja nicht. Da werden ja Situationen geschaffen, […] die machen da richtig einen Reibach. Das ist doch im Prinzip das, was dahinter ist. Ich meine, das ist rein rechtlich alles einwandfrei, aber man darf ja auch nicht vergessen, dass diejenigen, die das machen, auch das Recht schaffen.“ (Herbert)*

Er glaubt daher nicht an eine Einflussmöglichkeit auf die Politik, zumindest nicht auf konventionellen Wegen. Er gibt sich dementsprechend auch als Nichtwähler aus.

Er ist sich bewusst, dass solche Auseinandersetzungen politischer Natur wie um die Massentierhaltung ähnlich wie ein Arbeitskampf einen langen Atem brauchen, möchte aber auf kleiner Ebene Lösungen erarbeiten, die direkt sichtbar werden und die neutralen Bürger einbeziehen. Er ist nicht grundsätzliche gegen die stärkere Ausrichtung der BI auf die politischen Auseinandersetzungen auf höherer Ebene durch die Sprecherinnen und Sprecher, sieht im Sinne seiner Illusio hierin aber wenig Nutzen und die lokale Ebene und damit auch die neutralen Bürger vor Ort vernachlässigt, die es als potentielle Verbündete zu gewinnen gelte und die durch entsprechende Informationen auch im Sinne eines Empowerments zum eigenständigen nachhaltigen Handeln ermutigt werden sollen.

Daher zieht er sich auf pragmatische Wege des Handelns zurück. Dieser pragmatische Handlungsansatz spiegelt sich an seiner gewerkschaftlichen Erfahrungswelt wider. Er war viele Jahre lang vor seiner Verrentung gewerkschaftlich in einem großen Betrieb in einer Stadt außerhalb der Region engagiert und beschreibt sich als „harten Hund“, zu dem immer alle Arbeitnehmer kamen, wenn sie einmal wirklich etwas auf dem Herzen liegen hatten, da er stets gradlinig und konsequent auf der Seite der Arbeitnehmer stand und nie irgendwelche Vergünstigungen durch die Arbeitgeberseite annahm oder sich auf „Deals“ einließ.

Herberts Illusio drückt sich im Hinblick auf die politische Desillusionierung auch mit der Verwendung eines weiteren Frames aus, den ich nun erläutere. Er kritisiert die Arbeitsbedingungen in dem Schlachthof und der gesamten Branche der Massentierhaltung ähnlich wie Barbara, allerdings mit mehr Emotionalität, und grenzt sich auch gegen das seiner Meinung nach bestehende Bündnis zwischen Politik und Wirtschaft ab:

> *„Erstens ist das [Projekt des Schlachthofs, S.K.] von der Politik bis zuletzt unter der Decke gehalten worden, dann ist das schlagartig in die Öffentlichkeit gekommen und gleich unheimlich positiv besetzt worden mit Arbeitsplätzen und Steueraufkommen und was weiß ich was alles. Wobei man nie gesagt hat, was für Arbeitsplätze das auch sind […] und diese ganze Branche wird ja nicht umsonst als Schlachtmafia*

bezeichnet, ne. Also da herrschen ja haarsträubende Zustände, ne." (Herbert)[60]

Die Erwartungen, die hinter seiner Illusio liegen, entstammen seiner Milieuzugehörigkeit, die eine Nähe zu einer Bescheidenheitsethik und einer sehr autonomen, selbstbestimmten Lebensweise beinhaltet (siehe Kapitel 4.5.1). Für ihn scheint auf lokaler Ebene nur der pragmatische Weg des eigenen Handelns sichtbar erfolgsversprechend. Die seiner Meinung nach großen „Luftschlösser", die die BI mit dem Ziel der Verhinderung des Schlachthofs und die Bewegung mit der Beendigung der Massentierhaltung durch eine politische Agrarwende bau(t)en, kann er nicht ernsthaft als persönliche Ziele annehmen. Er hat aus der BI heraus zusammen mit einigen anderen Aktiven einen eigenen lokalen Nachhaltigkeitsverein gegründet, der Informationsveranstaltungen zu nachhaltigen Lebensweisen durchführt oder Pflanzentauschbörsen veranstaltet. So versuchen sie, die lokale Bevölkerung aufzuklären und ihnen Produkte aus der ökologischen Landwirtschaft oder andere nachhaltig produzierte Produkte näher zu bringen. Die Autonomie der Bevölkerung soll hierdurch gestärkt und die Abhängigkeit von dem „Kartell" der Lebensmittelindustrie mit der Politik verringert werden.

Er traut sich einen selbstständigen Umgang mit diesen Thematiken zu, da er sich mit der lokalen Landwirtschaft auskennt und weiß, dass es sehr schwierig bei ihnen in der Region ist, Gemüse anzubauen. Er nimmt weite Fahrtstrecken auf sich, um regional erzeugte Bioprodukte zu kaufen, da ihm gesunde Ernährung sehr wichtig ist. Zudem ist er überzeugter Vegetarier, zeigt aber im Gegensatz zu Cornelia keinen missionarischen Eifer in dieser Hinsicht. Seiner Meinung nach dürfen die Menschen ruhig weiter Fleisch essen, solange es nachhaltiger als jetzt produziert wird. Er wohnt beinahe sein ganzes Leben lang in dem betroffenen Dorf und hat möglicherweise dadurch eine hohe Affinität zur lokalen Natur und Landschaft entwickelt. Er bewirtschaftet eine eigene Wiese, hat ein Pferd dort stehen und kritisiert die Verteilung der Gülle auf den Feldern der Region durch die örtlichen Landwirte. Er weiß, dass die Landwirte die Grenzen der erlaubten Güllemengen überschreiten, da sie nicht ausreichend

[60] Eine ausführliche exemplarische Recherche zu den Arbeitsbedingungen in der fleischverarbeitenden Industrie findet sich bei ZEIT Online:

kontrolliert werden oder Tricks kennen, diese zu umgehen. Er gibt sich somit sehr abgeklärt und desillusioniert über die Verhältnisse, wie sie aus seiner Sicht sind, findet aber pragmatische Nischen für sein Handeln.

Ralf:

Ralf ähnelt wiederum Herbert durch einen hohen Anspruch an kritisches Denken, bringt allerdings eine etwas andere Illusio mit und verwendet stärker den Frame der politischen Beteiligung, den er mit einem Wunsch nach öffentlicher Aufklärung und gelebter Verantwortung jedes einzelnen Menschen verbindet. Dadurch verwendet er diesen Frame etwas anders als zum Beispiel Barbara. Zwar kritisiert auch er die defizitäre Beteiligung der Bürger im Vorfeld der Ansiedlung des Schlachthofs, aber er sieht die Verantwortung auch auf Seiten der Bürger des Ortes, die sich mehrheitlich nicht engagierten und den Bürgermeister sowie die Mehrheitsparteien CDU und SPD bei der letzten Kommunalwahl erneut klar mit Mehrheiten ausgestattet hätten. Damit seien deren unterstützende Positionen zum Schlachthof ebenfalls bestärkt worden. Er führt dies zurück auf eine mangelhafte politische Haltung vieler Menschen:

> *„Ich kann nur daraus schließen, wie die letzte Wahl ausgegangen ist. Da hat die Bürgerinitiative kaum punkten können. Also dass sie mehr Ablehnung erfahren durch die anderen Leute oder dass die gar nicht viel wissen wollen. Also […] es gibt da viele Leute, die wollen in Ruhe gelassen werden. Ein Mensch, der die Zeitung mit den großen Buchstaben liest oder nur so Ratesendungen anguckt im Fernsehen und Spaßsendungen und so. Der hat keinen Platz mehr für was anderes. Das Gro der Leute will lieber Spaß haben und sich politisch nicht äußern oder engagieren. Die müssten sich mal mit dem Problem auseinandersetzen, die Bewohner im Ort. Was ist da, was ist das und welche Gefahren gehen davon aus und so weiter. Aber wenn jemand keinen Raum mehr hat, sich mit solcher Problematik auseinander zu setzen, dann wird er gleichgültig so etwas gegenüber.“ (Ralf)*

---

http://www.zeit.de/2014/51/schlachthof-niedersachsen-fleischwirtschaft-ausbeutung-arbeiter.

Es werden hierbei gewisse Ressentiments gegen vermeintlich unpolitische Menschen deutlich, die im Kontrast zu seinem eigenen demokratischen Anspruch entstehen. Er vertritt einen fast idealtypischen Ansatz demokratischer Beteiligung und politischen Handelns, wie er in republikanischen Demokratietheorien gepflegt wird (bspw. von Hannah Arendt, vgl. Buchstein/Schmalz-Bruns 1994: 305 f.; Heuer 1992: 274, 287, 336):

> *„Als Demokrat ist man ja jemand, der die Gesellschaft mitgestaltet. Meine ich. Und Mensch und Demokratie, da muss ich auch meinen Teil dazu beitragen. Also ich bin nicht nur der Demokrat, der das Gute für mich immer sieht. Wenn ich mich demokratisch betätige, dann ist das auch gut für die Allgemeinheit. Das ist auch ein wichtiger Punkt meines demokratischen Denkens." (Ralf)*

Dennoch sieht er für diese Situation die Politik maßgeblich in der Verantwortung, die die politische Bildung insbesondere der jungen Menschen vernachlässige und zusammen mit den Medien möglicherweise auch eine direkte Schuld an der politischen Enthaltsamkeit vieler Menschen trage. Es besteht dahingehend eine Parallele zu den „Brot-und-Spiele"-Metaphern bei Cornelia. Dennoch bleibt er in der Suche nach der Verantwortlichkeit für diese angenommene apolitische Haltung vieler Menschen ambivalent und kann sich von kulturkritischen Ressentiments gegen vermeintlich einfachere Gemüter, die zu viel und das falsche Fernsehprogramm verfolgten und sich lieber an der Masse orientierten als selber einen kritischen und politischen Standpunkt auszubilden und einzunehmen, nicht lösen:

> *„Ich sage immer, die jungen Leute, die müssten da her, das ist ihre Zukunft. Ob das jetzt Gorleben ist oder ob es jetzt die Asse ist oder was auch immer oder wo der Boden verseucht wird. Also das ist doch ihre Zukunft, aber die verlassen sich noch auf die Alten vielleicht, ich weiß es nicht, oder haben oft gar kein politisches Interesse, mein ich. […] Ich glaube, dass die zu sehr auch von den Medien gesteuert sind und dass sie anderen Interessen nachgehen. Weil das ist bequemer, alle machen es oder ich bin einer von vielen dann, denn ich bin in einer*

großen Gemeinde drin, kann mitreden und so. Also es kann ja auch irgendwie politisch gesteuert sein, dass die jungen Leute sich nicht aktiv irgendwo für etwas einsetzen und interessieren." (Ralf)

Die Art und Weise der Verwendung des Beteiligungs-Frames hängt mit seinen eigenen politischen Erfahrungen und der daraus entstandenen Illusio zusammen. Ralf ist ein pensionierter Pfarrer, der in den 1970er Jahren durch die Friedens- und Anti-Atom-Bewegung geprägt wurde und aktiv an diesen Bewegungen teilgenommen hat. Während seiner Schul- und Studienzeit beschreibt er sich selbst als nicht politisch interessiert, dies begann erst nach seinem Studium, als er durch die Zusammenarbeit mit SPD-nahen Lehrern und die 68er-Revolte aufgeweckt wurde. Er erzählt, dass er und einige seiner Kollegen als junge Geistliche dann eigene Diskussionsveranstaltungen über gesellschaftspolitische Themen abgehalten haben, da sie von der Theologie her schnell auf solche Themen gestoßen sind. Anschließend hat er sich stark kirschenpolitisch engagiert, um die damals laut seiner Erzählung vorherrschenden verkrusteten Verhältnisse in der Kirche aufzubrechen. Hier wiederholt sich seine Schilderung über die einfachen unpolitischen Menschen, in diesem Fall viele der einfachen Gemeindemitglieder, die die Strukturen in der Kirche nicht durchschauten. Sie konnten die verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Kirchenorganisationen nicht unterscheiden und folgten zu schnell dem, was sie kannten. Daher hat er seine Gemeinde mit Zetteln, die er in der Kirche verteilte, aufzuklären versucht und zur Wahl einer bestimmten Strömung für die Landessynode aufgefordert. Aus heutiger Sicht sieht er dies womöglich als nicht zulässige Beeinflussung der Gemeindemitglieder an, die er in dieser Form nicht noch einmal wiederholen würde. Aber es wäre damals zu viel Aufwand gewesen, die Gemeindemitglieder alle einzeln anzusprechen und ihnen die Unterschiede zwischen den verschiedenen Strömungen zu erklären.

Er nimmt selbst eine sehr aktive politische Rolle zu verschiedenen Themenfeldern und in verschiedenen Zusammenhängen ein, seitdem er in den Ruhestand gegangen ist. So engagiert er sich neben der BI noch vor Ort für Attac, arbeitet in einem Weltladen mit und unterstützt noch zahlreiche andere

Initiativen und Organisationen durch Spenden oder das Unterschreiben von Aufrufen und Petitionen, z.B. den ADFC, die Albert Schweitzer Stiftung oder einen Gaspreisboykottverein. Er lebt dieses Engagement sehr bewusst und empfindet die politischen Bedingungen in Deutschland und vor Ort als noch immer sehr verkrustet, unaufgeklärt und ignorant. Daher hegt er ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber der etablierten Politik und den Medien, wobei er aktiv bleibt, sich informiert und sich nicht auf sein persönliches Umfeld zurückzieht. Er erzählt, dass er sich zum Beispiel mit den meisten Nachbarn nicht über Politik oder gesellschaftliche Themen unterhalten kann, da diese geistig nicht beweglich seien. Er erkennt keine Entwicklungen bei ihnen und kritisiert mangelndes Engagement für die eigene Lebensumwelt. Seine eigene Haltung beschreibt er sehr deutlich als völlig konträr, eben *aufklärerisch-kritisch und handelnd, was seine Illusio gut beschreibt*. Er geht zu Attac oder dem Weltladen, wo er Gleichgesinnte trifft. Aber er vertritt seine inhaltlichen Positionen auch offensiv in der Öffentlichkeit – sei dies bei Flugblattverteilungen von Attac oder Protestaktionen der BI:

> *„Der Inhalt, der wird ja sozusagen nach außen vernebelt. Also ich habe mir angewöhnt, überhaupt keine Nachricht, die in den Medien kommt, die als einen Fakt hinzunehmen, sondern ich muss dahinter gucken. Wie ist diese Nachricht entstanden und wer hat hier an welcher Schraube gedreht. […] Ist gar nicht so einfach, aber man traut zunächst einmal einer Nachricht nicht. So muss man heute sein, meine ich, man wird ja von vorn und hinten angelogen. Um eine Sache durchzudrücken. […] Man muss als Bürger in eine Haltung hineinwachsen, in der ich […] mich verbalisieren und auch zeigen kann, in der Öffentlichkeit vor Menschen, die mich vielleicht auch kennen und die sowas von mir gar nicht erwarten. Ich gebe ja einen Teil von mir bekannt, wo ich stehe […].“ (Ralf)*

Insbesondere in den letzten beiden Sätzen zeigt sich deutlich seine Haltung zu einem politischen Handeln, wie es auch wörtlich sehr ähnlich von Arendt beschrieben wird: „Handelnd und sprechend offenbaren die Menschen jeweils, wer sie sind, zeigen aktiv die personale Einzigartigkeit ihres Wesens, treten gleichsam auf die Bühne der Welt.“ (Arendt 1960: 169)

Doris:

Doris bezieht ähnlich stark wie Herbert den Frame der lokalen Auswirkungen der Massentierhaltung in ihre Argumentation ein, allerdings ohne wie Herbert auf die überregionalen und globalen Auswirkungen einzugehen. Sie bezieht sich fast ausschließlich auf die lokale Natur und Landschaft, die für sie von herausgehobener persönlicher Bedeutung zu sein scheinen. Sie erzählt von einer schon lange anhaltenden emotionalen Bindung an diese Natur und das ihren Wohnort umgebende Landschaftsbild. Dies verdeutlichen nicht nur ihre Schilderungen über ihren später wahrgemachten Jugendtraum, aus ihrer süddeutschen Herkunftsgegend weiter nach Norden zu ziehen, sondern auch ihre konkreten Handlungen. So leitet sie das Interview mit einem Spaziergang durch die an ihr Grundstück angrenzenden Wald- und Wiesenbereiche ein, um mir die Schönheit und Naturnähe des Ortes zu verdeutlichen.

Sie kann ihre Verbundenheit zur lokalen Natur zudem mit Fakten zur Nachhaltigkeit und Wissen über ökologische Zusammenhänge untermauern, indem sie das selbst beobachtete Sinken des Grundwasserspiegels über die vergangenen 30 Jahre schildert und die Gründe hierfür erklärt. Da der Schlachthof einen sehr hohen Wasserverbrauch aufweist, befürchtet sie dadurch ein weiteres drastisches Absinken des Grundwasserspiegels als drohendes Zukunftsszenario:

> *„Und nun lese ich, dass dieser Schlachthof pro Tier neun Liter Wasser braucht. Da habe ich gedacht: ‚Naja, also das ist nicht das, was wir jetzt noch gebraucht haben.‘ Das hat mich sehr empört. Ich bin nicht so ein Tierschutzfreund, ich find das zwar furchtbar, was mit den Tieren passiert, aber das war nicht mein erster Grund. Dann dachte ich: ‚Nagut, dann wird das dieses Ausmaß annehmen, dann müssen die Tiere hergekarrt werden, das Fleisch muss weggekarrt werden.‘ Alles, was dazu gehört. Und wir haben ja nun dieses Dorf mit dieser langen Straße, wo schon sehr viel Verkehr drauf ist. Und dann dachte ich: ‚Das kann irgendwie nicht sein, dass noch zusätzlich so viel kommt.‘ Und dann sagen noch alle: ‚Bloß her mit diesem Schlachthof.‘“ (Doris)*

Sie macht hier deutlich, dass ihr der Tierschutz-Frame nicht so wichtig ist, sondern verwendet die Frames der lokalen Nachhaltigkeit und der Wachstumslogik der Kommunalpolitik. Sie sieht das Projekt des Schlachthofs als Ausdruck einer verfehlten Wachstumsideologie. Hier kommt eine Illusio zum Tragen, die von einer frühen Erfahrung bei der Gründungsbewegung der Grünen geprägt ist. Sie erzählt, dass sie dort nicht wirklich aus politischem Interesse hingegangen ist, sondern eher aus einem Gefühl eines ökologischen Konservativismus:

> *„Ja, warum gerade die Grünen. Naja, das ist schon dieses Romantische, das mit den Pferden, das war immer schon so, dass man die Landwirtschaft wollte und nicht so viele Straßen. Ich war immer gegen so eine Zersiedlung der Landschaft. Ja, das war so der Antrieb." (Doris)*

Diese *Illusio des ökologischen Konservativismus* spiegelt sich bei ihren Erzählungen über den Wohnort wider, dessen ländliche Idylle sie bewahren möchte, und passt zu dem von ihr verwendeten Frame der lokalen ökologischen Auswirkungen des Schlachthofs und der Massentierhaltung. Konservative Einstellungen und Ansichten werden bei ihr zudem in anderen Zusammenhängen deutlich. So schildert sie ein sehr stark von traditioneller geschlechtlicher Aufgabenteilung geprägtes Familienbild ihrer eigenen Ehe und hält eine Berufstätigkeit von Frauen nicht für ausgesprochen wichtig, distanziert sich allerdings gleichermaßen von ihrer eigenen Ehe und dem damit verbundenen Lebensstil aus heutiger Sicht. Somit wird eine weitere Ambivalenz zwischen einem modernen, ökologischen und emanzipativen Gesellschaftsbild und konservativen Einstellungen bei ihr deutlich. Als Vertreterin des Modernen kleinbürgerlichen Arbeitnehmermilieus spiegelt sie diese Verknüpfung aus Modernisierungstendenzen und konservativen Einstellungen damit wider (siehe Kapitel 4.5.1).

Sie verknüpft die Kritik an der allgemeinen Wachstumslogik mit dem Plan- und Genehmigungsprozess des Schlachthofs und greift dabei auf das Frame der Enttäuschung und des Unterverständnisses gegenüber dem Entscheidungsprozess und der mangelhaften Bürgerbeteiligung zurück. Sie

grenzt sich gegen Planungsvorhaben im Allgemeinen ab und formuliert ein Unverständnis darüber, warum an den ihrer Meinung nach falschen Stellen so viel geplant und investiert wird. Ihrer Meinung nach bräuchte es besser ausgestattete Schulen und einen besseren und günstigeren öffentlichen Verkehr. Sie sieht nicht ein, warum Dörfer wie ihres sich der immer weitere Kreise ziehenden Wachstumslogik unterwerfen sollen und z.B. neue Zentren mit neuen Einkaufsmöglichkeiten entwickeln wollen:

> *„Dann geht es los mit dem Planungswesen. Dieses Planungswesen, das habe ich früher auch nicht gewusst. Ich habe mich immer gefragt: ‚Wovon leben diese Planer?' Jetzt weiß ich es (lacht laut), es ist ungeheuerlich. Da wird als erstes ein Einzelhandelsgutachten in Auftrag gegeben. Um zu wissen, dass wir hier vier Supermärkte haben, was absolut ausreichend ist. Dann wird ein Gutachten in Auftrag gegeben für die Gestaltung einer neuen Mitte. Unser Ort ist ein ganz langes Dorf, das ist von früher noch […]. Und jetzt will man einen Dorfkern machen. Zunächst wird ein Targeting gemacht. Das Wort kannte ich in meinem Leben noch nicht. Targeting, das ist das Vorgutachten. Da wird erstmal nur das Target, also das Ziel, angestrebt. Dann gibt es das. Und danach kommt dann das richtige Gutachten. Das sind immer so, mindestens solche (macht Andeutungen zur Dicke der Gutachten). Umgestaltung einer neuen Mitte. Dabei ist die Gemeinde aber bis über alle Ohren verschuldet." (Doris)*

Generell bezeichnet sie die Kommunalpolitik und die Verwaltung als „unbekannte Wesen", die sich absichtlich nach außen hin verschließen und verschleiern, z.B. durch eine unverständliche Sprache:

> *„Schon diese Sprache, es ist im Grunde ja eine Herrschaftssprache, finde ich. Es ist keine Umgangssprache, mit Absicht nicht. ‚Fünfte Ergänzungssatzung zu der Satzung' und wie das immer heißt […] Verwaltungssprache." (Doris)*

Der öffentliche Dienst sei grundsätzlich von der Lebenswirklichkeit vieler Menschen weit entfernt und es erfordere langjährige Erfahrungen in der Kommunalpolitik oder Kommunalverwaltung, um diese Strukturen zu

verstehen und in ihnen etwas erreichen zu können. Sie schildert dies am Beispiel eines langjährigen grünen Ratsmitglieds, das der BI durch seine Hilfe schon viele Hinweise gegeben hat, da er die entsprechenden Unterlagen einordnen und verstehen kann.

Bei Doris ist die Verwendung dieses Frames der Kritik am Beteiligungsprozess mit einer persönlichen Emanzipationsbewegung hin zum politischen Feld verknüpft. Dies ist für Akteure in sozialen Bewegungen nichts ungewöhnliches, gelten sie doch grundsätzlich als Emanzipationsbewegungen (vgl. Rucht 1997: 390). Vor ihrem Engagement in der BI war sie politisch einige Jahrzehnte nicht aktiv und sie zeigt auch jetzt eine Ambivalenz hinsichtlich ihres politischen Engagements. So gibt es für sie grundsätzlich wichtigere Dinge im Leben, als sich um Politik zu kümmern. Sie ist klar dafür, dass sich Bürger selbstständig engagieren sollten, um etwas zu bewegen, sieht sich persönlich auf der anderen Seite aber nicht in der Lage, in „der großen Politik“ mitzureden und ist daher der Meinung, Politik sollte von Profis gemacht werden, die an einem Strang ziehen und Probleme mit kühlem Sachverstand lösen (präferierte Aussagen in der gesellschaftspolitischen Statement-Batterie). Sie kommt hiermit den staatlichen Praktiken des politischen Feldes noch deutlich näher, als dies bei Barbara je der Fall war. Dies ist vermutlich auch darin begründet, dass sie die am stärksten institutionalisierte politische Entwicklung von allen interviewten Akteuren der BI durchläuft. Sie ist relativ schnell zu Beginn ihres Engagements in der BI bei den Grünen eingetreten, hat in dem langjährigen Vorsitzenden der Grünen vor Ort so etwas wie einen politischen Mentor und ist seit der letzten Kommunalwahl Ortsratsmitglied (siehe Kapitel 4.3.5). Aber dass sie ihre Fähigkeiten und Möglichkeiten, eine eigene politische Meinung wirkungsvoll zu vertreten, durch die gemachten Aussagen abwertet, obwohl sie als einzige interviewte Akteurin der BI ein politisches Mandat besitzt, macht ihre Ambivalenz zu ihrem Engagement noch deutlicher. Dies beschreibt eine Ambivalenz aus einer zweiten Illusio, die als *Illusio der politischen Arbeitsteilung und Delegation* bezeichnet werden kann, und einer im Verlauf ihrer Protestpraxis *veränderten Illusio, die ihre politische Emanzipation unterstützt*.

Die politischen Repräsentanten und die Planer sollen ihrer Meinung nach vernünftig ihre Arbeit machen, so dass sich die Bürger nicht einmischen brauchen. Aber da dies nicht der Fall sei, fühlt sie sich aufgrund ihrer Schutzhaltung aus dem ökologischen Konservativismus dazu gezwungen, politisch zu handeln. Die Ambivalenz dieser beiden Illusio unterscheidet sie aber völlig von politisch selbstbewussteren Akteuren wie Barbara, Herbert oder Ralf, die ohne politisches Mandat an die Berechtigung glauben, ihre eigene politische Meinung offensiv zu vertreten und diese anerkannt sehen möchten. Doris‘ Ambivalenz in dieser Hinsicht ist in ihrer Herkunft aus einem stärker hierarchiegebundenen sozialen Milieu begründet (siehe Kapitel 4.5.1).

Fazit:

Durch die Analyse der individuellen Verwendung der Frames wird deutlich, dass sich die untersuchten Akteure hinsichtlich ihrer Illusio, die die Art und Weise der Verwendung der Frames maßgeblich beeinflussen, voneinander teilweise gravierend unterscheiden. Der Haupt-Frame der insbesondere ökologischen Auswirkungen der Massentierhaltung ist bei allen Akteuren vorhanden, aber schon nicht unbedingt bei allen als unbedingter Ausgangspunkt des Engagements festzustellen. Implizit scheinen viele andere Illusio durch, die das jeweilige Engagement maßgeblich beeinflussen, die nicht ursprünglich auf die Ablehnung der Massentierhaltung zurückzuführen sind, sondern noch auf anderen Erfahrungen und Vorstellungen basieren, die deutlich älter sind und tiefer liegen. Hier sei auf die Ablehnung der allgemeinen Wachstumslogik sowohl in kommunaler wie globaler Hinsicht, generelles kritisches politisches Denken und Handeln, moralische Konsumfragen oder eine Ablehnung etablierter politischer Verhältnisse und Beteiligungspraxis verwiesen.

Die Akteure der BI framen ihre Belange dahingehend in überwiegendem Maße zudem nicht als gruppenspezifische, sondern auf Fragen des Allgemeinwohls ausgerichtete (siehe auch Kapitel 4.1 zur Auseinandersetzung zwischen den Entscheidungsträgern und der BI hinsichtlich dieser Frage). Es sind in diesem

Sinne öffentliche Interessen[61], die auf sozialen, politischen und ökologischen Ansprüchen und Erwartungen basieren, die in den Habitus und den im Feld zur Anwendung kommenden Illusio der Akteure verankert sind.

Einige der hier anhand der analysierten Frames abgeleiteten Illusio der Akteure verweisen explizit oder implizit aufeinander und passen sehr gut zueinander. So passen die Formen kritischen politischen Denkens und Handelns von Herbert und Ralf zueinander und zur Enttäuschung über die Bürgerbeteiligung von Barbara; oder die jeweils verschieden geartete Kritik an der Wachstumslogik von Barbara, Herbert, Ralf und Doris zueinander. Andere Frames und dahinterstehende Illusio geraten wiederum in Konflikt mit Positionen und gesellschaftspolitischen Ansprüchen anderer Akteure. So erscheint der Frame des Tierrechts, wie er von Cornelia vertreten wird, zu extrem und subversiv, um mit der eher zivilen Haltung Barbaras sowohl zur politischen Praxis als auch inhaltlich zur kompromissbetonten Verwendung von Fleisch[62] zu harmonieren. Und Herberts politisch-symbolische Desillusionierung gerät mit Barbaras veränderter, politisch-strategischer Illusio der Vernetzung und Politisierung auf höheren Ebenen in Konflikt.

Dies kann als Beleg dafür gelten, dass das kollektive Handeln der BI ganz entscheidend durch die individuellen Dispositionen der Einzelakteure beeinflusst und geprägt wird. Die Illusio zeigen die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede auf, wobei Letztere letztendlich zu Spaltungslinien und einer Ausdifferenzierung bei der Bewältigung des lokalen Scheiterns führten.

Narrative des Scheiterns

Die Bewältigung des lokalen Scheiterns kann ebenfalls nur auf individueller Ebene befriedigend analysiert werden, da auch hierbei das Framing, nun das des Scheiterns, bei den Akteuren der BI sehr heterogen erscheint. Anders als bei den zentralen Narrativen des kollektiven Handelns, die auf gemeinsam

[61] Für Hannah Arendt sind sämtliche öffentlich formulierten Interessen, die durch eine Betroffenheit aufgrund öffentlicher Angelegenheiten entstehen, öffentliche Interessen unter anderen (siehe Kapitel 3.3).

[62] Von Seiten der Agrarökonomie wird die Tierschutzbewegung im Gegensatz zur Tierrechtsbewegung als kooperationsorientiert im Sinne einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung angesehen (vgl. Spiller et al. 2015: 28).

geteilten Erfahrungen des Engagements basierten und der Gruppenkohäsion dienten (siehe Kapitel 4.4), scheinen bei diesem Framing die individuellen Erfahrungen während des Engagements stärker durch und beeinflussen die Reaktion auf das Scheitern. Bei einigen Akteuren scheint dieses Framing als Bewältigungsstrategie zu dienen, um gezielt im Sinne eines aktiven strategischen Handelns eine Neuinterpretation möglicher politischer Gelegenheitsräume zu schaffen (vgl. Gamson/Meyer 1996). Bei anderen geht es um eine Selbstvergewisserung und Reflexion über das eigene Engagement und zukünftiges Handeln auf Basis der gemachten Erfahrungen, um sich der eigenen Protestpraxis und ihrer Konsequenzen bewusst zu werden und diese auch zu erhalten. In erster Linie handelt es sich aber zunächst einmal um die Anordnung und Interpretation von Ereignissen, die das lokale Scheitern betreffen. Daher analysiere ich die Bewältigungsstrategien und Reflexionen der Akteure im Umgang mit dem Scheitern des Protests gegen den Schlachthof im Folgenden als Narrative des Scheiterns („Narratives of defeat", vgl. Beckwith 2015).

> „By narrative of defeat, I mean a form of repeated discourse that identifies defeat or loss, crafts a story about defeat that links selected events in causal sequence, within an identifiable timeframe, and draws conclusions about the reasons for defeat." (ebd.: 2)

Diesem Konzept folgend gibt es verschiedene Typen solcher Narrative. Beckwith schreibt, dass manchmal ein einziger Narrativ dominant ist, während in anderen Fällen verschiedene Narrative produziert werden, die auch nebeneinander her existieren können. Dies geschieht häufig insbesondere dann, wenn das Scheitern nicht eindeutig oder endgültig war.

> „Where the stated goals of the movement have shifted or moderated across time […], where a social movement may have won on some issues but lost on others, or where social movement actors disagree internally about the extent of defeat and/or the reasons for it […], multiple defeat narratives may be more typical." (ebd.: 11 f.)

Im Fall der von mir untersuchten BI sind bei verschiedenen Akteuren verschiedene solcher Narrative anzutreffen. Anhand der folgenden vier Typen,

die aus Beckwiths Konzept übernommen sind und deren Definition jeweils zunächst zitiert wird, stelle ich diese individuell angewendeten Narrative vor und analysiere ihre Relevanz für das jeweilige Handeln:

Scheitern als politische Lernerfahrung („Defeat as political learning"):

> „Social movement leaders and actors recognize defeat and understand it as a source of learning for the next anticipated encounter. In this narrative, defeat is recognized and acknowledged; the events that constitute the defeat are ordered and interpreted as key pieces of evidence that inform understanding of the defeat; and the narrative is explicit about the lessons drawn from the loss." (ebd.: 7)

Die interviewten Akteure schildern anhand verschiedener Ereignisse rund um das Scheitern des lokalen Protests daraus erwachsene Lernerfahrungen. Barbara gesteht in dieser Hinsicht eigene Fehler bei den formellen Einwendungen gegen das Projekt ein und reflektiert das eigene Handeln. So ist sie als eine der verantwortlichen Akteure der BI heute der Ansicht, dass die BI das Verfahren um die Genehmigung des Projekts hätte verzögern können, wenn sie zumindest einige ihrer Einwendungen später vorgebracht hätten und nicht schon alle beim ersten Erörterungstermin. Außerdem haben sie bei diesem Termin bereits direkt einen eigenen Sachverständigen bestellt gehabt, der ihre Einwendungen vorbrachte. Das hatte zwar den Vorteil, dass diese inhaltlich stichfest und mit dem nötigen Fachwissen und Selbstbewusstsein vorgetragen wurden, aber sie hatten sämtliche sich ihnen bietende Angriffspunkte genutzt und ihr „Pulver" damit bei der ersten Gelegenheit verschossen.

Die nachträgliche Reflexion aus heutiger Sicht und mit dem Wissen um viele andere Proteste aus anderen Bürgerinitiativen z.B. gegen Mastställe hat Barbara zu dem Schluss kommen lassen, dass sie und damit die BI strategisch anders hätten handeln müssen. Sie glaubt zwar heute nicht mehr, dass sie den Bau des Schlachthofs durch ihre Einwendungen hätten aufhalten können, zumal viele von den Mängeln der Pläne, die in ihren Einwendungen angemahnt wurden, anschließend bei der Ausführung des Baus korrigiert wurden. Aber

eine Verzögerung hätte ihnen möglichen politischen Spielraum für andere Aktionen gegeben, um vielleicht die Bevölkerung noch besser aufzuklären und zu mobilisieren oder mehr Ratsmitglieder von ihrer Meinung zu überzeugen. Zudem hätte es dann die Möglichkeit gegeben, die über die Vernetzung mit überregionalen Bündnispartnern gewonnene öffentliche Aufmerksamkeit zu nutzen, um in einem noch längeren Zeitraum mehr Druck auf die lokalen Entscheidungsträger aufzubauen (Illusio des Netzwerkens und der Politisierung). Es handelt sich daher um eine politische Lernerfahrung, wie man als Einwender in einem Plan- und Genehmigungsprozess strategisch am effektivsten agiert, wenn man seiner eigenen Position ein möglichst großes Gewicht zukommen lassen möchte. Aus strategischer Sicht ist daher ein politischer Gelegenheitsraum auf lokaler Ebene verloren gegangen, den Barbara nun auf überregionaler Ebene sieht.

Hierzu passen die Narrative von Cornelia über den Umgang mit dem lokalen Scheitern. Sie hatte von vornherein kein Vertrauen in die politischen Entscheidungsträger und reflektiert für sich, dass der Schlachthof nur zu verhindern gewesen wäre, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich in größerer Anzahl mit dem Thema Massentierhaltung auseinandergesetzt hätten und auf die Entscheidungsträger spätestens im Zuge der Kommunalwahl entsprechend eingewirkt hätten. Sie bringt zum Ausdruck, dass sie während des Wahlkampfs den Eindruck hatte, dies könne gelingen. Da dies letztlich aber nicht geschehen ist, könne der bestehende Schlachthof nun nur beseitigt werden, indem ihm die wirtschaftliche Grundlage abhandenkommt. Dies müsste durch eine abnehmende Nachfrage nach günstigem Fleisch aus Massentierhaltung geschehen, so dass der Bedarf an Mastställen und letztlich der Schlachtung abnehmen würde. Hierfür müsse Druck auf die Konsumenten ausgeübt werden, indem an ihre ethischen Werte appelliert oder ihnen zumindest ein schlechtes Gewissen gemacht werde. Beides, genereller Druck auf politische Entscheidungsträger sowie Druck auf die Konsumenten, ist ihrer Meinung nach nur mittels Campaigning zu erreichen (Illusio des Campaignings).

Herbert hat seine Erfahrungen genutzt, um zusammen mit anderen Aktiven der BI seinen eigenen lokalen Nachhaltigkeitsverein zu gründen, mit dem sie

Aufklärungsarbeit für die lokale Bevölkerung leisten. Letzteres ist für ihn eine Konsequenz daraus, dass es der BI während der Auseinandersetzung um den Schlachthof eben nicht gelang, die neutrale Bevölkerung schnell über die negativen Auswirkungen des Projekts wirksam zu informieren. Nun wollen sie dieses Defizit durch den Nachhaltigkeitsverein ausgleichen und die Bevölkerung für zukünftige Debatten zum Thema Massentierhaltung oder anderer Nachhaltigkeits- bzw. Umweltthemen schon frühzeitig sensibilisieren (Illusio des pragmatischen Handelns vor Ort).

Andere Lernerfahrungen schildert Doris im Zusammenhang mit dem Zugang zur Kommunalpolitik mittels der nötigen Kenntnisse und Erfahrungen über die Verwaltungspraxis. Um wirklich effektiv mitreden und hinter die Prozesse und Handlungen der Akteure und Institutionen blicken zu können, müsse man die Abläufe in der Kommunalpolitik kennen, die Verwaltungssprache verstehen, sich Haushaltspläne und -entwürfe anschauen und auf Unstimmigkeiten prüfen, wie dies z.B. der Grünen-Ratsherr tue, der ein wichtiger Ansprechpartner für die BI ist. Dieser hat überhaupt erst die Hinweise für eine möglicherweise verschleierte Querfinanzierung des Projekts auch durch städtische Finanzmittel gefunden, die die Stadt und die Politik immer ausschlossen und die sich letztendlich nicht bewahrheitete. Aber die Vermutungen, entstanden durch einige unklare Summen in einem Haushaltsentwurf, initiierten erst einen Angriffsversuch der BI auf die Finanzierung des Projekts, der aber aufgrund der fehlenden Stichhaltigkeit ins Leere lief. Doris kann dieses Wissen nun aber über die Kommunalpolitik als Ortsratsmitglied anwenden (Illusio der politischen Emanzipation).

Somit zeigt sich, dass sich durch die nachträgliche Reflexion dieser Sachverhalte verschiedene politische Lerneffekte bei den Akteuren eingestellt haben, so dass sie im Falle einer erneuten Auseinandersetzung oder einer neuen politischen Gelegenheit, das Thema auf die lokale politische Agenda zu heben, dies mit mehr feldspezifischem Wissen, also auch mehr politischem Kapital, machen würden, sofern sie dies wie Barbara oder Cornelia auf einer höheren politischen Ebene nicht schon tun.

Scheitern als ‚trotziges Überleben' aufgrund partieller Erfolge („Defeat as defiant survival"):

Für Beckwith bedeutet dieser Typus ein

> „defeat as a partial victory by recasting the movement's goals to include valorizing the struggle itself, and it orders and interprets events as encounters where the movement was not defeated at discrete points in the process." (ebd.: 8)

Barbara präsentiert in ihrer Erzählung mehrere Punkte, die sie als Erfolge framed. So stellt sie es als Erfolg dar, dass die BI fortbesteht und somit auch ihr Protest weiterhin sichtbar ist. Dies tut sie auch in Abgrenzung zu den schon genannten Bürgerinitiativen gegen Mastställe, die häufig nur sehr temporär agieren. Auch den Umstand, dass von einem weiteren Ausbau der Schlachtanlage seitens des Investors offenbar bisher abgesehen wurde, weist sie als Erfolg der BI aus. Sie stellt in diesem Zusammenhang die Vermutung auf, dass die Kapazität der Belieferung des Schlachthofs mit Schlachttieren nicht ausreichend dafür wäre. Diese Probleme würden daraus resultieren, dass es in der näheren Umgebung bisher nicht genügend zusätzliche Mastställe gibt und daher die Belieferung über weitere Strecken erfolgen muss, was zu Verlusten und Mehrkosten führt. Dies sei ein Erfolg der gesamten Bewegung (Illusio des Netzwerkens und der Politisierung). Dieser Narrativ über verhinderte Mastställe wird auch von anderen Akteuren aufgegriffen, so von Ralf. Er glaubt, die Landwirte würden aus Furcht vor Protesten in ihren Dörfern auf solche Maststallbauten zunehmend verzichten.

Zusätzlich investiere die BI laut Barbara mehr in Öffentlichkeitsarbeit, wodurch mehr Aufmerksamkeit für das Thema Massentierhaltung und damit zusammenhängende Probleme entstünde. Es handelt sich hierbei um ein Narrativ, das die Vorstellung eines schrittweisen Gewinnens nährt (vgl. Gupta 2009) und Barbaras strategischer Bewältigungsstrategie entspricht, neue politische Gelegenheitsräume zu konstruieren (ebenfalls Illusio der Politisierung). Sie erläutert in der Nachbefragung, dass sie an einen solchen möglichen schrittweisen Erfolg auch gegen den Schlachthof nach wie vor glaubt, nämlich dann, wenn die Bewegung die Massentierhaltung durch die

weitere Verhinderung von Mastbetrieben auf breiter Front weitgehend zurückgedrängt hat und die Produktion an diesem Standort nicht mehr rentabel aufrecht zu erhalten ist. Sie setzt ihre Hoffnung auch begrifflich in die „Agrarwende“ als politisches Projekt, durch das sie dieses Ziel langfristig für erreichbar hält. Ihr Protest und der der Bewegung sei ein Baustein hin zu dieser Agrarwende, die mit einem politischen Wandel und einem Bewusstseins- und Konsumwandel der Bevölkerung einherzugehen habe.

Auf ganz andere Weise, nämlich stärker im Sinne einer Selbstvergewisserung, interpretiert Cornelia es als Erfolg, dass sie so viele Mitglieder an den Ständen gewonnen hat und trotz des lokalen Scheiterns nach wie vor fast jedes Wochenende mit ihrem Stand in der Region unterwegs ist. Sie führt diesen Erfolg zum Teil auf die professionelle Umsetzung des Campaignings zurück, indem sie nicht nur Flyer verteilt und nett mit den Leuten klönt, sondern auch Merchandising-Produkte an den Ständen anbietet und gezielte, durchaus moralisch emotionalisierende Aufklärungsarbeit betreibt. Für sie ist dies harte Arbeit (Illusio des Campaignings).

Bei Barbara, Cornelia und auch Ralf tragen diese Narrative trotz unterschiedlicher Ausgangslagen und Anwendungen zu persönlichen Remobilisierungen insbesondere auf höheren politischen Ebenen bei, da deutlich wird, dass anhaltendes Engagement und der sichtbare Protest in einzelnen Etappen kleine Erfolge zeitigen und zu einer Perspektive der gesamten Bewegung beitragen, die an eine Chance auf einen positiven Ausgang der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung um Massentierhaltung und Konsumverhalten glauben lassen.

<u>Scheitern als Fehlverhalten anderer („Defeat as cheating“):</u>

> „The reason for the defeat is located as the fault of external actors who were expected to behave differently in interaction with the movement. A narrative of defeat by cheating provides an explanation of loss and constructs a hypothetical counternarrative of victory: what could have happened if opponents had complied with known patterns of interaction […]“ (Beckwith 2015: 9).

Ein solcher Narrativ wird von Barbara im Zusammenhang mit dem Verhalten der Kommunalpolitik beschrieben, von der sie zumindest in Teilen ein anderes Verhalten erwartet hätte, da sie ihre Verhaltensmuster vermeintlich zu kennen glaubte. Der ganze Plan- und Genehmigungsprozess für den Schlachthof wird nicht nur von ihr, sondern von allen interviewten Akteuren der BI als eine Art „Überfall" dargestellt. Barbara und auch Ralf hatten aber die Erwartungshaltung, dass es eine offene, deliberative Auseinandersetzung mit den Entscheidungsträgern darüber geben würde (Illusio der Partizipation und Mitbestimmung bei Barbara und des Aufklärerisch-Kritischen bei Ralf). Es habe aber keine ernsthafte argumentative Auseinandersetzung mit den protestierenden Bürgern gegeben. Auch während der entscheidenden Sitzungen in den Ratsausschüssen habe es keine Deliberation gegeben. Die nötigen Sitzungstermine wurden absichtlich möglichst dicht hintereinander gelegt, um eine schnelle Entscheidung zugunsten des Investors zu ermöglichen. Letzteres belegen Aussagen des Bürgermeisters, die er im Interview tätigte (siehe Kapitel 3.1). Dabei hätte es aus Sicht von Barbara und Ralf eine offene Bürgerbeteiligung geben müssen, um die tatsächlichen Auswirkungen dieses Projekts bekannt zu machen und öffentlich abwägen zu können. Dann wären die Wahlergebnisse im Zuge der Kommunalwahl möglicherweise nicht so deutlich zugunsten der Befürworter von CDU und SPD ausgefallen oder andere Mehrheiten hätten sogar etwas verändern können.

Insbesondere bei Barbara, aber auch bei allen anderen interviewten Akteuren sind solche Narrative anzutreffen, die ein Ausdruck einer Resignation gegenüber der lokalen bzw. allgemeinen Politik aufgrund einer grundsätzlichen politischen Anspruchshaltung sind, die nicht anerkannt wird. Allerdings sehen Barbara, Cornelia und Ralf in der sozialen Bewegung gegen die Massentierhaltung politische Gelegenheitsräume gegeben, die Politik anhaltend zu bearbeiten, um Erfolge zu erreichen. Doris erkennt für sich solche Gelegenheitsräume stärker auf lokaler politischer Ebene, während Herbert ebenfalls nur auf lokale Gelegenheitsräume vertraut, die er aber außerhalb der Politik sucht. Der lokale Konflikt um das Bauprojekt Schlachthof wird bis auf weiteres als verloren angesehen.

Scheitern als Vertrauensbruch („Defeat as betrayal“):

> „The narrative of defeat as betrayal is one that constructs the reason for defeat as the fault of other actors – others who should have been supportive of the social movement's campaign, but were not.“ (ebd.: 10)

Ein Vertrauensbruch ist für Barbara im Hinblick auf die Kommunalpolitiker aus der SPD entstanden. Vor der Auseinandersetzung um den Schlachthof waren sie für sie natürliche Verbündete, da sie selbst langjähriges SPD-Mitglied ist und einige von ihnen persönlich kennt (Illusio der Partizipation und Mitbestimmung). Ihrer Meinung nach haben sie sich viel zu leicht von dem Projekt und den versprochenen Arbeitsplätzen und Steuereinnahmen überzeugen lassen, ohne andere Konsequenzen ernsthaft zu berücksichtigen. Insbesondere am damaligen SPD-Bürgermeisterkandidaten macht sie es fest, dass die SPD eingeknickt ist. Dieser hat sich zunächst gegen den Schlachthof ausgesprochen. Als ihm aber bewusst wurde, dass die Mehrheit der SPD-Fraktion dafür war, wechselte er seine Meinung, um nicht die Unterstützung der örtlichen SPD im Wahlkampf zu riskieren.

Dieser Narrativ zeigt eine persönliche Abarbeitung Barbaras an ‚ihrer' SPD und dient der Selbstvergewisserung darüber, mit ihrem Engagement und Protest auf der richtigen Seite zu stehen. Sie berichtet in der Nachbefragung, dass sie immer noch Mitglied ist, da sie es wichtig findet, dass es innerhalb der Partei eine Opposition bei diesem Thema gibt. Inhaltlich fühlt sie sich, und fühlte sich auch oft früher schon, stärker durch Die Grünen repräsentiert und wählt diese auch regelmäßig.

Vorherbestimmtes Scheitern („Defeat as predetermined“):

Aus dem empirischen Material lässt sich ein weiterer Typus induktiv ableiten, der nicht in Beckwiths Konzept genannt wird und den ich als Narrativ des vorherbestimmten Scheiterns bezeichne. Diesen Narrativ verwendet Herbert, indem er das lokale Scheitern aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen als vorprogrammiert interpretiert.

Herbert konstruiert diesen Narrativ, wenn er über den Ablauf des Konflikts berichtet. Er hat sich sehr früh engagiert, war aber von Anfang an skeptisch, ob der Bau des Schlachthofs verhindert werden kann. Daher hat er der später vor dem Verwaltungsgericht gescheiterten Klage auch keine allzu großen Chancen eingeräumt. Für ihn war die Verhinderung des Schlachthofs von Anfang an eine Illusion. Hieraus spricht bei Herbert ein hohes Maß an Frustration und Abneigung gegenüber der Politik und der Wirtschaft, die im Zweifel alles durchgesetzt bekämen, was sie möchten (Illusio der politischen Desillusionierung). Dennoch ist er ein sehr aktiver Unterstützer der BI, da er regelmäßig die Aufsicht bei der Mahnwache innehat und auch einen eigenen lokalen Nachhaltigkeitsverein gegründet hat. Für ihn gilt es aber, eher pragmatische Lösungen auf lokaler Ebene zu finden. Mit der strategischen Ausrichtung der BI auf höhere politische Ebenen, wie sie insbesondere Barbara betreibt, kann er nicht allzu viel anfangen, da er die höheren politischen Ebenen der Auseinandersetzung meidet.

Für Herbert dient dieser Narrativ der Selbstvergewisserung, mit seiner grundsätzlichen Ablehnung gegenüber der etablierten Politik und auch gegenüber der Wirtschaft von Beginn der Auseinandersetzung an richtig gelegen zu haben. Er sieht sich in seinem Engagement und seiner früheren gewerkschaftlichen Erfahrung bestärkt, dass Veränderungen nur Stück für Stück in kleinen, pragmatischen Schritten erreicht werden können.

Fazit:

Die Analyse dieser Narrative des Scheiterns zeigt, dass es multiple Bewältigungsstrategien und Reflexionen über das Handeln und die Ereignisse unter den Akteuren der BI gibt. Sie führen bei den Akteuren zudem zu unterschiedlichem Umgang mit ihrem zukünftigen Handeln. Bei Barbara, Cornelia und Ralf hat insbesondere die Interpretation neuer politischer Gelegenheitsräume zu einer Remobilisierung in der Bewegung beigetragen. Hierzu tragen auch Narrative bei, die einer Selbstvergewisserung dienen, wie die von Barbara und Cornelia, die Erfolge des eigenen Handelns herausstellen und Möglichkeiten aufzeigen, wie auf anderen Ebenen weiter agiert werden

kann. Bei Herbert und Doris führen Selbstvergewisserungen und Lernerfahrungen dazu, auf lokaler Ebene mit anderen Mitteln als die der BI weiterzuarbeiten. Dass der zunehmenden strategischen Ausrichtung der BI auf höhere politische Ebenen nicht alle interviewten Einzelakteure gänzlich folgen, lässt sich auf die unterschiedlichen Illusio rückbeziehen, die sich nicht nur in den argumentativ verwendeten Frames widerspiegeln, die ich oben analysiert habe, sondern auch in den analysierten Narrativen des Scheiterns.

4.5.3 Erkenntnisse über die mitgebrachten Erwartungen an das politische Feld und ihr Wirken als Illusio in der untersuchten Bürgerinitiative

Die Analyse des Handelns der einzelnen Akteure der BI und ihrer sozio-politischen Dispositionen mithilfe der praxeologischen Theorie Bourdieus lässt sich auf einige zentrale Erkenntnisse verdichten. Grundsätzlich liegen der Protestpraxis der interviewten Akteure verschiedene Erwartungen an das politische Feld zugrunde, die schon auf früheren, anderen Erfahrungen beruhen, mit in diesen Protest hineingebracht wurden und durch ihre Anwendung im Feld als Illusio fungieren (siehe Abbildung 10). Diese grundlegenden sozialen Voraussetzungen stammen in der Regel aus dem jeweiligen Herkunftsmilieu und den damit zusammenhängenden Habitus-Dispositionen der Akteure, weshalb diese zu Beginn der Analyse bestimmt wurden (siehe Kapitel 4.5.1).

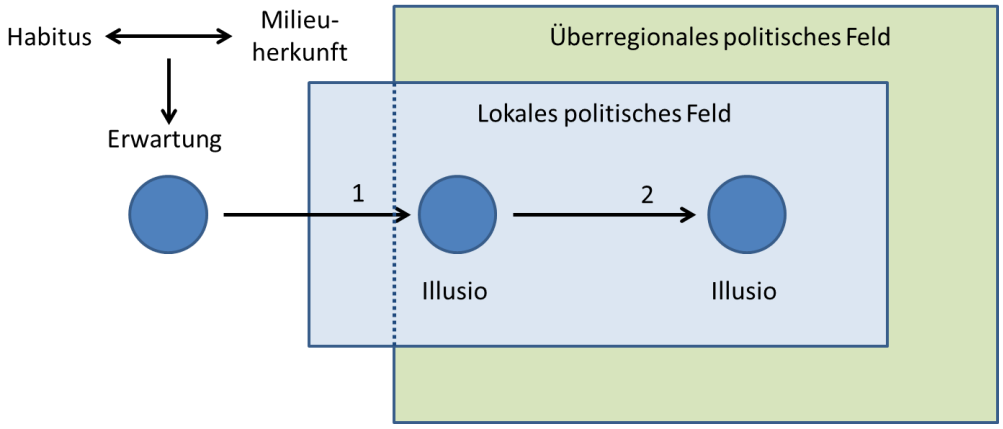


Abbildung 10: Die Erwartung eines Akteurs, die aus seiner Milieuherkunft und seinen Habitus-Dispositionen resultiert, wird im lokalen politischen Feld angewendet und bildet dort eine Illusio aus (1. Schritt). Im weiteren Verlauf der Protestpraxis kommen Lernerfahrungen hinzu, die bei einzelnen Akteuren zu Veränderungen in der Anwendung ihrer Illusio beitragen können (2. Schritt). Alle Illusio haben nur Bedeutung in ihren jeweiligen Feldern (eigene Darstellung).

Aufgrund dieser Genese der Praxis sind weder die mitgebrachten Erwartungen noch die angewendeten Illusio der Akteure untereinander deckungsgleich und haben verschiedene Auswirkungen auf die jeweilige Protestpraxis der Akteure. Nach dem lokalen Scheitern kommt es zu einer Ausdifferenzierung der Protestpraxis, die durch die verschiedenen Illusio der Akteure im Grunde von vornherein angelegt war, da die zugrundeliegenden Erwartungen an das politische Feld unabhängig vom Konflikt um den Schlachthof entstanden waren. Die Illusio werden durch das Scheitern nicht infrage gestellt, sondern durch bestimmte individuelle Bewältigungsstrategien bzw. Neuinterpretationen politischer Gelegenheitsräume (Narrative des Scheiterns) oder bestimmte Formen kollektiven Handelns (Rituale und Symboliken, siehe Kapitel 4.4) verstärkt. Teilweise verändert sich die Anwendung der Illusio aufgrund veränderter Feldbedingungen und Lernerfahrungen auch (siehe unten). Das Ergebnis dieses Prozesses ist, dass der Protest in Form der BI und/oder als Teil der Bewegung von einigen Akteure erhalten und fortgeführt wird, während andere Akteuren neue Formen ihres zukünftigen Handelns entwickeln.

Die Vielfalt der Illusio, wie sie in den vorangegangenen Kapiteln in den verwendeten argumentativen Frames und den Narrativen des Scheiterns der interviewten Akteure analysiert wurden, wird hier zusammenfassend dargestellt:

Mitgebrachte Erwartungen der Akteure an das politische Feld und ihre Anwendung in der Protestpraxis als Illusio:

- Barbara: 1. Partizipation und Mitbestimmung, 2. Ökologie und Wachstumskritik (aber nicht mehr radikal-subversiv)

  Erstens ist ihr die Möglichkeit zur Partizipation sehr wichtig. Daher richtet sich ihre Protestpraxis insbesondere gegen die Nichteinbindung der Bürger bei Eingriffen in das eigene Lebensumfeld. Zweitens betont sie die Gegensätzlichkeit einer gesunden Rationalität und einer Wachstumslogik, die sich ihrer Meinung nach in einer Parallele zwischen Atomkraft und Massentierhaltung widerspiegelt. Für sie ist ein grundsätzliches Inbetrachtziehen von alternativen, ökologischen Lebensstilen nötig.
- Cornelia: Extremes Tierrecht

  Für sie ist das Tierrecht die entscheidende Grundlage, mit der sie in ihre Protestpraxis eingestiegen ist. Sie ist von einem tiefen Unverständnis gegenüber Entscheidungsträgern geprägt, die Tieren die Praxis der Massentierhaltung antun, aber auch gegenüber der breiten Bevölkerung als Konsumenten. Sie möchte einen absoluten Verzicht auf Fleischkonsum erreichen, während die Mehrheit der Sprecherinnen und Sprecher einen nachhaltigeren Fleischkonsum propagiert (Konflikt).
- Herbert: Politische Desillusionierung und pragmatisches Handeln vor Ort

  Er ist gegenüber politisch-symbolischem Handeln desillusioniert und setzt auf pragmatische Lösungen in einem überschaubaren Maßstab. Ihm ist sehr an der Entwicklung in Richtung einer nachhaltigen ökologischen Nutzung von Räumen im lokalen und globalen Maßstab gelegen und sieht diese immer mehr bedroht.
- Ralf: Aufklärerisch-kritisch und handelnd

  Ihm sind die politische Beteiligung und eine öffentliche Aufklärung über politische Sachverhalte ein besonderes Anliegen. Dies verknüpft er mit einer ausgeprägten Verantwortungsethik: Jeder Mensch hat eine Verantwortung für sein Handeln. Seiner Meinung nach werden mit dem Schlachthof und der Massentierhaltung individuelle Interessen der

Wirtschaft bedient, während das Wohl der Menschen nicht beachtet wird.

- Doris: 1. Illusio des ökologischen Konservativismus, 2. Illusio der politischen Arbeitsteilung und Delegation

  Sie formuliert eine starke Verbundenheit zur Nachhaltigkeit in der lokalen Natur, die sich als Schutzbedürfnis eines ökologischen Konservativismus ausdrückt. Dieser Verbundenheit legt sie ein Wissen über ökologische Zusammenhänge zugrunde. Sie fürchtet sich vor den negativen ökologischen Auswirkungen der Massentierhaltung und sieht darin eine Bedrohung des lokalen ökologischen Raumes. Da sie sich aber grundsätzlich um andere Lebensbereiche kümmert, soll die Politik diese Probleme im Sinne der politischen Arbeitsteilung zwischen politischen Profis und Laien lösen.

Illusio aufgrund zentraler Lernerfahrungen und Bewältigungsstrategien:

- Barbara: Netzwerken und Politisierung

  Sie wendet diese Illusio insbesondere mit Blick auf die überregionale Ebene der Bewegung an, um die BI zu vernetzen und ihre Politisierung zu organisieren. Dieser Protestpraxis soll Sinnhaftigkeit verliehen werden, da es ihrer Meinung nach die einzige Möglichkeit ist, den Protest zu verstetigen.
- Cornelia: Campaigning

  Eine ihrer zentralen Lernerfahrungen durch das Engagement in der BI ist, dass die meisten Menschen sich nicht ernsthaft mit Tierwohl im Bereich von Ernährung und Konsum auseinandersetzen. Dementsprechend bedarf es ihrer Meinung nach öffentlicher Aufklärung, die sie mittels Campaigning und einer emotionalen und moralisierenden Empörungshaltung betreibt.
- Herbert: Politische Desillusionierung und pragmatisches Handeln vor Ort verstärken sich

  Er hat etwas über die vielfältigen Auswirkungen der Massentierhaltung und Fragen der globalen Nachhaltigkeit gelernt und dass der

Zusammenhang zu Wirtschaft, Konsumentenverhalten und Arbeitsmarkt hergestellt werden muss. Diese Bedingungen sollen bearbeitet werden hinsichtlich ökologischer und wirtschaftlicher Verhaltensweisen der Menschen vor Ort. Dies kann er mit seiner Illusio kombinieren, weshalb es keine Veränderung gibt.

- Ralf: Er bleibt aufklärerisch-kritisch und handelnd
  Seiner Meinung nach passieren laufend Ungerechtigkeiten und unschöne Dinge auf der Welt, wobei die Massentierhaltung hier eingeordnet wird. Über diese Dinge muss man sich informieren, um sich dagegen wehren zu können. Gesellschaftliche Veränderung kann dabei immer nur von unten durch die Bevölkerung kommen. Er kombiniert seine Protestpraxis für die BI mit seiner Illusio, weshalb sich an ihr nichts verändert.
- Doris: Politische Emanzipation
  Sie lernt die Abläufe der Kommunalpolitik kennen, da sie nach Jahrzehnten wieder bei den Grünen eingetreten ist und seit der letzten Kommunalwahl Mitglied in einem der Ortsräte ist. Hierdurch beginnt ein Prozess der politischen Emanzipation, der sie ein Stück weit ihre Illusio der politischen Arbeitsteilung und Delegation überwinden lässt, um ihre zweite Illusio des ökologischen Konservativismus in das politische Feld tragen zu können.

Die Genese der Dispositionen, die diesen Illusio zugrunde liegen, kann mit Blick auf die Herkunftsmilieus der Akteure folgendermaßen beschrieben werden:

Barbara, Cornelia und Herbert sind als Vertreter aus Milieus der Traditionslinie der Facharbeit und praktischen Intelligenz aufgrund der habituellen Kompetenzen und Ansprüche, die in diesen Milieus vorherrschen, prädestiniert für Engagementformen des eigenverantwortlichen Handelns. Ihrem Handeln liegt übereinstimmend die Überzeugung und Prämisse zugrunde, dass sich Gesellschaft nur durch praktisches und selbstständiges Eingreifen verändert. Barbara und Herbert setzen als Vertreter des Leistungsorientierten Arbeitnehmermilieus dabei grundsätzlich zunächst auf klassische Beteiligungsformen der Mitbestimmung, während Cornelia als Vertreterin des

Modernen Arbeitnehmermilieus auf Selbstverwirklichung setzt. Es liegt daher nahe, dass alle Drei schon Erfahrungen in einer Form von Engagement mitbringen, wobei Barbara und Herbert für gewerkschaftliches bzw. parteipolitisches Engagement prädestiniert sind, während der Tierschutz bei Cornelia stärker einer individualisierten und postmateriellen Ausrichtung dieses Milieus entspricht (siehe die entsprechenden biographischen Beschreibungen unter Kapitel 4.3).

Ralf vertritt die habituelle Prämisse des eigenverantwortlichen Handelns als Vertreter der Traditionslinie der Akademischen Intelligenz noch stärker intellektuell begründet, ist aber von der Praxis her ähnlich aufgestellt. Allerdings ist er durch die mitgebrachten Kompetenzen in seinem Milieu, die in seinem Habitus verankert sind, noch eher in der Lage als die anderen Akteure, die symbolischen Kämpfe der Eliten um die Deutungshoheit, die im Hintergrund der sichtbaren politischen Auseinandersetzungen liegen, zu erkennen und zu benennen. Daher wirken seine Erfahrungen – Engagement in verschiedenen sozialen Bewegungen und als politischer Pfarrer (siehe die entsprechenden biographischen Beschreibungen unter Kapitel 4.3.4) – in diesem hier untersuchten politischen Feld als Illusio des Aufklärerisch-Kritischen und überzeugt Handelnden.

Doris‘ Handeln kann auf eine Habitus-Disposition zurückgeführt werden, die sie als Repräsentantin der Ständisch-kleinbürgerlichen Traditionslinie für einen stärker an Autoritäten ausgerichteten Zugang zum Konflikt prädestiniert. Ihre Illusio der politischen Arbeitsteilung und Delegation liegt habituell in dieser Milieuherkunft begründet und passt zu ihren geringen Erfahrungen mit politischen Auseinandersetzungen. Sie befürwortet das politische Delegationsprinzip und setzt auf politische Profis, da sie sich selbst nicht für geeignet hält, in „der großen Politik“ mitzureden. Allerdings sind bei ihr als Vertreterin des modernisierten Typus dieser Traditionslinie milieutypisch individuelle Selbstverwirklichungen zu erkennen. Hier werden Modernisierungstendenzen sichtbar, die bei Doris durch die Hinwendung zu ökologischen Themen und ihrer politischen wie persönlichen Emanzipation besonders deutlich werden.

Die Illusio der Ökologie und Wachstumskritik von Barbara bzw. des ökologischen Konservativismus von Doris beruhen auf früheren Erfahrungen in der Umweltbewegung, die sich in ihre Habitus verankert haben. Barbara war früh gegen Atomkraft eingestellt und hat mit einem ökologischen Lebensstil experimentiert. Sie hat milieubedingt diese Positionen allerdings immer deutlich klarer vertreten und gelebt als Doris. Doris hat frühe Erfahrungen mit den Grünen gesammelt, als es um bauliche Eingriffe in die lokale Natur ihrer alten Heimat ging. Milieubedingt handelt es sich bei ihr aber um eine deutlich konservativere Grundhaltung in dieser Frage. Sie hat sich den Grünen dann damals auch nicht längerfristig angeschlossen, sondern hat sich aus dem politischen Engagement relativ schnell wieder zurückgezogen (siehe die entsprechenden biographischen Beschreibungen unter Kapitel 4.3.5). Dies entspricht dem auf politische Delegation ausgerichteten Politikstil ihres Milieus.

Die weiteren Entwicklungen der jeweiligen Anwendung der Illusio für das Engagement in der BI oder darüber hinaus werden durch die verschiedenen Erfahrungen während der Protestpraxis beeinflusst. Hierfür sind insbesondere die oben beschriebenen Lernerfahrungen und Bewältigungsstrategien bedeutsam, mit denen die Akteure auf das lokale Scheitern reagieren. Auch wenn bei einigen Akteuren wie Herbert und Ralf trotz ihrer Lernerfahrungen und Bewältigungsstrategien keine Veränderungen in der Anwendung ihrer Illusio stattfanden, da die Illusio ausreichend kompatibel mit ihrem zukünftigen Handeln sind, stellen insbesondere die individuellen Lernerfahrungen der interviewten Akteure wichtige BI-interne Outcomes dar.

Grundsätzlich gelten soziale Bewegungen als Emanzipationsbewegungen und als Orte politischer Sozialisation (vgl. Rucht 1997: 390, 392 f.), die an einer Schnittstelle zwischen persönlicher Stärkung und sozialem Wandel liegen (vgl. Roth 2011a: 104). Die Analyse der Genese und Entwicklung der Habitus-Dispositionen und Illusio der interviewten Akteure und ihrer Anwendung im konkreten Engagement der BI zeigt eine solche Stärkung angelegter Dispositionen und auch weitere politische Erfahrungszugewinne. Rucht führt hierzu weiter aus:

> „Für Aktivisten und Aktivistinnen in Bewegungen bedeutet diese Situation […] eine Chance, vielseitig tätig zu werden, schlummernde Talente zu entfalten, Dinge selbst in die Hand zu nehmen, sich in Konflikte einzumischen und im Zuge eines learning by doing Erfahrungen zu sammeln. Oft entwickeln sich dabei ursprüngliche Laien zu Quasi-Experten […]. Schließlich erwerben viele Bewegte staatsbürgerliche Kompetenzen in dem Sinne, daß sie ihr Wissen um politische Prozesse und Institutionen erweitern, Ansatzpunkte für gesellschaftliche Veränderungen erkennen, aber auch Grenzen des politisch Möglichen und Machbaren erfahren. Das langjährige und vielseitige Engagement in sozialen Bewegungen wird damit zu einem Terrain politischer Sozialisation, das – im günstigsten Falle – mündige, kritikfähige und sicherlich auch unbequeme Staatsbürger heranreifen läßt.“ (Rucht 1997: 392 f.)

Verstetigungen und Remobilisierungen von Protesten, wie sie anhand der analysierten Bewältigungsstrategien deutlich wurden, hängen oft mit individuellen Lernerfahrungen und der Erkenntnis zusammen, dass politisches Engagement etwas bewirken kann (hier thematisiert am Beispiel von Streiks):

> „activists characterized their remobilization as the result of the skills they developed and politicization they underwent during the strike. […] activists developed important political skills, heightened political consciousness, and were confirmed, in many ways, in their political efficacy.“ (Beckwith 2016: 57, 59)

4.6 Positionierung der Einzelakteure aus der BI im analysierten lokalen politischen Feld

Die interviewten Einzelakteure der BI werden in die Feldanalyse einbezogen, indem sie nach den Erkenntnissen der vorangegangenen Analysen über ihre jeweilige Protestpraxis positioniert werden. Für die Positionierung der Einzelfälle sind jeweils die Illusio, Veränderungen in ihrer Anwendung durch persönliche Lernerfahrungen und die individuellen Kapitalressourcen entscheidend, die dem empirischen Material entnommen werden. In jedem sozialen Feld sind unterschiedliche Typen und Kombinationen von Kapital wichtig für eine erfolgreiche Praxis (vgl. Bourdieu 1982: 193 f.; 1983; Bourdieu/Wacquant 1996: 127 ff.). Das Zusammenspiel des zwischen den Akteuren unterschiedlich verteilten politischen Kapitals mit ihren jeweiligen Illusio im Feld fasse ich als soziale Praxis zusammen und positioniere hiernach die Akteure in der unter Kapitel 4.2 entwickelten Feldkonstruktion. Neben den Erkenntnissen, die aus der qualitativen Inhaltsanalyse der Interviews gewonnen wurden, beantworteten die Interviewten hierfür zusätzlich noch die gesellschaftspolitische Statement-Batterie und den Sozialdatenbogen.

Die Ausgangspositionen der Akteure für ihren Protest befanden sich ihrer jeweils mitgebrachten Erwartungen an das politische Feld nach nicht sehr nahe beieinander (siehe Kapitel 4.5.3), obwohl sie sozialstrukturell eine gewisse alltagsweltliche Nähe zueinander besitzen (siehe Kapitel 4.5.1). Vier von fünf der interviewten Akteure sind Mitglieder von Milieus der Mitte – respektable Volks- und Arbeitnehmermilieus[63] – aber bis auf Barbara und Herbert stammen alle anderen aus verschiedenen sozialen Milieus nach der Milieutypologie von Vester et al. (2001; auch Vester 2015). Daher sind ihre Erwartungen an das politische Feld milieuspezifisch sehr verschieden vorgeprägt. Die große Heterogenität der Erwartungen an das politische Feld hängt mit der starken epistemologischen Trennung der alltäglichen von der politischen Sphäre zusammen (siehe Kapitel 2.5). Die meisten Milieus haben keine Nähe zur Logik des politischen Feldes und wenden daher ihre eigene, milieuspezifische alltagsweltliche Logik auch auf das politische Feld an. Diese alltagsweltliche

[63] Barbara, Cornelia, Herbert und Doris, während Ralf aus der akademischen Intelligenz stammt (siehe Kapitel 4.5.1 zur Milieuzuordnung der Akteure).

Logik prägt die sozio-politischen Dispositionen der Akteure, aus denen sich die Erwartungen an das politische Feld speisen, so unterschiedlich, dass sie in der Anwendung als Illusio im politischen Feld sehr diverse Ausgangspositionen erzeugt.

Manche Akteure hatten zu Beginn des Konflikts um den Schlachthof schon eine Position im lokalen politischen Feld (Barbara) oder einem überregionalen politischen Feld (Cornelia, Ralf) inne, die anderen nicht. Sie haben dann als Akteure der BI neue Positionen im lokalen politischen Feld eingenommen und haben diese nun durch ihre individuellen Entwicklungen verändert – ablesbar an ihren Illusio und Lernerfahrungen. Sie haben dabei Wanderungen durch das Feld vollzogen, teils auf die soziale Bewegung gegen die Massentierhaltung hin, teils in andere Richtungen.

Diese Wanderungen hängen neben den Auswirkungen der Illusio und Lernerfahrungen auch von Veränderungen in der jeweils individuellen Ansammlung von feldspezifischen Kapitalressourcen zusammen (vgl. Bourdieu 1983, 2001; Postill 2015: 54). Bourdieu schreibt zum Eintritt in ein Feld:

> „Das Recht auf Eintritt in ein Feld wird durch den Besitz einer besonderen Konfiguration von Eigenschaften legitimiert. Die Erforschung des Feldes hat unter anderem die Bestimmung dieser aktiven Eigenschaften zum Ziel, dieser wirksamen Merkmale, das heißt dieser Formen von *spezifischem Kapital*.“ (Bourdieu/Wacquant 1996: 139, Hervorhebung im Original)

Auch weitere Positionsveränderungen innerhalb eines Feldes hängen von den Möglichkeiten ab, die das jeweilige feldspezifische Kapitel eines Akteurs ihm oder ihr bietet. Wie bereits beschrieben, ist im politischen Feld insbesondere politisches Kapital einflussreich, das sich ausgehend von der Theorie (siehe Kapitel 2.5) und der Feldanalyse des hier untersuchten lokalen politischen Feldes (siehe Kapitel 4.1) aus verschiedenen anderen Kapitalformen zusammensetzen kann (soziales, kulturelles, ökonomisches, symbolisches, delegiertes oder persönliches politisches Kapital). Die Menge an politischem Kapital (das Kapitalvolumen), die einem Akteur zu Verfügung steht, wird im

Folgenden an der Vertikalen der Feldkonstruktion (der „Machtachse“) angezeigt.

Die folgenden Abbildungen illustrieren diese Positionierungen und Wanderungen der interviewten Akteure, die ich anhand ihrer Protestpraxis im Sinne von Feld-Dispositionen anschließend erläutere:

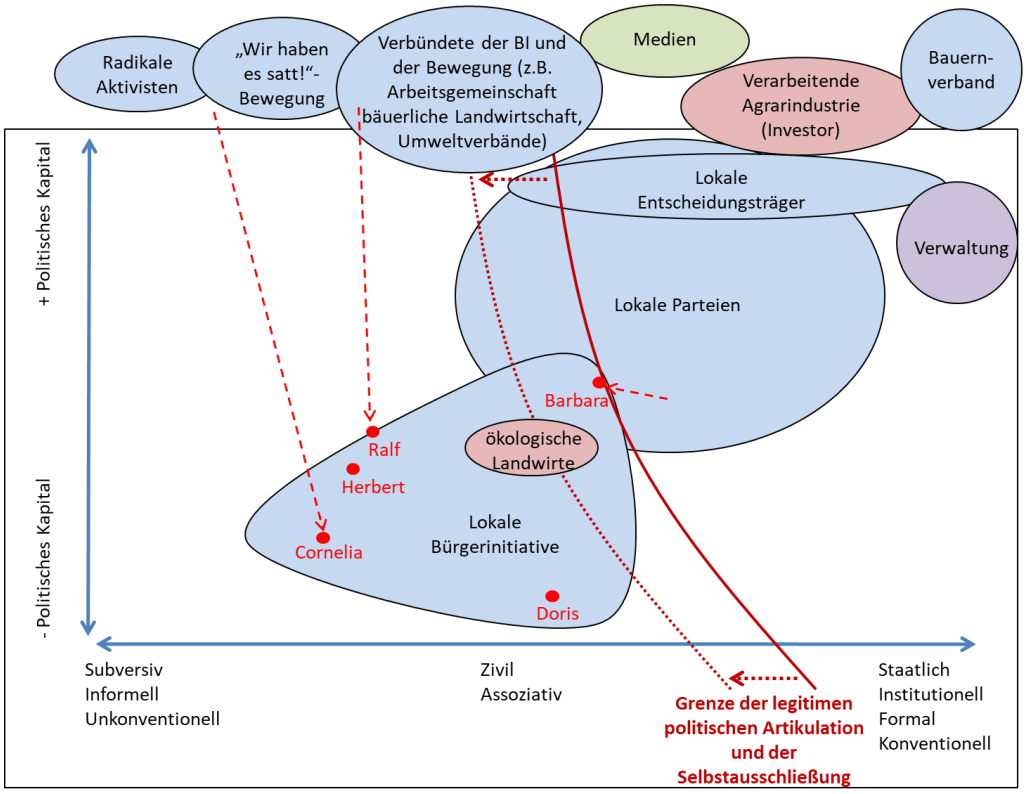


Abbildung 11: Das lokale politische Feld mit positionierten Einzelakteuren in der BI während des Protests gegen den Schlachthof. Die Positionierungen der Akteure sind mit roten Punkten gekennzeichnet. Die roten Pfeile kennzeichnen die Wanderungen einiger Akteure von ihren vorherigen Positionen in relevanten politischen Feldern hinein in die BI (eigene Darstellung).

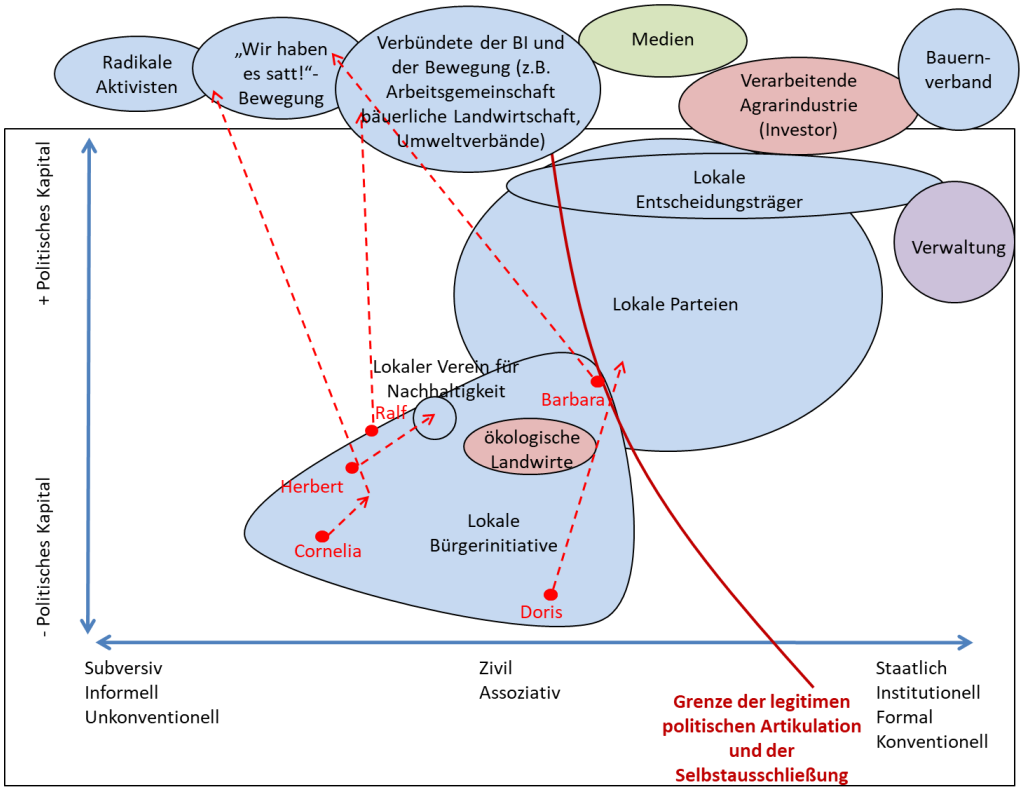


Abbildung 12: Die Positionierung der Einzelakteure nach dem Scheitern des lokalen Protests gegen den Schlachthof. Die Veränderungen in den jeweiligen Positionen der Akteure werden durch rote Pfeile dargestellt. Da die BI im Feld mit ihrem Protest gescheitert ist, konnte sie auch die Grenze der legitimen politischen Artikulation, die die Etablierten verteidigt haben, nicht zu ihren Gunsten verschieben, weshalb die ursprüngliche Grenze erhalten bleibt (eigene Darstellung).

Barbara:

Barbara vertraute zu Beginn des lokalen Protests gegen den Schlachthof zum einen ihrem sozialen Kapital in der SPD, das aus ihren persönlichen Beziehungen resultiert, und zum anderen ihrer institutionellen Zugehörigkeit zur SPD. Sie befand sich sehr nah an einigen Etablierten des politischen Feldes, da sie aufgrund ihrer starken Beziehung zur SPD, ihrer Arbeit für eine SPD-Gliederung und ihrer Gewerkschaftsarbeit zeitweise Teil dieser Akteursgruppen war. Dieses Kapital ist ihr während des Protests aber wie oben erläutert recht schnell ausgefallen, so dass sie sich neues soziales Kapital durch Beziehungen zu den verschiedenen Organisationen und Akteuren der Bewegung und zu den Grünen aufbaute. Allerdings besaß sie durch ihre früheren Partei- und Gewerkschaftsaktivitäten schon Wissen um politische Zusammenhänge und Strategien, so dass sie hierdurch schon vor Beginn ihres Engagements in der BI relativ viel kulturelles Kapital akkumuliert hatte, das sie

im politischen Feld anwenden kann. Zudem besaß sie durch ihre beiden Illusio der Partizipation und Mitbestimmung bzw. Ökologie und Wachstumskritik Zugang zu Auseinandersetzungen von Protesten und Bewegungen im politischen Feld. Daher war sie schon früher deutlich näher am zivilen Machtverständnis als am staatlichen.

Diese Position hat sie durch ihr Engagement in der BI in Richtung der BI und etwas weiter weg von den etablierten Akteuren des lokalen politischen Feldes verändert (siehe Abb. 11), da sie sich in der assoziativen Form der BI engagierte. Hierdurch gewann sie zudem an delegiertem politischem Kapital hinzu, da sie als strategisch handelnde Sprecherin ihre früher erworbenen politischen Fähigkeiten durch die Organisation BI legitimiert einsetzen konnte. Weiterhin konnte sie persönliches politisches Kapital durch Authentizität und symbolische Zugehörigkeit zur Bewegung akkumulieren. Da sie damit aber auch die durch den Großteil der Etablierten akzeptierten Formen politischer Praxis verlassen hatte, hatte sie auch die Grenze der legitimen politischen Artikulation überschritten. Sie ist zu einer Herausforderin im lokalen Feld geworden, die eine intermediäre Position im Feld einnahm, da sie, wie sie es selbst beschreibt, eine vermittelnde Rolle zwischen den Etablierten des Feldes und den weniger erfahrenen Akteuren der BI, ihrer Basis, ausfüllte (siehe Kapitel 4.3.1). Außerdem verfügte sie über ökonomisches Kapital durch Mitgliedsbeiträge und Spenden an die BI, über das sie als eine der zentralen Figuren unter den Sprecherinnen und Sprechern für die Organisation von Protestaktionen, Expertisen bzw. Gutachten, Öffentlichkeitsarbeit und weitere Ausgaben verfügen konnte.

Nach dem Scheitern war sie sehr aktiv im Rahmen der sozialen Bewegung gegen die Massentierhaltung außerhalb des lokalen politischen Feldes (siehe Abb. 12). Hier spielte ihre erweiterte Illusio des Netzwerkens und der Politisierung eine entscheidende Rolle. Dieser Wechsel in ein anderes Feld kann bei ihr als eine Art Politisierung bezeichnet werden, da sie das Netzwerken und die politische Zusammenarbeit mit der Bewegung intensiviert hatte. Damit geht einher, dass sie zusammen mit der Bewegung schon lokale Demonstrationen mitorganisiert hat und auf überregionalen Demonstrationen als Sprecherin auftrat.

Herbert:

Diese Strategie der Politisierung ist nach dem Geschmack einiger Akteure wie Herbert nicht ausgeglichen genug zwischen der lokalen und der überregionalen Ebene.[64] Herbert ist zwar nicht grundsätzlich gegen die Politisierung, denn er hat die weitreichenden Themen der Massentierhaltung im Blick und weiß durch seine politischen Erfahrungen in der Gewerkschaftsarbeit, dass solche Themen auch im überregionalen politischen Feld adressiert werden müssen. Dennoch hat er aufgrund seiner Illusio der politischen Desillusionierung und des pragmatischen Handelns vor Ort zu viel Enttäuschung und Misstrauen in sich, um auf einen positiven Effekt dieser Strategie für die lokale Ebene zu hoffen, für die er lieber pragmatische Lösungen entwickeln möchte. Herbert steht zwar allgemein politischen Auseinandersetzungen nicht fern, hatte aber bis zur konkreten Auseinandersetzung um den Schlachthof keine Position im lokalen politischen Feld inne, da er dort politisch nicht aktiv war. Er besaß zu Beginn seines Engagements in der BI kulturelles Kapital im Sinne von Wissen und Erfahrung um politische Auseinandersetzungen, das er aus seinen früheren Streikerfahrungen und anderen gewerkschaftlichen Konfrontationen gewonnen hat. Es ist aber im lokalen politischen Feld als etwas geringer als das von Barbara oder Ralf einzuschätzen, da er wenige Erfahrungen mit den etablierten Akteuren oder Institutionen des Feldes vor Ort besaß. Er nahm eine Position im Feld ein, die durch eine Nähe zu subversiven politischen Ansichten geprägt wurde (siehe Abb. 11). Diese Nähe ist ähnlich ausgestaltet wie die von Cornelia und Ralf.

Nach dem Scheitern suchte er sich eine neue Organisationsform für sein Engagement auf lokaler Ebene und gründete hierfür mit einigen anderen Akteuren der BI einen lokalen Nachhaltigkeitsverein. Hierdurch gewann er an persönlichem politischem Kapital, da er sein Wissen um ökologische Zusammenhänge in Authentizität umwandeln konnte, sowie an kulturellem Kapital, da er sich mit dem institutionellen Feld vor Ort auseinandersetzte und

[64] In diesem Zusammenhang ist in der sozialen Bewegungsforschung der Befund zu finden, dass Politisierungen lokaler Protestinitiativen durch die Ausrichtung auf höhere Ebenen oft von einigen lokalen Akteuren nicht willkommen geheißen werden (vgl. della Porta/Piazza 2008: 6).

so seine Erfahrungen mit dem lokalen politischen Feld ausbaute. Er nahm nun eine ähnliche vertikale Position ein wie Barbara und Ralf während des lokalen Protests. Da dieses neue Engagement zudem eine zivile Form politischer Praxis darstellt, bewegte er sich auf horizontaler Ebene in diese Richtung (siehe Abb. 12). Herbert möchte statt der mit der Politisierung verbundenen Ausrichtung auf höhere politische Ebenen lieber etwas für die Bevölkerung vor Ort erreichen und setzte im Sinne seiner Illusio daher auf diesen Nachhaltigkeitsverein, um Themen für einen alltäglichen nachhaltigen Lebensstil vor Ort zu verbreiten.

Cornelia:

Cornelia hat schon vor Eintritt in das lokale politische Feld durch ihr Engagements im Tierrechtsbereich eine sehr weit von der staatlichen politischen Praxis entfernt stehende Position eingenommen und bewegte sich im Grenzbereich zwischen subversiven und zivilen Formen. Sie hatte eine gewisse Nähe zu radikalen Aktivisten und der Bewegung gegen Massentierhaltung, zu deren aktiven Teilen sie durch ihre mangelnde politische Praxis zwar nicht gehörte, dort aber mit ihrer Illusio des extremen Tierrechts anknüpfen konnte. Durch ihre politische Passivität besaß sie dabei eine sehr geringe Menge an politischem Kapital, da sie kaum Erfahrungen mit politischer Praxis hatte. Dies markiert ihre niedrige Position zu Beginn ihres Engagements in der BI im Gegensatz zu Barbara, Ralf oder Herbert, als sie in das lokale politische Feld eingetreten war (siehe Abb. 11).

Durch ihr lokales Engagement hat sie an persönlichem politischem Kapital gewonnen, da sie es durch ihre Authentizität insbesondere in Tierschutz- und Tierrechtsbelangen und einer symbolischen Zugehörigkeit zur Bewegung akkumulieren konnte. Zusätzlich konnte sie begrenzt soziales Kapital akkumulieren, indem sie die Wählerinitiative bei der letzten Kommunalwahl unterstützte[65]. Sie hat sich hiermit etwas weiter den zivilen Formen politischer Praxis angenähert, bleibt aber im Feld auf einer tendenziell subversiven

[65] Dieses soziale Kapital ist allerdings nicht viel wert, da die Wählergemeinschaft deutlich unterlag und nach der Wahl keine Rolle mehr in der Kommunalpolitik spielte.

Position (siehe ihre erste Wanderung in Abb. 12). Dementsprechend hat sie auch innerhalb der BI eher subversive Ansichten vertreten, wie ich es anhand ihres Framings insbesondere in Tierrechtsbelangen und Fragen des Konsumstils und den daraus resultierenden Konflikten innerhalb der BI dargestellt habe.

Durch ihr ausgeprägtes Campaigning hat sich bei ihr eine veränderte Illusio entwickelt. Dies ermöglichte ihr eine neue, durch aktivere politische Praxis geprägte Position in der sozialen Bewegung gegen Massentierhaltung (siehe ihre zweite Wanderung in Abb. 12). Hierdurch konnte sie zusätzlich delegiertes politisches Kapital aus der Bewegung akkumulieren, indem sie eine Rolle des Campaignings übertragen bekam. Sie verblieb auf dieser Ebene weiterhin auf einer distanzierten Position gegenüber den etablierten Akteuren des politischen Feldes. So wählt sie bspw. nicht die Grünen, sondern die „Tierschutzpartei". In ihrem Antwortverhalten in der gesellschaftspolitischen Statement-Batterie wird ersichtlich, dass sie sich gegen die etablierten politischen Akteure deutlich abgrenzt und eine absolute Responsivität gegenüber der Meinung der Bürger einfordert. Zudem grenzt sie sich gegen politische Rationalität ab.[66] Schließlich verfügte sie als Sprecherin der BI ebenso wie Barbara über ökonomisches Kapital aus den Einnahmequellen der BI, das sie für ihr Campaigning einsetzen konnte, und war als Verantwortliche für die Mitgliederwerbung für die Akquise dieser Mittel direkt verantwortlich.

Ralf:

Ralf war vor dem Engagement in der BI im lokalen politischen Feld seiner Heimatstadt aktiv, da er sich für Attac oder Amnesty International nicht nur bei überregionalen Themen, sondern auch lokal engagierte. Hierdurch besaß er sowohl soziales Kapital aus den Beziehungsnetzwerken zu diesen NGOs und Initiativen, das er auch für Bündnisse mit und für eine Unterstützung der BI einsetzte (im Falle von Attac), als auch kulturelles Kapital durch Wissen um

[66] Die Aussage „Ich meine, Politik sollte von Profis gemacht werden" lehnt sie vollkommen ab, der Aussage „Politische Parteien sollten sich als Dienstleister für den Bürger verstehen" stimmt

solche Engagementformen. Er nahm im lokalen politischen Feld durch seine Nähe zu Bewegungen im Allgemeinen eine Herausforderer-Position ein. Durch sein Engagement in diesen und anderen NGOs und Initiativen und durch seine frühere Erfahrung als politischer und kritischer Pfarrer in der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung tendierte er grundsätzlich stärker in Richtung des subversiven Pols, als dies für große Teile der BI zutrifft. So ist er wesentlich aufgeschlossener für radikale Aktivisten als Barbara und Doris.

Für sein Engagement in der BI hat er sich in das lokale politische Feld des Dorfes hineinbewegt. Seine Illusio veränderte sich im Verlauf der Protestpraxis nicht, da sie vollkommen kompatibel mit lokalen Auseinandersetzungen ist. Im lokalen Feld nahm er aufgrund der Menge an politischem Kapital eine Position zwischen Barbara und Herbert ein (siehe Abb. 11). Er besaß nicht ganz so viel politisches Kapital wie Barbara, da ihm die Nähe zu den Etablierten fehlte, aber mehr als Herbert, da er neben persönlichem politischem Kapital in Form von Authentizität und einer symbolischen Zugehörigkeit zur Bewegung mehr praktische Engagementerfahrung in politischen Feldern hatte. Da er ähnlich wie Herbert und Cornelia zu subversiven Formen der politischen Praxis tendierte, war er in der Horizontalen in der Nähe zu diesen beiden Akteuren positioniert.

Nach dem Scheitern hatte er sich wieder aus dem lokalen Feld des Dorfes zurückgezogen und war wieder verstärkt in seiner Stadt und auf überregionaler Ebene aktiv (siehe Abb. 12). Wie dargestellt betrieb er von dort aus die Vernetzung der Interessen der BI und der Bewegung gegen die Massentierhaltung mit den NGOs und Initiativen, denen er angehört.

Doris:

Doris hatte vor ihrem Engagement in der BI keine Position im politischen Feld inne. Sie stand wie dargestellt jeglicher politischen Praxis fern, da ihre mitgebrachte Erwartung eine politische Arbeitsteilung und Delegation

sie vollkommen zu. Die Aussage „Politische Probleme sind durch kühlen Sachverstand zu lösen“ trifft für sie eher nicht zu.

vorsieht.[67] Erst durch den Protest gegen den Schlachthof ist sie wieder in Kontakt mit Politik gekommen, so dass eine veränderte Illusio entstehen konnte, die eine politische Emanzipation begünstigte.

Nach Eintritt in das lokale politische Feld besaß sie zunächst sehr wenig politisches Kapital, allerdings deutlich mehr Nähe zu den zivilen Formen der politischen Praxis als Cornelia, die beinahe ähnlich wenig Kapital besaß (siehe Abb. 11). Sie ist nun aber der Akteur mit der am stärksten institutionalisierten Entwicklung und Annäherung an die staatliche politische Praxis während ihres Engagements in der BI. Deshalb kann bei ihr eine andere Art Politisierung als bei Barbara festgestellt werden.

Insbesondere nach dem Scheitern hat sie eine Wanderung in Richtung der etablierten politischen Parteien, in ihrem Fall zu den Grünen, vollzogen und somit die Grenze der legitimen politischen Artikulation überschritten (siehe Abb. 12). Sie war nun in der institutionalisierten Kommunalpolitik engagiert und griff dort Themen auf, die der lokalen politischen Mehrheit entgegenstehen. Daher nimmt sie eine Position an der Grenze zu den Etablierten ein, da die Grünen nicht vollständig im lokalen politischen Feld akzeptiert sind, sondern intermediäre Herausforderer sind. Für Doris ist diese Entwicklung eine persönliche Emanzipation und sie gewann soziales Kapital durch ihre Zugehörigkeit zu den Grünen, wodurch sie sich auf ein ähnliches Niveau wie Barbara oder Ralf während deren lokalen Protests bewegte, allerdings mit einem stärker institutionalisierten Politikverständnis. Dennoch war ihre Rolle als Mitglied eines Ortsrats im lokalen politischen Feld relativ schwach im Vergleich zu den lange etablierten politischen Akteuren dort, auch da ihr Erfahrung und langjähriges soziales Kapital fehlten. Allerdings konnte sie persönliches politisches Kapital sowohl durch Authentizität und symbolische Zugehörigkeit zur Bewegung als auch durch institutionelle Zugehörigkeit zu den Grünen akkumulieren. Sie gewann zudem an kulturellem Kapital in Form von Wissen und Erfahrung durch ihr Mandat.

[67] Sie hatte zwar durch ihren schon zuvor vorhandenen ökologischen Konservativismus grundsätzlich einen inhaltlichen Zugang zu Themen des Feldes, aber beteiligte sich aufgrund ihrer Illusio der politischen Arbeitsteilung und Delegation nicht an politischen Auseinandersetzungen.

Sie wollte politisch engagiert sein, brauchte hierfür aber einen deutlich strukturierteren Zugang, um das politische Feld mit seinen Regeln und Auseinandersetzungen zu verstehen. Sie zeigte hierbei aber eine Ambivalenz, da grundsätzlich ihre Illusio der politischen Arbeitsteilung und Delegation fortbestand. Ihr Bezug auf vermeintlich besser geeignete Autoritäten im politischen Feld, bspw. auf den Grünen-Fraktionsvorsitzenden, den sie als eine Art Mentor und Türöffner beschreibt, verdeutlicht ihr mangelndes politisches Selbstvertrauen und einen nach wie vor vorhandenen Wunsch der eigenen Zurückhaltung. Aus dem Delegationswunsch erwuchsen die stärkste Verbindung zu einer institutionalisierten Partei aller interviewten Akteure und das geringste Misstrauen ihr gegenüber. Dagegen hatte Barbara wie dargestellt ebenfalls eine starke Verbindung zur SPD, aber war über sie deutlich enttäuscht und bestand explizit auf ihrer eigenen politischen Meinung und Praxis.

4.7 Fazit – Protest mit vielschichtigen individuellen Hintergründen, Erwartungen und Konsequenzen

Die aus der Vorstudie abgeleitete Hypothese war, dass die Haltung der Entscheidungsträger im hier untersuchten Fall dazu geführt hat, dass sich das Beteiligungsdefizit noch verschärft hat, da neben das formale noch ein symbolisches Beteiligungsdefizit getreten ist. Diese Hypothese findet durch die Feldanalyse Bestätigung, da wie dort erläutert die etablierten Akteure des lokalen politischen Feldes ihre symbolische Dominanz aufrecht erhalten konnten und nutzten, um die ‚Angriffe' der BI im Feld zu delegitimieren und letztlich zugunsten des Schlachthofs abzuwehren. Des Weiteren wurde hypothetisch angenommen, dass es hilfreich wäre, statt individuelle bzw. gruppenspezifische Belange der Bevölkerung in entsprechenden Verfahren auf solch eine Weise nicht nur formal, sondern auch symbolisch auszuklammern, mehr Wissen über diese Belange und ihre Unterschiede und sozialen Voraussetzungen im Einzelnen in Erfahrung zu bringen. Auf dieser Grundlage könnten Empfehlungen ausgesprochen werden, wie mit ihnen adäquat umzugehen ist. Daraufhin wurde die Fragestellung bearbeitet, ob gruppenspezifische Belange die Protestpraxis der BI dominieren oder ob individuelle Dispositionen und Belange überwiegen und welche sozialen Voraussetzungen diese bedingen.

Hierfür wurde zunächst dargestellt und analysiert, wie die protestierenden Akteure kollektiv als BI auf die Konfrontation mit der lokalen Politik reagierten. Es zeigte sich, dass sich die Protestpraxis der BI nur sehr eingeschränkt als kollektive Identität beschreiben lässt. Als die Akteure mit Gründung der BI begannen, sich dort zu engagieren, näherten sie sich einander im Feld an. Sie verständigten sich über Protestformen sowie Ziele und begannen, gemeinsame Protestaktivitäten zu entfalten. Aus dieser Annäherung der Akteure zueinander in geteilter Praxis entstand das kollektive Handeln der BI. Zu Beginn manifestierte sich das kollektive Handeln in der gemeinsamen Abgrenzung der meisten interviewten Akteure gegen radikale Aktivisten (siehe Kapitel 4.4). Diese Abgrenzung fand bereits während der Gründungsphase der BI statt. Hierauf wurden die gemeinsame Protestpraxis, also die Art des

Protests gegen den Schlachthof, und die angewandten Formen wie Demonstrationen, Infostände, Mahnwachen etc. aufgebaut.

Es sind aber viele Spaltungslinien und individuelle Positionierungen im kollektiven Handeln der BI erkennbar, so dass es die individuellen Dispositionen sind, die überwiegen. Dies kann als Beleg dafür gelten, dass das kollektive Handeln der BI ganz entscheidend durch die individuellen Dispositionen der Einzelakteure beeinflusst und geprägt wurde.

An dieser Stelle wurden die weiteren Fragestellungen bearbeitet, welche Erwartungen der Einzelakteure an das politische Feld im Hintergrund ihrer Protestpraxis liegen und wie sie sich in den Machtverhältnissen des lokalen politischen Feldes verorten lassen. Die Einzelakteure hatten schon zu Beginn des Protests und ihres Engagements sehr unterschiedliche Erwartungen an das politische Feld, die sich im Verlauf des Engagements und des Protests als diverse Illusio gezeigt haben. Die Illusio zeigen die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede auf, wobei Letztere letztendlich zu Spaltungslinien und einer Ausdifferenzierung bei der Bewältigung des lokalen Scheiterns führten. Durch die Auseinandersetzung im lokalen politischen Feld haben sich Lernerfahrungen, Bewältigungsstrategien und Remobilisierungen ergeben, die sehr divers und heterogen ausfallen und die Einzelakteure ganz unterschiedlich handeln ließen. Einige Illusio der interviewten Akteure haben eine Bestätigung erfahren, während andere um veränderte Illusio ergänzt wurden und die weitere Praxis der Akteure beeinflussen.

Zunächst waren für alle Einzelakteure Bewältigungsstrategien gegen das Scheitern wichtig, um die Entwicklung einer zukünftigen Praxis zu ermöglichen. Die Analyse der Narrative des Scheiterns (siehe Kapitel 4.5.2) zeigt, dass es multiple Bewältigungsstrategien und Reflexionen über das Handeln und die Ereignisse unter den Akteuren der BI gibt. Die Narrative wurden teilweise für die eigene Verstetigung des Engagements geteilt, indem der Glauben an eine Wirksamkeit der eigenen Protestpraxis mit solchen Narrativen unterstützt wurde. Auch Erklärungen für das Scheitern und Feindbilder wurden hierüber geteilt. Diese Erklärungen führten bei den Akteuren zudem zu unterschiedlichem Umgang mit ihrem zukünftigen

Handeln. Bei einigen Akteuren kam es nach einer Interpretation neuer politischer Gelegenheitsräume zu einer Remobilisierung in der Bewegung. Hierzu trugen auch Narrative bei, die einer Selbstvergewisserung dienten, die Erfolge des eigenen Handelns herausstellten und Möglichkeiten aufzeigten, wie auf anderen Ebenen weiter agiert werden konnte. Bei anderen Akteuren führten Selbstvergewisserungen und Lernerfahrungen dazu, auf lokaler Ebene mit anderen Mitteln als die der BI weiterzuarbeiten.

Die weiteren Entwicklungen der Akteure zeigen eine Ausdifferenzierung und Heterogenisierung hinsichtlich ihrer Protestpraxis, die durch die mitgebrachten Erwartungen der Akteure an das politische Feld im Grunde von vornherein angelegt waren. Die Illusio wurden durch das Scheitern nicht infrage gestellt, sondern eher verstärkt und teilweise noch um veränderte Illusio ergänzt (siehe Kapitel 4.5.3). Hierdurch wurden die von vornherein angelegten Differenzierungen für die jeweilige individuelle Protestpraxis immer wirksamer. Durch den Verlust des spezifischen Ziels der Verhinderung des Schlachthofs und die Neuausrichtung auf ein allgemeineres Ziel wie der Zurückdrängung von Massentierhaltung in der Region und darüber hinaus konnte jeder Akteur mit dem allgemeineren Ziel eine andere Illusio oder persönliche Lernerfahrung verbinden und eine andere zukünftige Praxis entwickeln.

An ihren jeweiligen Feldpositionen und heterogenen Illusio wird sichtbar, dass die Einzelakteure nicht als austauschbare Akteure einer BI gelten können, die durch eine gezielte politische Adressierung der BI als eine deckungsgleiche protestierende Minderheit ansprechbar sind. Insbesondere das symbolische Beteiligungsdefizit lässt die individuellen Belange und deren soziale Voraussetzungen nicht sichtbar werden, so dass die ganze soziale Tiefenebene des Handelns der BI insbesondere für die kommunalen Entscheidungsträger nebulös verbleiben muss. Hier liegen aber Konfliktlösungspotentiale und sogar kreative Ressourcen verborgen, um weitgreifende Fragestellungen der Massentierhaltung und der Raumentwicklung diskutieren zu können, die insbesondere mit informellen Beteiligungsformen angesprochen werden könnten.

Es stellt sich nun die abschließende Frage, welche Aussagen dies für lokale Bürgerbeteiligung und Demokratie zulässt.

5. Diskussion der Ergebnisse: Möglichkeiten einer Konfliktbearbeitung bei lokalen Beteiligungsdefiziten in der repräsentativen Demokratie

Die erarbeiteten Ergebnisse sollen nun im Sinne meines zu Beginn der Arbeit formulierten *Erkenntnisinteresses* diskutiert werden. Es richtet sich mit Blick auf die untersuchte Bürgerinitiative, die ein Produkt des beschriebenen Beteiligungsdefizits ist, auf die Frage, welche Möglichkeiten einer lokalen Konfliktbearbeitung in der repräsentativen Demokratie unter solchen Voraussetzungen bestehen. Welche Beteiligungswege (repräsentativ, informell, direkt) sind möglich, um mit den individuellen bzw. gruppenspezifischen Belangen sowie den aus alltäglichen Milieuzusammenhängen entstehenden Erwartungen an das politische Feld angemessen umzugehen? Wie könnten solche Beteiligungsdefizite mit Belangen von Minderheiten in Formen lokaler Demokratie eingebettet werden?

Als zentrales Ergebnis der tiefgreifenden Analyse der sozialen Praxis der BI und ihrer Einzelakteure kann der Umstand herausgegriffen werden, dass die argumentativen Frames und die dahinterliegenden Illusio zusammen mit den Erwartungen an das politische Feld unter den Einzelakteuren sehr vielfältig sind. Zudem ist bei der Analyse der Habitus-Dispositionen und der Milieuherkunft der interviewten Akteure deutlich geworden, dass die Akteure teilweise ein ausgeprägtes politisches Anerkennungsstreben aufweisen. Das Beteiligungsdefizit ist daher nicht nur ein formales, das aus einer Nicht-Passung von inhaltlicher Ebene und Verfahrensebene resultiert (Problem of scale, siehe Kapitel 2 und zu Möglichkeiten seiner instrumentellen Bearbeitung Kapitel 5.3), sondern auch ein symbolisches, da die vielfältigen Frames und Illusio sowie das Anerkennungsstreben nicht auf ein Entgegenkommen seitens der Entscheidungsträger treffen, sondern auf eine Abwehrreaktion.

Dieses aus der Vorstudie in Kapitel 3.3 hypothetisch abgeleitete symbolische Beteiligungsdefizit wurde durch die Feldanalyse (siehe Kapitel 4.1) untermauert. Die Abwehrreaktion kann am besten gedeutet werden, wenn man von der auf die etablierten politischen Verfahren und Begriffe trainierten Perspektive im Sinne der vorgenommenen Feldanalyse abstrahiert. Es handelt

sich demnach nicht nur um eine mangelhafte formale Passung des Plan- und Genehmigungsverfahrens im Verhältnis zu den Themen und der von ihnen adressierten Ebene, die die Akteure der BI im wahrsten Sinne des Wortes ins (politische) Feld führen. Es wird durch die Feldanalyse auf einer sozio-politischen Ebene zusätzlich erkennbar, dass im hier untersuchten lokalen Feld zwei relativ ressourcenstarke Akteursgruppen[68] in den Rollen von Etablierten und Herausforderern um die symbolische Deutungshoheit im politischen Feld gerungen haben, wobei sich die Etablierten letztendlich zumindest auf lokaler Ebene durchgesetzt haben, da der Status quo und die beschriebene Doxa des lokalen politischen Feldes, ihre politische Praxis als alternativlos und selbstverständlich darzustellen (siehe Kapitel 4.1), von ihnen erfolgreich verteidigt werden konnten. Dies gelang ihnen, indem sie die politische Praxis der BI auf die in der Feldanalyse geschilderte Art und Weise entwerteten und somit auch deren heterogene Belange und das Anerkennungsstreben abwehrten. In der Konsequenz führt dies dazu, dass die Belange einer Minderheit durch diesen symbolischen Machtkonflikt unterrepräsentiert bleiben.

Es bräuchte daher insbesondere auf lokaler Ebene Beteiligungswege, die eine generelle Offenheit gegenüber sehr heterogenen Belangen und ihren sozialen Voraussetzungen besitzen sowie einem wachsenden Bedürfnis nach politischer Anerkennung gerechter werden können. Entweder müsste

1. die Angebotsseite der Repräsentation entsprechend heterogener werden, um heterogenen Belangen direkte Repräsentation zu ermöglichen. Denn ein Knackpunkt der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie in ihrer Ausprägung in Form der Parteiendemokratie ist, dass der Wähler immer ein inhaltlich-programmatisches Gesamtpaket wählt und während der laufenden Legislaturperiode keine Möglichkeiten hat, an der gewählten Konfiguration direkt etwas zu ändern. Einzelfälle,

[68] Bei der Analyse der Habitus-Dispositionen und der Milieuherkunft ist deutlich geworden, dass es sich bei den interviewten Engagierten der BI um relativ ressourcenstarke Akteure handelt, die daher ohne große objektive Beteiligungshürde – eine solche wäre insbesondere ein Mangel an kulturellem Kapital – in einen Beteiligungsprozess eingebunden werden könnten. Die Akteursgruppen stehen sich daher in punkto ihrer allgemeinen Ressourcenausstattung nicht sonderlich fern, wohl aber im Sinne ihrer auf das politische Feld angewendeten Logik.

spezielle Themen und Minderheitsmeinungen finden hierbei nur schwer eine Repräsentation.

2. Oder die Repräsentanten müssten über informelle Beteiligung mit einer solchen Vielfalt an Belangen in einen offenen Dialog treten und die jeweiligen sozialen Voraussetzungen reflektieren, unter denen die Belange formuliert werden – dies meint insbesondere anzuerkennen, dass viele Belange einer anderen, nämlich alltagspraktischen Logik folgen und nicht immer mit ihrer professionellen Perspektive auf Politik eins zu eins kompatibel sind, sondern entsprechend interpretiert werden müssen –, um ihre jeweils eigenen Positionen an den Belangen zu messen.

Im folgenden Kapitel 5.1 werden zwei Konzepte vorgestellt, die diese beiden Ideen ausbuchstabieren und Potentiale für eine Konfliktbearbeitung in der lokalen repräsentativen Demokratie bieten, die den geschilderten Umständen von Beteiligungsdefiziten gerecht werden. Zum einen ist dies die Perspektive der *Rekonfliktivierung*, die die Angebotsseite der Repräsentation vergrößern möchte und somit klare Verantwortlichkeit für spezifische Themen erzeugen will durch transparente politische Konflikte zwischen widerstreitenden politischen Lagern. Zum anderen das Konzept einer *lokalen Bürgerdemokratie*, die insbesondere auf eine verstärkte Anwendung informeller Verfahren zur partizipativen Anreicherung der repräsentativen Demokratie setzt, um dem politischen Anerkennungsstreben entgegen zu kommen und demokratische Potentiale in institutionelle Verfahren einzubinden. Sie soll eine „gelebte und erlebte politische Alltagspraxis“ sein und sich von der realen Dichotomie zwischen hehrem demokratischen Ideal und der „profanen Werktagspolitik“ abheben (vgl. Roth 2011a: 263).

Diese beiden Konzepte werden anschließend an ihre Ausformulierung hinsichtlich ihrer Vor- und Nachteile diskutiert (Kapitel 5.2). Abschließend werden zudem noch Möglichkeiten einer instrumentellen Umsetzung sowohl hinsichtlich der symbolischen als auch der formalen Ebene (Problem of scale) des Beteiligungsdefizits vorgestellt und diskutiert (Kapitel 5.3).

5.1 Zwei Konzepte: Repräsentative Rekonfliktivierung und lokale Bürgerdemokratie

Repräsentative Rekonfliktivierung:

Nach Bourdieus umfassender Analyse des politischen Feldes gibt es in der repräsentativen Demokratie für die Repräsentierten grundsätzlich die Wahl zwischen zwei verschiedenen Angeboten auf Seiten der Repräsentanten, nämlich zwischen den Puristen und den Pragmatikern. Der Wähler kann wählen zwischen einem puristischen Angebot, das explizit auf bestimmte Einzelinteressen abgestimmt ist und individuelle bzw. gruppenspezifische Belange adäquat zu repräsentieren verspricht, aber damit oft nicht mehrheitsfähig werden kann, und einem pragmatischen Angebot, das Einzelinteressen stärker in Konsensorientierungen auflöst und individuelle bzw. gruppenspezifische Belange damit nur partiell aufgreift oder gar im Zweifel ganz vernachlässigt, aber damit mehrheitsfähig und breit mobilisierend wird (vgl. Bourdieu 2001: 95; Janning 2009: 346).

Im untersuchten Fallbeispiel herrschen auf der Angebotsseite die Pragmatiker unter den Entscheidungsträgern eindeutig vor. CDU und SPD, die hier als Konsensparteien auftreten, dominieren den Rat, während andere Parteien nur sehr wenige Mandate und somit für eine effektive Repräsentation von individuellen bzw. gruppenspezifischen Belangen eine relativ schwache Position besitzen. Dass ein puristisches Angebot aber insbesondere für die individuellen Belange der Einzelakteure der BI von Bedeutung ist, zeigen deren abgefragte Partei-Präferenzen. Cornelia wählt die „Tierschutzpartei“[69], Barbara, Ralf und Doris die Grünen[70] und Herbert ist Nichtwähler, was in letzter Konsequenz ebenfalls eine puristische Wahl ist, da er keine Möglichkeit

[69] Die „Tierschutzpartei“, die vollständig „Partei Mensch Umwelt Tierschutz“ heißt, tritt „Konsequent für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, Tierrechte und Tierschutz sowie Umweltschutz“ ohne Kompromisse wie die etablierten Parteien ein (vgl. https://www.tierschutzpartei.de/partei/die-partei-stellt-sich-vor, zuletzt abgerufen am 17.08.2016). Damit stellt sie sich als puristisches Angebot im Parteienspektrum dar.

[70] Für die Grünen gilt das Puristische allerding im untersuchten Fallbeispiel nur auf lokaler Ebene, da die Grünen auf Landes- und Bundesebene mittlerweile häufiger dazu tendieren, Kompromisse mit den Pragmatikern des Feldes einzugehen und somit partiell selbst zu Pragmatikern geworden sind – siehe insbesondere die Entwicklung der Grünen in Baden-Württemberg unter Winfried Kretschmann seit 2011 und die Annäherungen an die SPD während der rot-grünen Regierungsjahre im Bund von 1998 bis 2005 sowie weitere aktuelle Annäherungen an die Union durch die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen seit 2014 und die grün-schwarze in Baden-Württemberg seit 2016.

sieht, seine individuellen Belange vom repräsentativen Parteiensystem repräsentieren zu lassen.

Ziel einer Rekonfliktivierung wäre es nun, mehr Alternativen über die Organisation der Gesellschaft – für die lokale Ebene bspw. über die allgemeine Entwicklung der Gemeinde – auf der Angebotsseite der politischen Repräsentation entstehen zu lassen. Der Wettbewerb zwischen verschiedenen Positionen zu spezifischen Themen soll dadurch erhöht werden, indem bspw. eine Dominanz eines pragmatischen Konsenses aufgebrochen wird. Dies könnte neue Repräsentationsbeziehungen ermöglichen und zu einer Neubildung politischer Lager beitragen:

> „Als Folge des internen politischen Wettbewerbs können sich neue Repräsentationsbeziehungen einstellen, die den bisher unterrepräsentierten Interessen gewisse Einflussmöglichkeiten bieten. […] Dazu können diejenigen, die von den eingefahrenen Wegen der Interessenberücksichtigung (durch Parteien und Verbände) ausgeschlossen oder enttäuscht sind, ein Interesse daran entwickeln, neue Repräsentationsformen auszuprobieren.“ (Janning 2009: 348)

Dies entspricht Bourdieus Verständnis von Repräsentation und seiner Konzeption des politischen Feldes (siehe Kapitel 2.5). Denn für ihn ist Repräsentation nicht Ausfluss einer sich vorab artikulierenden Zivilgesellschaft, sondern sie schafft erst die sozialen Tatbestände und Teilungsprinzipien (vgl. Bourdieu 2001: 82; Janning 2009: 347 f.). Das heißt, die Qualität der Repräsentationsbeziehungen hängt von der Vielfalt des Angebots ab. Das politische Feld soll als Repräsentationsraum konfligierender Interessen dienen, um die Homologie zwischen sozialen und politischen Konfliktkonstellationen im Sinne eines politischen Wettbewerbs abzubilden (vgl. Janning 2009: 348). Neue Repräsentationsbeziehungen bilden sich bspw. dann aus, wenn sich das Handeln von einzelnen Bürgern mit Interessen von

Repräsentanten verbindet und diffuse Wünsche und Belange in politisch wirksame und legitime Interessen umgewandelt werden (vgl. ebd.: 344).[71]

Fördert man die Vielfalt des Meinungsangebots durch eine Belebung des Wettbewerbs, so könnte der Privatisierung und Entfremdung zwischen Bürgern und Staat bzw. Repräsentanten, die auch Bourdieu bemängelt (siehe Kapitel 2.5 zum politischen Feld), entgegengewirkt werden. Linden und Thaa, von denen das Konzept der Rekonfliktivierung hier hergeleitet wird, machen sich in diesem Zusammenhang ebenso für ein solches Repräsentationsverständnis stark (vgl. Linden/Thaa 2011a: 37 f.; Linden/Thaa 2011b: 306 f.; Thaa 2011: 142 ff.). Statt aus der Repräsentation für die Mandatsträger durch mehr Responsivität eine innere Gewissensangelegenheit durch die geforderte Vergegenwärtigung der Interessen der jeweils von ihnen Repräsentierten zu machen, setzen die beiden Autoren auf das Konzept der Differenzrepräsentation. Dies meint, dass die Differenzen zwischen Repräsentanten und Repräsentierten ebenso wie zwischen den Bürgern, also die sozialen Tatbestände und Teilungsprinzipien, in einem noch stärker offen konflikthaft strukturierten politischen Feld repräsentiert werden sollten. Die Homologie zwischen sozialen und politischen Konfliktkonstellationen soll dadurch transparenter gemacht werden.

Damit wäre eine Rekonfliktivierung des politischen Prozesses verbunden, die von den politischen Parteien in Form einer komplexen Struktur verschiedener, längerfristig wirksamer Überzeugungen und Meinungen zu leisten wäre. Nur so könne laut den Autoren eine Verflachung des politischen Konfliktes auf konkurrierende Images und allgemeine Kompetenzzuschreibungen verhindert werden zugunsten von tatsächlichen politischen Alternativen. Diese Alternativen sollten möglichst transparent formuliert werden und um sie sollte es transparente Auseinandersetzungen geben. Diese Überlegungen knüpfen an radikaldemokratische Ideen von Mouffe an. Sie spricht sich ebenfalls für eine Demokratie aus, die von Konflikten um wirkliche politische Alternativen lebt und somit einer zentristischen Konsenspolitik entgegenwirke, die sich im

[71] Hierdurch wird verständlich, wie es zu Fluktuationen von politischen Meinungen kommt. Die politischen Akteure produzieren aufgrund ihrer Interpretation sozialer Konflikte und der feldinternen Konkurrenzlogik ein differenziertes Meinungsangebot. Die Reaktionen aus der

politischen Feld verschließt und so im Zweifel nur noch populistischen Angreifern Tür und Tor öffne (vgl. Mouffe 2008: 114, 122 f.).

Lokale Bürgerdemokratie:

Das zweite Konzept einer lokalen Bürgerdemokratie setzt dagegen insbesondere an den informellen Verfahren an, um dem politischen Anerkennungsstreben der Bevölkerung und der „Bewegungsgesellschaft" entgegen zu kommen, die auf informelle Beteiligungsformen angewiesen ist (siehe Kapitel 2.4.1). Insbesondere Roths Konzept setzt auf lokale Möglichkeiten, die emanzipatorischen Potentiale der Zivil- und Bewegungsgesellschaft auch institutionell wirkmächtig zu verankern (vgl. Roth 2011a: 267). Diese Potentiale, die für ihn zentrale Ressourcen sind und nicht verschenkt werden dürften, hängen mit folgenden Faktoren zusammen: bessere Bildungsressourcen, mehr freie Zeit, materielle Sicherheit, Zunahme postmaterialistischer, auf Partizipation und Selbstverwirklichung gestimmter Werthaltungen, Abschied von der patriarchalen Familie hin zur demokratische Orientierungen stärkenden „Verhandlungsfamilie", sinkende Gewaltneigung und Zivilisierung des öffentlichen Lebens sowie eine an Assoziationen, Vereinen und Initiativen reiche Zivilgesellschaft (vgl. ebd.). Er schreibt hierzu weiter:

> „Diese demokratischen Potentiale haben jedoch nur eine Chance, politisch wirksam zu werden, wenn es gelingt, neue Formen der Beteiligung gegen das Übergewicht der »alten« Institutionen durchzusetzen. […] Bürgerdemokratie bedeutet in dieser Perspektive, diese neuen Motive [der Bewegungen, S.K.] (ökologische Themen, globale Gerechtigkeit oder Gender) und praktischen Anstöße (projektorientierte Beteiligung mit starken Selbstgestaltungsansprüchen oder Politik jenseits der traditionellen politischen Lagergrenzen) in den zentralen politischen Institutionen zur Geltung zu bringen und sie entsprechend zu renovieren." (ebd.)

Bevölkerung richten sich zu einem Großteil nach diesem Meinungsangebot (vgl. Bourdieu

Es geht ihm um eine weitere Öffnung und Demokratisierung der politischen Institutionen, insbesondere auf lokaler Ebene. Dies gründet er auf bestimmten Prämissen, die von Bürgerinnen und Bürgern in mehreren internationalen bottom-up-Bewertung ihrer Demokratie durch das „International Institute for Democracy and Electoral Assistance (International IDEA)“ erarbeitet wurden. Dort wird konstatiert, dass Demokratie keine Alles-oder-nichts-Angelegenheit sei, sondern ein offener Prozess, eine Suchbewegung. Eine gute und gefestigte Demokratie zeichne sich durch eine Vielfalt an demokratisch geprägten und demokratieförderlichen Institutionen aus. Ziel sei eine möglichst intensive Beteiligung aller Bürger an allen öffentlichen Angelegenheiten. Es brauche hierfür eine vielfältige Kombination demokratischer Verfahren.[72] „Gefordert ist ein fehlerfreundliches experimentelles Design, das Beteiligungserfahrungen und -bewertungen der Bürgerinnen und Bürger immer wieder als Anstoß für Veränderungen einbezieht.“ Dieses Design sollte zudem möglichst vielfältige partizipative Rückmeldungen und Evaluationen erlauben (vgl. ebd.: 230, 263 ff.).

1982: 623 ff.).

[72] Auf einige Beteiligungsverfahren und deren Kombination wird in Kapitel 5.3 näher eingegangen, wenn es um eine instrumentelle Umsetzung geht.

5.2 Vor- und Nachteile der beiden Konzepte und die Möglichkeit der direkten Demokratie

Beide Konzepte, die der repräsentativen Rekonfliktivierung wie die der lokalen Bürgerdemokratie durch institutionelle Demokratieerweiterung, haben angesichts der hier für einen lokalen politischen Konflikt herausgearbeiteten Erkenntnisse ihren Reiz und sind anschlussfähig. Das politische Feld ist generell durch die feldinterne Konkurrenzlogik stark konfliktorientiert und Dynamiken wie Öffnungen entstehen insbesondere durch Kämpfe um Machtpositionen im Feld und dessen Begrenzungen (vgl. Bourdieu/Wacquant 1996: 129 f., 135; siehe auch Kapitel 4.1).[73] Daher wäre die offenere Austragung dieser Kämpfe im Sinne einer Differenzrepräsentation ein Gebot im Sinne der Transparenz und der politischen Gleichheit, zumal hierdurch das Angebot an politischen Alternativen verbessert werden soll, deren Mangel bei dem untersuchten Konflikt virulent ist.

Es ist aber nicht klar, ob durch eine solche Rekonfliktivierung eine Einbindung und Förderung schon vorhandener emanzipatorischer Potentiale wie der von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen möglich ist, zumal Linden und Thaa die Parteien als entscheidende Akteure benennen. Eine solche Einbindung des Invented Space der Beteiligung (siehe Kapitel 2.4.1) durch eine entsprechende Öffnung und Anerkennung wäre aber wohl notwendig, um Beteiligungsdefizite und symbolische Machtkonflikte ihnen angemessen zu bearbeiten. Denn in Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen, die in solche Konflikte involviert sind, werden Potentiale frei, die selbst zur Entwicklung politischer Angebote führen (können). Findet eine solche Einbindung dieser Potentiale nicht statt, wird nur das Repräsentationsprinzip, das auf politischer Arbeitsteilung und Delegation basiert (siehe Kapitel 2.5) und dazu führt, politische Angebote „von oben“ zu entwickeln, weiter verstärkt. Zudem könnte es problematisch sein, für die zuweilen breiten und vielfältigen Themenpaletten sozialer Bewegungen ausreichend viele politische Angebote „von oben“ zu entwickeln und diese hierdurch nicht zu bevormunden.

[73] Roth benennt einen solchen Kampf um Positionen, der über Deutungsmuster und deren Durchsetzung ausgetragen wird, wenn er beschreibt, dass sich das zivile und das staatliche Machtverständnis miteinander dauerhaft in einem Machtkampf befinden (vgl. Roth 2011a: 250).

Außerdem darf nicht vergessen werden, dass die Positionen der Akteure im Feld stark von den ungleich verteilten Ressourcen bzw. Kapitalsorten abhängig sind. Um diese ungleichen Relationen nicht durch noch weniger kontrollierte Kämpfe im Sinne einer Rekonfliktivierung weiter zu verschärfen, bedarf es auch bei einer Öffnung des politischen Feldes für den Invented Space einer institutionellen Einbettung dieser Beteiligungsformen. Denn schließlich wurden Institutionen dafür geschaffen, um den entfesselten Kampf um Macht zu befrieden, in zivile Bahnen zu lenken und die Chancengleichheit bei der Partizipation an der Gesellschaft und ihrer Aushandlungsprozesse zu erhöhen.

Walter warnt mit seiner These von der tribalistischen Gesellschaft vor einer solchen Verschärfung des Kampfes um Macht ohne befriedende Instanzen, falls es zu einer weiteren Zuspitzung des Argumentationsmusters eines gängelnden Staates als das Böse auf der einen und zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Bürgerinitiativen etc. als das Gute der Befreiung auf der anderen Seite komme (vgl. Walter 2009: 107, 112). Staatliche Institutionen sollten nicht per se als schlecht angesehen werden, sondern es braucht eine bürgergesellschaftliche Erweiterung ohne Rückbau der Institutionen. Das Verhältnis zwischen Staat und Bürgergesellschaft muss neu justiert werden, indem Beiträge und Lösungsstrategien aktiv gefördert werden, die von der Bürgergesellschaft ausgehen (vgl. Embacher 2010: 26). Die öffentlich artikulierten Interessen der Bürgerinnen und Bürger müssten dort aufgegriffen und in einem transparenten Verfahren abgewogen werden, um befriedende Lösungen zu erreichen. Daher ist eine institutionelle Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie in Richtung des Konzepts von Roth gegenüber einer reinen Rekonfliktivierung vorzuziehen oder mit einer solchen zu kombinieren.

Ein auf Dauer angelegter, da institutionell abgesicherter, Beteiligungsprozess hätte zudem den Vorteil, die auf älteren Erwartungen und Erfahrungen beruhenden Illusio der Bürgerinnen und Bürger, die bspw. nicht mit einem konkreten Konfliktanlass und einer potentiell hieraus resultierenden individuellen Betroffenheit in Verbindung stehen, schon langfristig einbinden zu können. In der Hauptstudie wurde deutlich, dass sich die interviewten Engagierten der BI nicht bloß gegen ein Projekt wehren, das viele von ihnen

durch die lokale Nähe ja tatsächlich zumindest indirekt betrifft. Sie sind keine NIMBY-Initiative[74], sondern, wenn man bei einer solchen Etikettierung bleiben möchte, eher als eine NIABY-Initiative (Not in anyone's backyard) zu bezeichnen. Bei der Ablehnung der Massentierhaltung mit deren breitgefächerten Auswirkungen handelt es sich um einen prinzipiellen Protest, der auf sozialen wie ökologischen Ansprüchen basiert (vgl. Burningham 2000: 63; McClymont/O'Hare 2008: 324), die in den Habitus der Akteure angelegt sind und somit in den Protest mit hineingebracht wurden. Die analysierten Illusio der BI-Akteure verdeutlichen weiterhin, dass die Ausweitung der Themenpalette ihres Protests über den lokalen Kontext hinaus nicht einem strategischen Kalkül entspringt, lokale Interessen aufzuwerten, sondern dass die BI sozialen Wandel auf Grundlage der tief verankerten Ansprüche ihrer Akteure in Bezug auf Konsumverhalten, Tier-, Natur- und Umweltschutz sowie Wachstumslogik herbeiführen will (siehe Kapitel 4.5.2).

Individuelle Betroffenheit, die als Hauptmotiv bei NIMBY-Initiativen gilt, nimmt zudem als Grund für ein Engagement oftmals nach einer Weile anhaltenden Engagements ab (vgl. Marg et al. 2013: 101) und schwächt die

[74] Die NIMBY-Forschung stellt einen eigenen Forschungszweig zu der Fragestellung dar, inwiefern Protestgruppen nur Eigeninteressen vertreten und wie mit solchen Motivationen umzugehen ist. Die Forschung bezieht sich hierbei auf sogenannte NIMBY- oder LULU-Phänomene, was Akronyme sind für „Not in my backyard" und „Locally unwanted land use" (vgl. Schively 2007). In der politischen Praxis wird dieses Etikett schnell solchen Protesten „verliehen", die vermeintlich nur aufgrund egoistischer Interessen ein bestimmtes Vorhaben ablehnen. Allerdings sollten gerade diese Begrifflichkeiten mit Vorsicht verwendet werden, da sie das egoistische Eigeninteresse und die Unterscheidung zwischen ‚guter' und ‚schlechter' Beteiligung als Vorurteil in sich tragen (vgl. Marg et al. 2013: 101; Naegler et al. 2012: 124; Burningham 2000). Einige Protestbewegungen wie auch die BI versuchen explizit, eine Bezeichnung mit dem NIMBY-Etikett zu vermeiden, indem sie ihre Ziele dementsprechend framen. In meiner Fallstudie hat sich die BI bspw. relativ schnell zu Beginn ihres Engagements von der „Bürgerinitiative gegen den Schlachthof" in die „Bürgerinitiative für die Erhaltung der Region" umbenannt. Dabei kann es sich aber um eine bekannte Strategie vieler Initiativen handeln, um den jeweiligen lokalen Konflikt durch übergreifende Themen aufzuwerten. Die territoriale und thematische Reichweite der Forderungen wird gerade in Umweltkonflikten oft ausgeweitet. Die Themenpalette wird dabei um Fragen von Demokratie, Gerechtigkeit und nachhaltige lokale Entwicklung erweitert, die die Verteidigung der Lebensqualität, das kulturelle oder natürliche Erbe, Gesundheit oder soziale Integration umfassen (vgl. della Porta/Piazza 2008: 1 ff., 70; McClymont/O'Hare 2008: 330). Dies muss aber nicht bloß ein strategisches Handeln sein, um die eigenen lokalen Interessen mit „höheren Zielen" zu verbinden und ihnen so mehr Durchschlagskraft zu verleihen, um nicht nur als Verhinderer zu gelten, sondern es kann wie im hier untersuchten Fall auch auf einem affirmativen Verständnis von Politik im Sinne einer positiven Darstellung von Alternativen und auf sehr tiefliegenden Illusio beruhen (vgl. hierzu auch Schünemann/Zilles 2015: 292).

NIMBY-These weiter ab.[75] Dies kann durch die Erkenntnis aus der hier untersuchten Fallstudie erweitert werden, dass im Verlauf der Protestpraxis gerade diejenigen Illusio der Akteure in den Vordergrund rücken, die mit dem lokalen Konfliktanlass nicht direkt in Verbindung stehen. Individuelle Betroffenheit hat daher im hier untersuchten Fall auch zu Beginn eher die Rolle eines „Zündfunkens" gespielt, wie auch Marg et al. sie einordnen (vgl. ebd.), aber den Verlauf des Protests kann sie weder hinreichend erklären, noch ist sie dadurch für eine Bearbeitung des Beteiligungsdefizits wesentlich. Transparente und institutionell abgesicherte Beteiligungsverfahren würden viele kritische Fragen nach der Legitimation von Bürgerinitiativen erübrigen, wenn Bürgerinitiativen dadurch als Teil einer legitimen, an heterogenen Interessenlagen und Belangen orientierten gesellschaftlichen Auseinandersetzung verstanden werden, die positive Effekte für den demokratischen Willensbildungsprozess haben können.

Eine weitere Möglichkeit der Beteiligung, abgesehen von den beiden diskutierten Konzepten, wäre eine umfassendere Anwendung direkter Demokratie. Im Fall des Konflikts in Bernburg (siehe Kapitel 3.2) ist es zu einem Bürgerentscheid über die Frage gekommen, ob eine städtische Fläche an einen Investor gehen soll, der dort einen Schlachthof errichten wollte. Spezifische Themen können auf einem solchen Wege aus dem repräsentativen Aushandlungsprozess der gewählten Konfiguration und dem inhaltlich-programmatischen Gesamtpaket der Parteien herausgelöst und unter allen Wahlberechtigten zur Abstimmung gestellt werden. Auch Minderheitsmeinungen können sich in einer sachlichen Debatte vor einem

[75] Solche Entwicklungen waren bereits in den 1970er Jahren beobachtbar, z.B. bei der beginnenden Anti-Atom-Bewegung, die sich zunächst gegen einzelne Bauvorhaben richtete und sich nach und nach zu einer Bewegung ausformte (vgl. Roth 2011a: 102): „Ging es […] am Kaiserstuhl für Teile der ansässigen Bevölkerung zunächst vor allem darum, ihre besonderen lokalen Existenz- und Lebensbedingungen […] gegen ein großes Industrialisierungsprojekt zu verteidigen (»Kein Atomkraftwerk in Wyhl«), so gerieten in der öffentlichen Auseinandersetzung mit den Befürwortern des Vorhabens bald die spezifischen Risiken der Kerntechnologie in den Blick (»Kein Atomkraftwerk in Wyhl und auch nicht anderswo«) […]" (Roth 1997: 405).

Bürgerentscheid durchaus gut zur Geltung bringen (vgl. Merkel 2011: 52; Mittendorf 2009: 244 ff.).[76]

Direkte Demokratie ist bereits in den Bundesländern und ihren Kommunalverfassungen weitgehend verankert (vgl. Kost 2008: 23) und es ist vielmehr eine Frage von Detailregelungen über Quoren und thematische Ausschlusslisten, inwiefern hier etwas an ihrer Anwendung verändert werden könnte. Die Analyse des Konflikts in Bernburg hat diesbezüglich gezeigt, dass die thematischen Ausschlüsse eher erweitert bzw. in ihrer Anwendung strikter werden (siehe Kapitel 3.2), so dass das Potential hinsichtlich einer Bearbeitung von Beteiligungsdefiziten eher schrumpft.

Zudem sind viele negative Aspekte direkter Demokratie zu beachten, die häufig übersehen werden. So spricht Kost (vgl. ebd.: 87) von einer „von oben" eingesetzten Bürgerbeteiligung, da die direktdemokratischen Partizipationselemente zumeist aus parlamentarischen Systemen hervorgehen und sich an dieser institutionellen Logik ausrichten (parlamentarische Wahlregeln bzw. Abstimmungsgrundsätze). Außerdem werden die Themen von den etablierten Akteuren des politischen Feldes eben über die genannten Ausschlusslisten vorgefiltert. Die Formulierungen der Abstimmungsfragen können zudem komplex und somit recht voraussetzungsvoll sein.[77] Dies kann wiederum zu neuen Defiziten hinsichtlich sozialer Selektivität und argumentativer Entlastung besonders kampagnenfähiger sozialer Gruppen führen.

[76] Offensichtlich trifft dies auch auf populistische Meinungen in verhältnismäßig unsachlichen Debatten zu, wie das „Brexit"-Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der EU am 23. Juni 2016 eindrücklich gezeigt hat.

[77] Ein Paradebeispiel ist in diesem Zusammenhang der Volksentscheid über Stuttgart 21 vom 27. November 2011 in Baden-Württemberg. Dort mussten die Bürgerinnen und Bürger auf folgende Frage mit Ja oder Nein antworten: „Stimmen Sie der Gesetzesvorlage 'Gesetz über die Ausübung von Kündigungsrechten bei den vertraglichen Vereinbarungen für das Bahnprojekt Stuttgart 21' (S21-Kündigungsgesetz) zu?" In der Öffentlichkeit wurde diese Fragestellung als verwirrend und missverständlich bewertet. Eine Analyse über das Abstimmungsverhalten kommt zu dem Schluss: „Die Analyse von Umfragedaten zeigte, dass die Fragestellung von einem großen Teil der Befragten als nicht verständlich kritisiert wurde und von einer erheblichen Minderheit zum Teil grob missverstanden wurde. Unkenntnis über die Bedeutung einer Ja-Stimme beeinflusste […] das individuelle Stimmverhalten. In der Folge fiel es Personen, die die Bedeutung eines Ja-Votums verkannten, (tendenziell) schwerer als anderen, gemäß ihrer Haltung zu dem Projekt „Stuttgart 21" zu votieren." (Schoen 2013: 111)

Die soziale Schieflage der Partizipation geht sowieso stets zu Lasten der unteren Schichten; bei Referenden stimmen laut Merkel (vgl. 2011: 50 ff.) nun nicht das Volk in seiner Gesamtheit, sondern überproportional die Gebildeten und Männer ab, wodurch der Demos mehr als halbiert und die soziale Schieflage noch verschärft wird. Es kommt zur Überrepräsentation gut situierter Schichten, die schon in den intermediären Organisationen der repräsentativen Demokratie überproportional vertreten sind. Und besonders sachliche und ausgewogene Debatten vor Referenden sind laut Merkel häufig nur vereinzelte Sternstunden von Referendumskampagnen, die sich im Alltag zahlreicher Policy-Referenden wie in der Schweiz oder Kalifornien nicht finden lassen. Oft sei nicht der „bessere Bürger", sondern das „schlechtere Ich" der Bürger begünstigt, da sie bei der Abstimmung von diskursiven Anforderungen und dem Zwang zur argumentativen Rechtfertigung völlig entlastet würden (vgl. ebd.).

Aus dieser allgemeinen Betrachtung und der Analyse des Falles in Bernburg lässt sich abschließend ableiten, dass direktdemokratische Beteiligungsmöglichkeiten nicht geeignet erscheinen, um im Falle von Beteiligungsdefiziten zu deren Bearbeitung beizutragen. Im Folgenden wird diese Möglichkeit daher nicht weiter diskutiert.

5.3 Möglichkeiten einer Übertragung der diskutierten Konzepte in eine instrumentelle Umsetzung

Neben der Frage, welche grundlegenden Demokratie- und Repräsentationskonzepte angewendet werden sollten, um die symbolische Ebene von Beteiligungsdefiziten zu bearbeiten, bedarf es in einem darauf aufbauenden Gedankenschritt der Diskussion ihrer instrumentellen Umsetzung. Einer Umsetzung wird hier die Prämisse einer Offenheit des institutionellen Systems abverlangt, wie sie im vorangegangenen Kapitel aus den Vor- und Nachteilen der dargestellten Konzepte abgeleitet wurde. Diese Offenheit soll die Repräsentanten dazu ermuntert, im Dialog die sozialen Voraussetzungen der jeweiligen Beteiligung und der um Beteiligung bemühten Akteure zu reflektieren, unter denen individuelle bzw. gruppenspezifische Belange formuliert werden, und ihre jeweiligen Positionen an den Belangen zu messen.

Insbesondere Roths Konzept der lokalen Bürgerdemokratie baut auf einer Reformperspektive der partizipatorischen Demokratieerweiterung auf, die sich mit einer Vielzahl von Beteiligungsformen und -instrumenten auseinandersetzt, um eine solche Offenheit des institutionellen Systems zu erzeugen. In dieser Reformperspektive werden die gestiegenen Beteiligungsansprüche als Handlungsanleitung verstanden, weshalb ihnen mit einer Ausweitung partizipativer Einflussnahme, also eines Empowerments zivilgesellschaftlicher Potentiale, begegnet wird. Die Palette diskutierter oder auch schon praktizierter Formen und Instrumente reicht von der Ausweitung direkter Demokratie über Formen lokaler Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung (Bürgerhaushalte, Bürgerbegehren und –entscheide, Mediationsverfahren, Planungszellen, Bürgerpanels etc.) und der Selbstrepräsentation marginalisierter Gruppen (z.B. durch Quotenregelungen, Integrationsbeiräte etc.) bis zu alternativen Auswahlverfahren für Gremien wie Planungszellen (z.B. durch Losverfahren).

Drei instrumentelle Umsetzungskonzepte, die solche Einzelformen zu kommunalpolitischen Gesamtkonzeptionen zusammenführen, greife ich an dieser Stelle heraus: (1) Das Konzept der *kooperativen Demokratie*, (2) das der *Bürgerpanels* und (3) das *Mehrstufige Dialogische Verfahren*. Abschließend

wird eine bessere Integration (4) sozial- und (5) skalensensitiver Instrumente diskutiert.

(1) Die kooperative Demokratie (vgl. Holtkamp/Bogumil/Kißler 2006), die aus einem Governance-Verständnis heraus entwickelt wurde und insbesondere auf eine kooperative Praxis aller gesellschaftlichen Akteure in einem institutionellen Rahmen setzt, unterscheidet drei Beteiligungsrollen der Bürger: die politische Auftraggeberrolle, die Mitgestalterrolle und die Kundenrolle (aus Sicht der Verwaltung). Das Konzept bezieht sich insbesondere auf die Auftraggeberrolle mit mehr Eigenleistung der Bürger durch Bürgerarbeit (z.B. in Planungszellen) und auf die Mitgestalterrolle in Form von sozialem Engagement. Dadurch soll eine gelebte Demokratie in der Kommune entstehen, in die direktdemokratische Formen, eine neue regionale politische Öffentlichkeit, neue Arrangements zwischen lokalen Akteuren und Rathaus und neue Kooperationen wie lokale Netzwerke einfließen.

Dieses als Ergänzung zur herkömmlichen repräsentativen Demokratie auf lokaler Ebene gedachte Konzept soll zwischen repräsentativer und direktdemokratischer Willensbildung angesiedelt sein und dauerhaft institutionalisiert werden. Diesen Zweck sollen die auf Langfristigkeit angelegten diskursiven Netzwerke leisten. Das Letztentscheidungsrecht verbleibe aber bei der repräsentativen Politik, da das diskursive Element im Vordergrund stehe und nicht die direkte Entscheidung. Holtkamp/Bogumil/Kißler legen Wert darauf, dass sie der partizipatorischen und der deliberativen Theorie von Demokratie die vermeintlich überhöhten normativen Ansprüche entziehen und eher ein professionelles Partizipationsmanagement anstreben, das Effizienz, Effektivität und Legitimation anstreben soll und nicht bloß eins dieser Ziele. So wird als Ziel der Stärkung der Mitgestalterrolle auch eine erhoffte Kosteneinsparung für die Kommunen genannt (vgl. ebd.: 11 ff., 72 f., 78).

An anderer Stelle wird darauf verwiesen, dass die Bürger zu „Partnern der Politik“ werden sollen (vgl. Bogumil/Holtkamp 2006: 123). Dies verdeutlicht die an Governance und „New Public Management“ orientierte Sicht dieses Ansatzes. Die partizipatorische Demokratietheorie, an der sich Roth orientiert,

möchte die Bürger dagegen zu Subjekten der Politik machen, denn „Partner" impliziert eine Sichtweise, die die Trennung zwischen Politik und Bürgern eher bekräftigt. Dennoch kann aus dem Konzept der kooperativen Demokratie der Ansatz einer langfristigen Einbindung in institutionelle Strukturen als positives Merkmal übernommen werden.

(2) Mit dem Konzept der Bürgerpanels (vgl. Klages/Daramus/Masser 2008) soll eine Öffnung der kommunalen Institutionen zugunsten dialogorientierter Verfahren gelingen, indem zunächst die Belange der Bürgerinnen und Bürger und deren soziale Voraussetzungen mittels Panelbefragungen über einen langfristigen Zeitraum hinweg erhoben werden. Gleichzeitig soll dem Problem der sozialen Selektivität von Partizipationsformen durch eine strikte Institutionalisierung dieser möglichst repräsentativen und stetigen Bürgerbefragung begegnet werden. Die Autoren erhoffen sich durch eine qualitativ hochwertige „aktivierende Befragung" eine sich steigernde Mobilisierung der Bürger unterschiedlicher Schichten für zusätzliche punktuelle Beteiligungsformen wie z.B. Bürgerforen, die explizit an den erhobenen Belangen anknüpfen sollen. Die Arbeit der gewählten Repräsentanten soll auf diese Weise mit den Bürgern rückgekoppelt werden, um sowohl dem „Politikerverdruss" auf Seiten der Bürger als auch dem „Bürgerverdruss" auf Seiten der Ratsmitglieder zu begegnen. Es soll sich daher nicht nur um ein reines Informationsinstrument für den Rat handeln, sondern idealerweise soll es zu einem integrierten und dialogorientierten Entscheidungsprozess kommen, wobei auch hier das Letztentscheidungsrecht beim Rat verbleibt (vgl. Klages/Daramus/Masser 2008: 38, 53 ff., 99 ff.).[78]

Als positive Aspekte sind hier wiederum die Langfristigkeit der Beteiligung und die Öffnung zugunsten von Belangen der Bevölkerung und deren sozialer

[78] Die drei Autoren liefern zudem aufgrund ihrer durchgeführten Evaluation verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten einen Hinweis darauf, weshalb Diskurse zwischen Bürgerinitiativen und der repräsentativen Politik teilweise sehr emotional und einseitig interessenorientiert verlaufen. Da die Angebote zur Bürgerbeteiligung oftmals sowohl quantitativ als auch qualitativ mangelhaft seien, bliebe als psychologischer „Antreiber" zur Beteiligung nur das persönliche Interesse übrig. Deshalb käme es themenspezifisch zu stark schwankenden Teilnehmerzahlen und man würde tatsächlich nur den egoistischen Bürger herauslocken, der aber eine reduzierte Form seiner selbst sei (vgl. Klages/Daramus/Masser 2008: 38 f.). Wenn dies zutrifft, so wäre es ein möglicher Erklärungsansatz für das teils sehr emotionale und interessengeleitete Argumentieren einiger Bürgerinitiativen.

Voraussetzungen festzuhalten. Hierbei muss aber im Blick behalten werden, wie mit Belangen von Minderheiten bzw. zu spezifischen Themen verfahren wird. Denn wenn die Ergebnisse solcher Bürgerpanels als Legitimationsgrundlage für Entscheidungen des Rates dienen, so kann es ebenfalls zu Repräsentationsdefiziten hinsichtlich von Minderheiten oder spezifischen Themen kommen, da ein Panel die Belange von Mehrheiten deutlicher hervorhebt als die von Minderheiten.

(3) Um diesem Defizit zu begegnen, bietet sich das Mehrstufige Dialogische Verfahren (MDV) als Ergänzung an, das einen noch stärker sozialsensitiven Charakter aufweist. Die persönliche Begegnung der Betroffenen, Interessierten und Entscheidungsträger steht dabei besonders im Fokus, um durch vorgelagerte Kommunikationsprozesse Entscheidungen vorzubereiten. Das MDV kombiniert ebenfalls verschiedene Beteiligungsinstrumente miteinander und soll lokales Wissen sammeln und insbesondere Wahrnehmungs- und Urteilsstrukturen durchdringen helfen. Der erste Schritt besteht dabei aus qualitativen Interviews mit (von einem Projekt oder einer konkreten politischen Frage) Betroffenen, deren Aussagen dann in Fokusgruppen mit Bürgern, Experten und weiteren Betroffenen diskutiert werden. Aus den Ergebnissen stellen Planungszellen dann ein Bürgergutachten zusammen, das konkrete Handlungsempfehlungen beinhaltet (vgl. Feindt 2001: 256 ff.). Das MDV bietet sich daher als Kompensation zu den Repräsentativbefragungen der Bürgerpanels an, wenn konkrete Projekte oder Entscheidungen anstehen.

Dass solche deliberativ-diskursiven Beteiligungsformen von vielen Bürgern präferiert werden, belegt Gessenharter (vgl. 1996: 7 ff.). Sie sollen beratend und konflikthegend an entscheidenden politischen Weichenstellungen eingreifen, um eben schon vor der endgültigen Entscheidung Interessenkonflikte und systematische Benachteiligungen unter Einbeziehung breiter Öffentlichkeit zu umgehen. Er möchte mit diesen Instrumenten wie dem MDV den „Bürgertypus des aktiven Realisten“ fördern, der sich besonders dann einbringe, wenn er sich auch effektiv einbezogen fühlt. Dafür müssten ihm Verantwortungsrollen angetragen werden, die die traditionellen hierarchischen Organisationsstrukturen zwischen Verwaltung/Politik und Bürgern aufbrechen.

Auch Dienel (vgl. 2011: 169 f., 173) möchte durch entsprechende Beteiligungsformen aus oppositionellen Bürgerbewegungen konstruktive Bürgerbeteiligung machen, indem ihnen eben nicht nur reine Widerspruchsverfahren wie bspw. Bürgerbegehren zur Verfügung gestellt werden. Er verweist darauf, dass die Bürger auch bei komplexen politischen Angelegenheiten reformfreudig und zukunftsorientiert entscheiden, wenn sie in entsprechend gute Beteiligungsformen eingebunden werden. Dem Vorwurf der „Dagegen-Kultur" in Richtung des Bürgerprotests wird hiermit entgegengetreten. Für entscheidend hält er dabei eine richtige Zuordnung von Problem und dazu passender Methode. Eine falsche Zuordnung führe oftmals zu schlechten Ergebnissen eines Beteiligungsverfahrens (vgl. ebd.: 173). Planungszellen z.B. machen demnach nur Sinn, wenn es für ein kontroverses Problem bereits alternative Lösungsvorschläge gäbe. Gibt es solche nicht, brauche es eher offene Verfahren wie Open Space oder Zukunftswerkstätten.

Zusammenfassend bietet sich daher mit Blick auf die instrumentelle Bearbeitung lokaler Beteiligungsdefizite eine Mischung aus den drei diskutierten Möglichkeiten der kooperativen Demokratie, der Bürgerpanels und des MDV an: Eine auf Langfristigkeit und breite Institutionalisierung bedachte Dialogorientierung der kommunalen Entscheidungsträger, die zu einer Reflexion der Belange der Bürgerinnen und Bürger und deren sozialer Voraussetzungen einlädt und partizipatorische Potentiale der Zivilgesellschaft insbesondere über informelle Beteiligungsformen einbindet. Diese Formen können dabei aus einer großen Palette an Instrumenten und Methoden zusammengestellt werden, die je nach ihren Potentialen den zu lösenden Herausforderungen und Gegebenheiten vor Ort angepasst und miteinander kombiniert werden müssen. Alcántara et al. haben hierzu eine Partizipationsmatrix erstellt, die weiterführende Fragen nach den Rollen der Beteiligten, den Rahmenbedingungen und erwarteten Leistungen sowie den Zielen von verschiedenen Beteiligungsformen – bspw. funktionalistische

Einbindung oder emanzipatorisches Empowerment – vertieft (vgl. Alcántara et al. 2016: 45, 72).[79]

(4) Als weiteres sozialsensitives Instrument bietet sich ergänzend zu solchen auf eine langfristige und institutionalisierte Dialogorientierung setzenden Instrumenten ein umfassendes Beteiligungs-Scoping an, um im Rahmen von konkreten Projekten die sozialen Voraussetzungen in einem Beteiligungsprozess frühzeitig in den Blick zu nehmen. Ein solches Scoping wird im „Leitfaden für eine neue Planungskultur“ für Baden-Württemberg konzipiert (vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg 2014: 39 f.)[80]. Es soll im Zuge insbesondere von Raumordnungsverfahren und Planfeststellungsverfahren helfen, zusammen mit relevanten Akteuren von Planungsträgerseite aus einen Beteiligungsprozess zu entwickeln, der bestehende Interessen und Positionen in der Bevölkerung berücksichtigt und Vorgehen und Formate der Beteiligung zielgruppengerecht plant. Insbesondere für die Zielgruppenbestimmung ist in einer sog. Umfeldanalyse eine Milieuanalyse vorgesehen.

Zudem kann in einem Beteiligungs-Scoping die Frage beantwortet werden, ob neben der formalen Beteiligung weitere informelle Beteiligungsformen angebracht sind (vgl. ebd.). Auf ein solches Scoping kann dann ein Partizipations- und Erwartungsmanagement aufgebaut werden. Allerdings wäre zu diskutieren, ob solche Scopings nicht auch in informeller Form ohne Zusammenhang zu Raumordnungsverfahren oder Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden könnten, wenn bei Vorhaben wie solchen im Kontext der Massentierhaltung Konfliktpotentiale und Beteiligungsdefizite abzusehen sind. Gerade die informellen Formen sind es, die im Sinne der oben erläuterten Bürgerdemokratie gestärkt werden sollten, um Beteiligungsdefiziten zu begegnen.

---

[79] Eine umfassende Darstellung der dort erfassten 28 Verfahren und 11 Anwendungsbeispiele auf Grundlage dieses Analyserahmens findet sich unter http://www.dialogik-expert.de/de/forschung/Anhang-%20Matrix_final.pdf (zuletzt abgerufen am 17.10.2016).

[80] Dieser Leitfaden ist Resultat einer breiten Diskussion von Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft, Beteiligungspraxis, Politik und Bürgern, die die grün-rote Landesregierung nach ihrem Wahlsieg 2011 in ihrem Koalitionsvertrag festlegte, um aus der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 Erkenntnisse für die Planungs- und Beteiligungspraxis abzuleiten (vgl. http://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/mitmachen/planungsleitfaden, zuletzt abgerufen am 20.08.2016).

(5) Das formale Beteiligungsdefizit als „Problem of scale“ (siehe Kapitel 2) erfordert eine bessere Integration skalensensitiver Instrumente, um die überlokalen Auswirkungen solcher Vorhaben wie Bauprojekte im Rahmen der Massentierhaltung auch für Beteiligungsprozesse besser berücksichtigen zu können. Für den hier untersuchten Fall bedeutet dies, dass es ein Raumordnungsverfahren gebraucht hätte, um solche skalensensitiven wie auch ein sozialsensitives Instrument wie das Beteiligungs-Scoping einzusetzen.[81] Denn das Plan- und Genehmigungsverfahren bietet für ein solches Vorhaben eines Schlachthofs, das mit vielfältig möglichen Auswirkungen der Massentierhaltung verbunden ist, die von der lokalen über die regionale und nationale bis hin zur globalen Ebene reichen können, keinen raumplanerischen Abwägungsprozess. Es handelt sich aufgrund der gebundenen Genehmigung um eine enorme Engführung der Perspektive auf den einzelnen Standort. Dies macht schon die Bewertung im Genehmigungsbescheid deutlich: „Insgesamt ist festzustellen, dass die von den Einwendungsführern durchaus nachvollziehbar dargelegten strukturpolitischen Erwägungen sich der Beurteilung im Rahmen des hier ausschließlich anzuwendenden Genehmigungsrechtes nach BImSchG entziehen.“ (Genehmigungsbescheid: 15)

Fragen einer nachhaltigen Raumentwicklung und eines entsprechenden Landmanagements können im Genehmigungsrecht gegenüber privatwirtschaftlichen Tätigkeiten nicht in Abwägung gebracht werden. Ganz im Gegenteil wird die Förderung der Agrarindustrie explizit mit dem Argument unterstützt, dass dies vorteilhaft für die Entwicklung des ländlichen Raumes sei. Dies liegt im hier untersuchten Fall auch daran, dass aus der privatwirtschaftlichen Tätigkeit der Agrarindustrie explizit Vorteile für den öffentlichen Sektor hinsichtlich Gewerbesteuereinnahmen und für den Arbeitsmarkt erhofft werden. Die Entscheidungsträger der Kommune folgen hier der durch das politische Feld legitimierten Logik des

[81] Da die lokalen Entscheidungsträger mehrheitlich dem Beteiligungswunsch der BI ablehnend gegenüberstanden, hätte es ein formales Verfahren gebraucht, um den Beteiligungsprozess zu öffnen. Das sozialsensitive Instrument des MDV kann generell auch ohne formales Verfahren durchgeführt werden, benötigt aber die Unterstützung der Entscheidungsträger vor Ort.

Wirtschaftswachstums, wie es die Aussagen des Bürgermeisters deutlich werden lassen (siehe Kapitel 3.1).

„Im Genehmigungsrecht ist die Präferenz der Unternehmens- und Gewerbefreiheit direkt ablesbar. Wegen der grundrechtlich garantierten individuellen Dispositionsfreiheit besteht ein unmittelbarer Anspruch auf die Genehmigung von technischen und industriellen Anlagen, sofern die immissionsschutzrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Ein Ermessen steht den Genehmigungsbehörden nicht zu. Ob jemand ein Kohlekraftwerk oder einen Bauchladen zum Schnürsenkelverkauf betreiben will, bedeutet genehmigungsrechtlich im Prinzip keinen Unterschied.“ (Bosselmann 1985: 346) Nur bei besonderen Projekten wie Atomkraftwerken wurde mit dem Atomgesetz eine eigene rechtliche Grundlage geschaffen, in der ein Ermessensspielraum eingeräumt wurde (vgl. ebd.). Aber auch bei der Massentierhaltung sollten Genehmigungsverfahren angewandt werden, die die weitreichenden Auswirkungen in eine Abwägung einbeziehen. Die negativen Auswirkungen wie bspw. die steigenden Nitratbelastungen des Grundwassers (siehe Kapitel 2) reichen über den lokalen Ort der konkreten Ansiedlung weit hinaus. Diese Bedingung würden planerische Instrumente erfüllen, die keine Risikosteuerung im Einzelfall durchführen, sondern strategische Risikobewältigung (vgl. Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung 1999: 252).

Ein Raumordnungsverfahren ist grundsätzlich ein solches Planungsinstrument, das überlokale und -regionale Abwägungen zulässt: „Planungen und Maßnahmen mit erheblichen überörtlichen Auswirkungen müssen in der Regel ein gestuftes Planungsverfahren bis hin zur Genehmigung durchlaufen, bevor sie realisiert werden können. Raumbedeutsame Vorhaben sind Planungen und sonstige Maßnahmen, durch die Grund und Boden in Anspruch genommen oder die räumliche Entwicklung oder Funktion eines Gebietes beeinflusst wird.“ (ML Niedersachsen 2015). Die BI hat ein solches spezielles Raumordnungsverfahren mit entsprechender Bürgerbeteiligung gefordert (vgl. Niederschrift Ratssitzung Gemeinde, siehe auch die Aussagen Barbaras hierzu in Kapitel 4.5.2).

Laut Landkreis musste es, wie es auch später vom Verwaltungsgericht in seinem Urteil bestätigt wurde, in diesem Fall aber nicht durchgeführt werden, da „der Flächennutzungsplan den Zielen der Raumordnung angepasst [ist]“ (Urteilsbegründung). Das regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises enthält aber für den Planbereich/Standort keine spezifischen umweltbezogenen Darstellungen (vgl. Umweltbericht zur Änderung des Flächennutzungsplans).

Ein Raumordnungsverfahren hätte daher nichts anderes feststellen können. Der Mangel beginnt hier schon im regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises und in der Abgrenzung des Untersuchungsraumes. In der Aufstellung des Bebauungsplanes wird neben dem regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreises nur auf das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 2008 verwiesen und nicht auf weitere Raumordnungsprogramme anderer Landkreise, die durch die Ansiedlung von Mastställen ebenfalls betroffen sein könnten. Bei enger Rechtsauslegung ist diese Abgrenzung des Untersuchungsraums laut Expertenmeinung korrekt, aber in Bezug auf die genannten 100 km Radius zur Ansiedlung von Mastställen und eine Mitberücksichtigung der indirekten Auswirkungen des Schlachthofs wären mehrere Landkreise betroffen und deren Raumordnungsprogramme zu berücksichtigen. Dies wurde hier durch die Engführung nicht durchgeführt.

Im Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachen 2008 gibt es allerdings neben den wirtschaftlichen Entwicklungszielen auch Ziele, die einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung dienen sollen. So steht gleich zu Beginn zu den grundsätzlichen Zielen geschrieben: „In Niedersachsen und seinen Teilräumen soll eine nachhaltige räumliche Entwicklung die Voraussetzungen für umweltgerechten Wohlstand auch für kommende Generationen schaffen.“ Dabei sollen „Raumansprüche […] umweltverträglich befriedigt werden, […] die natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die Umweltbedingungen verbessert werden, [sowie] belastende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen, Tieren und Pflanzen vermieden oder vermindert werden“ (Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachen 2008: 3

f.). Gleichzeitig sollen aber regionales Wachstum gefördert und alle Standortpotentiale ausgeschöpft werden (vgl. ebd.: 4).

Das Programm bietet somit sehr heterogene Zielsetzungen an. Mit einem solchen Programm ist im Grunde jegliche Raumentwicklung legitimierbar, die politisch gewollt wird.[82] Ebenso sind die Ziele der Raumordnung nur programmatisch und nicht einklagbar, aber es erscheint fragwürdig, warum sie im untersuchten Fall nur sehr einseitig Anwendung fanden. Durch ein breit angelegtes Beteiligungsverfahren in einem Raumordnungsverfahren hätte aber ein Meinungsbild entstehen können, dass die Politik zur Reflexion ihrer eigenen Position anhält. Eine rechtlich bindende Wirkung besitzt ein Raumordnungsverfahren dennoch nicht, sondern nur eine gutachterliche Qualität. Es muss, falls es denn durchgeführt wird, bei Zulassungen nur Berücksichtigung finden, kann aber, wenn nachvollziehbare Gründe vorliegen, auch weggewogen werden. Es bietet also keine Gewähr dafür, dass dem Ergebnis gefolgt wird, wenn aus politischen Gründen im Einzelfall doch andere Prioritäten gesetzt werden sollen. Es sollte daher darüber nachgedacht werden, ob im Falle der Massentierhaltung nicht entsprechende skalen- und sozialsensitive Instrumente verbindlich eingesetzt werden sollten.

Es würde in einem solchen Prozess zudem die Möglichkeit für die Entscheidungsträger bestehen, die Konsequenzen einer Nichtansiedlung eines Schlachthofs ebenfalls inhaltlich deutlich zu machen. So wäre eine transparente politische Willensbildung möglich, die auch die Zwänge der kommunalen Finanzen und die weiteren Spannungsfelder der Kommunalpolitik verdeutlicht (siehe Kapitel 3.1) und ein Problembewusstsein hierfür und für die größeren Zusammenhänge wie die Auswirkungen der Wachstumslogik schaffen könnte. Denn der Druck, weiter zu wachsen, wird auch in Kommunen nicht immer als positiv empfunden[83] und läuft zudem der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

[82] Das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen wird seit 2012 durch die Landesregierung neu aufgestellt. Dabei sollen nun (wieder) deutlich mehr Naturschutzziele und Regelungen zur Minimierung der Flächeninanspruchnahme aufgenommen werden (vgl. http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=35090&article_id=125715&_psmand=7).

[83] Bspw. äußerten Umlandkommunen von München grundsätzliche Kritik an der Wachstumsstrategie der bayerischen Staatsregierung für die Region München: http://www.sueddeutsche.de/muenchen/wachstumsregion-kommunen-haben-angst-vor-dem-boom-1.1422406.

zuwider, die besagt, dass pro Tag in Deutschland nicht mehr als 30 ha neue Fläche versiegelt werden soll (vgl. Naturkapital Deutschland – TEEB DE 2016: 68). Es gäbe daher die Möglichkeit, Unterstützungspotential in der Bevölkerung zu gewinnen und Druck zu erzeugen, um andere Finanzierungsoptionen für Kommunen zu nutzen – bspw. durch eine Reduzierung der Abhängigkeit von den Zuweisungen aus der Einkommenssteuer und den Einnahmen aus der Grund- und Gewerbesteuer durch die Idee des ökologischen kommunalen Finanzausgleichs, die eine nachhaltige Flächenentwicklung oder auch Nicht-Entwicklung finanziell honorieren würde (vgl. Perner/Thöne 2007; Ring 2001).

Solche Möglichkeiten, die Bevölkerung in kommunale Entwicklungsfragen einzubinden, sollten verstärkt gesucht und genutzt werden. Denn gerade Protestbewegungen verdeutlichen, dass die demokratische Qualität und die Legitimität von Raumplanung von vielen Bürgern immer mehr hinterfragt werden (vgl. Huning 2015: 349). Es wird nicht mehr nur das jeweilige Projekt in Frage gestellt, sondern auch der Prozess, der zur Entscheidung über den Ort der Ansiedlung geführt hat (vgl. della Porta/Piazza 2008: 70). Mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten trotz zumindest gefühlter Betroffenheit führen auch dann zu Protesten, wenn es formal eine ausreichende Beteiligung im Planungsprozess gab (vgl. Huning 2015: 349).

6. Schlussbetrachtung – Öffnende oder beharrende Kräfte lokaler Demokratie?

Am Beispiel des dargestellten Protests einer Bürgerinitiative gegen den Bau eines Schlachthofs und ihrer Hinwendung zu einer überregionalen Bewegung gegen Massentierhaltung konnten sowohl ein konkretes lokales Beteiligungsdefizit als auch die internen Prozesse des Protests und dessen Kontextbedingungen als Funktionsweise eines lokalen politischen Feldes analysiert werden. Dies geschah vor dem Hintergrund der Frage, welches Wissen benötigt wird, um für einen adäquaten politischen Umgang mit individuellen bzw. gruppenspezifischen Belangen aus der Bevölkerung im Kontext von Beteiligungsdefiziten Empfehlungen aussprechen zu können.

Grundsätzlich bräuchte es insbesondere mehr Wissen über die Herkunft und subjektive Sinnhaftigkeit dieser Belange. Auf welchen tiefliegenden Grundannahmen und Überzeugungen basieren sie und in welchem sozialen Kontext sind diese entstanden? Auch die jeweiligen individuellen Möglichkeiten des Umgangs mit Politik sind von diesem Kontext stark geprägt. Diese Bedingungen habe ich als soziale Voraussetzungen bezeichnet. Dringend benötigt wird mehr langfristige Aufmerksamkeit und institutionalisierte Offenheit für diese sozialen Voraussetzungen der Belange, die im Zuge von Beteiligungsprozessen oder bei Beteiligungsdefiziten formuliert werden, auch wenn sie von Minderheiten stammen oder die Skalenebene des eigentlichen Verfahrens berechtigterweise verlassen. Dies würde einer gewissen Anerkennung heterogener Sichtweisen und sozialer Realitäten zugutekommen.

Die illustrative Fallstudie hat gezeigt, dass diese Belange und ihre sozialen Voraussetzungen sehr divers ausfallen, von tiefliegenden Dispositionen beeinflusst sein und skalenüberschreitende Auswirkungen betreffen können. Damit ist festzuhalten, dass die Konfliktkontexte auch in ländlichen Räumen komplexer werden und neue Offenheiten der politischen Prozesse benötigen:

> „Ob eine Kreisstraße gebaut wird oder nicht, ob ein Naturschutzgebiet Agrarflächen verdrängen darf oder nicht […] – überindividuelle Fragen solcher Art bleiben nicht mehr ohne Weiteres innerhalb der Grenzen

> lokaler Gemeinschaft verhandelbar, sondern sind heute zunehmend eingebettet in überlokale bzw. globale Kontextbedingungen. Wenn mit demografischer Entwicklung und Pluralisierung von Lebensstilen auch in ländlichen Räumen Interessenvielfalt zunimmt, dürfte es insofern für Akteure im ländlich-lokalen Kontext bedeutsam werden, kommunikative Kompetenzen und Konfliktlösungsstrategien im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft zu entwickeln […].“ (Schmidt 2011: 123 f.)

Dies ist zweifelsohne eine große Herausforderung angesichts der Beharrungskräfte, die das politische Feld trotz schon langanhaltender Partizipationsdebatten im Allgemeinen (vgl. Nanz 2016: V; Alcántara et al. 2016: 9 ff.) und in diesem besonderen lokalen Einzelfall zeigt.

Die Schwierigkeit, diese Konstellation in einem institutionalisierten Beteiligungsprozess angemessen transparent und egalitär aufzulösen, hängt mit den historisch konstitutiven Beharrungskräften des politischen Feldes zusammen. Diese wirken auf die politisch-repräsentativen Interaktionen mit den Feldern der Alltagspraxis und der politischen Laien. Die reine Repräsentation von oftmals in politischen Diskursen eher stillen Mehrheiten, verknüpft mit einer Stützung auf solche hier beschriebenen Doxa, die die politische Praxis der Etablierten als alternativlos und selbstverständlich darstellt, führt dazu, Alternativlosigkeiten zu präsentieren und die Dominanz und Abschließung des politischen Feldes gegenüber Feldern der politischen Laien zu verstetigen. Offene Diskurse und affirmative politische Willensbildungen über zukünftige Möglichkeiten, das gesellschaftliche Leben zu gestalten, bspw. eine nachhaltige ökologische Nutzung der ländlichen Räume zu erdenken, werden so erschwert und behindert. Eine stärkere Integration eines zivilen Staats- und Machtverständnisses, wie es in der hier dargestellten Bürgerinitiative, in sozialen Bewegungen und vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen vorhanden ist, in die etablierten Abläufe des politischen Feldes, könnte hierfür als Katalysator dienen.

Solche Wege können aber nur beschritten werden, wenn das politische Feld mit affirmativen und auch moralischen Konzepten offen und transparent umgeht

und nicht weiterhin seine eigenen Illusio bzw. Doxa, also Glaubens- und Vorstellungswelten, unter dem Deckmantel der Interessenpolitik versteckt belässt. Es braucht eine klare Positionierung aller Akteure, Sensibilität gegenüber den Illusio der Bürgerinnen und Bürger und eine damit einhergehende Aufdeckung des Verhältnisses von symbolisch dominanten und dominierten Akteuren und Gruppen. Es reicht nicht, in Beteiligungsprozessen Bürgerinitiativen oder andere Protestgruppen nur als kollektive Protest- und Beteiligungsformen mit Partikularinteressen wahrzunehmen und auf diese Weise mit ihnen umzugehen, sondern es müssen auch grundlegende soziale Voraussetzungen der Akteure mit berücksichtigt werden, die auf tieferliegende Erfahrungen und Erwartungen aus ihren Alltagsmilieus verweisen und die oftmals über Partikularinteressen hinausreichen. Die dominierten Positionen dieser Akteure müssen erkannt und anerkannt werden in dem Sinne, dass bspw. die Sprecherinnen und Sprecher der untersuchten BI und ihre an anderer Stelle verantwortlich handelnden Akteure Repräsentanten für viele weitere dominierte Akteure sind.

Die Machtkonflikte in Beteiligungsprozessen, die durch symbolische Dominanz ausgelöst werden, müssen bearbeitet werden, und dies idealerweise vor den inhaltlichen Diskussionen bzw. Auseinandersetzungen. Mit dem Konzept der lokalen Bürgerdemokratie wird zur Lösung dieser Konstellation insbesondere auf lokaler Ebene eine demokratische Strukturreform gefordert, die durch mehr Ressourcen und Gestaltungsspielräume den Bürgerinnen und Bürgern mehr Macht verschaffen soll (vgl. Roth 2011a: 97). Dieses Mehr an Bürgermacht ist im Sinne eines Empowerments zu verstehen, das weg geht von einem klassischen Staatsverständnis mit nur einem legitimen Machtmonopol im Sinne Webers, das bis heute dominieren würde, und sich stärker an einer zivilen Konzeption von Arendt orientiert:

> „Hannah Arendt entwirft demgegenüber eine demokratische Politik- und Machtkonzeption, die auf das freiwillige Zusammenwirken freier Menschen im politischen Raum zum gemeinsamen Nutzen zielt. […] Sie bricht mit der Vorstellung eines Nullsummenspiels von Macht und setzt auf verbesserte individuelle und gemeinschaftliche Handlungsfähigkeit.“ (ebd.: 249 f.)

Ein solcher offener Prozess braucht eine funktionierende politische Kultur ohne gegenseitige Verschließungen der Felder, denn sonst kann er auch zu sehr unbefriedigenden Ergebnissen für die Kommunalpolitik führen. So hat im geschilderten Fall von Bernburg (siehe Kapitel 3.2) der Stadtrat auf der Grundlage eines erfolgreichen Bürgerbegehrens einen Bürgerentscheid zur geplanten Ansiedlung eines Schlachthofs zugelassen, währenddessen es vielerlei Protestaktionen gegen diese Ansiedlungspläne gab. Der Bürgerentscheid sollte den Konflikt befrieden. Allerdings zog sich der Investor aufgrund vielfältiger Angriffe aus den Reihen der Gegner noch vor dem Bürgerentscheid zurück und bemängelte die fehlende Unterstützung der Behörden, Politik und Bevölkerung.[84] In diesem Fall war der Investor im Gegensatz zur dortigen Kommunalpolitik nicht bereit, eine offene Auseinandersetzung und Entscheidung mitzugehen. Dies resultiert auch aus dem Umstand, dass die Kommunalpolitik erst durch Unterschriften der örtlichen Bürgerinitiative zu einem Bürgerentscheid gedrängt wurde[85] und aufgrund des nahenden Kommunalwahltermins einer Entscheidung zugunsten eines Bürgerentscheids zugeneigt war. Sie hat weder eine informelle Beteiligung angestrebt noch die Entscheidungsbeteiligung über direkte Demokratie von vorn herein in Betracht gezogen und konnte sie dem Investor somit nicht vorbereitend kommunizieren.

Wäre eine informelle Beteiligung zumindest bei zu erwartend kritischen Vorhaben obligatorisch und nicht eine rein politische Entscheidung, die bspw. von wahltaktischen Abwägungen beeinflusst wird, könnte jede Kommune einen solchen Prozess von Beginn an institutionalisieren. Einerseits würde dadurch die Rechts- und Investitionssicherheit erhöht, indem die Legitimationsbasis der Entscheidung auf eine breitere Basis gestellt würde und nicht-institutionalisierter Protest und Widerstand an Legitimation verlieren würde. Andererseits würde dies auch der Konkurrenz um die Ausweisung von Flächen und die Ansiedlung von Gewerbe mehr Fairness und Transparenz

[84] Vgl. http://www.mz-web.de/bernburg/investor-gibt-auf-bernburger-schlachthof-wird-doch-nicht-gebaut,20640898,27400016.html (zuletzt abgerufen am 19.08.2015). Er vermisste hier genau die Unterstützung seitens der Behörden und der Kommunalpolitik, die im untersuchten Fall der Hauptstudie dem Investor großzügig gewährt wurden.
[85] Vgl. http://www.mz-web.de/bernburg/schlachthof-in-bernburg-stadtrat-laesst-buergerentscheid-zu,20640898,27066156.html (zuletzt abgerufen am 19.08.2015).

verleihen und ihr somit die Schärfe und die teilweise vorhandene Irrationalität nehmen.

Da eine solche Art an offener Beteiligung aber nicht obligatorisch ist, wird von der Kommunalpolitik im Zweifel eine solche Beteiligung nicht angeboten, um potentielle Investoren nicht zu Beginn einer Standort-Sondierung zu verschrecken und die Verfahren zeitlich zu beschleunigen. Als Reaktion auf die Begebenheit in Bernburg gab es Stimmen, die sich klar gegen eine solche Öffnung aussprachen. Sie tendieren eher wieder hin zu einer stärkeren Verschließung des politischen Feldes und wollen sich gegen einen vermeintlich technologie- und wachstumsfeindlichen Populismus wenden, der sich durch direkte Demokratie Zugang zu den politischen Entscheidungswegen bahne.[86]

Aber im Sinne der skizzierten Reformvorschläge lokaler Demokratie kann ein Konflikt zwischen der Mehrheit der repräsentativen Kommunalpolitik und einem Bürgerprotest, der im beschriebenen Sinne offener – öffentlich politisch – ausgetragen wird, ein Weg zur besseren Bürgerbeteiligung sein. Er gehört frühzeitig institutionalisiert (vgl. hierzu auch Roth 2011a: 267), um in widerstreitenden Lagern Alternativen an politischen Möglichkeiten zu entwickeln, die dann als Angebote in den öffentlichen politischen Prozess kommen müssen, also durch Wahlen oder Abstimmungen auch zur Entscheidung gestellt werden müssen. Es muss legitim sein, die Grenzen des politischen Prozesses auszuweiten.

Müssen daher nicht auch Dynamiken und Räume für Alternativen zeitnah repräsentiert werden? Beim Thema Massentierhaltung wäre, wie beim Beispiel der Energiewende, mehr Mut und Öffentlichkeit gefragt, um alternative Lösungsmöglichkeiten für die Tierhaltung und Fleischproduktion zu finden, die sonst immer mehr zu einem ernsthaften Umwelt- und Gesundheitsrisiko heranwächst.[87] Roth hält Beteiligungsprozesse grundsätzlich für sinnlos, wenn keine Alternativen eingebracht werden können. Zudem bräuchte es eine

[86] Vgl. http://www.topagrar.com/news/Home-top-News-CDU-warnt-nach-Buergerentscheid-zum-Schlachthof-Bernburg-vor-Populismus-1489676.html (zuletzt abgerufen am 19.08.2015).
[87] Für die Massentierhaltung gibt es Indizien, wie eine solche Lösung aussehen könnte. Viele Menschen scheinen bereit, für eine generell bessere Haltung bspw. von Hühnern mehr zu zahlen (vgl. BMEL 2015: 80 f.). Dies könnte mit mobilen Ställen mit freilaufenden Hühnern erreicht werden, die zudem von der Bevölkerung in einer Studie als landschaftlich ästhetischer wahrgenommen werden als konventionelle Mastställe (vgl. Wiegmann 2015).

Institutionalisierung dieser Beteiligungskultur, um den „Stand-by-Bürger“ als aktiven Demokraten willkommen zu heißen, wenn dieser bei zentralen politischen Weichenstellungen Beteiligung sucht (vgl. Roth 2011b: 86).

7. Literaturverzeichnis

Albert, Christian/von Haaren, Christina/Othengrafen, Frank/Krätzig, Sebastian/Saathoff, Wiebke (2015): Scaling Policy Conflicts in Ecosystem Services Governance: A Framework for Spatial Analysis. In: Journal of Environmental Policy & Planning.

Alcántara, Sophia/Bach, Nicolas/Kuhn, Rainer/Ullrich, Peter (2016): Demokratietheorie und Partizipationspraxis. Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren. Wiesbaden: Springer VS.

Alonso, Angela (2009): Hybrid Activism: Paths of Globalisation in the Brazilian Environmental Movement. IDS Working Paper 332. Institute of Development Studies, University of Sussex.

Arendt, Hannah (1958): The Human Condition. Chicago: The University of Chicago Press.

Arendt, Hannah (1960): Vita activa oder Vom tätigen Leben. Stuttgart: Kohlhammer.

Arendt, Hannah (1961): Between Past and Future. New York: Viking Press.

Arendt, Hannah (1963): Über die Revolution. München: Piper.

Arendt, Hannah (1964): Zur Person. Hannah Arendt im Interview mit Günter Gaus. Gesendet im ZDF am 28.10.1964.

Barnes, Samuel H./Kaase, Max (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills: Sage.

Beck, Kurt/Ziekow, Jan (2011) (Hrsg.): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Becker, Sören/Bues, Andrea/Naumann, Matthias (2014): Die Analyse lokaler energiepolitischer Konflikte und das Entstehen neuer Organisationsformen. Theoretische Zugänge und aktuelle Herausforderungen. EnerLOG Working Paper. Leibniz-Insitut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/Local Governments for Sustainability/Zukunftsagentur Brandenburg. Erkner/Freiburg/Potsdam. Online verfügbar unter: https://www.zab-energie.de/de/system/files/media-downloads//EnerLOG%20Working%20Paper%201-7941.pdf (Zuletzt abgerufen am 11.02.2016).

Beckwith, Karen (2009): The effects of losing: Social movement campaigns and the 1992-93 Anti-Pit Closure Campaign in Britain. In: Political Studies Association Meetings, Manchester, UK, 7-9 April 2009. Online verfügbar unter: http://www2.statsvet.uu.se/moveout/Workingpapers/tabid/3188/language/en-US/Devault.aspx. (Zuletzt abgerufen am 09.04.2015).

Beckwith, Karen (2015): Narratives of Defeat: Explaining the Effects of Loss in Social Movements. In: The Journal of Politics 77 (1). S. 2-13.

Beckwith, Karen (2016): All is not lost: the 1984-85 British miners' strike and mobilization after defeat. In: Bosi, Lorenzo/Giugni, Marco/Uba, Katrin (Hrsg.): The Consequences of Social Movements. Cambridge: Cambridge University Press. S. 41-65.

Behnke, Joachim/Gschwend, Thomas/Schindler, Delia/Schnapp, Kai-Uwe (2006): Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren. Baden-Baden: Nomos.

Benford, Robert D./Snow, David A. (2000): Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment. In: Annual Review of Sociology 26. S. 611–639.

Bernstein, Basil (2003): Class, codes and control. London: Routledge.

Blühdorn, Ingolfur (2014): A massive escalation of truly disruptive action? Bürgerprotest und Nachhaltigkeit in der postdemokratischen Konstellation. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 27 (1). S. 27-37.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015): Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Berlin. Online abrufbar unter: http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Ministerium/Beiraete/Agrarpolitik/GutachtenNutztierhaltung.pdf?__blob=publicationFile. (Zuletzt abgerufen am 06.04.2016).

BMVBS/BBSR – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtwicklung/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2009): Einflussfaktoren der Neuinanspruchnahme von Flächen. Forschungen Heft 139. Bonn. Online abrufbar unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Forschungen/2009/Heft139_DL.pdf?__blob=publicationFile&v=2. (Zuletzt abgerufen am 12.08.2015).

Bogumil, Jörg (2002): Kommunale Entscheidungsprozesse im Wandel. Theoretische und empirische Analysen. Opladen: Leske + Budrich.

Bogumil, Jörg/Holtkamp, Lars (2006): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Bortz, Jürgen/Döring, Nicola (2006): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 4., überarb. Aufl. Berlin/Heidelberg: Springer Medizin Verlag Heidelberg.

Bosselmann, Klaus (1985): Wendezeit im Umweltrecht. Von der Verrechtlichung der Ökologie zur Ökologisierung des Rechts (Teil 1). In: Kritische Justiz 18 (4). S. 345-361.

Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, Kulturelles Kapital, Soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen: Schwartz. S. 183-198.

Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und „Klassen“: Leçon sur la leçon. 2 Vorlesungen. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1991a): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadt-Räume. Frankfurt a.M./New York: Campus. S. 25-34.

Bourdieu, Pierre (1991b): Die politische Repräsentation. In: Berliner Journal für Soziologie 1 (4). S. 489-515.

Bourdieu, Pierre (1991c): Language and Symbolic Power. Cambridge: Polity Press.

Bourdieu, Pierre (1991d): Politisches Feld und symbolische Macht. Gespräch mit Pierre Bourdieu. In: Berliner Journal für Soziologie 1 (4). S. 483-487.

Bourdieu, Pierre (1998): Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2001): Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Bourdieu, Pierre (2010): Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2. Hrsg. von Franz Schultheis und Stephan Egger. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Bourdieu, Pierre/Eagleton, Terry (1992): Doxa and Common Life. In: New Left Review (191). S. 111-121.

Bourdieu, Pierre/Wacquant, Loïc J. D. (1996): Reflexive Anthropologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation. In: WZBrief Zivil-Engagement. Heft 5. Online abrufbar unter: https://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-zivilengagement/WZBriefZivilengagement052012_boedeker.pdf. (Zuletzt abgerufen am 19.08.2016).

Böning, Marietta (2009): Illusio (illusio). In: Fröhlich, Gerhard/Rehbein, Boike (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 129-131.

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung 2015: http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/40242/buergerinitiativen?p=all. (Zuletzt abgerufen am 27.03.2015).

Brand, Ulrich (2015, mdl.): Podiumsdiskussion des 32. Herrenhäuser Gesprächs „Gegen den Strich – Von der Notwendigkeit zivilen Ungehorsams“ am 28.05.2015 in Hannover.

Bremer, Helmut/Kleemann-Göhring, Mark (2010): „Defizit“ oder „Benachteiligung“. Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Erwachsenenbildung und zur Wirkung symbolischer Herrschaft. In: Zeuner, Christine (Hrsg.): Demokratie und Partizipation – Beiträge der Erwachsenenbildung. Hamburger Hefte der Erwachsenenbildung 10 (1). S. 12-28.

Bremer, Helmut/Trumann, Jana (2013): Politisches Lernen zwischen Holzkamp und Bourdieu. In: Bremer, Helmut/Kleemann-Göhring, Mark/Teiwes-Kügler, Christel/Trumann, Jana (Hrsg.): Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen. Beiträge für eine soziologische Perspektive. Weinheim/Basel: Beltz Juventa. S. 315-338.

Buchstein, Hubertus/Schmalz-Bruns, Rainer (1994): Republikanische Demokratie. Nachwort. In: Barber, Benjamin: Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch. S. 297-323.

Burningham, Kate (2000): Using the Language of NIMBY: a topic for research, not an activity for researchers. In: Local Environment 5 (1). S. 55-67.

Calmbach, Marc/Kohl, Wiebke (2011): Politikwahrnehmung und Politikverständnis von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Polis. Report der deutschen Vereinigung für Politische Bildung 12 (3). S. 10-12.

Chong, Dennis/Druckman, James N. (2007): Framing Theory. In: Annual Review of Political Science 10. S. 103-126.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Crouch, Colin (2015): Neue Formen der Partizipation als Markenzeichen der Postdemokratie? In: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 11-17.

Cupei, Jürgen (1994): Geschichte und Entwicklung der UVP in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kleinschmidt, Volker (Hrsg.): UVP-Leitfaden für Behörden, Gutachter und Beteiligte. Grundlagen, Verfahren und Vollzug der Umweltverträglichkeitsprüfung. 2. Aufl. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur. S. 29-52.

Danielzyk, Rainer/Dittrich-Wesbuer, Andrea/Osterhage, Frank (2010) (Hrsg.): Die finanzielle Seite der Raumentwicklung: Auf dem Weg zu effizienten Siedlungsstrukturen? Essen: Klartext Verlag.

Daphi, Priska (2011): Soziale Bewegungen und kollektive Identität. Forschungsstand und Forschungslücken. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (4). S. 13-26.

della Porta, Donatella (2007): The global justice movement: Cross-national and transnational perspectives. Boulder: Paradigm Publishers.

della Porta, Donatella/Piazza, Gianni (2008): Voices of the Valley, Voices of the Straits. How Protest Creates Communities. New York/Oxford: Berghahn.

Dienel, Hans-Liudger (2011): Die Planungszelle im Einsatz: Bürgervoten für die Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. In: Beck, Kurt/Ziekow, Jan (Hrsg.): Mehr Bürgerbeteiligung wagen. Wege zur Vitalisierung der Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 169-177.

Durkheim, Émile (1961 [1894/1895]). Regeln der soziologischen Methode. Neuwied: Luchterhand.

Durkheim, Émile (1988 [1893/1902]). Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Embacher, Serge (2010): Demokratische Beteiligungsprozesse initiieren, solidarisches Denken und Handeln fördern. Neue Strategien für Parteien und Gewerkschaften. Onlinepublikation der Friedrich-Ebert-Stiftung: http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07652.pdf.

Erbguth, Wilfried/Schink, Alexander (1992): Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Kommentar. München: Beck.

Ewen, Christoph (2013): Frühzeitige Bürgerbeteiligung – Hintergründe und Optionen der praktischen Realisierung. In: Ziekow, Jan (Hrsg.): Aktuelle Probleme des Luftverkehrs-, Planfeststellungs- und Umweltrechts 2012. Vorträge auf den Vierzehnten Speyerer Planungsrechtstagen und dem Speyerer Luftverkehrsrechtstag vom 7. bis 9. März 2012 an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Berlin: Duncker & Humblot. S. 335-347.

Feindt, Peter Henning (2001): Neue Formen der politischen Beteiligung. In: Klein, Ansgar/Koopmans, Ruud/Geiling, Heiko (Hrsg.): Globalisierung – Partizipation – Protest. Opladen: Leske + Budrich. S. 255-274.

Feindt, Peter Henning (2010): Agrarpolitische Konfliktlinien im frühen 21. Jahrhundert. In: Kayser, Maike/Böhm, Justus/Spiller, Achim (Hrsg.): Die Ernährungswirtschaft in der Öffentlichkeit. Social Media als neue Herausforderung der PR. Göttingen: Cuvillier. S. 253-290.

Flaig, Berthold Bodo/Meyer, Thomas/Ueltzhöffer, Jörg (1997): Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation. Bonn: Dietz.

Fleischatlas (2013): Fleischatlas 2013 - Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. Hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung mit BUND und Le Monde

Diplomatique. Berlin. Online abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/fleischatlas_1_1.pdf.

Fleischatlas (2014): Fleischatlas 2014 - Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel. Hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung mit BUND und Le Monde Diplomatique. Berlin. Online abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/fleischatlas2014_vi.pdf.

Fleischatlas (2016): Fleischatlas 2016 - Deutschland Regional. Hrsg. von Heinrich-Böll-Stiftung und ihren Landesstiftungen in Zusammenarbeit mit dem BUND. Berlin. Online abrufbar unter: https://www.boell.de/sites/default/files/2016_fleischatlas_regional.pdf.

Flesher Fominaya, Cristina (2010): Collective Identity in Social Movements: Central Concepts and Debates. In: Sociology Compass 4 (6). S. 393-404.

Fligstein, Neil/McAdam, Doug (2011): Toward a general theory of strategic action fields. In: Sociological Theory 29 (1). S. 1-26. Online verfügbar unter: http://sociology.berkeley.edu/sites/default/files/faculty/fligstein/Fligstein%20McAdam%20Soc%20Theory%20Paper.pdf. (Zuletzt abgerufen am 19.05.2015).

Fraenkel, Ernst (1991): Deutschland und die westlichen Demokratien. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Fürst, Dietrich/Scholles, Frank (2008): Partizipative Planung. In: Fürst, Dietrich/Scholles, Frank (Hrsg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund: Rohn. S. 161-178.

Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.) (2001): Parteiendemokratie in Deutschland. 2. erw. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Gailing, Ludger/Ibert, Oliver (2016): Schlüsselfiguren: Raum als Gegenstand und Ressource des Wandels. In: Raumforschung und Raumordnung 74 (5). S. 391-403.

Gamson, William A./Meyer, David S. (1996): Framing Political Opportunity. In: McAdam, Doug/McCarthy, John D./Zald, Mayer N. (Hrsg.): Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings. Cambridge/ New York: University Press. S. 275–290.

Gardemin, Daniel (2006): Mittlere Arbeitnehmermilieus und Strategien der Respektabilität. In: Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andrea (Hrsg.): Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 308-331.

Geiling, Heiko (Hrsg.) (2009): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie. Münster: LIT-Verlag.

Geiling, Heiko (2009): „Soziale Milieus“ als Erklärungsmodell für Wahlverhalten? Manuskript für die Statistische Woche 2009 in Wuppertal am 06.10.2009. Abrufbar unter: http://www.ipw.uni-hannover.de/2258.html.

Geiling, Heiko (2013): Habitus und Politik: Zum Habituskonzept in der Politikwissenschaft. In: Lenger, Alexander/Schneickert, Christian/Schumacher, Florian (Hrsg.): Pierre Bourdieus Konzeption des Habitus. Grundlagen, Zugänge, Forschungsperspektiven. Wiesbaden: Springer VS. S. 361-375.

Gensicke, Thomas (2006): Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 56 (12). S. 9-16.

Gerlach, Sabine/Spiller, Achim (2008): Stallbaukonflikte in Nicht-Veredlungsregionen: Welche Faktoren beeinflussen den Konfliktverlauf? In: Spiller, Achim/Schulze, Birgit (Hrsg.): Zukunftsperspektiven der Fleischwirtschaft. Verbraucher, Märkte, Geschäftsbeziehungen. Göttingen: Universitätsverlag. S. 489-501.

Gessenharter, Wolfgang (1996): Warum neue Beteiligungsmodelle auf kommunaler Ebene? Kommunalpolitik zwischen Globalisierung und Demokratisierung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 46 (50). S. 3-13.

Gissendanner, Scott (2002): Die Bedeutung des Bürgermeisters für die strategische Entscheidungsfähigkeit deutscher Großstädte. In: Bogumil, Jörg (Hrsg.): Kommunale Entscheidungsprozesse im Wandel. Theoretische und empirische Analysen. Opladen: Leske + Budrich. S. 91-109.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 3., überarb. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Guggenberger, Bernd (1984 [1978]): Bürgerinitiativen – oder: Wie repräsentativ ist die „Repräsentative Demokratie“ in der Bundesrepublik? In: Guggenberger, Bernd/Kempf, Udo (Hrsg.): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. 2., neubearbeitete und erweiterte Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag. S.172-187.

Gupta, Devashree (2009): The Power of Incremental Outcomes: How Small Victories and Defeats Affect Social Movement Organizations. In: Mobilization 14 (4). S. 417-432.

Habermas, Jürgen (1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Hacke, Jens (2011): Die lange Dauer des technischen Staates. Grenzen einer Legitimation durch Verfahren. In: Mittelweg 36 – Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung 20 (3). S. 81-93.

Haunss, Sebastian (2001): Was in aller Welt ist „kollektive Identität“? Bemerkungen und Vorschläge zu Identität und kollektivem Handeln. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 52 (5). S. 258-267.

Haunss, Sebastian (2002): Perspektiven gesellschaftlicher Veränderung im 21. Jahrhundert - kollektive Identität und identitäre Politik. In: Bartmann, Sylke/Gille, Karin/Haunss, Sebastian (Hrsg.): Kollektives Handeln. Politische Mobilisierung zwischen Struktur und Identität. edition der Hans-Böckler-Stiftung 69. S. 13-31.

Haunss, Sebastian (2004): Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Haus, Michael/Heinelt, Hubert (2005): Neue Formen des Regierens auf der lokalen Ebene. In: Haus, Michael/Heinelt, Hubert/Egner, Björn/König, Christine (Hrsg.): Partizipation und Führung in der lokalen Politik. Baden-Baden: Nomos. S. 15-76.

Häußermann, Hartmut (2009): Die politische Repräsentation marginalisierter Stadtteile. In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden: Nomos. S. 183-199.

Hedberg, Charlotta/Carmo, Renato Miguel do (2012): Translocal Ruralism. Mobility and Connectivity in European Rural Spaces. In: Hedberg, Charlotta/Carmo,

Renato Miguel do (Hrsg.): Translocal Ruralism. Mobility and Connectivity in European Rural Spaces. Dordrecht: Springer. S. 1-9.

Herzberg, Carsten (2009): Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung. Hamburg: VSA.

Heuer, Wolfgang (1992): Citizen. Persönliche Integrität und politisches Handeln. Eine Rekonstruktion des politischen Humanismus Hannah Arendts. Berlin: Akademie Verlag.

Hoecker, Beate (2006): Politische Partizipation. Eine systematische Einführung. In: Dies. (Hrsg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Opladen. S. 3-20.

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg/Kißler, Leo (2006): Kooperative Demokratie. Das demokratische Potenzial von Bürgerengagement. Frankfurt a.M./New York: Campus.

Holtkamp, Lars/Bogumil, Jörg (2007): Verbände auf kommunaler Ebene. In: Winter, Thomas von/Willems, Ulrich (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 539-561.

Holtmann, Everhard (2012): Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Holtmann, Everhard (2015): Die Entwicklung der Demokratie. Legitimationsverlust und Reformbedarf? In: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 63-73.

Hummel, Konrad (2014): Bürgerbeteiligung als kritische Weichenstellung für die lokale Demokratie. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen – PLUS. Supplement zu Heft 1/2014. Online verfügbar unter: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/FJSB-Plus/fjsb-plus_2014-1_hummel.pdf. (Zuletzt abgerufen am 27.05.2015).

Huning, Sandra (2015): Überlegungen zum Einfluss von Protestbewegungen auf das „demokratische Potenzial“ von Raumplanung. In: Othengrafen, Frank/Sondermann, Martin (Hrsg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen (= Planungsrundschau 23). Berlin. S. 343-355.

Janning, Frank (2009): Politik. In: Fröhlich, Gerhard/Rehbein, Boike (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 342-351.

Kaase, Max (1984): The Challenge of the “Participatory Revolution” in Pluralist Democracies. In: International Political Science Review 5 (3). S. 299-318.

Keck, Margater E./Sikkink, Kathryn (1998): Activists Beyond Borders – Advocacy Networks in International Politics. London: Cornell University Press.

Kersting, Norbert (2013): Online Participation: from ‘invited’ to ‘invented’ spaces. In: International Journal of Electronic Governance 6 (4). S. 270-280.

Kersting, Norbert (2015): Das Zeitalter politischer Beteiligung. Partizipativer Wandel oder globales Disengagement? In: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 49-62.

Klages, Helmut/Daramus, Carmen/Masser, Kai (2008): Bürgerbeteiligung durch lokale Bürgerpanels. Theorie und Praxis eines Instruments breitenwirksamer kommunaler Partizipation. Berlin: edition sigma.

Klecha, Stephan/Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013): Wie erforscht man Protest? Forschungsdesign und Methodik. In: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 12-45.

Klein, Anna (2014): Mitten in einer entleerten Demokratie? In: Zick, Andreas/Klein, Anna (Hrsg.): Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: Dietz.

Koller, Andreas (2009a): Doxa (doxa). In: Fröhlich, Gerhard/Rehbein, Boike (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 79-80.

Koller, Andreas (2009b): Machtfeld (champ de pouvoir). In: Fröhlich, Gerhard/Rehbein, Boike (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 171-172.

Kost, Andreas (2008): Direkte Demokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Köck, Wolfgang (1993): Die rechtliche Bewältigung technischer Risiken. Bestandsaufnahme und Ausblick vor dem Hintergrund der Risiko-Debatte. In: Kritische Justiz 26 (2). S. 125-145.

Krätzig, Sebastian/Othengrafen, Frank/Sondermann, Martin (2014): Proteste in der Stadtentwicklung. Entstehung einer neuen Planungskultur? In: Unimagazin, Forschungsmagazin der Leibniz Universität Hannover. Ausgabe 3/4: "Räume im Wandel". S. 44-47.

Kuhn, Yvonne (2011): Legitimationsprobleme direkter Partizipation – Wie kann Bürgerbeteiligung die Demokratie verbessern? In: Politische Psychologie 1 (1). S. 67-82.

Laschewski, Lutz/Neu, Claudia (2004): Sozialer Wandel in ländlichen Räumen und seine Auswirkungen auf die Land- und Agrarsoziologie. In: Laschewski, Lutz/Neu, Claudia (Hrsg.): Sozialer Wandel in ländlichen Räumen. Theorie, Empirie und politische Strategien. Aachen: Shaker Verlag. S. 1-9.

Leipprand, Eva (2011): Politik zum Selbermachen. Eine Gebrauchsanweisung. Berlin: Suhrkamp.

Linden, Markus/Thaa, Winfried (2011a): Krise und Repräsentation. In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden: Nomos. S. 11-41.

Linden, Markus/Thaa, Winfried (2011b): Die Krise der Repräsentation – gibt es Auswege? In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden: Nomos. S. 305-324.

Lucke, Doris (1996): Grenzen der Legitimation. Zum Strukturwandel der Akzeptanz. In: Clausen, Lars (Hrsg.): Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) (Hrsg.): Gesellschaften im Umbruch: Verhandlungen des 27. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Halle an der Saale 1995. Frankfurt a.M.: Campus. S. 473-483. Online verfügbar unter: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-140537. (Zuletzt abgerufen am 09.06.2015).

Ludwig, Felix/Trumann, Jana/Zosel, Tim (2015): Unkonventionelle Aktionsformen als Reflexionsfolie zentraler Begriffe politischer Bildung. In: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hrsg.): Zeitalter der Partizipation. Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 205-210.

Luhmann, Niklas (1969): Legitimation durch Verfahren. Neuwied/Berlin: Luchterhand.

Marg, Stine/Hermann, Christoph/Hambauer, Verena/Becké, Ana Belle (2013): „Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin". Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende. In: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 92-136.

Maier, Michaela/Stengel, Karin/Marschall, Joachim (2010): Nachrichtenwerttheorie. Baden-Baden: Nomos.

Marotzki, Winfried (2011): Leitfadeninterview. In: Bohnsack, Ralf/Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich. 3. Auflage. S. 114.

Mayer, Margit (2014): Soziale Bewegungen in Städten - städtische soziale Bewegungen. In: Gestring, Norbert/Ruhne, Renate/Wehrheim, Jan (Hrsg.): Stadt und soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer VS. S. 25-42.

McClymont, Katie/O'Hare, Paul (2008): „We're not NIMBYS!" Contrasting local protest groups with idealised conceptions of sustainable communities. In: Local Environment 13 (4). S. 321-335.

Merkel, Wolfgang (2011): Volksabstimmungen: Illusion und Realität. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 61 (44-45). S. 47-55.

Merkel, Janet (2012): Kreative Milieus. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer VS. S. 689-710.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike (2011): Experteninterview In: Bohnsack, Ralf/ Marotzki, Winfried/Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitativer Sozialforschung. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich. 3. Auflage. S. 57-59.

Mittendorf, Volker (2009): Die Qualität kollektiver Entscheidungen. Kommunikationsprozesse direkter und repräsentativer Demokratie im Vergleich. Frankfurt a.M./New York: Campus.

ML Niedersachsen – Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2015): Raumordnungsverfahren. Online abrufbar unter: http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1558&article_id=4666&_psmand=7. (Zuletzt abgerufen am 27.07.2015).

Moss, Timothy/Newig, Jens (2010): Multilevel Water Governance and Problems of Scale: Setting the Stage for a Broader Debate. In: Environmental Management 46 (1). S. 1-6.

Mouffe, Chantal (2008): Das demokratische Paradox. Wien: Verlag Turia + Kant.

Naegler, Laura/Neef, Rainer/Neumann, Ute (2012): Urbanität und Protest. Neue Herausforderungen der Stadt- und Bewegungsforschung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 25 (3). S. 121-126.

Nanz, Patrizia (2016): Vorwort. In: Alcántara, Sophia/Bach, Nicolas/Kuhn, Rainer/Ullrich, Peter (2016): Demokratietheorie und Partizipationspraxis.

Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren. Wiesbaden: Springer VS. S. V-IX.

Naturkapital Deutschland – TEEB DE (2016): Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und wirtschaftliche Entwicklung. Kurzbericht für Entscheidungsträger. Leibniz Universität Hannover, Hannover, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig.

Osel, Johann (2015): Von wegen gleichgültig. Das Interesse an Politik nimmt wieder zu. In: Süddeutsche Zeitung vom 14.10.2015. S. 2.

Othengrafen, Frank/Sondermann, Martin (2015): Konflikte, Proteste, Initiativen und die Kultur der Planung – Stadtentwicklung unter demokratischen Vorzeichen?. In: dies. (Hrsg.): Städtische Planungskulturen im Spiegel von Konflikten, Protesten und Initiativen (= Planungsrundschau 23). Berlin. S. 7-30.

Perner, Angelika/Thöne, Michael (2007): Naturschutz im kommunalen Finanzausgleich – Anreize für eine nachhaltige Flächennutzung. Bonn - Bad Godesberg: Bundesamt für Naturschutz.

Polletta, Francesca/Jasper, James (2001): Collective Identity and Social Movements. In: Annual Review of Sociology 27 (1). S. 283-305.

Postill, John (2015): Fields: Dynamic Configurations of Practices, Games and Socialities. In: Amit, Vered (Hrsg.): Thinking through sociality. An anthropological interrogation of key concepts. New York: Berghahn. S. 47-68.

Postill, John (2014): Field theory, media change and the new citizen movements: the case of Spain's 'real democracy turn', 2011-2014. Manuskript. Online verfügbar unter: https://www.academia.edu/11286950/Field_theory_media_change_and_the_new_citizen_movements_the_case_of_Spain_s_real_democracy_turn_2011-2014. (Zuletzt abgerufen am 19.05.2015).

Rauschmayer, Felix (2010): Partizipation erfolgreich gestalten in der Umsetzung von Biodiversitäts- und Wasserpolitik in Europa. Policy brief GoverNat. Leipzig. Online verfügbar unter: https://www.ufz.de/export/data/1/26537_policy_brief_governat_dt_2010.pdf. (Zuletzt abgerufen am 14.08.2015).

Rehbein, Boike/Saalmann, Gernot (2009): Feld (champ). In: Fröhlich, Gerhard/Rehbein, Boike (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 99-103.

Reinhardt, Sibylle (2013): Soziales und politisches Lernen – gegensätzliche oder sich ergänzende Konzepte? In: Bremer, Helmut/Kleemann-Göhring, Mark/Teiwes-Kügler, Christel/Trumann, Jana (Hrsg.): Politische Bildung zwischen Politisierung, Partizipation und politischem Lernen. Beiträge für eine soziologische Perspektive. Weinheim: Beltz Juventa. S. 239-252.

Reinhardt, Max (Hrsg.) (2014): Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine Politik jenseits der Neuen Mitte. Berlin/Münster: LIT-Verlag.

Renn, Ortwin (2013): Partizipation bei öffentlichen Planungen. Möglichkeiten, Grenzen, Reformbedarf. In: Keil, Silke I./Thaidigsmann, S. Isabell (Hrsg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS. S. 71-96.

Renn, Ortwin/Köck, Wolfgang/Schweizer, Pia-Johanna/Bovet, Jana/Benighaus, Christina/Scheel, Oliver/Schröter, Regina (2014): Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planungsvorhaben der Energiewende. Policy Brief 01/14 der Helmholtz Allianz

ENERGY TRANS. Online verfügbar unter: http://www.energy-trans.de/downloads/ENERGY-TRANS-Policy_Brief-Oeffentlichkeitsbeteiligung_bei_Planungsvorhaben_der_Energiewende.pdf. (Zuletzt abgerufen am 10.06.2015).

Ring, Irene (2001): Ökologische Aufgaben und ihre Berücksichtigung im kommunalen Finanzausgleich. Zeitschrift für angewandte Umweltforschung 2001. S. 236-249.

Roose, Jochen (2011): Was sind die Rohstoffe zur Herstellung und Erhaltung kollektiver Identität? Die Aushandlung des Unverhandelbaren. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (4). S. 30-32.

Roth, Roland (1997): Die Kommune als Ort der Bürgerbeteiligung. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 404-447.

Roth, Roland (2001): NGO und transnationale Bewegungen: Akteure einer „Weltzivilgesellschaft“? In: Brand, Ulrich (Hrsg.): Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 43-63.

Roth, Roland (2011a): Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Roth, Roland (2011b): Die Blockade zwischen Staat und Bürgern – Demokratie im Wandel. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (1). S. 83-87.

Rucht, Dieter (1982): Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch-administrativer Planung. München: tuduv.

Rucht, Dieter (1995): Kollektive Identität. Konzeptionelle Überlegungen zu einem Desiderat der Bewegungsforschung. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 8 (1). S. 9-23.

Rucht, Dieter (1997): Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft. In: Klein, Ansgar/Schmalz-Bruns, Rainer (Hrsg.): Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 382-403.

Rucht, Dieter (2011a): Umweltbewegung und Umweltprotest: Sprung in eine grüne Zukunft? In: Jahrbuch Ökologie 2012. Stuttgart: Hirzel. S. 72-79.

Rucht, Dieter (2011b): Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (3). S. 21-47.

Rucht, Dieter (2012): Akzeptanzbeschaffung als Legitimationsersatz: Der Fall Stuttgart 21. In: Geis, Anna/Nullmeier, Frank/ Daase, Christopher (Hrsg.): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen. Baden-Baden: Nomos. S. 339-358.

Rucht, Dieter (2013): Demokratie ohne Protest? Zur Wirkungsgeschichte sozialer Bewegungen. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 26 (3). S. 65-70.

Sainteny, Guillaume (1999): Logiques d’Engagement et Logiques de Rétribution au Sein de l’Écologisme Français. [Logics of Engagement and Logics of Rewards into the French Environmentalism]. In: Cahiers internationaux de Sociologie 106. S. 175-200.

Saretzki, Thomas (2010): Umwelt- und Technikkonflikte: Theorien, Fragestellungen, Forschungsperspektiven. In: Feindt, Peter Henning/Saretzki, Thomas (Hrsg.): Umwelt- und Technikkonflikte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 33-53.

Schäfer, Armin (2013): Die Akademikerrepublik: Kein Platz für Arbeiter und Geringgebildete im Bundestag? In: Gesellschaftsforschung. Newsletter des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Ausgabe 2. Köln. Online verfügbar unter: http://www.mpifg.de/aktuelles/newsletter/MPIfG_Newsl_2-13.pdf. (Zuletzt abgerufen am 14.08.2015).

Schively, Carissa (2007): Understanding the NIMBY and LULU Phenomena. Reassessing Our Knowledge Base and Informing Future Research. In: Journal of Planning Literature 21 (3). S. 255-266.

Schlecht, Stephanie/Albersmeier, Friederike/Spiller, Achim (2010): Eine Analyse medialer Frames bei Konflikten im ländlichen Raum – das Beispiel landwirtschaftlicher Bauvorhaben. In: Kayser, Maike/Böhm, Justus/Spiller, Achim (Hrsg.): Die Ernährungswirtschaft in der Öffentlichkeit. Social Media als neue Herausforderung der PR. Göttingen: Cuvillier. S. 335-364.

Schmidt, Tobias (2011): Einheimische und Zugereiste. Partizipation und soziale Modernisierung im ländlichen Raum. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schneider-Wilkes, Rainer (2001): Engagement und Misserfolg in Bürgerinitiativen – Politische Lernprozesse von Berliner Verkehrsinitiativen. Berlin: Freie Universität. Diss.

Schoen, Harald (2013): Nein zu „Stuttgart 21“, Ja beim Volksentscheid? Eine Analyse zu Frageformulierung und Stimmverhalten beim Volksentscheid über das „S 21-Kündigungsgesetz“. In: Keil, Silke I./Thaidigsmann, S. Isabell (Hrsg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden: Springer VS. S. 97-115.

Scholles, Frank (1997): Abschätzen, Einschätzen und Bewerten in der UVP. Weiterentwicklung der Ökologischen Risikoanalyse vor dem Hintergrund der neueren Rechtslage und des Einsatzes rechnergestützter Werkzeuge. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.

Scholles, Frank (2008): Das System der Projektzulassung in Deutschland. In: Fürst, Dietrich/Scholles, Frank (Hrsg.): Handbuch Theorien und Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund: Rohn. S. 100-132.

Schünemann, Wolf J./Zilles, Julia (2015): Wie wird man Gegner? Eine Analyse der diskursiven Konstitution von Protestakteuren am Beispiel von ‚Stuttgart 21‘. In: Kneuer, Marianne (Hrsg.): Standortbestimmung Deutschlands: Innere Verfasstheit und internationale Verantwortung. Veröffentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP), Bd. 32. Baden-Baden: Nomos. S. 279-302.

Schwerin, Manfred (2014a): Nachhaltige Nutztierzucht und –haltung – die zukünftigen Herausforderungen. Kurzfassung des Vortrags auf den 25. Hülsenberger Gesprächen - Innovative Erzeugung, Konversion und Nutzung agrarischer Biomasse – Zukunftsfeld der Bioökonomie vom 21. – 23. Mai 2014 in Lübeck. Online abrufbar unter: http://www.schaumann-stiftung.de/cps/schaumann-stiftung/ds_doc/7_Schwerin.pdf.

Schwerin, Manfred (2014b): Nachhaltige Nutztierzucht und –haltung – die zukünftigen Herausforderungen. Präsentation auf den 25. Hülsenberger Gesprächen - Innovative Erzeugung, Konversion und Nutzung agrarischer Biomasse – Zukunftsfeld der Bioökonomie vom 21. – 23. Mai 2014 in Lübeck.

Online abrufbar unter: http://www.schaumann-stiftung.de/cps/schaumann-stiftung/ds_doc/P_2.4.Schwerin.pdf.

Segert, Astrid/Zierke, Irene (2004): Ländliche Netzwerke. Institutionalisierungsprozesse und Milieuformationen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Selle, Klaus (2013): Mitwirkung mit Wirkung? Anmerkungen zum Stand der Forschung über planungsbezogene Kommunikation und das, was von ihr bleibt. In: pnd|online (2-3). Online abrufbar unter: http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/2-3_2013/selle_klaus.pdf.

Selle, Klaus (2015, mdl.): Impulsvortrag auf der Veranstaltung „Bürgerbeteiligung und Demokratie“ am 24.04.2015 in Hannover.

Shell-Jugendstudie (2015): Zusammenfassung der Studie auf Deutsch. Online verfügbar unter: http://s01.static-shell.com/content/dam/shell-new/local/country/deu/downloads/pdf/shell-jugendstudie-2015-zusammenfassung-de.pdf. (Zuletzt abgerufen am 26.10.2015).

Sondermann, Martin (2014): Local Cultures of Urban Gardening and Planning in Germany. In: Fox-Kämper, Runrid/Keshavarz, Nazila (Hrsg.): Event Report Riga Meeting. Urban Allotment Gardens in European Cities – Future, Challenges and Lessons Learned (COST Action TU1201). Aachen: ILS-Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung. S. 15-32.

Spiller, Achim/Gauly, Matthias/Balmann, Alfons/Bauhus, Jürgen/Birner, Regina/Bokelmann, Wolfgang/Christen, Olaf/Entenmann, Steffen u.a. (2015): Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. In: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft. Sonderheft Nr. 221.

SRU – Sachverständigenrat für Umweltfragen (2015): Stickstoff: Lösungsstrategien für ein drängendes Umweltproblem. Sondergutachten. Berlin. Online abrufbar unter: http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2012_2016/2015_01_SG_Stickstoff_HD.html?nn=395728. (Zuletzt abgerufen am 28.07.2015).

Staatsministerium Baden-Württemberg (2014): Leitfaden für eine neue Planungskultur. Online abrufbar unter: https://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304_Planungsleitfaden.pdf. (Zuletzt abgerufen am 24.07.2016).

Statistisches Bundesamt (2015): Flächenbelegung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs 2013. Wiesbaden.

Stegner, Ralf (2011): Keine Politik ohne Demokratie – keine Demokratie ohne Politik: Plädoyer für eine neue Demokratie. In: Birsl, Ursula/Schley, Cornelius/Wilke, Petra (Hrsg.): Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft. Dokumentation der Tagung am 22. Januar 2011 in Hannover. Onlinepublikation der Friedrich-Ebert-Stiftung: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hannover/08536.pdf. S. 98-115.

Struff, Richard (1999): Regionale Lebensverhältnisse Teil 2. Sozialwissenschaftliche Dorf- und Gemeindestudien in Deutschland. Bonn: Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie.

Suderland, Maja (2009): Hysteresis (hysteresis). In: Fröhlich, Gerhard/Rehbein, Boike (Hrsg.): Bourdieu-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 127-129.

Suh, Doowon (2014): What happens to social movements after policy success? Framing the unintended consequences and changing dynamics of the Korean women's movement. In: Social Science Information 53 (1). S. 3-34.

Summerer, Stefan (1992): Die Umweltverträglichkeitsprüfung – Ziel und Stand der administrativen Vorgaben. In: Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung 33 (6). S. 366-374.

Supik, Linda (2005): Dezentrierte Positionierung. Stuart Halls Konzept der Identitätspolitiken. Bielefeld: transcript.

Swartz, David L. (2012): Grundzüge einer Feldanalyse der Politik nach Bourdieu. In: Bernhard, Stefan/Schmidt-Wellenburg, Christian (Hrsg.): Feldanalyse als Forschungsprogramm 2. Gegenstandsbezogene Theoriebildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 163-194.

Tarrow, Sidney (2005): The New Transnational Activism. Cambridge: Cambridge University Press.

Tenz, Eric M. (2011): Lehren aus Stuttgart 21: Von der Basta-Politik zur deliberativen Demokratie. In: pnd|online (4). Online abrufbar unter: http://www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/4_2011/tenz_eric.pdf.

Thaa, Winfried (2011): Die Krise politischer Repräsentation – eine Folge der Auflösung gesellschaftlicher Großgruppen und sozio-kultureller Milieus? In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden: Nomos. S. 125-147.

Thompson, Edward P. (1987 [1963/1968]): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse. 2 Bde. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Trumann, Jana (2010): Bürgerinitiativen als politischer Lern- und Handlungsraum. In: Zeuner, Christine (Hrsg.): Demokratie und Partizipation – Beiträge der Erwachsenenbildung. Hamburger Hefte der Erwachsenenbildung 10 (1). S. 29-40.

UBA – Umweltbundesamt (2004): Hintergrundpapier: Flächenverbrauch, ein Umweltproblem mit wirtschaftlichen Folgen. Berlin. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3576.pdf. (Zuletzt abgerufen am 12.08.2015).

UBA (2009): Von der Außen- zur Innenentwicklung in Städten und Gemeinden. Das Kostenparadoxon der Baulandentwicklung. Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3858.pdf. (Zuletzt abgerufen am 12.08.2015).

Ullrich, Peter (2015): Postdemokratische Empörung. Ein Versuch über Demokratie, soziale Bewegungen und gegenwärtige Protestforschung. ipb working papers. Berlin. Online abrufbar unter: https://protestinstitut.files.wordpress.com/2015/07/postdemokratische-empc3b6rung_ipb-working-paper_web3.pdf. (Zuletzt abgerufen am 28.07.2015).

van Dijk, Terry/van der Wulp, Nickie (2010): Not in my open space: Anatomy of neighbourhood activism in defence of land use conversion. In: Landscape and Urban Planning 96 (1). S. 19-28.

Vester, Michael (2002): Das relationale Paradigma und die politische Soziologie sozialer Klassen. In: Bittlingmayer et al. (Hrsg.): Theorie als Kampf? Zur politischen Soziologie Pierre Bourdieus. Opladen: Leske + Budrich. S. 61-121.

Vester, Michael (2004): Soziale Ungleichheit, Klassen und Kultur. In: Jaeger, Friedrich/Rüsen, Jörn (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. Bd.3. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 318-340.

Vester, Michael (2009): Soziale Milieus und die Schieflage politischer Repräsentation. In: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden: Nomos. S. 21-59.

Vester, Michael (2011): Auf dem Weg zu einem „partizipatorischen Wohlfahrtsstaat"? Vom informationstechnologisch-neoliberalen zu einem ökotechnologisch-sozialen Entwicklungspfad. In: Birsl, Ursula/Schley, Cornelius/Wilke, Petra (Hrsg.): Zukunft der Demokratie – Demokratie der Zukunft. Dokumentation der Tagung am 22. Januar 2011 in Hannover. Onlinepublikation der Friedrich-Ebert-Stiftung: http://library.fes.de/pdf-files/bueros/hannover/08536.pdf. S. 135-168.

Vester, Michael (2015): Die Grundmuster der alltäglichen Lebensführung und der Alltagskultur der sozialen Milieus. In: Freericks, Renate/Brinkmann, Dieter (Hrsg.): Handbuch Freizeitsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 143-187.

Vester, Michael/v. Oertzen, Peter/Geiling, Heiko/Hermann, Thomas/Müller, Dagmar (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Vester, Michael/Geiling, Heiko (2009): Soziales Kapital und Wählerverhalten – Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei. In: Geiling, Heiko (Hrsg.): Die Krise der SPD. Autoritäre oder partizipatorische Demokratie. Münster: LIT-Verlag. S. 25-52.

Vogelpohl, Anne (2013): Qualitativ vergleichen – Zur komparativen Methodologie in Bezug auf räumliche Prozesse. In: Rothfuß, Eberhard/Dörfler, Thomas (Hrsg.): Raumbezogene qualitative Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS.

von Alemann, Ulrich (2011): 40 Jahre Bürgerbeteiligung – Demokratie als Wagnis. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 24 (1). S. 75-83.

von der Dunk, Andreas/Grêt-Regamey, Adrienne/Dalang, Thomas/Hersperger, Anna M. (2011): Defining a typology of peri-urban land-use conflicts – A case study from Switzerland. In: Landscape and Urban Planning 101 (2). S. 149-156.

von Haaren, Christina/Albert, Christian/Hansjürgens, Bernd/Krätzig, Sebastian/Schröter-Schlaack, Christoph (2016a): Einleitung. In: Naturkapital Deutschland – TEEB DE: Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg. von von Haaren, Christina/Albert, Christian. Leibniz Universität Hannover, Hannover, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig. S. 16-25.

von Haaren, Christina/Albert, Christian/Albert, Ingrid/Döring, Ralf/Hansjürgens, Bernd/Job, Hubert/Krätzig, Sebastian/Schröter-Schlaack, Christoph/Trepel, Michael/Wiggering, Hubert (2016b): Ökosystemleistungen und die Entwicklung ländlicher Räume: Wie eine neue Perspektive Handlungsoptionen eröffnet. In: Naturkapital Deutschland – TEEB DE: Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg. von von Haaren, Christina/Albert, Christian.

Leibniz Universität Hannover, Hannover, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig. S. 326-357.

Vössing, Konstantin (2014): Parteien und Bürger: Wer folgt wem? In: Aus Politik und Zeitgeschichte 64 (22-23). S. 40-45.

Walter, Franz (2008): Baustelle Deutschland. Politik ohne Lagerbindung. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Walter, Franz (2009): Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld: transcript Verlag.

Walter, Franz (2013): Bürger in Bewegung. Zur Einführung. In: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hrsg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. S. 7-11.

Weber, Max (1985): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.

Wehling, Hans-Georg (2010): Rat und Bürgermeister in der deutschen Kommunalpolitik. Ein Rückblick auf die Reformprozesse. In: Kost, Andreas/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 353-366.

Wehling, Hans-Georg/Kost, Andreas (2010): Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – eine Einführung. In: Kost, Andreas/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7-18.

Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht. edition medienpraxis 14. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Weingarten, Peter/Schmidt, Thomas (2016): Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. In: Naturkapital Deutschland – TEEB DE: Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Hrsg. von von Haaren, Christina/Albert, Christian. Leibniz Universität Hannover, Hannover, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig. S. 70-79.

Wenk, Roland (2013): Raumordnung und Raumplanung als soziales System. Hamburg: HafenCity Universität. Diss. Online abrufbar unter: http://edoc.sub.uni-hamburg.de/hcu/volltexte/2013/114/.

Weßels, Bernhard (2009): Bürgervertrauen ist parteiisch. Von einer Krise der Repräsentation kann in Deutschland keine Rede sein. In: WZB-Mitteilungen 31 (124). S. 9-12.

Wiegmann, Lukas (2015): MAST-HAVE?! Untersuchung des Einflusses der Hühnermasthaltung auf das Landschaftsbild im Emsland. Masterarbeit. Hannover: Leibniz Universität, Institut für Landschaftsarchitektur.

Wiesendahl, Elmar (2013): Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S. 13-60.

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung (1999): Genehmigungsverfahren. In: dies. (Hrsg.): Welt im Wandel. Strategien zur Bewältigung globaler Umweltrisiken. Berlin/Heidelberg: Springer. S. 252-254.

Wixforth, Jürgen (2010): Ertragreiche Ansiedlungspolitik? Empirische Analyse im Stadt-Umland-Kontext. In: Danielzyk, Rainer/Dittrich-Wesbuer, Andrea/Osterhage, Frank (Hrsg.): Die finanzielle Seite der Raumentwicklung: Auf dem Weg zu effizienten Siedlungsstrukturen? Essen: Klartext Verlag. S. 127-140.

Wolling, Jens/Bräuer, Marco (2011): Bürgerinitiativen. Ihre Funktion aus Sicht der Bevölkerung und ihre kommunikativen Aktivitäten. Online abrufbar unter: http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-23329/ilm1-2011200354.pdf. (Zuletzt abgerufen am 20.08.2015).

World Bank (2009): Reshaping economic geography. World Development Report 2009. Washington DC. Online verfügbar unter: http://documents.worldbank.org/curated/en/2008/01/10074693/world-development-report-2009-reshaping-economic-geography. (Zuletzt abgerufen am 26.10.2015).

Anhang A: Leitfäden für die Interviews

Interviewleitfaden: Bürgermeister

Einstieg/Berufliches:

- ***Können Sie Ihre Gemeinde einmal aus Ihrer Sicht charakterisieren?***

- ***Seit wann arbeiten Sie in diesem Beruf und warum haben Sie ihn ergriffen?***
  - Ausbildung/Werdegang
  - Berufsethos

- ***Was bedeutete es für Ihre Tätigkeit, als Sie über das Projekt informiert wurden?***
  - Rollenverständnis

Planung des Projekts:

- ***Können Sie mir einmal aus Ihrer Perspektive beschreiben, wie das Planungsverfahren für den Schlachthof genau ablief?***
  - Genehmigungsverfahren (förmliches oder nicht-förmliches) nach Bundes-Immissionsschutzgesetz?
  - Umweltverträglichkeitsprüfung?
  - Finanzielle Förderung

Kommunikation und Verhältnis zu den Akteuren:

- ***Wie wurde das Projekt an die Bürger kommuniziert?***
  - Wurden sie in die Planung mit einbezogen?
  - Wie kam es zu der Auseinandersetzung über das Projekt innerhalb der Bevölkerung?
  - Was waren bzw. sind die größten Streitpunkte?

- ***Welchen Austausch gab es zwischen Ihrer Verwaltung und der übergeordneten Planung?***

- ***Welchen Austausch gab es zwischen Ihrer Verwaltung und den Verbänden?***
    - Industrieverband?
    - Bauernverband?
    - Umweltverbände?

- ***Welchen Austausch gab es zwischen Ihrer Verwaltung und dem Investor?***

<u>Politische Auseinandersetzung:</u>

- ***Wie würden Sie den politischen Entscheidungsprozess beschreiben?***
    - Welche Aspekte/Argumente haben die Entscheidung beeinflusst?
    - Welche Bedeutung hatte die Kommunalwahl 2011 (Bürgermeisterwahl)?

- ***Glauben Sie, dass es der Bürgerinitiative eher um grundlegende Fragen (Tierschutz, ökologische Auswirkungen…) oder um direkte persönliche Betroffenheit geht?***

- ***Wie hat sich Ihre Verwaltung darauf vorbereitet, dass dieses Projekt vor Ort mit solchen grundlegenden Auseinandersetzungen in Konflikt geraten könnte?***

Interviewleitfaden: Einzelakteure der BI

Einstieg/Persönliches:

- ***Beschreiben Sie mir doch einmal, wie bei Ihnen ein ganz gewöhnlicher Wochentag abläuft.***
  - Was macht die GP beruflich?
  - Ist der GP der Beruf wichtiger als ein anderer Lebensbereich oder war er es zumindest einmal?

- ***Wenn Sie an Ihre Schulzeit zurückdenken, war dort Politik für Sie ein Thema?***
  - Hat die GP sich damals für Politik interessiert und hat sie sich vielleicht während der Schulzeit oder danach (Ausbildung/Studium) politisch engagiert?

- ***War oder ist in Ihrer Familie jemand politisch aktiv?***
  - Eltern
  - Geschwister

- ***Über welches (politische) Thema haben Sie sich zuletzt, einmal abgesehen von ihrem Engagement, richtig aufgeregt?***

Inhalt/Ziele des Engagements (Motivation):

- ***Erzählen Sie mir einmal, worum es bei Ihrer Bürgerinitiative geht.***
  - Was ist das konkrete Ziel der Bürgerinitiative?
  - Welche Rahmenbedingungen und Hindernisse gibt es dabei?

- ***Beschreiben Sie mir doch einmal beispielhaft eine Ihrer Aktivitäten im Rahmen der Bürgerinitiative.***
  - Welche inhaltlichen Aufhänger werden verwendet?

- ***Wie kamen Sie zu der Teilnahme an der Bürgerinitiative?***
  - Was ist die Funktion der GP dort?
  - Gibt es ein persönliches Ziel der GP innerhalb der Bürgerinitiative?
  - Auf welche Art und Weise ist die GP von dem Thema der Auseinandersetzung betroffen?

- ***Wer ist in Ihrer Bürgerinitiative noch alles aktiv?***

  - Funktion und soziale Position anderer Aktiver
  - Organisationsform der Bürgerinitiative (Verein, informelle Mobilisierung)?
  - Konflikte und Zusammenarbeit innerhalb der Bürgerinitiative?

- ***Wie finden Sie die Presseberichterstattung über Ihre Aktivitäten?***
  - Wie wichtig ist der GP die Medienpräsenz?
  - Gibt es Unterschiede zur Medienpräsenz anderer Bürgerinitiativen oder Gruppen?
  - Welche anderen Bürgerinitiativen kennt die GP?

- ***Leiden Beruf oder Freizeit unter Ihrem Engagement?***
  - persönliches Umfeld/Familienverhältnis
  - Freizeitaktivitäten

<u>Verhältnis zum politischen Feld und zu den Akteuren:</u>

- ***Gibt es eine überregionale Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen?***
  - Landesnetzwerk Niedersachsen
  - Wie läuft die Kommunikation ab?

- ***Wie würden Sie den Kontakt zur Agrarwirtschaft beschreiben?***
  - Beteiligungsangebote
  - Transparenz

- ***Haben Sie oder andere Aktive in Ihrer Bürgerinitiative persönliche Kontakte zu einzelnen Kommunen oder der Landespolitik?***
  - Fühlt sich die GP von der Politik angemessen wahrgenommen und vertreten?
  - Hat sich seit dem Engagementbeginn der GP etwas verändert?

- ***Wie würden Sie das Verhältnis zwischen der Politik und der Agrarwirtschaft beschreiben?***
  - Wie sieht die Machtbeziehung in der Konstellation BI – Politik – Agrarwirtschaft aus?

- ***Fühlen Sie sich in Ihrem Anliegen von einer bestimmten Partei/Wählergemeinschaft vertreten?***
    - Sympathisiert die GP mit einer Partei und würden sie dieser sogar beitreten bzw. ist sie Mitglied?
    - Wie steht die GP zur Piratenpartei mit ihrem Transparenzgedanken?

- ***Wie sollte die Politik Ihrer Meinung nach auf Anliegen der Bürger reagieren?***
    - Ist direkte Demokratie für die GP ein Thema?
    - Wie beurteilt die GP den Kommunikationsprozess zwischen Politik und Bürgern?

- ***Haben Sie Erfahrungen mit dem Verbraucherschutz gesammelt?***

Assoziationsversuch/Abschluss:

- ***Was verbinden Sie mit dem Wort ‚Heimat'?***

- ***Was verbinden Sie mit dem Wort ‚Mut'?***

- ***Was verbinden Sie mit dem Wort ‚Verbraucher'?***

- ***Was machen Sie persönlich, wenn das Anliegen Ihrer Bürgerinitiative erledigt ist?***

Anhang B: Sozialdatenbogen mit gesellschaftspolitischer Statement-Batterie

Zu Beginn möchten wir Sie zu unterschiedlichen Meinungen befragen

Auf der nachstehenden Liste sollen Sie mitteilen,, in welchem Maß die genannten Meinungen für Sie persönlich zutreffen. Eine „1“ bedeutet „Trifft überhaupt nicht zu“ und eine „4“ bedeutet „Trifft ganz genau“ zu.

Die Werte dazwischen dienen der Abstufung Ihres Urteils.

Bei Verständnisfragen sprechen Sie uns bitte an.

		Trifft überhaupt nicht zu	Trifft eher nicht zu	Trifft eher zu	Trifft ganz genau zu
11	Wenn man heute als Bürger politisch etwas erreichen will, muss man die Dinge selbst in die Hand nehmen	1	2	3	4
12	Ich finde es gut, wenn Leute für ihre politischen Ziele auf die Straße gehen	1	2	3	4
13	Ich glaube, dass es in einer Bürgerinitiative menschlicher zugeht als sonst in der Politik	1	2	3	4
14	Politiker, die immer höflich und beherrscht sind, kann ich nicht leiden	1	2	3	4
15	Das Mitspracherecht der Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz muss sehr viel größer werden	1	2	3	4
16	Alle Menschen, die bei uns in Deutschland leben, sollten das Wahlrecht bekommen	1	2	3	4
17	Ich meine: Politik ist Männersache	1	2	3	4
18	Frauen sind genauso wie Männer geeignet, führende Positionen in der Gesellschaft einzunehmen	1	2	3	4
19	Das Profitdenken der Unternehmer steht einer Lösung des Arbeitslosenproblems im Wege	1	2	3	4
20	Es ist die Aufgabe des Staates, die sozial Schwachen unbedingt abzusichern	1	2	3	4
21	Die Gewerkschaften mit ihren überzogenen Forder-ungen behindern den wirtschaftlichen Aufschwung	1	2	3	4
22	Wenn es in einem Betrieb zu größeren Entlassungen kommt, sollten sich die Arbeitnehmer dagegen wehren, notfalls auch mit Streiks	1	2	3	4
23	Ich meine: Die Politiker sollen regieren und den Bürger in Ruhe lassen	1	2	3	4
24	Für mich gibt es wichtigere Dinge zu tun, als mich um Politik zu kümmern	1	2	3	4
25	Ich fühle mich ganz einfach überfordert, in der großen Politik mitreden zu können	1	2	3	4
26	In der Politik geschieht selten etwas, was dem kleinen Mann nützt	1	2	3	4
27	Es ist egal, welche Partei man wählt, ändern wird sich doch nichts	1	2	3	4
28	Moralische Grundsätze gelten heute in der Politik nichts mehr	1	2	3	4

29	Politiker können versprechen, was sie wollen, ich glaube ihnen nicht mehr	1	2	3	4
30	Ich fürchte, dass ich meinen heutigen Lebensstandard in den nächsten Jahren nicht aufrechterhalten kann	1	2	3	4
31	Ich meine, dass die Politiker viele Probleme unnötig verkomplizieren	1	2	3	4

		Trifft überhaupt nicht zu	Trifft eher nicht zu	Trifft eher zu	Trifft ganz genau zu
32	Früher lebten die Menschen glücklicher, weil es noch nicht so viele Probleme gab	1	2	3	4
33	Es ist Aufgabe der Politik, den Bürgern ein Gefühl der Geborgenheit zu geben	1	2	3	4
34	Anstatt sich dauernd zu bekämpfen, sollten die Politiker lieber an einem Strang ziehen	1	2	3	4
35	Zu einem vertrauenswürdigen Politiker gehört für mich ein seriöses Auftreten	1	2	3	4
36	Von der Politik erwarte ich in erster Linie, dass sie den erreichten Lebensstandard sichert.	1	2	3	4
37	In der heutigen Zeit muss sich jeder alleine durchsetzen und sollte nicht auf die Hilfe anderer rechnen	1	2	3	4
38	Die meisten, die heutzutage im Leben nichts erreichen, sind selber schuld	1	2	3	4
39	Soziale Gerechtigkeit heißt für mich, dass jeder den Platz in der Gesellschaft erhält, den er aufgrund seiner Leistungen verdient	1	2	3	4
40	Wenn jemand genügend leistet, braucht er sich keine Sorgen um seinen Arbeitsplatz zu machen	1	2	3	4
41	Heutzutage brauchen wir in der Politik harte Männer	1	2	3	4
42	Ich sehe nicht ein, dass wir unseren hart erarbeiteten Wohlstand mit anderen teilen sollen	1	2	3	4
43	Um mit dem Ausländerproblem fertig zu werden, müssen unsere Behörden weit mehr Vollmachten als bisher erhalten	1	2	3	4
44	Wir Deutsche haben einige gute Eigenschaften, die andere Völker nicht haben	1	2	3	4
45	Gerade wir Deutsche sollten politisch verfolgten Menschen Asyl gewähren	1	2	3	4
46	Bei uns in der Bundesrepublik werden Ausländer bevorzugt und Deutsche benachteiligt	1	2	3	4
47	Ich finde es gut, wenn Angehörige vieler Nationen in einem Land zusammenleben	1	2	3	4
48	Wir sind ein reiches Land, weil wir fleißiger und tüchtiger sind als andere	1	2	3	4
49	Die vielen Flüchtlinge aus allen Teilen der Welt entwickeln sich zu einer ernsten Bedrohung für unser Land	1	2	3	4
50	Ich meine, Politik sollte von Profis gemacht werden	1	2	3	4
51	Politische Parteien sollten sich als Dienstleister für den Bürger verstehen	1	2	3	4
52	Ein Politiker verdient grundsätzlich Vertrauen, weil				

	er sich um das Wohl der Allgemeinheit kümmert	1	2	3	4
53	Wirklich fähige Leute gehen nicht in die Politik, weil man dort nicht genug verdient	1	2	3	4
54	Politische Probleme sind durch kühlen Sachverstand zu lösen	1	2	3	4
55	Ich weiß genau, welches meine politische Partei ist, eine andere würde ich nie wählen	1	2	3	4

Einige Fragen zu Ihrer Ausbildung und zu Ihrer beruflichen Tätigkeit:

1. Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss haben Sie? Bitte geben Sie auch an, in welchem Alter Sie diesen Abschluss gemacht haben:
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

		im Alter von:
□	Hauptschule/Volksschule	.....
□	Realschule/ Mittlere Reife/POS	.....
□	Abitur/ allgemeine Hochschulreife/EOS/Fachoberschule/	

2. Welchen berufsbildenden Abschluss haben Sie? Bitte geben Sie auch hier an, in welchem Alter Sie diesen Abschluss gemacht haben:
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

		im Alter von:
□	kein beruflicher Abschluss	
□	Anlernzeit mit Abschlusszeugnis	.....
□	Lehre mit Abschlussprüfung	.....
□	Fachschule/ Berufsfachschule/ Berufsakademie	.....

3. Welchen Beruf/ welche Berufe haben Sie erlernt?

4. Welchen Beruf üben Sie derzeitig aus?

5. In welcher Branche (in welchem Wirtschaftszweig) sind Sie tätig?

6. Wie ist Ihre Stellung im Beruf?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ an- oder ungelernter Arbeiter/ an- oder ungelernte Arbeiterin

□ Facharbeiter/ Facharbeiterin

□ Vorarbeiter/ Vorarbeiterin

□ Meister/ Meisterin

□ an- oder ungelernter Angestellte/ an- oder ungelernte Angestellte

□ ausführender Angestellter/ ausführende Angestellte

7. Bitte kreuzen Sie in der folgenden Liste Ihre überwiegend ausgeübte/n Tätigkeit/en an:

□ Maschinen/ Produkte herstellen

□ Maschinen einstellen, warten

□ reparieren

□ transportieren

□ packen, verladen

□ Büro- / Verwaltungsarbeiten

□ forschen

□ entwickeln, konstruieren

□ leiten

□ entsorgen, reinigen

□ analysieren, kalkulieren

□ bewachen, überwachen

8. Haben Sie früher in anderen Berufen gearbeitet?
□ nein □ ja und zwar

9. Waren Sie in den letzten fünfzehn Jahren arbeitslos?
□ nein □ ja und zwar in folgenden Zeiträumen ……..

10. Haben Sie in den letzten Jahren an Qualifizierungsmaßnahmen und Fortbildungen teilgenommen? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ nein □ ja, innerhalb des Betriebes und zwar

.....

Nun einige Frage zu Ihrer Person:

11. Ich lebe zurzeit:

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ in ehelicher Gemeinschaft

□ mit meinem Partner/ meiner Partnerin zusammen

□ bei meinen Eltern

12. Haben Sie Kinder? Wenn ja, geben Sie bitte Anzahl und Alter der Kinder an:

Anzahl ..... im Alter von: .....

13. Seit wann leben Sie an Ihrem jetzigen Wohnort?

14. In welcher Region/Stadt/Stadtteil innerhalb Deutschlands haben Sie früher gewohnt?
.....

Einige Fragen zu Ihrer Freizeit und zu Ihren Gewohnheiten:

15. Was tun Sie in Ihrer Freizeit (in der Woche und am Wochenende)?

16. Lesen Sie regelmäßig Tageszeitung(en)/Zeitschrift(en)?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ ja und zwar .....

□ nein

17. Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer Gewerkschaft?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ nein

□ ja und zwar .....

18. Sind Sie oder waren Sie Mitglied einer Partei?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ nein

□ ja und zwar .....

19. Sind Sie oder waren Sie Mitglied in einem oder mehreren Vereinen?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ nein

20. Sind Sie oder waren Sie Mitglied in einem Berufsverband?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ nein

□ ja und zwar .....

21. Sind Sie oder waren Sie in einer unter den Fragen 17 bis 20 genannten Organisationen ehrenamtlich aktiv? Oder sind Sie in einer anderen Gruppe oder Initiative ehrenamtlich aktiv?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ nein

□ ja und zwar

……

22. Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

Abschließend einige Fragen zu Ihrem persönlichen Umfeld:

23. Haben sie eine Partnerin/ einen Partner?
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ ja (weiter mit Frage 26)

24. Welchen Schulabschluss und welchen berufsbildenden Abschluss hat Ihre Partnerin/ Ihr Partner?

Schulabschluss

□ Hauptschule/Volksschule

□ Realschule/ Mittlere Reife/POS

□ Abitur/ allgemeine Hochschulreife/EOS/Fachoberschule/ Fachhochschulreife .

□ kein Schulabschluss

□ anderer Schulabschluss: .....

Berufsbildender Abschluss

□ kein beruflicher Abschluss

□ Anlernzeit mit Abschlusszeugnis

25. Welchen Beruf hat Ihre Partnerin/ Ihr Partner?

Mein Partner/ meine Partnerin befindet sich zurzeit in der Ausbildung und strebt folgenden Berufsabschluss an:

.....

Mein Partner/ meine Partnerin hat

folgenden Beruf erlernt: .....

Mein Partner/ meine Partnerin übt

derzeitig folgenden Beruf aus: .....

Fragen zu Ihren Geschwistern:

26. Haben Sie Geschwister? (bitte Zutreffendes ankreuzen)

□ ja (weiter mit Frage 28)

□ nein (weiter mit Frage 30)

27. Geben Sie bitte Alter, Geschlecht und Schulabschluss Ihrer Geschwister an:

	□ Schwester □ Bruder Alter:	□ Schwester □ Bruder Alter:	□ Schwester □ Bruder Alter: .....
Schulabschluss:			
Hauptschule/Volksschule	□	□	□
Realschule/ Mittlere Reife/ POS	□	□	□
Abitur/ allgemeine Hochschulreife/ EOS/ Fachoberschule/Fachhochschulreife	□	□	□
kein Schulabschluss	□	□	□
Schulabschluss nicht bekannt	□	□	□
anderer Schulabschluss:.....	□.....	□.....	□.....

28. Geben Sie bitte den Beruf Ihrer Geschwister an: (Zutreffendes bitte ankreuzen)

	□ Schwester □ Bruder	□ Schwester □ Bruder	□ Schwester □ Bruder
erlernter Beruf:	……..	……..	……..
ausgeübter Beruf/ ausgeübte Berufe:	……..	……..	……..

Fragen zu Ihrer Mutter und zu Ihren Großeltern mütterlicherseits:

29. Welchen Schulabschluss haben bzw. hatten Ihre Mutter und Ihre Großeltern mütterlicherseits?

	Mutter	Vater der Mutter	Mutter der Mutter
Schulabschluss:			
Hauptschule/Volksschule	□	□	□
Realschule/ Mittlere Reife/ POS	□	□	□
Abitur/ allgemeine Hochschulreife/ EOS	□	□	□
Fachoberschule/Fachhochschulreife	□	□	□
kein Schulabschluss	□	□	□
Schulabschluss nicht bekannt	□.....	□.....	□.....
anderer Schulabschluss:.....			

30. Welchen Beruf haben bzw. hatten Ihre Mutter und Ihre Großeltern mütterlicherseits? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

	Mutter	Vater der Mutter	Mutter der Mutter
erlernter Beruf:	……..	……..	……..
ausgeübter Beruf/ ausgeübte Berufe:	……..	……..	……..

31. Welchen Schulabschluss haben bzw. hatten Ihr Vater und Ihre Großeltern väterlicherseits? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

	Vater	Vater des Vaters	Mutter des Vaters
Schulabschluss:			
Hauptschule/Volksschule	□	□	□
Realschule/ Mittlere Reife/ POS	□	□	□
Abitur/ allgemeine Hochschulreife/ EOS/ Fachoberschule/ Fachhochschulreife	□	□	□
kein Schulabschluss	□	□	□
Schulabschluss nicht bekannt	□.....	□.....	□.....
anderer Schulabschluss:.....	..		

32. Welchen Beruf haben bzw. hatten Ihr Vater und Ihre Großeltern väterlicherseits? (Zutreffendes bitte ankreuzen)

	Vater	Vater des Vaters	Mutter des Vaters
erlernter Beruf:	……..	……..	……..
ausgeübter Beruf/ ausgeübte Berufe:	……..	……..	……..

33. In welchem Bereich liegt etwa Ihr persönliches Nettoeinkommen im Monat?

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ unter 500 Euro □ 500 – 1.000 Euro □ 1.000 – 1.500 Euro

34. Können Sie ungefähr angeben, in welchem Bereich sich das gesamte Netto-Monatseinkommen Ihres Haushalts bewegt?

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

□ unter 500 Euro □ 500 – 1.000 Euro □ 1.000 – 1.500 Euro

Wissenschaftlicher Werdegang

10/2005 – 01/2009	Studium der Politischen Wissenschaft und Germanistik an der Leibniz Universität Hannover mit Abschluss Bachelor of Arts (B. A.) Thema der Bachelorarbeit: „Gewerkschaftspolitik unter Bedingungen entgrenzender Arbeitszeit und Lohnstruktur“
10/2008 – 10/2010	Studium der Politischen Wissenschaft mit Schwerpunkt Politische Soziologie an der Leibniz Universität Hannover mit Abschluss Master of Arts (M. A.) Thema der Masterarbeit: „Das deutsche Parteiensystem und die Krise der politischen Repräsentation am Beispiel der FDP und der Piratenpartei. Krisenhafter oder emanzipatorischer Wandel des Wahlverhaltens?“
Seit 11/2010	Promotionsstudium an der Philosophischen Fakultät, Institut für Politische Wissenschaft, der Leibniz Universität Hannover
Seit 02/2013	Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltplanung (IUP) der Leibniz Universität Hannover Mitarbeit in Drittmittelprojekten: • „Evaluation des Interaktiven Landschaftsplans Königslutter am Elm“ unter der Leitung von Prof. Dr. Christina von Haaren (02/2013 – 09/2014) • „Naturkapital Deutschland – TEEB-DE“: Koordination des Berichtes „Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen und ihre Inwertsetzung“ unter der Leitung von Prof. Dr. Christina von Haaren (05/2013 – 04/2016) • „Empirische Planungskulturforschung in schrumpfenden Städten und Stadtregionen am Beispiel von Freiraum-, Wohnflächen- und Einzelhandelsentwicklungen“ unter der Leitung von Prof. Dr. Rainer Danielzyk (08/2016 – 07/2018)
Seit 2015	Mitglied im Sozialforschungszentrum agis e.V., Hannover
09/2016	Mitarbeit am Wahlbericht von Stadt und Region Hannover zu den Kommunalwahlen 2016 für das Sozialforschungszentrum agis e.V.

Publikationsliste:

Aus Dissertationskontext:

Krätzig, Sebastian (2015): What happens after failure? Changing goals and motivations of a protest initiative by local residents. Paper prepared for Presentation at ESA, RN 25 Conference, “From Contention to Social Change: Rethinking the Consequences of Social Movements and Cycles of Protest”, Universidad Complutense, Madrid, February 19-20, 2015.

Aus IUP-Kontext:

Albert, Christian/Schröter-Schlaack, Christoph/Hansjürgens, Bernd/Dehnhardt, Alexandra/Döring, Ralf/Job, Hubert/Köppel, Johann/Krätzig, Sebastian/Matzdorf, Bettina/Reutter, Michalea/Schaltegger, Stefan/Scholz, Mathias/Siegmund-Schultze, Marianna/Wiggering, Hubert/Woltering, Manuel/von Haaren, Christina (2017): An economic perspective on land use decisions in agricultural landscapes: insights from the TEEB Germany Study. In: Ecosystem Services 25, 69-78.

Von Haaren, Christina/Albert, Christian/Hansjürgens, Bernd/Krätzig, Sebastian/Schröter-Schlaack, Christoph (2016): Einleitung - Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. In: von Haaren, Christina/Albert, Christian (Hrsg.): Naturkapital Deutschland – TEEB DE, Leibniz Universität Hannover, Hannover und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig. 16-25.

Köppel, Johann/Siegmund-Schultze, Marianna/Albert, Christian/Bürger-Arndt, Renate/Evers, Mariele/Fischer, Christian/Freese, Jan/Galler, Carolin/von Haaren, Christina/Jedicke, Eckhard/Job, Hubert/Kannen, Andreas/Krätzig, Sebastian/Lichter, Franziska/Mewes, Melanie/Möckel, Stefan/Reck, Heinrich/Reisert, Jessica/Wende, Wolfgang/Woltering, Manuel (2016): Stand und Potenziale der Integration des Ökosystemleistungskonzeptes in bestehende Planungs-, Regelungs- und Anreizmechanismen. In: von Haaren, Christina/Albert, Christian (Hrsg.): Naturkapital Deutschland – TEEB DE: Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Leibniz Universität Hannover, Hannover und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig. 246-307.

Von Haaren, Christina/Albert, Christian/Albert, Ingrid/Döring, Ralf/Hansjürgens, Bernd/Job, Hubert/Krätzig, Sebastian/Schröter-Schlaack, Christoph/Trepel, Michael/Wiggering, Hubert (2016): Ökosystemleistungen und die Entwicklung ländlicher Räume: Wie eine neue Perspektive Handlungsoptionen eröffnet. In: von Haaren, Christina/Albert, Christian (Hrsg.): Naturkapital Deutschland – TEEB DE: Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen. Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Leibniz Universität Hannover, Hannover und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig. 326-357.

Schröter-Schlaack, Christoph/Albert, Christian/von Haaren, Christina/Hansjürgens, Bernd/Krätzig, Sebastian/Albert, Ingrid (2016): Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen – Grundlage für menschliches Wohlergehen und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Schlussfolgerungen für Entscheidungsträger. Leibniz Universität Hannover, Hannover und Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig.

Albert, Christian/von Haaren, Christina/Othengrafen, Frank/Krätzig, Sebastian/Saathoff, Wiebke (2015): Scaling Policy Conflicts in Ecosystem Services Governance: A Framework for Spatial Analysis. In: Journal of Environmental Policy & Planning. http://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1523908X.2015.1075194

Krätzig, Sebastian (2015): Neuen Möglichkeiten der Online-Kommunikation für Bürgerbeteiligung in der Landschaftsplanung. BfN, Manuskript. https://t3sec.rrzn.uni-hannover.de/cmsv011c.rrzn.uni-hannover.de/fileadmin/institut/Forschungsprojekte/ILP_Sebastian_Kraetzig_Onlinekommunikation_fuer_Buergerbeteiligung_01.pdf.

Krätzig, Sebastian/Othengrafen, Frank/Sondermann, Martin (2014): Proteste in der Stadtentwicklung. Entstehung einer neuen Planungskultur? In: Unimagazin, Forschungsmagazin der Leibniz Universität Hannover. Ausgabe 3/4: "Räume im Wandel". S. 44-47.

Galler, Carolin/Krätzig, Sebastian/Warren-Kretzschmar, Bartlett/von Haaren, Christina (2014): Integrated Approaches in Digital / Interactive Landscape Planning. In: Wissen Hayek, U., Fricker, P. & Buhmann, E. (Hrsg.): Peer Reviewed Proceedings of Digital Landscape Architecture 2014 at

ETH Zurich. Herbert Wichmann Verlag, VDE VERLAG GMBH: Berlin/Offenbach. Online verfügbar unter: http://dla2014.ethz.ch/talk_pdfs/DLA_2014_1_Galler.pdf.

Krätzig, Sebastian/Warren-Kretzschmar, Bartlett (2014): Using interactive web tools in environmental planning to improve communication about sustainable development. In: Sustainability 6 (1): 236-250. Online verfügbar unter: http://www.mdpi.com/2071-1050/6/1/236/htm.

Parteien- und Wahlforschung:

Martin, Andreas/Buitkamp, Martin/Krätzig, Sebastian/Meise, Stephan et al. (2016): Kommunalwahlen 2016 in der Region Hannover. Ergebnisse – Analysen – Vergleiche. Hannover: Landeshauptstadt und Region Hannover.

Krätzig, Sebastian (2013): Eine moderne Partei entsteht: Die Piratenpartei im Kontext gesellschaftspolitischer Modernisierungen. München: GRIN Verlag.

Krätzig, Sebastian (2010): Die Piratenpartei als ein Puzzlestück in der neuen Konfiguration der Mehrparteienrepublik. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 23 (4). S. 91-98.

Krätzig, Sebastian (2010): Das deutsche Parteiensystem und die Krise der politischen Repräsentation am Beispiel der FDP und der Piratenpartei. Krisenhafter oder emanzipatorischer Wandel des Wahlverhaltens? München: GRIN Verlag.

Krätzig, Sebastian (2010): Die FDP im Wandel. Zwischen historischen Flügelkämpfen, dem Triumph 2009 und seiner Kurzlebigkeit aufgrund eines Missverständnisses. München: GRIN Verlag.